

Dossier China

Einleitung



Nächtliche Skyline von Shanghai (© picture-alliance)

Zum 60. Jahrestag der Volksrepublik zeigt sich China widersprüchlich. Während der Jahrestag der Staatsgründung mit militärischem Pomp gefeiert wurde, blieben Fragen nach Menschenrechtsverletzungen, Meinungsfreiheit und Minderheitenpolitik unbeantwortet.

Welche Rolle wird das bevölkerungsreichste Land der Erde zukünftig spielen? Manche sehen im Erfolg Chinas die Chance auf eine multipolare und gerechtere Weltordnung. Andere befürchten, dass mit China ein undemokratischer, nicht-liberaler Staat den Aufstieg schafft und damit Werte wie Menschenrechte und Demokratie untergräbt. Aber auch innerhalb China zeigen sich große Gegensätze zwischen den entwickelten Ballungszentren und einer von der Entwicklung ausgeschlossenen Landbevölkerung.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|-----|
| 1. | Geschichte | 5 |
| 1.1 | Das alte China | 6 |
| 1.2 | Politische Geschichte Chinas 1900-1949 | 11 |
| 1.3 | 1949 bis Heute | 15 |
| 1.4 | Chiang Kaishek | 19 |
| 1.5 | Mythos Mao | 23 |
| 1.6 | Porträt: Deng Xiaoping | 29 |
| 1.7 | Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in China | 33 |
| 2. | Politik | 38 |
| 2.1 | Das politische System Chinas | 39 |
| 2.2 | Wen Jiabao | 48 |
| 2.3 | Das Militär der Volksrepublik China | 52 |
| 2.4 | Chinas Wirtschaftspolitik | 58 |
| 2.5 | China und die internationale Finanzkrise | 63 |
| 2.6 | Die Komplexität der Tibetfrage | 68 |
| 2.7 | Taiwan | 76 |
| 2.8 | Hongkong und Macau | 80 |
| 3. | Gesellschaft und Kultur Chinas | 85 |
| 3.1 | Ethnische Minderheiten | 86 |
| 3.2 | Religionen in China | 92 |
| 3.3 | Chinesische Literatur in Moderne und Gegenwart | 97 |
| 3.4 | Musikalisches Leben in China | 101 |
| 3.5 | Frauenrechte in China | 105 |
| 3.6 | Gesellschaft im Umbruch | 110 |
| 3.7 | Von der Wandzeitung zum Blog | 118 |
| 4. | Sport und Olympische Spiele | 131 |
| 4.1 | China trainiert für Olympia | 132 |
| 4.2 | Die Olympischen Sommerspiele in Peking | 137 |
| 4.3 | Sportpolitik und Olympia | 141 |

| | | |
|-----|-------------------------------------|-----|
| 4.4 | Olympischer Moment | 149 |
| 4.5 | Randsportarten: | 155 |
| 5. | Chronik der chinesischen Geschichte | 159 |
| 6. | Statistiken und Karten zu China | 160 |
| 6.1 | Zahlen und Fakten VR China | 161 |
| 6.2 | Zahlen und Fakten Taiwan | 164 |
| 6.3 | Karten | 167 |
| 7. | Redaktion | 168 |
| 8. | Weitere bpb-Angebote | 169 |

Geschichte

6.8.2008

Das alte China

Von Prof. Dr. Thomas O. Höllmann

7.8.2008

Prof. Dr. Thomas O. Höllmann, Jahrgang 1952. Sinologe und Ethnologe, seit 1988 Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Mitglied des Vorstands der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte, Archäologie und Ethnologie Asiens, darunter "Die Seidenstraße" (München: C.H. Beck 2007) und "Das alte China: Eine Kulturgeschichte" (München: C. H. Beck, 2008).

Die Wurzeln der chinesischen Geschichte reichen 5.000 Jahre zurück. Im Laufe dieser Zeit bildeten sich Dynastien, die durch ein Wechselspiel von Krieg und Frieden, Annexion und Allianz geprägt waren.

Als kulturelle Keimzelle Chinas wird traditionell das Lößgebiet am Unterlauf des Huanghe betrachtet. Diese Deutung ist jedoch heute nicht mehr haltbar. Archäologische Funde aus vermeintlich peripheren Regionen belegen nämlich, dass in weiten Teilen des Landes höchst eigenständige Traditionen gepflegt wurden, deren materielle und geistige Impulse langfristig ebenfalls zur Herausbildung jener Charakteristika beitrugen, die wir heute mit dem Land und seinen Bewohnern verbinden.

Allerdings reicht die Verwendung von Schrift nur in Zentralchina bis in das zweite Jahrtausend v. Chr. zurück. Zunächst exklusiv für rituelle Zwecke genutzt, bildete sie später die Voraussetzung für die dort entstehende Historiografie, die für die Könige der aufeinanderfolgenden Herrscherhäuser Xia, Shang und Zhou eine kontinuierliche Legitimationskette schuf. Zudem vermittelte die Geschichtsschreibung das Bild einer kulturellen Überlegenheit, der die benachbarten "Barbaren" nichts entgegensetzen hatten.

Kampf um die Vorherrschaft

Immerhin sorgten die vermeintlich unzivilisierten Horden jedoch 771 v. Chr. dafür, dass die Zhou-Hauptstadt nach Osten verlegt werden musste. Damit verlor die Dynastie den größten Teil ihrer Kronlande und damit das Fundament ihrer politischen Macht. Die Folge war eine durch die Etikette nur notdürftig vertuschte Zersplitterung Chinas in zahlreiche aus den einstigen Lehensterritorien hervorgegangene Einzelstaaten, zu denen sich an der Peripherie eine Reihe neu formierter Fürstentümer gesellte. Das anschließende Wechselspiel zwischen Krieg und Frieden, Annexion und Allianz endete mit einem Sieg des Herrscherhauses von Qin, dessen Oberhaupt die Konkurrenten um die Hegemonie nacheinander besiegte und die von ihnen regierten Staaten 221 v. Chr. zu einem Imperium einte, dem es den Namen seiner Herkunftsregion gab.

Die Reichseinigung

Um seinen umfassenden Machtanspruch zu unterstreichen, nahm der Reichsgründer den neugeschaffenen Titel Kaiser (huangdi: "Göttlich Erhabener") an. Zudem begab er sich zwei Jahre später auf eine Inspektionstour in die eroberten Gebiete, bei der er mehrere Berge bestieg und Steinstelen errichten ließ, die den Anbruch eines neuen Zeitalters verkündeten:

"Als der Kaiser sein Amt antrat, erließ er Vorschriften und Gesetze, und die Beamten erhielten ihre Insignien und Befehle. Im 26. Jahr [seiner Herrschaft über das ursprüngliche Territorium von Qin] einte er [die Gebiete] unter dem Himmel, und alle erwiesen ihm Respekt und Gehorsam. [...] Seine brillanten Vorgaben [setzen den Maßstab für] kommende Generationen, welche diese gehorsam und unverändert zu übernehmen haben. Der Kaiser, ein wahrer Weiser, hat seine Regierungspflichten nie vernachlässigt, seit er [die Gebiete] unter dem Himmel einte. [...] Seine Weisungen erreichen jeden, so daß Nah und Fern gleichermaßen wohlgeordnet sind."

Qin Shihuangdi (dem "Ersten Kaiser der Qin") verblieb nur ein gutes Jahrzehnt, um seine Vorstellungen vom Einheitsstaat umzusetzen. Viele Reformen kamen daher über den Ansatz kaum hinaus. Obgleich die Dynastie schon kurz nach seinem Tod zusammenbrach, war es ihm aber gelungen, politische Grundlagen zu hinterlassen, von denen sich – entgegen der offiziellen Sprachregelung – auch das Herrscherhaus der Han nicht lösen konnte, das in den folgenden vier Jahrhunderten die Geschicke des Landes bestimmen sollte.

Fremdherrschaft

Einen ähnlich bedeutsamen Einschnitt in die Geschichte stellt die Eroberung durch die Mongolen dar, in deren Verlauf erstmals das gesamte Land unter die Herrschaft von Fremden gelangte. Die damit markierte Zäsur wurde nicht zuletzt durch die Namenswahl der ab 1280 regierenden Dynastie Yuan ("Anfang") unterstrichen. Ihr Begründer, Kublai Khan, hatte allerdings schon zwei Jahrzehnte zuvor den Willen bekundet, eine neue Ära einzuleiten:

"Einst eroberten unsere Ahnen durch Überlegenheit und Tapferkeit die Welt. Zwar regierten sie mit Aufrichtigkeit und Tugend über ihre Untertanen, doch fanden sie zunächst keine Muße für eine verfeinerte Kultur. Im Zuge der politischen Veränderungen sind nunmehr freilich geregelte Beziehungen entstanden, so daß wir nicht nur die Tradition fortführen, sondern auch neue Pläne vorantreiben können. [...] Daher werden unsere erhabenen Ziele in hellem Glanz erstrahlen und sich die Segnungen einer geordneten Regierung entsprechend manifestieren. Es wird eine neue Ära anbrechen."

Dieses Edikt wurde – das zeigt schon die Rhetorik – von chinesischen Beratern entworfen, und die darin enthaltenen Versprechungen ließen sich nur sehr bedingt einhalten. Auch lässt sich trefflich darüber streiten, welcher Aspekt in der Folgezeit stärker zum Tragen kam: die Einverleibung in das mongolische Weltreich oder die Sinisierung der Fremdherrscher? Somit brachte das Ende der Song-Dynastie im Jahre 1279 zwar keinen völligen Bruch mit der Tradition, aber doch einen wichtigen Wendepunkt, der von einer ganzen Reihe von Historikern zur Epochenabgrenzung herangezogen wurde. Im Übrigen kam es auch erst danach zur ersten direkten Begegnung mit Europäern, von denen manche – wie Marco Polo (1251-1324) – ihre Reiseeindrücke einer erstaunten Öffentlichkeit präsentierten. Die mit fantastischen Elementen angereicherte Kunde von einem Riesenreich im fernen Osten fand freilich nur begrenzte Resonanz, und erst den christlichen Missionaren, die unter den Dynastien Ming und Qing in China wirkten, sollte es gelingen, ein ernsthaftes Interesse an dem Land zu wecken.

Epochen des Niedergangs

Zwischen Gründung des Imperiums und der erfolgreichen Revolution von 1911 lagen mehr als 2.300 Jahre, in denen nicht nur Giganten an der Macht waren. Ein Großteil dieser Zeit ist durch die Aufsplitterung in kleinere Staatswesen gekennzeichnet. Kurzlebige Dynastien lösten einander oft in rascher Folge ab, und die "Einheit unter dem Himmel" geriet zur Fiktion. Auch die von den Historiografen postulierte Kontinuität hatte nur begrenzten Realitätsbezug. Das gilt sogar für die mehrere Jahrhunderte währenden Dynastien Han, Tang und Song, deren Endphasen durch einen rapiden Autoritätsverlust gekennzeichnet waren. Aber nicht nur das. Sowohl die Han- als auch die Tang-Zeit wurden zudem durch ein Interregnum unterbrochen: durch die Dynastie Xin des reformorientierten Usurpators Wang Mang und die Dynastie Zhou der Wu Zetian, der einzigen Kaiserin in der chinesischen Geschichte. Beiden Regenten entzogen die Chronisten jedoch im Nachhinein ebenso die Legitimation wie manchem fremdstämmigen Herrscherhaus.

Der Sohn des Himmels

Zwar wurde die politische Ordnung gerne als Abbild der patrilinearen Verwandtschaftsstruktur betrachtet, doch galt dies nur mit einer wichtigen Einschränkung: Der Kaiser war von seinen Untertanen weitaus deutlicher abgehoben als das Familienoberhaupt von seinen Angehörigen. Schließlich verstand er sich nicht nur als Gebieter über das Reich, sondern auch als Mittler zwischen Menschheit und Kosmos. Allerdings konnten insbesondere Naturkatastrophen, unglückverheißende Vorzeichen, Aufstände und das Ausbleiben von Tribut anzeigen, dass der Kaiser sein Mandat verwirkt hatte. Schließlich oblag ihm, die Harmonie zwischen der Menschheit und dem Kosmos aufrechtzuerhalten: ein Auftrag, den der Himmel ihm – und seiner Dynastie – jederzeit wieder entziehen konnte:

"Von oben empfängt der Herrscher demütig den Willen des Himmels und leistet den Weisungen Folge. Nach unten hin leitet er das Volk an, [bewirkt] dessen Wandel und führt es in seinem Wesen zur Vervollkommnung. [...] Naturkatastrophen sind Vorhaltungen des Himmels, [unglückverheißende] Vorzeichen Ausdruck seiner Macht. [...] Nur [wenn es] Verfehlungen im Reich zu ahnden [gilt], veranlaßt der Himmel Heimsuchungen."

Zumindest die Kaiser der Han-Zeit verstanden sich nicht nur als symbolische Vermittler zwischen den Sphären, sondern auch als höchste religiöse Instanz. Nur sie waren berechtigt, die Riten zur Verehrung des Himmels zu vollziehen, und als Priester standen sie den Opferhandlungen vor, die der Erde, den Bergen und Flüssen sowie verschiedenen Gottheiten dargebracht wurden. Darüber hinaus gehörte zu ihren Aufgaben die Kommunikation mit den Ahnen, deren Meinung sie durch die Befragung des Orakels einholten.

Schließlich waren die Herrscher auch Oberbefehlshaber über die Truppen und höchste Richter; ihr Urteil war, so unangemessen es auch sein mochte, unumstößlich. Im Prinzip kannte ihre Autorität keine Grenzen. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Zumindest nominell beanspruchten sie, gegebenenfalls ohne Rücksicht auf staatliche Demarkationslinien, die Unterordnung aller zivilisierten Menschen; durch die Kontrolle des Kalenders vermittelten sie zudem den Eindruck, über die Zeit zu gebieten.

Die Untertanen

So wollte es zumindest die Staatsdoktrin, welche überdies die Bevölkerung – genauso apodiktisch – in vier Schichten untergliederte (von oben nach unten): Gelehrte, Bauern, Handwerker und Kaufleute. Erdacht wurde dieses Gesellschaftsmodell offenkundig von den Angehörigen der Bildungselite, die sich von Zeit zu Zeit genötigt sahen, ihre eigene Stellung in den Vordergrund zu rücken. In Wirklichkeit waren die gesellschaftlichen Trennlinien hingegen selten so scharf, und Beamte, Offiziere, Großgrundbesitzer und Unternehmer bildeten oft genug Allianzen. Noch einflussreicher waren in manchen Epochen jedoch die Eunuchen und die affinalen Verwandten des Kaisers. Die Privilegierten bildeten aber nur eine winzige Minderheit. Das zeigt zum Beispiel schon die Tatsache, dass die Zahl der Beamten stets weit unter einem Prozent der Gesamtbevölkerung lag. Umgekehrt war das Heer der Analphabeten riesig.

Die ältesten demografischen Daten, denen ein Mindestmaß an Zuverlässigkeit beigemessen wird, gehen auf das Jahr Zwei zurück, als man etwas weniger als 60 Millionen Einwohner zählte. Für die folgenden Jahrhunderte zeigen die Statistiken dann einen deutlichen Schwund an, doch ist nicht immer klar, ob dies auf einen tatsächlichen Rückgang oder unzulängliche Erhebungen zurückzuführen ist. Ein massiver Anstieg lässt sich erst von den Melderegistern des 11. Jahrhunderts ableiten, und der größte Bevölkerungsschub ist für das 18. und 19. Jahrhundert belegt, als die Einwohnerzahl die 400-Millionen-Grenze überschritt. Auch die Schätzungen der Stadtbevölkerung sind nicht frei von Unwägbarkeiten, doch kann man wohl davon ausgehen, dass in Xi'an, Kaifeng und Hangzhou, wo vom 7. bis zum 13. Jahrhundert die Kaiser residierten, jeweils bereits über eine Million Menschen lebte: also weit mehr als in jeder europäischen Metropole.

| Dynastienübersicht | | |
|---|-------------------------------------|--|
| Xia | 21. Jh.-16. Jh. v. Chr. | |
| Shang | 16. Jh.-11. Jh. v. Chr. | |
| Zhou | Westliche Zhou 11. Jh. -771 v. Chr. | |
| | Östliche Zhou 771-221 v. Chr. | |
| Qin | 221-207 v. Chr. | |
| Han | Frühere Han 207 v. Chr. -9 n. Chr. | 9-23 Interregnum des Wang Mang: Xin |
| | Spätere Han 24-220 | |
| Drei Reiche | Wei 220-265 | |
| | Shu 221-263 | |
| | Wu 222-280 | |
| Jin | Frühere Jin 265-316 | 304-433 Verschiedene Fremddynastien im Norden |
| | Spätere Jin 317-420 | |
| Südliche und nördliche Dynastien | <u>Südliche Dynastien:</u> | |
| | Song 420-479 | |
| | Qi 479-502 | |
| | Liang 502-557 | |
| | Chen 557-589 | |
| | <u>Nördliche Dynastien:</u> | |

| | | |
|---------------------------|-------------------------|--|
| | Nördliche Wei 386-534 | |
| | Östliche Wei 534-550 | |
| | Westliche Wei 535-557 | |
| | Nördliche Qi 550-577 | |
| | Nördliche Zhou 557-580 | |
| Sui | 581-618 | |
| Tang | 618-907 | 690-705 Interregnum der Wu Zetian: Zhou |
| Fünf Dynastien | Spätere Liang 907-923 | 904-979 Zehn Reiche im Süden |
| | Spätere Tang 923-936 | |
| | Spätere Jin 936-947 | |
| | Spätere Han 947-950 | |
| | Spätere Zhou 950-960 | |
| Song | Nördliche Song 960-1127 | |
| | Südliche Song 1127-1279 | |
| Yuan (Mongolen) | | |
| Ming | 1368-1644 | |
| Qing (Mandschuren) | 1644-1911 | |



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Politische Geschichte Chinas 1900-1949

Von Dr. Thoralf Klein

7.8.2008

Thoralf Klein (geb. 1967): Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Erfurt. Studium an den Universitäten Bonn, Guangzhou (VR China) und Freiburg/Breisgau. Promotion 1995, Habilitation 2007. Forschungsschwerpunkte: Chinesische Sozial- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Geschichte der Religion in China (besonders des Christentums), Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen, Kolonialgeschichte. Wichtigste Veröffentlichungen: Geschichte Chinas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2007; Kolonialkriege. Studien zur militärischen Gewalt im Zeichen des Imperialismus, Hamburg 2006 (mit Frank Schumacher, Hrsg.).

Chinas politische Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war eine Phase des Übergangs nach dem Ende der Monarchie, in der mit verschiedenen politischen Systemen experimentiert wurde. Dass sich schließlich der chinesische Kommunismus durchsetzte, ist eher einer Kombination aus strukturellen Faktoren und manchen Zufällen zu verdanken.

Chinas politische Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war eine Phase des Übergangs nach dem Ende der Monarchie, in der mit verschiedenen politischen Systemen experimentiert wurde. Eine Kombination aus strukturellen Faktoren und Zufällen führte schließlich zur Durchsetzung des chinesischen Kommunismus.

Reform oder Revolution

Der Beginn dieser Entwicklung lässt sich um 1895 ansetzen, als das alte monarchische System erstmals prinzipiell in Frage gestellt wurde und Alternativen formuliert und in die Praxis umgesetzt wurden. Dies erfolgte aus zwei Richtungen: Innerhalb der konfuzianischen Literaten entwickelte sich infolge der demütigenden Niederlage gegen Japan, die 1895 zur Abtretung Taiwans geführt hatte, eine Bewegung zur Reform von Staat und Gesellschaft. Unter ihrem Einfluss setzte der junge Guangxu-Kaiser 1898 die "Reform der Hundert Tage" ins Werk. Angestrebt wurden ein modernes Erziehungswesen, die Verschlinkung der Bürokratie und das Recht aller Untertanen, sich direkt an den Kaiser zu wenden. Ein Staatsstreich konservativer Hofkreise um die Kaiserinwitwe Cixi (1835-1900) machte jedoch diese Reformen mit einem Schlag zunichte.

Die politische Konstellation änderte sich jedoch radikal, als sich Cixi und die Konservativen am Hof im Frühsommer 1900 zur Unterstützung der volksreligiösen Boxerbewegung gegen den ausländischen Einfluss in China durchdrangen. Die Attacken der Boxer lösten eine Militärintervention von acht Staaten in Nordchina aus, die im September 1901 durch einen für China demütigenden Friedensschluss ("Boxerprotokoll") beendet wurde. Zwar hielten sich die Schäden des Krieges in Grenzen; vor allem kam es nicht zur von vielen Zeitgenossen befürchteten Aufteilung Chinas, da die USA mit ihrer "Open-Door-Note" von 1899 ein für allemal einen gleichberechtigten Zugang aller Mächte zum chinesischen Markt durchgesetzt hatten. Dennoch sah sich die Qing-Dynastie gezwungen, sich eine grundlegend neue Legitimationsbasis zu schaffen.

Parallel zum Versuch, die Kaiserherrschaft zu reformieren, entwickelte sich eine revolutionäre Bewegung, welche die Monarchie stürzen und China in eine Republik verwandeln wollte. Sie war zunächst unter den Überseechinesen in Südostasien und Nordamerika erfolgreich. Ihr wichtigster Führer war der christliche und westlich ausgebildete Arzt Sun Yatsen (1866-1925). Seit 1895 unternahm Sun eine ganze Reihe separatistischer Aufstände, die letztlich allesamt scheiterten. Langfristig

wirksamer war die Gründung der "Chinesischen Revolutionären Allianz" ("Tongmenghui") 1905 in Tokio, die in den Folgejahren ein revolutionäres Netzwerk in China aufbaute.

So war zunächst der 1901 vom Kaiserhof initiierten Reformpolitik der größere Erfolg beschieden. Ihr politisches Kernstück war die Ausarbeitung einer Verfassung, die China in eine konstitutionelle Monarchie verwandeln sollte. Dabei geriet der Hof zunehmend unter den Druck der gesellschaftlichen Elite, die auf umfassendere und raschere Partizipationsmöglichkeiten drängte. Zugleich breiteten sich auch die revolutionären Netzwerke aus, insbesondere in Teilen der Armee.

Der Aufstand einer revolutionären Armeeeinheit in Wuchang am 10. Oktober 1911 führte trotz der großen Erfolge der Reformpolitik rasch den Zusammenbruch der Monarchie herbei; der letzte Kaiser dankte Anfang 1912 im Alter von nur sechs Jahren ab. Angesichts des politisch-militärischen Patts zwischen den Republikanern um Sun Yatsen im Süden und den Konservativen um den hohen Verwaltungsbeamten und Offizier Yuan Shikai (1859-1916) im Norden trat Sun im Frühjahr 1912 das Amt des Präsidenten an Yuan ab. Die gleichzeitig in Kraft getretene Provisorische Verfassung erklärte China zu einer Republik nach US-amerikanischem Muster.

Die fragile Republik

Dieser jungen Republik war keine politische Stabilität beschieden. Der autoritäre Yuan Shikai verbot die stärkste politische Kraft, die von politischen Weggefährten Sun Yatsens gegründete Nationalpartei (Guomindang, GMD). Er ließ sich eine auf seinen Herrschaftsanspruch zugeschnittene Verfassung zurechtschneiden, stützte sich in der Praxis aber vor allem auf das Militär. Binnen weniger Jahre hatte Yuan seinen politischen Kredit verspielt: Bei der städtischen Bevölkerung machte er sich unbeliebt, als er im Frühjahr 1915 die 21 Forderungen der japanischen Regierung annahm, die Tokio weitgehende territoriale, wirtschaftliche und politische Rechte in China verleihen sollten. Im republikanisch gesinnten Militär verlor er seinen Rückhalt, nachdem er sich Ende des Jahres zum Kaiser proklamiert hatte. Nach dem Tod Yuans im Frühjahr 1916 zerfiel China vollends in regionale Herrschaftsbereiche von als Warlords ("junfa") bezeichneten Militärführern, die sich untereinander permanent befehdeten.

Auswege aus dieser Krise suchten vor allem eine neue soziale Gruppe, die Intellektuellen. Aus ihren Reihen rekrutierten sich die Anhänger der "Bewegung für neue Kultur", die seit 1915 eine umfassende kulturelle Erneuerung Chinas forderte. Als angebliche Ursache der Misere Chinas sollte die konfuzianische Weltanschauung durch neue Leitbilder abgelöst werden: moderne Wissenschaft, individuelle Freiheit und Demokratie. Einen politischen Charakter nahm die Bewegung seit dem Mai 1919 an, als die Versailler Friedenskonferenz die deutschen Sonderrechte in der Provinz Shandong nicht an China zurückgab, sondern sie Japan übertrug, obgleich China 1917 in den Krieg gegen das Deutsche Reich eingetreten war. Die sogenannte "4.-Mai-Bewegung" (nach dem Datum der ersten großen Demonstration) entwickelte einen antiimperialistischen Nationalismus und setzte sich auch erstmals systematisch mit den Lehren des Marxismus auseinander. Indem sie die gesprochene Umgangssprache als Schrift- und Literatursprache durchsetzte, leistete sie zudem einen Beitrag zur Massenwirksamkeit politischer Ideen. Sie bildete daher eine Brücke zur Entstehung moderner Massenparteien in den 1920er-Jahren.

Massenparteien, "nationale Revolution" und Bürgerkrieg

Beinahe zeitgleich entstanden die beiden großen politischen Kräfte, die China in den folgenden drei Jahrzehnten prägen sollten: 1921 gründete Sun Yatsen die Guomindang neu; im gleichen Jahr wurde auch die Kommunistische Partei (KP) Chinas ins Leben gerufen. Mit sowjetrussischer Unterstützung gingen beide Parteien 1923 ein Zweckbündnis ein, in dem die nach leninistischem Vorbild als Kaderpartei reorganisierte GMD der stärkere Partner war. Das ideologische Gerüst der Partei bildeten die Drei Volksprinzipien (Volkstum, Volksrechte und Volkswohlfahrt), die Sun Yatsen 1924 erarbeitete, aber aufgrund seines Todes im folgenden Jahr unvollendet hinterließ. Als Suns Erbe setzte sich sein militärischer Berater Chiang Kaishek (Jiang Jieshi) gegen ältere und verdientere Parteifunktionäre durch. Für Chiang sprachen sein Rückhalt im Militär, seine Verbindung zur chinesischen Hochfinanz und seine Fähigkeit, Gegner gegeneinander auszuspielen.

Im Bündnis mit den Kommunisten unternahm Chiang zwischen 1926 und 1928 den sogenannten Nordfeldzug, auf dem er einen Teil der Warlords militärisch besiegte und andere zu Allianzen mit der GMD bewegen konnte. Neben den Militärmachthabern gerieten die ausländischen Imperialisten ins Visier der von der GMD ausgerufenen "nationalen Revolution"; eine von Nationalisten und Kommunisten unterstützte Massenbewegung forderte vehement die Abschaffung ihrer Sonderrechte. Zwar gelang die Liquidierung des Imperialismus endgültig erst 1943, doch nominell konnte die Guomindang das Staatsgebiet Chinas wieder vereinigen. Allerdings kontrollierte sie selbst zu ihren besten Zeiten nur etwa ein Drittel des Territoriums unmittelbar. Bis Mitte der 1930er-Jahre kam es immer wieder zu Rebellionen von Militärführern, die sich mit politischen Gegnern Chiang Kaisheks innerhalb der GMD verbündeten. Zudem hatten sich bereits auf dem Nordfeldzug die Spannungen zwischen Nationalisten und Kommunisten verschärft. Im Frühjahr 1927 begann Chiang Kaishek eine Unterdrückungskampagne gegen die Kommunisten, die viele Opfer forderte und das Startsignal für einen zehnjährigen Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Kommunisten bildete. Die ständigen militärischen Auseinandersetzungen belasteten auch die Modernisierungsmaßnahmen, die der autoritäre Einparteienstaat der GMD einleitete: Beim industriellen Aufbau, der Schaffung einer modernen Infrastruktur, der Entwicklung des Erziehungswesens und der Effizienzsteigerung der Landwirtschaft hatte das Regime durchaus Erfolge zu verzeichnen, die jedoch durch den Krieg gegen Japan ab 1937 zunichte gemacht wurden.

Die Kommunistische Partei bemühte sich in den 1920er-Jahren um die Arbeiter, bildete jedoch auch das Rückgrat einer Bauernbewegung, die sich insbesondere für Kleinpächter und Landlose einsetzte. Nach Chiang Kaisheks Schlag gegen die Kommunisten verlagerte sich deren Machtzentrum aus den Städten in die ländlichen Basisgebiete Südchinas. Hier begann die Partei mit einer radikalen Landumverteilung. Vier Einkreisungsfeldzüge der GMD konnten die Kommunisten abwehren, beim fünften konnte sie der Vernichtung nur durch den berühmten "Langen Marsch" entgehen, der zwischen 1934 und 1936 über unwegsames Gelände nach Yan'an in Nordchina führte. Von rund 100.000 Menschen erreichte nur ein Zehntel das Ziel. Auf dem Marsch begann der Aufstieg von Mao Zedong (1893-1976), dem Hauptbefürworter und Theoretiker einer agrarrevolutionären Strategie, zum unumschränkten Führer der KP Chinas.

Der Aufstieg der KP Chinas

Für die Kommunisten erwies sich die japanische Aggression in China schließlich als Glücksfall. 1931 eroberte die japanische Armee die Mandschurei und setzte sich in den Folgejahren in weiteren Teilen Nordchinas fest. Gegen lautstarke öffentliche Proteste gab Chiang Kaishek der Bekämpfung der Kommunisten den Vorrang vor dem Kampf gegen Japan, er wurde jedoch im Dezember 1936 von zwei seiner Generäle in Xi'an festgesetzt und zu einer Einheitsfront mit der KP Chinas gezwungen. Obwohl dieses lockere Bündnis nur bis 1941 hielt, nutzten die Kommunisten den ab 1937 offen ausgebrochenen Krieg gegen Japan mit großem Erfolg, um ihre gesellschaftliche Basis zu verbreitern. Bei Kriegsende hatte die KP Chinas 1,2 Millionen Mitglieder.

Der asiatisch-pazifische Krieg, der nur durch das Eingreifen der USA entschieden wurde, ließ China wirtschaftlich ausgeblutet zurück. 1946 entbrannte zudem erneut der Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Kommunisten. Die GMD erhielt dabei umfangreiche Hilfe aus den USA, während die KP Chinas von der Sowjetunion eher halbherzig unterstützt wurde. Doch konnte die kommunistische Volksbefreiungsarmee die GMD-Truppen seit Anfang 1947 in der Mandschurei und seit Ende 1948 in Zentralchina in die Defensive drängen. Ende 1949 floh die Regierung Chiang Kaisheks nach Taiwan. Schon zuvor, am 1. Oktober 1949, hatte Mao Zedong in Peking die Volksrepublik proklamiert.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

1949 bis Heute

Politische Geschichte Chinas

Von Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer

7.8.2008

Helwig Schmidt-Glintzer, geb. 1948. Habilitation in Bonn (1979) für das Fach Sinologie mit Arbeit zur buddhistischen Geschichtsschreibung in China. Seit 1993 Direktor der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und o. Professor an der Universität Göttingen. Studien zum chinesischen Buddhismus und anderen chinesischen Religionen sowie zur Geschichte und Literatur Chinas. U.a. Mitglied der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz. Forschungsschwerpunkt "Kulturelle Transformationen". Derzeit Vorstandsvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Chinastudien, Berlin. Zuletzt ist von ihm erschienen "Kleine Geschichte Chinas", München 2008.

Am 1. Oktober 1949 rief Mao Zedong die Volksrepublik China aus. Es folgten Jahrzehnte des politischen Wandels – von der "Hundert-Blumen-Bewegung" über den "Großen Sprung" bis zur Kulturrevolution von 1966. Die sozialistische Modernisierung im Anschluss bereitete auch den Boden für einen beispiellosen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch Chinas. Seine Dynamik hält bis heute an.

Der Machtergreifung der Kommunistischen Partei und ihrer militärischen Verbände im Jahr 1949 waren jahrzehntelange innerchinesische Konflikte zwischen einzelnen politischen Richtungen und Fraktionen, aber auch zwischen China und anderen Staaten vorausgegangen. Dabei wurde auch den westlichen Mächten deutlich, dass eine neue Ära für die politischen Verhältnisse in Ostasien angebrochen war und sie mit der Eigenständigkeit politischer Akteure zu rechnen hatten.

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs war China zu einem der wichtigen Kriegsschauplätze zwischen Japan und den Alliierten geworden. Die chinesischen Streitkräfte aber hatten ihre Glaubwürdigkeit bei der eigenen Bevölkerung längst verloren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und das soziale Elend waren derart katastrophal, dass auch massive Waffenlieferungen Amerikas den Zusammenbruch der Guomindang-Herrschaft unter General Tschiang Kaishek nicht verhindern konnten. Überlegungen auf amerikanischer Seite, stärker die kommunistischen Kräfte zu unterstützen und in den Kampf gegen Japan einzubinden, wurden schließlich verworfen. Dies begünstigte die radikal-sozialistische Politik in den von den Kommunisten kontrollierten Gebieten.

Proklamation der Volksrepublik China

Das Kriegsende in Europa schuf neue Möglichkeiten für Machtverschiebungen in Ostasien, wo Russland Anfang August 1945 mit einer großen Streitmacht in der Mandschurei zum Angriff gegen Japan einmarschierte. Trotz zwischenzeitlicher Vereinbarungen der Nationalregierung mit den Kommunisten und der Verständigung auf die Errichtung einer Demokratie in China, scheiterte die Wiedergewinnung der Macht durch die Nationalregierung, insbesondere, weil sie die demokratischen Prinzipien bald selbst verwarf und den Provinzen eine stärkere Autonomie versagte. Die Kommunisten konnten sich daher, nicht zuletzt auch wegen ihres durch ein erfolgreich eingeleitetes Bodenreformprogramm gestärkten Rückhalts in der Bevölkerung mehr und mehr durchsetzen; ebenso trieben ihnen die von amerikanischer Seite gestützten Vergeltungsaktionen der Nationalregierung weitere Anhänger in die Arme. Die sorgfältig geplante Machtübernahme und die Proklamation der Volksrepublik China konnten die Kommunisten durch einen demonstrativen Truppeneinzug in Peking am 1. Oktober 1949 inszenieren, während sich die Nationalregierung nach Taiwan zurückzog.

Die Kommunistische Partei (KP) mit dem Ständigen Ausschuss des Politbüros an der Spitze und die Regierung mit dem Staatsrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten standen nun vor gigantischen Aufgaben – und bewiesen zunächst eine glückliche Hand. Massenorganisationen und Verbände wirkten in die Breite und hielten das Land zusammen. Vor allem aber war es gelungen, die in den 1920er-Jahren erzielten Errungenschaften der Zentralisierung des Militärs für die Volksbefreiungsarmee aufrechtzuerhalten und den Zusammenhalt des Landes durch Verwaltungsmaßnahmen zu sichern.

Die außenpolitische Anlehnung der Volksrepublik an die Sowjetunion kam in der Reise Mao Zedongs nach Moskau am 16. Dezember 1949 zum Ausdruck, seiner ersten Auslandsreise überhaupt. Diese Beziehungen waren von Anfang an belastet, doch konzentrierte sich der junge Staat auf die Innenpolitik und die Konsolidierung seiner Macht. Die Wiedereingliederung Tibets und Taiwans blieben das Ziel, das zum Teil mit dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee in Lhasa 1951 erreicht wurde. Mit dem im Juni 1950 ausbrechenden Koreakrieg änderte sich die Lage, doch erst nach Einmarsch amerikanischer Truppen in Pyongyang trat China in den Krieg ein, der insbesondere für Koreaner und Chinesen sehr verlustreich werden sollte, bevor er mit einem Waffenstillstand 1953 beendet wurde. Die seither aufrechterhaltene militärische Präsenz der USA in der Region bildete auch den Aktionsrahmen im Hinblick auf territoriale Streitfragen. Bis auf einige Grenzscharmützel mit der Sowjetunion und Indien sowie mit Vietnam fungierten in den folgenden Jahrzehnten die USA als Friedensgarant in der Region.

Politik des "Großen Sprungs"

Innenpolitisch führten die Erfahrungen des Koreakrieges zu einer Radikalisierung der inzwischen auf mehr als fünf Mio. Mitglieder angewachsenen Partei und ihrer Politik. Hierzu gehörten Massenkampagnen und mit der Aufstellung eines ersten Fünfjahresplans (1953-1957) im Jahre 1953 eine Planwirtschaft sowjetischen Musters. Bei dem vorrangigen Ausbau der Schwerindustrie kam es zu einer engen Zusammenarbeit mit sowjetischen Beratern. Die im Frühjahr 1956 von Mao Zedong eingeleitete "Hundert-Blumen-Bewegung", Ausdruck eines Richtungsstreits innerhalb der Partei, erhielt durch die Proteste in Polen, Ungarn und auch in Tibet eine neue Wendung und führte im Jahre 1957 zu einer kurzen Phase liberaler Meinungsvielfalt. Als diese auszufern drohte, wechselte Mao seinen Standpunkt, und es kam zu einer beispiellosen Verfolgung von mehr als 300.000 Intellektuellen, die als "Rechtsabweichler" gebrandmarkt wurden. Schwaches Wirtschaftswachstum und kaum Steigerungen bei der Nahrungsmittelproduktion führten zu einer neuen Debatte im Vorfeld des zweiten Fünfjahresplans, bei der sich Mao Zedong schließlich mit einer auf Massenmobilisierung, eine "permanente Revolution" anstrebenden Politik durchsetzte, die zum "Großen Sprung" führte. Mit einer Bewegung zur Einrichtung von "Volkskommunen" 1958 hoffte man in den folgenden Jahren die Erträge für die etwa 600 Millionen Einwohner, davon vierfünftel Landbevölkerung, zu steigern. Doch schwindende Getreideerträge und zugleich Getreideausfuhr in die Sowjetunion führten zu einem solchen Versorgungsmangel, der zwischen 1959 und 1962 zu mindestens 30 Mio. Hungertoten führte.

Der Abzug sowjetischer Berater 1960 bedeutete eine weitere Schwächung, die durch fortdauernde innerparteiliche Auseinandersetzungen noch verstärkt wurde. Doch gelang es Mao durch Ernennung des Kampfgefährten Lin Biao zum Verteidigungsminister, das Militär hinter sich zu bringen und mithilfe eines 1963 einsetzenden beispiellosen Personenkultes seine Position abzusichern. Dieser steigerte sich im Sommer 1966 zu einem ersten Höhepunkt der "Großen Proletarischen Kulturrevolution", bei der Studenten und Schüler gegen das Establishment mobilisiert wurden. Es kam im ganzen Land zu Zerstörungen und Gewalttätigkeiten, Schulen und Hochschulen wurden geschlossen, und Millionen Jugendliche wurden aufgefordert, alte Tempel, Bau- und Kunstwerke zu vernichten und dadurch mit den Autoritäten abzurechnen. Innerhalb der Partei wurden einzelne wie der Stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der KP Liu Shaoqi und der Generalsekretär der KP Deng Xiaoping aus ihren Ämtern entfernt und öffentlich gedemütigt.

Trotz der Ausrichtung an Parolen Mao Zedongs verbanden sich die zum großen Teil aus Unzufriedenheit gespeisten Proteste zunächst mit unterschiedlichen Forderungen und führten etwa in Schanghai zu

Konflikten einzelner Gruppen untereinander. Auf die Bildung der Schanghai Volkskommune gab es bereits im Frühjahr 1967 erste Versuche zu einer Mäßigung, und im Sommer 1967 kam es mit dem sogenannten "Wuhan-Zwischenfall" zu einem größeren Zusammenstoß zwischen Radikalen und dem Militär. Bemühungen, aus dem landesweiten Chaos wieder zu geordneten Verhältnissen zurückzukehren, führten von Ende 1967 bis 1969 zu einer Reihe von Kampagnen, die – mit den Begriffen der "Selbstkritik" und der "Säuberung" – insbesondere die Mitglieder der KP Chinas mit teils grausamen und erniedrigenden Prozeduren unterwarfen. Andererseits setzten sich zunehmend Kräfte der Mäßigung durch. Obwohl Lin Biao 1969 zum designierten Nachfolger Mao Zedongs bestimmt worden war, verfolgte Mao seither doch wieder eine Stärkung der Partei. Komplottpläne Lin Biaos gegen Mao endeten schließlich Ende 1971 mit einem Flugzeugabsturz, bei dem Lin Biao ums Leben kam.

Öffnung nach außen

Aus Einsicht in die Unhaltbarkeit einer dauerhaften Abkapselung Chinas gegenüber der Außenwelt und insbesondere den großen Mächten USA und Sowjetunion kam es zu einer außenpolitischen Reorientierung, die ihren ersten spektakulären Ausdruck im Besuch des US-Präsidenten Richard Nixon im Jahr 1972 fand. Diese Ansätze zu einer Neuorientierung wurden begleitet durch eine wachsende Bereitschaft bei der Bevölkerung zu mehr Kritik und Protest. Das Jahr 1976 war dann in vielerlei Hinsicht ein Wendejahr. Als eine Kampagne spürbar wurde, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping, der im Januar die Leichenrede auf den weithin verehrten Ministerpräsidenten Zhou Enlai gehalten hatte, wieder "auszuschalten", kam es am 4. April zu einer Massendemonstration in der Mitte des Tian'anmen-Platzes. Seither ist es immer wieder zu solchen spontanen großen Demonstrationen in Peking und auch andernorts gekommen. Diese innere Protestbereitschaft prägt seither China, und manche der Proteste wie jene von 1986 und dann vor allem im Frühjahr 1989, der vorübergehend sogar zur Verhängung des Kriegsrechts führte, wurden international wahrgenommen. Der Tod des Revolutionshelden Zhu De, des Organisators der Roten Armee, ein katastrophales Erdbeben und schließlich der Tod Mao Zedongs am 9. September 1976 wurden als Signale des Übergangs gedeutet. Auch wenn sich die reformerischen Kräfte nicht sogleich durchsetzen konnten, waren die nun einsetzenden Reformen, verbunden mit einer weiteren Öffnung nach außen, einerseits eine Reaktion auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung, sie dienten andererseits aber auch der Sicherung der Grenzen. Vor allem jedoch versprach man sich von der Öffnung einen Zugang zu den dringend benötigten westlichen Technologien.

Eine Frage blieb allerdings seither ungelöst, nämlich die zukünftige Rolle Taiwans, nachdem die UNO-Vollversammlung im Oktober 1971 den bisher von Taiwan eingenommenen UNO-Sitz der Volksrepublik zugesprochen hatte. Nach Einführung eines Mehrparteiensystems in Taiwan kam es dort zu Forderungen nach einer Unabhängigkeit. Inzwischen ist die Beziehung zwischen Taiwan und der Volksrepublik in eine neue Phase vorsichtiger Kooperation getreten. Nach dem Tod Chiang Ching-kuos im Jahre 1988 folgte der Taiwanese Lee Teng-hui, gefolgt vom Demokraten Chen Shui-bian, der 2008 wieder von einem Vertreter der Guomindang, Ma Yingjeou, abgelöst wurde.

Mit der Parole von den "Vier Modernisierungen" von Landwirtschaft, Industrie, nationaler Verteidigung sowie Wissenschaft und Technik wurde nicht nur ein ehrgeiziger Zehnjahresplan entworfen, sondern die in der Folge mit dem Namen Deng Xiaopings verbundene sozialistische Modernisierung bereitete auch den Boden für einen beispiellosen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch Chinas, dessen Dynamik bis heute anhält. Insbesondere die Ermöglichung privatwirtschaftlicher Sektoren, zunächst in der Landwirtschaft, dann aber auch in nahezu allen Bereichen, nicht zuletzt auch die Einführung neuer Gesetze und Verwaltungsregelungen trugen mit zur Modernisierung und zur raschen Öffnung Chinas bei. Weite Teile der Öffentlichkeit forderten einen Abbau staatlicher Zwänge, was sich ab Ende 1978 in der "Mauer der Demokratie" artikulierte, den großen Inschriften an der Südmauer des Kaiserpalastes, in denen eine "Fünfte Modernisierung" gefordert wurde.

Sozialer und kultureller Wandel

Parallel zu einer Anti-Demokratiebewegung gegen regierungskritische Kräfte schritt die Normalisierung der Beziehungen zu den USA fort, und die Vertreter einer marktorientierten Wirtschaft gewannen an Boden. Die in einzelnen Provinzen erreichten Erfolge sollten auf das ganze Land übertragen werden. 1980 wurde Zhao Ziyang, ein Schützling Deng Xiaopings, Ministerpräsident, und die Viererbande musste sich in einem öffentlichen Prozess für die Kulturrevolution verantworten. Um das Bevölkerungswachstum zu bremsen, wurde die Ein-Kind-Politik verordnet. Trotz gelegentlicher Verwerfungen setzten sich immer wieder die Vertreter eines zügigen ökonomischen Wandels durch. So gingen Wirtschaftsreformen mit internen Repressionen einher, die in Bildern bei den Unruhen am Tian'anmen-Platz 1989 dank der Satellitenkommunikation der ganzen Welt vor Augen geführt wurden. Der Reformkurs wurde auch nach dem Tode Deng Xiaopings 1997 durch die von ihm in Schlüsselpositionen gebrachten Politiker Jiang Zemin und Zhu Rongji fortgesetzt, denen 2003 Hu Jintao und Wen Jiabao folgten. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung führte auch zu einem sozialen und kulturellen Wandel.

Die Rolle als Weltmacht spielt China wirtschaftlich jetzt schon, militärisch aber ist eine solche Rolle nicht in Sicht. Daher konzentriert sich das Land weiterhin auf eine harmonische innere Entwicklung mit erheblichen Risiken bezüglich der Umwelt, der ethnischen Minderheiten und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Auch wenn die Energie- und Rohstoffversorgung gesichert sein sollte, hängt der soziale Frieden noch von einer Vielzahl anderer Faktoren ab. Das politische System wird sich jedenfalls nicht allein durch Wachstum und Wohlstandsgewinnung stabilisieren lassen, zudem bleibt es eine offene Frage, wie viel Anlehnung an die Traditionen Chinas gesucht und wie viel Übernahmen aus dem Westen auf Dauer integriert werden.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Chiang Kaishek

Ein Diktatorenleben

Von Dr. Hans-Wilm Schütte

7.8.2008

Dr. Hans-Wilm Schütte, Jahrgang 1948, studierte Sinologie in Hamburg, Hongkong und Taipei, lehrte später an den Universitäten Hamburg und Marburg sowie an der Hochschule Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind neuere Sozialgeschichte Chinas sowie Wissenschaftsgeschichte. Seit 1999 ständiger freier Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Asienstudien in Hamburg (Thema: Taiwan). Als freiberuflicher Publizist und Verfasser mehrerer Chinareiseführer (u.a. Baedeker) zählt er zu den meistgelesenen deutschen Chinaautoren. Er ist Mitherausgeber des Großen China-Lexikons.

Chiang Kaishek verfolgte einen ehrgeizigen Plan. An der Spitze Chinas wollte er stehen, das "Reich der Mitte" vereinen. Und dafür kämpfte der machtbesessene Generalissimus und spätere Präsident der Republik China auf Taiwan zeit seines Lebens. Am Ende ohne Erfolg.

Chiang Kaishek (31. Oktober 1887 bis 5. April 1975) war in den 1930er- und 1940er-Jahren der weltweit bekannteste chinesische Politiker. Neben Mao Zedong und dem Republikgründer Sun Yatsen ist er einer von nur drei Chinesen der Nachkaiserzeit, denen eine monumentale Gedenkstätte errichtet wurde.

Für Außenstehende ist Chiangs Verehrung heute nicht mehr leicht nachvollziehbar. Sehr treffend erhielt die erste westliche Biografie über ihn, die nach seinem Tod erschien, den Titel "The man who lost China". In der Tat: Schlimmer als der "Generalissimus" kann ein Politiker und Feldherr, der kein Abenteurer ist, kaum scheitern.

Ein Wort zu Chiangs Namen. Das Ausland kennt ihn unter der kantonesischen Form eines im Hochchinesischen Jiang Jieshi lautenden Pseudonyms, das er sich im Alter von 25 Jahren wählte. Sein eigentlicher Name war Jiang Zhoutai. In Taiwan nennt man ihn allerdings (Jiang) Zhongzheng – mit diesem wiederum neuen Namen wollte er ab 1918 seine Verehrung für Sun Yatsen (chinesisch: Sun Zhongshan) ausdrücken.

Ziele, Ambitionen, Erfahrungen

Chiang wurde unweit der ostchinesischen Handelsstadt Ningbo im Markflecken Xikou, Kreis Fenghua, geboren. Er entstammt der Familie eines mäßig wohlhabenden Salzkaufmanns. Chiang erhält ab dem Alter von fünf Jahren klassisch-konfuzianischen Schulunterricht. Erst elf Jahre später kommen etwas Englisch und andere "westliche" Fächer hinzu. 1907 folgt ein Kursus an einer Militärschule. Im Jahr darauf kann Chiang mit einem Stipendium ein Militärstudium in Tokio aufnehmen. Dort kommt er mit chinesischen Revolutionären (darunter Sun Yatsen) in Kontakt und wird Mitglied von deren Organisation, aus der später die Nationale Volkspartei Guomindang hervorgehen wird. Die Republikgründung 1912 bringt China nicht den erhofften Neuanfang. Kriegsherren befehlen einander. Ziel der Revolutionäre wird, China militärisch zu einen und gemäß den Staatslehren Sun Yatsens zu reformieren und zu stärken. Die Gegenregierung, die Sun 1918 in Kanton gründet, ist zunächst auf die militärische Unterstützung durch sympathisierende Warlords angewiesen. Chiang, ab 1918 mit Unterbrechungen ebenfalls in Kanton und in Diensten Sun Yatsens, sammelt dabei erste Erfahrungen, die ihn dauerhaft prägen werden: Traue nicht scheinbaren Freunden und Verbündeten, Sorge dafür, dass du selbst Macht hast! Und verlässliche Macht heißt für ihn nur: eine eigene Armee.

Chiangs eigentliche Karriere beginnt, als die UdSSR der Guomindang Unterstützung bei der

Wiederherstellung staatlicher Einheit zusagt. 1923 leitet Chiang in diesem Kontext eine dreimonatige Studienreise nach Moskau. Im Jahr darauf überträgt Sun ihm die Leitung der neuen Militärakademie von Whampoa, mit der die Guomindang eine eigene, moderne Armee aufbauen will.

Die Guomindang bildet nun auf Druck der Kommunistischen Internationalen (Komintern) eine Einheitsfront mit den chinesischen Kommunisten. Chiang erkennt dabei früh – auch dank der in Moskau gesammelten Erfahrungen –, dass die Guomindang der Komintern nur als Mittel für eigene Zwecke dienen soll, und er warnt, dass Moskau damit eigene imperialistische Ambitionen kaschiere. Sein Misstrauen gegenüber dem Kommunismus prägt von nun an ebenso sein Handeln wie sein Bestreben, Sun Yatsens Ideale Wirklichkeit werden zu lassen und diesen einmal als Führer Chinas zu beerben.

Chiang hat unterdessen, 1921, zum zweiten Mal geheiratet. Eine erste Ehe hatte er auf Beschluss der Eltern im Alter von 14 Jahren mit einer fünf Jahre älteren Frau eingehen müssen. Der Verbindung entsprang sein einziger leiblicher Sohn, Jingguo (1910-1988), der später sein politischer Erbe wird. Von der Frau und einer Konkubine trennt er sich durch Zahlung von Abfindungen, nachdem er sich 1919 in die 13-jährige Jenny Chen verliebt hat. Seinem Werben gibt Jenny 1921 nach. In ihren Memoiren wird sie ihren anfangs mehr als doppelt so alten Gatten später sowohl mit Liebe als auch mit klarsichtiger Schärfe zeichnen: als einen Mann von unbändigem Ehrgeiz, machtbesessen, so unbeugsam wie starrsinnig, aufbrausend, jedoch auch ideenreich und unerschrocken. Diese Wesensmerkmale, von Zeitzeugen bestätigt, durchziehen in der Tat Chiangs gesamtes Wirken und werden gleichermaßen zu Ursachen seiner Erfolge wie seines Scheiterns.

Der Erfolgsmensch

Als Sun Yatsen 1925 stirbt, hat Chiang im Kampf um dessen Nachfolge schlechte Karten – er ist jung und kein Gründungsmitglied der Guomindang. An seiner Qualifikation als Herrführer aber kommt die Partei nicht vorbei. Mitte 1926 wird er zum Oberkommandierenden der Revolutionsarmee berufen, und er beginnt den lange geplanten Nordfeldzug, der Chinas Einheit herstellen soll.

Seine raschen Erfolge im Felde und sein selbstherrliches Vorgehen wecken in der Parteiführung die Befürchtung, Chiang schwinde sich zu einem neuen Kriegsherrn und Diktator auf. In der Tat setzt sich Chiang gern über Regularien hinweg, wenn es ihm passt, und trifft selbstherrliche Entscheidungen, während er ähnliches Verhalten bei anderen keineswegs duldet. Die Parteiführung schließt ihn am 17. April 1927 aus der Partei aus. Vier Tage zuvor hat Chiang die Schanghai Arbeiterbewegung zerschlagen, Kommunisten verhaften und Streikposten entwaffnen lassen. Es bleibt nicht das einzige zivile Blutbad unter seiner Ägide. Die Guomindang ist nun gespalten, und es gibt zwei Regierungen, beide mit eigenen Armeen – eine pro, eine kontra Chiang. Als eine Annäherung ausbleibt, erklärt Chiang am 13. August 1927 seinen Rückzug aus allen Ämtern und begibt sich in sein Heimatdorf. Dies ist weder sein erster noch sein letzter derartiger Schachzug: ein Gemisch aus beleidigtem Trotz darüber, dass man ihm nicht folgt, sowie unerschütterlichem Vertrauen darauf, dass die anderen bald merken werden, dass es ohne ihn nicht geht.

Chiang nutzt die Zeit dieses Mal auch, sein Privatleben gemäß seinen Zielen neu auszurichten. Seine treue Jenny nützt ihm kaum noch. Würde er dagegen die jüngste der Song-Schwwestern, Meiling, heiraten, stiege er in die höchsten Kreise Schanghais auf, bekäme den Finanzmagnaten H.H. Kung sowie den Bankier und Finanzpolitiker T.V. Soong zu Schwägern, dazu die Sun-Yatsen-Witwe Song Qingling zur Schwägerin. Seiner Frau eröffnet er, nur durch eine solche Einheirat könne er noch sein Ziel erreichen, China zu einen, und sie solle doch im nationalen Interesse für fünf Jahre in die USA gehen. Schon 1920, bei seinem Werben um Jenny, hatte er sie beim Patriotismus gepackt: Heirate sie ihn nicht, könne er kein erfolgreicher Revolutionär werden, und China trüge den Schaden davon. Jenny fügt sich erneut und verlässt China. Als die Presse in Japan und den USA berichtet, "Madam Chiang Kai-shek" sei eingetroffen, dementiert Chiang: Diese Frau sei nicht die seine, er kenne sie nicht einmal. Gegenüber der Familie Song erklärt er, die Ehe mit Jenny sei nicht rechtsgültig. Als Chiang und Song Meiling am 1. Dezember 1927 heiraten, werden sie als Traumpaar bejubelt, und in

der Tat sollte Meiling bald auch eine eminent wichtige politische Rolle für Chiang spielen: Anders als er versteht sie etwas von Außenpolitik; in den USA erzogen, spricht sie perfekt Englisch und wird in den späteren Kriegsjahren zu seinem besten Diplomaten.

Bald regelt sich alles zu Chiangs Gunsten. Als er am 10. Oktober 1928, dem Nationalfeiertag, zum Vorsitzenden der neuen Nationalregierung in Nanjing bestimmt wird, scheint sein Lebensziel erreicht zu sein.

Zwei Gegner

Das militärische Vordringen Japans ab 1931 stellt das Erreichte wieder in Frage. Chiang weiß, dass China es mit dem Aggressor militärisch nicht aufnehmen kann. Stattdessen hofft er Japan zu besänftigen, indem er die patriotischen, antijapanischen Kräfte bekämpft. Die Kommunisten aber hat er noch nicht "ausrotten" können, vielmehr profilieren sich diese als führender Faktor im antijapanischen Widerstand nun umso erfolgreicher. Schließlich, am 12. Dezember 1936, putscht sein eigener General, der "junge Marschall" Zhang Xueliang, gegen Chiang und stellt ihn unter Hausarrest. Diesen "Xi'an-Zwischenfall" erlebt der Generalissimus als größte Erniedrigung. Zhang presst ihm die Zusage ab, die Kommunisten nicht mehr zu bekriegen, sondern mit ihnen China gegen Japan zu verteidigen.

Im Laufe der Jahre kehrt Chiang jedoch zu seiner antikommunistischen Linie zurück, auch gegen den Willen der Vereinigten Staaten, für die China nach dem Ausbruch des Pazifikkriegs 1941 zum wichtigsten Bündnispartner in Fernost wird. Chiang allerdings sieht voraus, dass die USA Japan ohnehin besiegen werden, und schont seine Ressourcen für den Entscheidungskampf mit den Kommunisten. Auch dank seiner Frau, die 1943 in einer flammenden Rede vor dem US-Kongress um Unterstützung für China wirbt, rückt er zur Weltprominenz auf und konferiert im November des Jahres in Kairo mit dem britischen Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt.

Vom Sieger zum Verlierer

Aber die Welt besteht nicht nur aus Militärstrategie. Chiangs Regierung finanziert sich und ihren Krieg über die Notenpresse. Landreformen, die die Wirtschaft stärken würden, aber nach Kommunismus riechen, unterbleiben. Stattdessen grassiert die Korruption. Chiang, von Jasagern und steinreicher Verwandtschaft umgeben, widmet sich lieber der Propaganda und verliert den Bezug zur Realität.

Das geht gut, solange Unterstützung aus den USA kommt. Als sich Chiang nach dem Krieg allerdings der amerikanischen Forderung widersetzt, mit den Kommunisten eine Koalitionsregierung der nationalen Einheit zu bilden, und die USA ihre Militärlieferungen einstellen, verkennt er die zahlreichen Fehler, die er begeht. Der Weltkriegssieger leidet an Selbstüberschätzung. Seine Truppen, zwangsrekrutierte Burschen, sind demoralisiert, hungern und laufen zum Gegner über. Eine Hyperinflation raubt der Volkswirtschaft ihre Basis. Anfang 1949 erkennt Chiang die Hoffnungslosigkeit der Lage, zieht sich zum letzten Mal in seine Heimat zurück und fängt an, alles für Taiwan als letzte Bastion seiner Herrschaft vorzubereiten. Bald setzt eine Massenflucht dorthin ein. Bis Ende 1949 fliehen mehr als eine Million Menschen auf die Insel. Zu ihnen zählt am 10. Dezember auch Chiang.

"Freies China"

Die USA zeigen ihm nun die kalte Schulter. Zur effektiven Verteidigung der Insel fehlen die Mittel. Bald droht eine kommunistische Invasion – da bricht der Koreakrieg aus, und auf einmal wird Taiwan zum Frontstaat im Ost-West-Konflikt. Üppige amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe beginnt zu fließen. Chiangs Inselbastion ist gerettet.

Zuvor schon ist ihm klar geworden, dass ohne ein gesundes Wirtschaftsleben keine dauerhafte Herrschaft gedeiht. So lässt er Technokraten mitregieren, die eine Landreform durchziehen und Grundsteine legen für das taiwanische Wirtschaftswunder.

Chiangs "freies China" allerdings ist eine Diktatur. Seit Mai 1949 gilt das Kriegsrecht, und es bleibt bestehen, denn Chiang will den Schlachtruf wahr machen, der von nun an bis nach seinem Tod wie eine Litanei forttönt: "Ruhmreich das Festland zurückerobern!" Im unbeirrten Vertrauen auf den schließlichen Sieg seines Nationalismus lässt er, als die UNO 1971 Peking anerkennt, die Chance verstreichen, seine alte "Republik China" (die nominell bis heute fortbesteht) aufzugeben und Taiwan zu einem unabhängigen Staat zu erklären.

Was von der Ära Chiang Kaishek bleibt, sind die KP-Herrschaft in China, der er im Siegerübermut den Boden bereitet, das Taiwan-Problem und die starke Stellung der Nationalen Volkspartei Guomindang in Taiwans spät entwickelter Demokratie. Die heutige Chinapolitik der Guomindang wäre ihm freilich ein Grund für einen seiner gefürchteten Wutausbrüche mit anschließendem Rückzug ins Heimatdorf. Für die Chinanationalisten in Taiwan und auf dem Festland verkörpert Chiang nach wie vor das Ideal eines geeinten China. Taiwans Demokraten, die unter seiner mörderischen Diktatur litten, konnten sich mit einer Umbewertung bislang nicht durchsetzen.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Mythos Mao

Von Gregor Delvaux de Fenffe

7.8.2008

Gregor Delvaux de Fenffe, Studium der Geschichte und Romanistik in Konstanz und Florenz. Er ist freier Publizist, Autor für Rundfunk und Fernsehen mit Schwerpunkt Geschichte. TV-Arbeiten u.a. für "planet wissen" (WDR/ SWR). Preisträger des Grimme Online Awards 2004 für SWR-Projekt "Stauffenberg – Der Film". Jüngste Publikationen (TV): RAF – Deutschland im Fadenkreuz; Die 20er Jahre.

Bis zum heutigen Tag wird Mao Zedong in China wie ein Heiliger verehrt. Doch seine Herrschaft von 1949 bis 1973 war gekennzeichnet durch Rechtlosigkeit, Terror und totalitäre Gewalt. Der "Große Steuermann", der den "Großen Sprung" wagte und die Kulturrevolution ausrief, brachte das Reich der Mitte an den Rand des Abgrunds.

Von 1949 bis 1973 war Mao Zedong, Begründer der Volksrepublik China, gleichzeitig ihr "großer Vorsitzender". Bis zum heutigen Tag wird Mao in China wie ein Heiliger verehrt. Doch Maos Herrschaft war gekennzeichnet durch Rechtlosigkeit, Terror und totalitäre Gewalt. Der "Große Steuermann" brachte das Reich der Mitte an den Rand des Abgrunds.

Auf Jahrzehnte hinaus traumatisierte Mao das chinesische Volk und hemmte seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entfaltung. Nach wie vor wird Mao als mythischer Heilsbringer verklärt, der China einte und in die Moderne führte. Doch Mao steht in einer Reihe mit den großen Diktatoren des 20. Jahrhunderts Stalin und Hitler. Unbestreitbar hat Mao Chinas Antlitz entscheidend geprägt und – wie niemand neben ihm – die chinesische Geschichte des 20. Jahrhunderts gestaltet.

Vom Bauer zum Berufsrevolutionär

Mao Zedong kommt 1893 in der zentralchinesischen Provinz Hunan zur Welt, seine Eltern sind Bauern, die es zu einem bescheidenen Auskommen gebracht haben. Mao wächst zu einer Zeit auf, in der Chinas Selbstverständnis vom kulturellen und politischen Zentrum der Welt, dem "Reich der Mitte", nachhaltig zerstört ist. Die inneren Zerfallserscheinungen machten den "kranken Mann am gelben Meer" zum willfährigen Spielball ausländischer Interessen. Das Deutsche Reich, Italien, die USA, vor allem aber Japan beuten China aus, ohnmächtig muss die chinesische Bevölkerung den invasiven Machtanspruch fremder Völker erdulden.

Mao entkommt den beengenden Verhältnissen seines Heimatdorfes und arbeitet nach seiner Ausbildung zum Volksschullehrer als Hilfsbibliothekar an der Universität Peking, wo er Kontakt zu kommunistischen Studentenzirkeln aufnimmt. Von der Zerrissenheit seines Landes und der Machtlosigkeit seines Volkes tief empört, sinnt Mao wie viele seiner intellektuellen Landsleute auf Wege zur Befreiung Chinas von der Fremdherrschaft und zur nationalstaatlichen Einigung des Landes. Beeindruckt von den kommunistischen Umbrüchen der russischen Oktoberrevolution, wo eine kleine Gruppe überzeugter Politiker und Berufsrevolutionäre mit großer Entschlossenheit die Macht über ein riesiges Reich übernimmt, drängt Mao darauf, dem sowjetischen Beispiel zu folgen. Prägend ist für Mao die "Bewegung des 4. Mai" (1919), als die studentische Jugend in Peking gegen die japanischen Invasoren rebelliert und zum bewaffneten Widerstand aufruft. Mao wird Berufsrevolutionär. An der Gründung der Kommunistischen Partei (KP) Chinas 1921 in Schanghai hat Mao keinen entscheidenden Anteil, er wird aber 1923 in das Zentrale Exekutivkomitee der Partei gewählt.

Bürgerkrieg in China

1927 kommt es zum Bruch des fragilen Bündnisses zwischen den Kommunisten und der damals führenden Guomindang-Partei (Nationalchinesische Volkspartei). Die Folge ist ein blutiger Bürgerkrieg. Der Vorsitzende der Guomindang, Chiang Kaishek, bekämpft die Kommunisten mit eiserner Faust, Tausende von ihnen werden verfolgt und liquidiert. Der Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten Lagern hinterlässt bei Mao tiefe Spuren und wird sein Verhältnis zur Gewalt maßgeblich bestimmen; Massenhinrichtungen, Massaker, rebellierende Bauern und marodierende Soldatenbanden – die Wirren des Bürgerkrieges legen den Grundstein für den später systematisch angewandten revolutionären Terror unter seiner Herrschaft. Mao entkommt der grausamen Hetzjagd auf die Kommunisten und findet zusammen mit versprengten kommunistischen Parteikadern Unterschlupf in einer abgelegenen Bergregion der zentralchinesischen Jiangxi-Provinz, die zum Sowjetgebiet erklärt wird. Mit äußerster Brutalität arbeitet Mao ebenso systematisch wie planvoll in dieser ersten aus dem Boden gestampften kommunistischen Mikrogesellschaft auf seine Vorherrschaft hin. Doch die Kommunisten müssen bald nach verlustreichen Scharmützeln der ständig vorrückenden, vielfachen Übermacht der Guomindang-Truppen weichen.

Der "lange Marsch"

Diese panische Flucht vor den Schergen Chiang Kaisheks wird Mao später zum legendären "Langen Marsch" (1934/35) verklären und zum Gründungsmythos der chinesischen Revolution erheben. Die strapaziöse, äußerst verlustreiche Wanderbewegung der Kommunisten erstreckt sich über eine Länge von 12.000 Kilometern. Von ursprünglich 100.000 bis 120.000 Kommunisten, die sich auf den Weg machen, überleben nur etwa 8.000 bis 10.000 Menschen die Entbehrungen des ungeordneten Fluchtmanövers. Es ist der "Lange Marsch", der Mao schließlich nach erbitterten Grabenkämpfen zwischen den moskautreuen Kommunisten und dem chinesischen Flügel, dem er vorsteht, den Weg nach ganz oben ebnet: Mit 41 Jahren avanciert Mao zur Nummer Eins in der KP Chinas.

Maos Gefolgsleute lassen sich in der Stadt Yan'an am Yanhe-Fluss nieder. Hier graben sich die Überlebenden der Odyssee im Lössbergland Höhlen auf primitivstem Niveau. Mao regiert die kommunistische Kolonie mit unerbittlicher Härte, degradiert seine Gefolgsleute zu willfährigen Erfüllungsgehilfen. Wer nicht Folge leistet, wird schikaniert, "umerzogen" oder liquidiert. Aus den anfänglichen kommunistischen Idealisten formt Mao ein kleines Heer ideologisch gleichgeschalteter, einzig auf seine Person ausgerichteter Vasallen. Durch eine taktische Politik der Annäherung gewinnt Mao zusehends die bäuerliche Bevölkerung der Umgebung für sich. 1937 erreicht der Zweite Weltkrieg China.

Der japanisch-chinesische Krieg erzwingt einen Burgfrieden zwischen den Truppen von Chiang Kaishek und denjenigen von Mao. Der massive Anbau von Opium und schwunghafte Handel mit Rauschgift sowie die ständige finanzielle Unterstützung durch Moskau sichern Mao den kontinuierlichen Aufbau der Roten Armee. Als 1945 nach der Kapitulation Japans der Bürgerkrieg zwischen der KP Chinas und der Guomindang-Partei mit unverminderter Härte fortgesetzt wird, erfährt Mao anfänglich eine breite Unterstützung durch die ländliche Bevölkerung. Bauern, die Maos Anhängern ihre Unterstützung verweigern, werden durch Terroraktionen der kommunistischen Kader eingeschüchtert. Die bei der einfachen Landbevölkerung zusehends verhassten, korrupten Einheiten der Guomindang werden von den rotchinesischen Truppen systematisch zurückgedrängt, Chiang Kaishek flieht mit seinen Anhängern auf die Insel Taiwan.

China wird Volksrepublik

Maos Alleinherrschaft über China steht nun nichts mehr im Weg. Seit 1945 führt Mao offiziell den Vorsitz im Zentralkomitee und im Politbüro der KP Chinas. Am 1. Oktober 1949 proklamiert er in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Volksrepublik (VR) China. Mao übernimmt den Vorsitz im Revolutionären Militärrat und im Zentralen Volksregierungsrat. 1954 wird er Staatsoberhaupt der VR China. Doch das "Reich der Mitte" liegt wirtschaftlich am Boden. Krieg und Bürgerkrieg haben tiefe Wunden hinterlassen. Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen durchqueren das Land. Die ohnehin marginale Infrastruktur ist zerstört. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 54 US-Dollar zählt China zu den ärmsten Ländern der Erde. 70 Prozent der Bevölkerung sind besitzlose Bauern, Tagelöhner und Wanderarbeiter. Die beginnende kommunistische Diktatur erwirtschaftet anfangs sogar zarte Erfolge. Das Bruttosozialprodukt erreicht Vorkriegsniveau, die Inflation wird eingedämmt.

In den Jahren 1949 bis 1952 startet die kommunistische Führung die radikale "Bodenreform". Kleine und große Landbesitzer werden systematisch enteignet, das Land an arme oder noch ärmere Bauern verteilt. Die wenigen industriellen Großbetriebe des Landes, zumeist im Besitz ausländischer Investoren, werden zwangsverstaatlicht. Noch zu Bürgerkriegszeiten erlaubten und förderten Maos Kader die gewaltsame Aneignung des Bodens durch die Besitzlosen. Jetzt fordert die kommunistische Partei die Bauern auf, sich flächendeckend gewaltsam Land anzueignen und an denjenigen, die Land bisher besaßen, Rache und Vergeltung zu üben. Mao versteht es, durch die brachiale Umsetzung der Bodenreform, den Volkszorn gezielt zu entfesseln, zu kanalisieren und zu instrumentalisieren. Eine Welle der Gewalt ergießt sich über China. Überall im Land kommt es zu improvisierten Schauprozessen und hysterischen Übergriffen. Auf Dorfversammlungen werden Menschen zu Hunderttausenden in aller Öffentlichkeit vorgeführt, gefoltert, getötet. Bis zu fünf Millionen Menschen fallen so den Hetzkampagnen zum Opfer.

Der chinesische Weg

Bereits 1927 hatte Mao verkündet, dass sich in China der Kommunismus auf das Bauerntum stützen müsse. Im zunehmend offenen Gegensatz zum "Großen Bruder UdSSR" formuliert Mao Zedong einen eigenen, den "chinesischen Weg" der Revolution: Nicht das Proletariat, die Bauern, stellen die revolutionäre Massen. Mao erzwingt den "chinesischen Weg" mit Maßnahmen, die unerbittlich ins Leben der ländlichen Bevölkerung Chinas eingreifen und welche die seit Generationen gewachsenen Gebräuche und die Arbeitskultur zerstören. Besitzverhältnisse und jahrhundertlang gewachsene Gesellschaftsstrukturen der traditionell familiär ausgerichteten Landbevölkerung werden rücksichtslos zerschlagen, die Bauern zwangskollektiviert und zu großen genossenschaftlichen Großverbänden zusammengefasst. Die Menschen verlieren jegliches Recht auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Von 1953 bis 1957 etabliert die chinesische Führung den ersten Fünfjahresplan. Nach sowjetischem Vorbild soll durch die landesweite Entfesselung der Arbeitskräfte eine chinesische Schwerindustrie auf Kosten der Landwirtschaft aus dem Boden gestampft werden. Dagegen steht die rapide anwachsende chinesische Bevölkerung, die eine Steigerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse dringend notwendig macht. Doch für Mao sind realpolitische und ökonomische Sachzwänge zweitrangig. Für ihn steht einzig die ständige Revolutionierung des Bewusstseins im Vordergrund, die Erziehung zum "Neuen Menschen" auf dem Weg zur "klassenlosen Gesellschaft".

"Lasst hundert Blumen blühen"

"Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern" – so lautet die Kampagne, die Mao 1956 ins Leben ruft. Mao ist auf dem Gipfel seiner Macht. Selbstgefällig verkennt er die Stimmung im Volk. Sieben Jahre nach seiner Machtübernahme lädt er das chinesische Volk zur konstruktiven Kritik am System, an der Partei, an der politischen Führung ein. Mao will Chinas Intelligenz mit der Aussicht auf mehr Freiheit aus der Reserve locken, um sie besser in den kommunistischen Apparat einzubinden und für den Aufbau des Landes zu gewinnen. Mao ist überzeugt, in der Bevölkerung großen Rückhalt zu finden. Anfangs wird Kritik nur verhalten geäußert. Doch bald kommt eine Bewegung ins Rollen, die den Kommunisten gefährlich wird. China revoltiert gegen die Repressalien der Einparteiendiktatur, rechnet mit Maos Unterdrückungsstaat ab. Die Menschen fordern die Beseitigung der kommunistischen Diktatur und gehen für Reformen, Presse-, Rede- und politische Freiheit auf die Straße. 1957 schlägt die KP Chinas zurück. Aus der Hundert-Blumen-Kampagne wird eine Kampagne gegen die Abweichler. Kritiker, die sich mit ihrer Systemkritik zu weit vorgewagt haben, werden systematisch psychisch gebrochen und mundtot gemacht. Rigoros werden Menschen verhaftet, gefoltert, hingerichtet; Willkürlich ordnet Mao die Festnahme von zehn Prozent der chinesischen Intellektuellen an. Viele Hunderttausende werden deportiert, in Umerziehungslagern interniert oder liquidiert.

"Der Große Sprung nach vorne"

Der Name der Kampagne "Großer Sprung nach vorne", die von Mao Ende der Fünfzigerjahre proklamiert wurde, geht auf die Lehren Georg Friedrich Hegels zurück, welche die Entwicklung einer Gesellschaft als eine Abfolge von "qualitativen Sprüngen" ansah. Moderate Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft verleiteten Mao dazu, die Losung einer ruckartig zu bewerkstelligenden Umstellung von einer agrarisch geprägten zu einer industriellen Gesellschaft zu "verordnen".

China sollte aus seiner ländlichen Rückständigkeit gerissen und als wirtschaftliche Großmacht etabliert werden – es galt, "in 15 Jahren Großbritannien einzuholen oder zu überholen". Mao ruft das Land auf, in einer konzertierten, kollektiven Aktion auf jedem Bauernhof, in jedem Hinterhof unter Heranziehung selbst primitivster Arbeitsmittel Hochöfen zu errichten und Stahl zu produzieren. Doch Maos Kampagne mündet in einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Statt ihre Felder zu bewirtschaften und die dringend benötigten Ernten einzufahren, produzieren die Bauern nach Maos unerbittlicher Vorgabe auf selbstgebauten Stahlkochern nur minderwertiges Eisen. Das Massenexperiment scheitert, die Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage. Landesweit wurden selbst die unentbehrlichsten landwirtschaftlichen Werkzeuge eingeschmolzen. Die Folge der vernachlässigten und zerstörten Landwirtschaft sind brachliegende Felder und Missernten. China erleidet in den Jahren von 1960 bis 1962 die größte Hungerkatastrophe der Menschheitsgeschichte. Schätzungsweise 30 bis 40 Millionen Chinesinnen und Chinesen verlieren ihr Leben.

Durch die verheerenden Folgen des Großen Sprungs hat Mao sich als politischer Führer ins Abseits manövriert. Die Pragmatiker um Deng Xiaoping übernehmen jetzt in der Partei das Ruder und führen China in politisch ruhigere Gewässer.

Die "Große Proletarische Kulturrevolution"

Im Zentralkomitee der KP Chinas sitzen zu Beginn der Sechzigerjahre mehr Mao-Gegner als Befürworter. Von der eigenen Partei zur Randfigur degradiert, verwindet Mao den Machtverlust nicht und sinnt auf Rache. Er plant eine großangelegte Säuberung der Partei, die politische und physische Vernichtung der verhassten, abtrünnigen Kader. Der gemäßigte Konsolidierungskurs der Partei ist ihm zutiefst suspekt. Er fürchtet die schleichende Restauration des von ihm so erbittert bekämpften "bürgerlichen Humanismus" mit seinen Traditionen, Skrupeln und zivilisatorischen Sicherungen. Auf zwei Säulen der chinesischen Gesellschaft kann er sich noch stützen: Mao hat weiterhin den Oberbefehl über die Armee, und er weiß Chinas seit nunmehr zwei Jahrzehnten erfolgreich indoktrinierte Jugend hinter sich.

1966 ist es soweit, als er die "Große Proletarische Kulturrevolution" ausruft. Beinahe harmlos beginnt 1965 Maos Rückkehr an die Macht, als er die chinesische Kultur als "bourgeois und reaktionär" brandmarkt. Doch Mao steigert die anfängliche Kulturkritik zur permanenten Revolution gegen die sogenannten "konservativen", "reaktionären" und "konterrevolutionären" Elemente im Staat, in der Gesellschaft – und im Parteiapparat. Mao verführt Chinas Jugend. Mit einem beispiellosen Personenkult schwört er die jungen Menschen auf seine Führung ein, entfesselt eine fanatische, religiös anmutende, kollektive Hysterie. "Bombardiert das Hauptquartier" ruft er den jungen Chinesen zu. Ein Freibrief für die jungen Erfüllungsgehilfen, ihm blindlings zu folgen, gegen alle öffentlichen und privaten Autoritäten, Zwänge und Institutionen vorzugehen.

Mobilisierung der Roten Garden

1966 bis 1968 herrscht in China wieder Bürgerkrieg. Fanatisiert, im rauschhaften Wahn des kollektiven Exzesses beginnen Studenten und Schüler in den Städten und auf dem Land mit der gnadenlosen Hetzjagd und willkürlichen Lynchjustiz gegen die von Mao gebrandmarkten "konterrevolutionären Elemente" der Gesellschaft. Die allerorten mobilisierten jugendlichen Massen organisieren sich in den sogenannten Roten Garden. Keiner wagt sich Ihnen zu widersetzen, sie stehen unter dem besonderen Schutz des "Großen Vorsitzenden". Ihn zu schützen, ihn zu ehren und ihn zu preisen, schwärmen sie aus. Die Rotgardisten nutzen kostenlos die öffentlichen Verkehrsmittel, reisen im ganzen Land umher, veranstalten Exzesse der Gewalt. Eltern werden von den eigenen Kindern denunziert, Menschen auf offener Straße, in Schulen, Universitäten und Betrieben unter Druck gesetzt, öffentlich gequält, ermordet. Kinder beschimpfen willkürlich Erwachsene als Verräter und Feinde des großen Mao, foltern und erschlagen Eltern, Lehrer, Gelehrte, Wissenschaftler, Dozenten und Intellektuelle. Jeden kann es treffen, jeder kann als "konterrevolutionär" denunziert und "entlarvt" werden. Es reicht ein falsches Wort, eine verdächtige Geste, eine Denunziation. Einmal stigmatisiert, haben die Opfer kaum noch eine Chance, der Lynchjustiz zu entkommen. Militär und Polizei schauen auf Maos strikten Befehl tatenlos zu.

Es herrscht ein Klima der totalen Anarchie. Das Land versinkt im Chaos. Millionen Menschen fallen dem jugendlichen roten Mob zum Opfer. Schließlich bekriegen sich Fraktionen und Splittergruppen der Rotgardisten gegenseitig. Der Kulturbetrieb kommt zum Erliegen. Universitäten und Schulen schließen, Betriebe und Bauernhöfe, ganze Industrien werden lahmgelegt. Mao hat sein Ziel erreicht. Die Woge der marodierenden Massen hat den Parteiapparat zerstört, unliebsame Kader und Kritiker mundtot gemacht. Jede Opposition ist beseitigt. Schließlich schickt Mao die Armee gegen die Rotgardisten aus, die er nun nicht länger benötigt. Die jungen Chinesen werden aufs Land zur Umerziehung geschickt.

Anatomie des maoistischen Terrors

Mao setzte die Mechanismen des Terrors, die das chinesische Volk unfreiwillig und freiwillig bediente, gezielt für seinen Machterhalt ein. In den drei Dekaden der maoistischen Herrschaft denunzierten sich die Menschen auf Maos ausdrückliche Weisung in immer neuen von oben verordneten Kampagnen gegenseitig, bezichtigten einander konterrevolutionärer Vergehen, ergingen sich in Gewalt- und Mordexzessen. Anders als in den ausgeklügelten Mechanismen totalitären Terrors der Diktaturen unter Stalin oder Hitler, die über einen eigenen, mitunter streng hierarchisch strukturierten Terrorapparat verfügten, band Mao die eigene Bevölkerung von Anfang an in das System des sich selbst erhaltenden Terrors ein.

Mao machte die eigene Bevölkerung zu Opfern und zu Tätern – oft zu beiden gleichzeitig. Die zentralen Motive des "Mitmachens" waren Angst und permanenter Druck, Mitläufertum und Opportunismus, Ehrgeiz, schließlich Überzeugung und Fanatismus. Für Mao war der Terror das zentrale Instrument, das ihm die Erhaltung uneingeschränkter Macht garantierte. Mao hatte zum Terror, zur Unterdrückung, zur politischen Verfolgung und zur Tötung ein ganz bewusstes Verhältnis. Er war es, der vorgab, den Willen der Massen zu erkennen und zu vertreten. Er, der "Große Steuermann", war es, der entschied, was die Massen denken, fühlen, wollen und wie sie handeln sollten. Wer nach Maos Lesart vom sogenannten "Willen der Massen" abwich, der wurde von ebenjenen Massen aussortiert, stigmatisiert oder liquidiert. Absoluter Staatskonformismus, bedingungslose Gefolgschaft, Unterdrückung der eigenen Entfaltung, permanente Indoktrination durch Staatspropaganda, Unterbindung jeglicher Privatsphäre, Herabwürdigung menschlichen Lebens und ein beispielloser Personenkult sind die programmatischen Leitlinien der maoistischen Diktatur.

Mao Zedong – ein chinesisches Tabu

Bis zu Maos Tod 1976 herrschte in China die bleierne Zeit wirtschaftlicher, politischer und kultureller Stagnation. Auf Jahrzehnte hinaus hatte Mao Zedong China das Rückgrat gebrochen, ein Volk, in dem Opfer und Täter der maoistischen Kampagnen bis heute gezwungen sind, nebeneinander her zu leben. Rehabilitierungen gab es nur wenige, kaum jemand wurde für begangene Verbrechen zur Verantwortung gezogen, Opfer wurden nicht entschädigt. Eine Aufarbeitung der tragischen Exzesse der Kulturrevolution hat bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht stattgefunden. Bis heute unterliegt in China die Deutungshoheit über Mao Zedong und die chinesische Geschichte des 20. Jahrhunderts allein der KP Chinas. Anders als die anderen großen Diktatoren des 20. Jahrhunderts wurde Mao in seinem Land bisher nicht vom Thron gestoßen. Immer noch wird ihm kultische Huldigung zuteil. Eine historisch-kritische Hinterfragung und Aufarbeitung der maoistischen Terrorherrschaft ist in der VR China bis zum heutigen Tag tabu und wird von der Partei unterbunden.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Porträt: Deng Xiaoping

Von Uli Franz

6.8.2008

Uli Franz, geboren 1949, lebt als Schriftsteller in München und auf der dalmatinischen Insel Brač. Drei Jahre lang arbeitete er als Lektor und Korrespondent in Peking. Internationale Anerkennung erlangte er mit seiner Biografie über Deng Xiaoping. Seit seinen Pekinger Jahren publizierte er zwölf Bücher über China und Tibet.

Nach Maos Tod übernahm Deng Xiaoping die Macht in China. Mit seinen Wirtschaftsreformen leitete er eine radikale Wende in der Politik ein: weg von der zentralistischen Planwirtschaft. Dennoch zielte er niemals auf die Schaffung eines freiheitlichen Staatswesens, auf mehr Demokratie und Liberalismus. Er blieb ein Kommunist chinesischer Prägung.

Keine Gedenkhalle für seine Leiche, keine Geldnote und kein Souvenir mit seinem Konterfei: Deng Xiaoping lebt nur noch in der Erinnerung. In der Erinnerung älterer Chinesen und jener Ausländer, die mit den Anfängen von Chinas Öffnungspolitik vertraut sind.

Anders als Mao Zedong (1893-1976) sträubte sich Deng Xiaoping stets gegen einen Kult um seine Person, gegen die Idealisierung von Gesagtem und Getanem. Diese Maxime verfolgte er nicht nur während seiner 92 Lebensjahre, sondern auch über seinen Tod hinaus. Er starb am 19. Februar 1997. Der kleingewachsene Mann aus Sichuan, aus der Provinz der feurig-scharfen Küche, stellte sich in die Tradition des deutschen Kommunisten Friedrich Engels und verfügte eine Seebestattung seiner Asche. Versunken im Chinesischen Meer, die sterblichen Überreste von Chinas Erneuerer, dem mehr als eine Milliarde Chinesen unterschiedlich viel verdanken – die einen den großen Wohlstand, die anderen den kleinen.

Pionier der Öffnungspolitik

Der Wohlstand kam über das Land dank der Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die bis heute irreführend "Sozialismus chinesischer Prägung" genannt wird. Das Wirtschaftswachstum stellte sich ein durch eine radikale Wende in der Politik, durch die Abwendung von der zentralistischen Planwirtschaft. Deng Xiaoping initiierte sie im Dezember 1978 auf der dritten Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei (KP) Chinas. Dafür übernahm er alleine die Verantwortung und boxte seinen Willen gegen den Widerstand der Betonkommunisten durch. Dank dieser Wende ging das Jahr 1978 in die neuere Geschichte als Auftakt der "Deng-Ära" ein.

De facto initiierte Deng mit seiner Öffnungspolitik gen Westen die Rettung einer durch und durch maroden Planwirtschaft. Nach einem Jahrzehnt politischer Kampagnen und Machtkämpfe in der Kulturrevolution (1966-76) war der alte Begriff von China als dem "kranken Mann des Ostens" wieder en vogue und zurecht in aller Munde. Wenn dieser "Mann" inzwischen genesen ist und nach drei Jahrzehnten zum Sprung ansetzt, um als "global player" auf dem Weltmarkt mitzuspielen, dann ist diese Umkehrung der Entwicklung Deng Xiaoping zu verdanken, dem Pionier der Öffnungspolitik.

Doch Reichtum und Wohlstand, für Chinesen so wichtig wie ein langes Leben, erzielte und erzielt heute nicht jeder. Für viele Städter und Bauern verschlechterte sich sogar das Leben aufgrund der anhaltenden Inflation. Dazu kommt eine Verknappung der ländlichen Ressourcen, vor allem des Agrarlandes aufgrund fortschreitender Urbanisierung. Zu konstatieren ist: In den Jahren der Wirtschaftsreform von 1978 bis heute sprang die Einkommensschere auf. Das Erbe des Mannes, der

den berühmt gewordenen Satz "Egal, ob die Katze weiß oder schwarz ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse" geprägt hat, ist also widersprüchlich. Damals, als er so sprach, im Jahr 1962, lag eine Hungersnot, die mindestens 20 Millionen Chinesen das Leben gekostet hatte, hinter dem Land und der verantwortlichen kommunistischen Partei. Damals erkannte Deng erstmals grundlegend den utopischen Charakter der Mao-Zedong-Ideen. Dank dieser Erkenntnis wurde 1962 der Grundstein für die heutige Entwicklung gelegt. Zumindest bei der klügeren Fraktion der Kommunisten. "Gegenwärtig kommt es darauf an", postulierte Kader Deng, "mehr Getreide zu produzieren. Solange die Erträge steigen, ist auch die private Initiative des Einzelnen erlaubt. Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse", sagte er damals im Plenum. Hätte Deng nicht Mao die Führung überlassen, wären die Verbrechen der Rotgardisten in der Kulturrevolution nicht geschehen, denn nach seiner wegweisenden Plenarrede wurden für kurze Zeit freie Märkte eingeführt, und die Bauern durften einen Teil ihrer Felder wieder selbst bewirtschaften. Aber die Mao-Fraktion eroberte auf fatale Weise die Macht.

Kommunist chinesischer Prägung

Wohlgermerkt, Deng Xiaoping hatte mit seinen Wirtschaftsreformen stets Stabilität und Einheit im Auge. Niemals zielte er auf die Schaffung eines freiheitlichen und individualistisch geprägten Staatswesens, auf mehr Demokratie und Liberalismus. Er war bis zu seinem letzten Atemzug ein Kommunist chinesischer Prägung. Was ist das für ein Kommunist, wird man sich im Westen fragen?

Geboren in der Endzeit des imperialen Chinas, im Jahr 1904, wurde dem kleinen Deng mit der Muttermilch konfuzianisches Gedankengut eingeflößt. Damals und heute wieder gilt die Lehre des Pädagogen und Staatsdenkers Konfuzius als der größte Kulturschatz. Der alte Meister sprach von Tugenden und von Menschlichkeit ren und meinte damit: Ein Stück von dir ist auch in mir. Das ist die Wurzel, aus der jeder Chinese seinen Ursprung zieht. Doch bei Deng kam noch anderes, unchinesisches Gedankengut hinzu.

Der am 22. August 1904 geborene Deng Xixian geriet unter den Einfluss westlicher und basisdemokratischer Ideen und wurde neu geboren – unter dem Namen Deng Xiaoping. Deng Xiaoping ("Deng, Kleine Flaschen") lautete fortan sein neuer Name, sein Org-Name, wie Kommunisten zu sagen pflegen.

In seiner Jugend lernt er von demokratisch gesinnten Lehrern und Missionaren über die Ungerechtigkeiten der Geschichte. Was er lernt, empört ihn. Er erfährt von den bitteren Niederlagen seines Mutterlandes: in den Opiumkriegen der Engländer (1840-42), den Kriegen der Franzosen (1884-85) und Japaner (1894-95) und im Boxer-Aufstand von 1900. In all diesen Kriegen wird seine feudalistische Heimat, das Reich der Mitte, ausgebeutet und bis in die Selbstverleugnung getrieben. Eine der größten Stärken von Deng wird bereits in seiner Jugend deutlich: Er verfällt nicht dem Nationalismus und Chauvinismus wie viele seiner Altersgenossen, nein, er will die Fremde kennenlernen, er will wissen, was den Imperialismus der westlichen Welt charakterisiert. So reist er als Werkstudent am 11. September 1920 nach Frankreich, wo er an der internationalistischen Bewegung "Arbeiten und studieren" junger Chinesen teilnimmt. Selbstverständlich wird sein frühes Interesse am Westen nicht nur durch Kriegsbotschaften, sondern auch durch erfreuliche Ereignisse geweckt. Schon in seiner Heimat lernte er die abendländische Kultur bei katholischen Missionaren kennen, die in der Kreisstadt Guang'an eine Schule unterhielten.

"Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" als Maxime

Auch als er seinen ursprünglichen Plan, als Werkstudent in Lyon die Universität besuchen zu können, dahinschwinden sieht, bleibt er in Frankreich, in der Gegend von Paris und sucht sich Arbeit, um sein Überleben zu garantieren. Im Örtchen Chalette klebt er Gummischuhe zusammen und erhält einen schmalen Akkordlohn von dem amerikanischen Unternehmen Hutchinson. Später lernt er den Umgang mit Werkzeugen in der Montage des Automobilfabrikanten Renault.

Nie war sich Deng zu fein, eine körperliche Arbeit anzunehmen. Vielleicht begünstigte diese Lebenseinstellung eine weitere Maxime seines Lebens "die Wahrheit in den Tatsachen suchen". Noch in Frankreich trat er in die KP Chinas ein, die im Jahr 1921 in Schanghai gegründet worden war. Gewiss fasste er schon damals eine Karriere in dieser Partei ins Auge. Für seine Kaderlaufbahn ist wichtig zu wissen: Im Gegensatz zu Mao Zedong entwickelte Deng ein subtiles Gespür für den Umgang mit dem Kapitalismus des Westens. Auch wenn er in letzter Konsequenz auf seinen chinesischen Wurzeln beharrte. Von ihm stammt der Satz "Den frischen Wind hereinlassen – die Moskitos draußen halten".

Die westlichen Demokratien, wollen sie das heutige China als Partner gewinnen, dürfen niemals vergessen, dass die auswärtigen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen Chinas immer ein Pendeln zwischen Anziehung und Distanz, zwischen Annäherung und Selbstbehauptung sind und sein werden. Wohlgermerkt, bei aller Anziehung ist man im Fernen Osten vorrangig auf die Aufrechterhaltung der Selbstbehauptung bedacht.

Nachdem der junge Deng mit seiner Handarbeit das Leben in der Fremde kennengelernt hatte, kehrte er nach einem sechsjährigen Auslandsaufenthalt in Frankreich und Moskau nach Schanghai zurück. Mit 23 Jahren, man schrieb das Jahr 1926, gab er in seiner Junggesellenbude an der Avenue Edward VII. der französischen Konzession der Chinesin Zhang Qianyuan das Ja-Wort. Sie wurde schwanger, aber sie sollte an den Folgen einer Fehlgeburt sterben. Er heiratete erneut, doch diese Beziehung ging auch nicht gut. Seine zweite Frau wurde ihm von einem moskautreuen Parteikader geraubt. Diesen Verlust musste er ertragen, weil er sich politisch ins Abseits manövriert hatte. Der "Raub" ging einher mit dem ersten Einbruch in seiner Kaderkarriere – im Sommer 1933. Zwar behielt er seinen Parteiausweis, aber er verlor seine Ämter. Doch er resignierte nicht. Weder politisch noch privat. Schon bald fand er seine dritte Frau. Sie hieß Zhuo Lin, war die Tochter eines reichen Wurstfabrikanten und gebar ihm fünf Kinder.

Im roten Dschungel von Intrige und Macht

Dank seiner Anpassungsfähigkeit überlebte Deng immer wieder im roten Dschungel von Intrige und Macht. Er duckte sich mal nach rechts, mal nach links – und überlebte seinen zweiten Sturz im Winter 1966, zu Beginn der Kulturrevolution. Wieder einmal verlor er bis auf sein Parteibuch alle Ämter und musste in einer Infanterieschule bis 1973 "überwintern".

Da er sogar ein drittes Mal gestürzt wurde (sein Bruder wurde in den Selbstmord getrieben und sein ältester Sohn verkrüppelt), aber gleichzeitig neben Außenminister Zhou Enlai als engster Vertrauter von Mao in der Parteiführung agierte, müssen wir uns fragen, in welcher Beziehung Deng zu Mao stand? Mao, dessen prächtige Erscheinung geradezu nach einem Personenkult verlangte, teilte mit Deng die Idee, einen Sozialismus chinesischer Prägung zu erschaffen. Dieses gewaltige Unterfangen, diese gigantische Baustelle kannte eine klare Rollenverteilung: Mao der Kopfarbeiter, Deng der Handarbeiter. Doch damit lässt sich Dengs herausragende Parteirolle nicht vollständig erklären. Deng wurde im Laufe seines Lebens ein hoher Militär und im Jahr 1981 gar der höchste Militärkommandeur des roten China. Mao zeigte Respekt vor diesem geborenen Soldaten, denn Generalstabschef Deng konnte schießen und auch tödliche Wortsalven abfeuern. "Es ist einfacher in den Himmel zu steigen, als mit Deng zu diskutieren", formulierte einmal ein Parteigänger. Mao und Deng stammten beide aus Südchina, und in ihrem Wesen waren beide von einem scharfen Humor, ja Sarkasmus geprägt. In Stunden der Sentimentalität soll Mao einmal gesagt haben, Deng erinnere ihn an seinen getöteten Bruder Zetan.

In welcher Beziehung stand nun Deng zu Mao? Deng war Mao ergeben, weil er der Diktatur des Proletariats ergeben war. Vom menschlichen Wesen her gefiel Deng das bäuerliche Naturell von Mao, denn auch er stammte aus einem Bauerndorf. Beide liebten das scharfe Chili-Mahl, die häufige Zigarette, den beizenden Hirscheschnaps, das Kartenspiel und die Frau. Mit Blick auf Mao müssen wir sagen: die Frauen. Obwohl beide ihr Glück in einer dreimaligen Heirat suchten, wurde Mao ein Leben lang vom Sex gehetzt. Noch im hohen Alter mussten ihm seine Lakaien krankhaft viele Konkubinen zuführen. Da verhielt sich Deng schon züchtiger und entsprechend der propagierten Parteimoral. Wohlgermerkt, in der Hygiene unterschied sich der Privatmann Deng vom Großen Steuermann: beim Zähneputzen. So gut wie nie putzte sich Mao die Zähne; er sei ein Tiger, pflegte er seinem mahnenden Leibarzt zu antworten, er trinke dafür Grünen Tee. Beide Führer ergänzten sich als Paar. Beide waren keine Asketen, weder privat noch in der Politik. Allerdings konnte Deng mit Entbehrungen und Niederlagen viel gewandter umgehen als Mao.

Der rote Pragmatiker

"Du hast Fehler begangen, Fehler, für die man dich nach deinem Tod auspeitschen wird", soll Mao ihm einmal prophezeit haben. Wenn einer für seine Fehler ausgepeitscht gehört, dann eher der rote Utopist als der rote Pragmatiker. Zweifelsohne hat Deng in seinem 92-jährigen Leben Fehler begangen, doch nur ein Fehler war ein Verbrechen: Er kommandierte die Gewehre der Armee, damit sie auf das Volk schießt, am Peking Blutsonntag, am 4. Juni 1989.

Von außen betrachtet, verdient Deng ein Denkmal für seine Öffnungspolitik. Dank seiner Pioniertat erlebte China einen atemberaubenden Wandel der Werte des Arbeitslebens, des Denkens, der Freizeit und des Konsums. Seit dem Beginn dieser Politik im Jahr 1978 hat das urbane China einen echten Weitsprung vom Mangel in den Überfluss gemacht. Denkmal ja, aber nicht allzu pompös. Denn Dengs Losung "Reich werden ist ehrenhaft" bedingte eine Verarmung großer Schichten der Bevölkerung. Nach drei Jahrzehnten Modernisierung durchzieht das Land eine Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land. Heute droht bereits das kapitalistische Übel der Arbeitslosigkeit für Millionen, und von Stadt zu Stadt zieht ein wachsendes Heer von aktuell 200 Millionen Wanderarbeitern. Was soll aus vielen dieser ehemaligen Bauern nach den Olympischen Spielen werden? Zeit seines Lebens rackerte sich der kleine Mann aus Sichuan ab – vielleicht weil sein Schwerpunkt so tief lag. Dann, im hohen Alter, kam noch die Taubheit dazu. Hatte Deng zu viel gehört, wollte er sich nur noch abschotten?

Auf einem erdachten Grabstein könnte die Inschrift stehen: Deng Xiaoping war ein Sohn der Armee und seiner Familie. Niemals fiel ihm etwas in den Schoß, er musste immer für Erfolge kämpfen. Trotz aller Widrigkeiten war er ein geselliger Mensch und seine Eitelkeit hielt sich in Grenzen.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in China

Von Dr. Heike Holbig

5.10.2009

Dr. Heike Holbig, geb. 1967, Promotion 1997 an der Universität Heidelberg im Fach Moderne Sinologie. Seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA German Institute of Global and Area Studies, Institut für Asien-Studien (vormals Institut für Asienkunde) in Hamburg mit Zuständigkeit für Politik Chinas. Forschungsinteressen: Autoritarismusforschung, Ideologie und politische Legitimität der KP Chinas, Geschichtspolitik und privatwirtschaftliche Interessenvermittlung. Aktuelle Publikation: "Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era" (in G. Schubert/T. Heberer (Hrsg.): Regime Legitimacy in Contemporary China. Institutional Change and Stability, London 2009).

Wie wird in China Vergangenheit reflektiert? Welche Rolle spielt die Wahrheit in diesem Denkprozess? Im Mittelpunkt stehen drei Beispiele: die Erinnerungen an die Kulturrevolution und den Sino-Japanischen Krieg und die Neuerfindung des Konfuzianismus – mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Wie wird in China Vergangenheit reflektiert? Wer aus westlicher Perspektive über diese Frage nachdenkt, verfällt leicht in ein Schwarz-Weiß-Schema. Geschichte im modernen Sinne, die Rekonstruktion dessen, "wie es eigentlich gewesen ist" (Ranke), spiele in China bis heute keine Rolle, heißt es. Chinesen seien seit jeher in ihrer Geschichte gefangen, deren übermächtige, jahrtausendealte Tradierung ihre langen Schatten auf die Gegenwart und Zukunft Chinas werfen. Allmächtige Herrscherdynastien, seien es die jeweiligen Kaiserhäuser oder ihre sozialistischen Nachfolger, hätten die Geschichte im Sinne ihrer eigenen Legitimation instrumentalisiert und zur Kontrolle der Gegenwart missbraucht. In China gehe somit eine "Geschichte der Tyrannei" mit einer "Tyrannei der Geschichte" (Jenner 1992) einher, die der Gesellschaft bis heute ihren Stempel aufdrücke. Ein Zerrbild – oder steckt etwas Wahres dahinter?

Wie die Historikerin Nicola Spakowski überzeugend argumentiert hat, ist das westliche Bild "typisch chinesischer" Geschichtsschreibung, wie soeben umrissen, schon deshalb zu hinterfragen, weil es weit hinter den (post-)modernen historiografischen Debatten des Westens selbst zurückbleibt. Hier gilt es längst als etabliert, dass Geschichtsschreibung die Vergangenheit nie einfach reproduziert, sondern deren Bedeutung erst herstellt, indem "Geschichten erzählt" werden. Geschichte ist, mit anderen Worten, immer narrativ verfasst, und in die gewählte Narrative – etwa exemplarisch als erhobener moralischer Zeigefinger oder genetisch als groß angelegter Entwurf einer durchgängigen National- oder gar Universalgeschichte – gehen in mehr oder weniger subtiler Weise spezifische Legitimationsansprüche, Machtinteressen, Gegenwarts- und Zukunftsdeutungen ein. Hier stellt Geschichtsschreibung in China also keinen Sonderfall dar.

Ein Unterschied, wenn auch nur ein gradueller, zwischen chinesischer und europäischer Geschichtsschreibung lässt sich sicherlich in der charakteristischen Geschichtsorientierung der chinesischen Schrifttradition ausmachen. So dominierte seit dem 9. Jahrhundert v.u.Z. eine historische Narrative des "himmlischen Mandats", auf der sich die Legitimationsansprüche der nachfolgenden Herrscherhäuser gründeten. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts wurde mit Liang Qichao diese dominante Narrative durch erste Entwürfe einer modernen Nationalgeschichte ersetzt. In den 1930er-Jahren wurde die chinesische Geschichte unter marxistischem Einfluss schließlich in das Stalinsche Fünf-Phasen-Modell eingebettet, das von der Sklavenhaltergesellschaft bis zum zukünftigen Weltkommunismus reicht – ein Schema, das im chinesischen Geschichtsunterricht bis heute die Periodisierung der zurückliegenden vier Jahrtausende prägt. In diesem Sinne kann man feststellen, dass es den jeweiligen herrschenden Eliten über lange Phasen hinweg gelungen ist, aus einer

dominanten historischen "Master-Narrative" ihre Legitimation zu beziehen.

Dies gilt insbesondere auch für die historische Master-Narrative der Kommunistischen Partei (KP) Chinas, die 1945 in einer ersten Resolution ihren geschichtspolitischen Monopolanspruch erhob, den sie 1981 – als Signal einer Abkehr vom Klassenkampf nach den Schrecken der Kulturrevolution – in einer zweiten Resolution bekräftigte. Allerdings ist dieser Monopolanspruch im Laufe der Reformperiode der zurückliegenden 30 Jahre zunehmend erodiert und kann trotz anhaltender historiografischer Vereinheitlichungsstrategien des Parteistaats immer weniger aufrechterhalten werden. Anhand dreier Beispiele – der Erinnerung an die Kulturrevolution, den Sino-Japanischen Krieg und der Neuerfindung des Konfuzianismus – soll dieser Prozess der Pluralisierung historischer Narrativen in der Volksrepublik im Folgenden nachgezeichnet werden.

Die Kulturrevolution

"Zehn Jahre Chaos", so lautet die Ex-Post-Umschreibung der "Großen Proletarischen Kulturrevolution" (1966 bis 1969) und der nachfolgenden politischen Wirren bis zum Sturz der "Viererbände" im Jahr 1976. Die Ausdehnung auf eine ganze Dekade erlaubt es, einerseits den Startschuss für dieses traumatische historische Ereignis einer politischen Fehlentscheidung Mao Zedongs zuzuschreiben (die den "korrekten" Mao-Zedong-Ideen freilich keinen Abbruch tun), andererseits die eigentliche "Schuld" am "Chaos" dieser Jahre dem verbrecherischen Wirken der "Viererbände" zuzuweisen. Diese Narrative, welche die KP in ihrer "Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China" von 1981 festgeschrieben hat, basiert damit auf der alleinigen Kriminalisierung der Viererbände bei gleichzeitiger Entlastung "aller anderen" von Maos Fehlentscheidung in die Irre Geführten. Sie findet sich bis heute wortgleich in chinesischen Schulbüchern und wird in Multiple-Choice-Tests für Hochschulbewerber formelhaft abgefragt. Die Gewaltexzesse der Rotgardisten und ihre zahlreichen Opfer hingegen werden im offiziellen Diskurs nicht thematisiert.

Wie heute rekonstruiert werden kann, lag dieser Interpretation der Kulturrevolution eine strategische Entscheidung der KP zugrunde, die angesichts der Verwicklung breiter Bevölkerungsteile und auch zahlreicher Angehöriger der (zukünftigen) politischen Elite in die Gräueltaten dieser Jahre eine Spaltung in "Täter" und "Opfer" unbedingt vermeiden wollte. Als psychologische Folge dieser Deutung kann ein weit verbreiteter "Komplex der Komplizenschaft" (Weigelin-Schwiedrzik 2006) beobachtet werden. Ehemalige Rotgardisten oder auch nur mittelbar an den landesweiten Ausschreitungen Beteiligte neigten demnach in der Folge dazu, sich selbst als "Opfer" der Zeit und der Fehler Mao Zedongs zu begreifen, um sich so moralisch zu entlasten.

Wie Publikationen aus den jüngeren Jahren verdeutlicht haben, kursieren neben dieser offiziellen Narrative aber auch verschiedene inoffizielle "Parallelgeschichten" der Kulturrevolution. Schon in den 1980er-Jahren nutzten kritische Intellektuelle wie Ye Yonglie oder Dai Qing, denen der Zugang zu den staatlichen Archiven verwehrt war, alternative Ansätze der Geschichtsforschung, allen voran der "Oral History", indem sie aus Interviews mit Zeitzeugen versuchten, den Hergang der Ereignisse zu rekonstruieren. In den 1990er-Jahren analysierten Xu Youyu und andere die komplexen Motive der Rotgardisten. Wang Youqin offenbarte die Einzelschicksale von 659 Opfern der Kulturrevolution. Publiziert wurden viele dieser kritischen Bestandsaufnahmen in Hongkong – eine Gewähr dafür, dass sie auf dem Festland und vor allem auch von offizieller chinesischer Seite wahrgenommen wurden.

Neben diesen kritischen Forschungsergebnissen gibt es ein breites Spektrum an alltagsgeschichtlichen Deutungen der Kulturrevolution in Romanen, Memoiren, Fotobänden und Filmen (z.B. Hu Jies Dokumentarfilm "Auch wenn ich nicht mehr bin" von 2006), die teils frei verkäuflich sind, teils im Internet oder als DVDs kursieren. Ebenfalls im Internet werden moralische Debatten darüber geführt, inwieweit die Angehörigen der aufs Land verschickten "verlorenen Generation" sich selbst als Opfer der Kulturrevolution begreifen oder als ehemalige Rotgardisten nicht vielmehr Grund zur Reue haben sollten. Schließlich ist ein nostalgischer Strang zu nennen, der seit den 1980er-Jahren

für Außenstehende seltsam erscheinende Blüten populärer Erinnerungskultur hervorbrachte: Themen-Restaurants mit kargen Einrichtungen und Speisekarten, die an das harte Leben der aufs Land verschickten Jugendlichen erinnern, Revivals der unter Jiang Qing entstandenen "Revolutionsopern", Reproduktionen maoistischer Embleme und vieles mehr. Während diese nostalgischen Formen der Erinnerungskultur teilweise durchaus offizielle Unterstützung erfahren, wurden Initiativen zur Gründung virtueller Kulturrevolutions-Gedenkstätten oder gar Museen umgehend gestoppt. Zwar konnte sich bislang keine der akademischen und populären Parallelgeschichten als neue Master-Narrative durchsetzen, doch haben sie die parteistaatliche Narrative der Resolution von 1981 inzwischen zunehmend ins Abseits gedrängt.

Der Sino-Japanische Krieg

Der geschichtspolitische Diskurs über den japanischen Imperialismus in China, der im Sino-Japanischen Krieg von 1937 bis 1945 mit rund 20 Mio. Todesopfern und 100 Mio. Flüchtlingen seinen grausamen Höhepunkt fand, hat über die sechs Jahrzehnte der Volksrepublik starke Veränderungen erfahren. Bis zum Ende der 1970er-Jahre stand er zunächst ganz im Zeichen des "Klassenkampfes" zwischen der KP Chinas – solidarisiert mit den bäuerlichen Massen – und der Guomindang (GMD). Zum eigentlichen Feindbild wurden weniger die japanischen Aggressoren als vielmehr die Kräfte der GMD stilisiert, denen Kollaboration mit dem Feind, fehlende Kampfmoral und Verrat am eigenen Volk vorgeworfen wurde. Mao Zedong soll Anfang der 1960er-Jahre geäußert haben, dass die KP den Japanern viel zu verdanken habe, da man ohne deren Angriff keine Chance gegen die Nationalarmee der GMD gehabt hätte. Opfer und Leid in der Zivilbevölkerung wurden aus dieser teleologischen Narrative des "unvermeidlichen" Siegeszugs der KP Chinas, der zum Gründungsmythos der Volksrepublik wurde, weitgehend ausgeblendet.

Anfang der 1980er-Jahre kam es mit der offiziellen Abwendung vom Primat des Klassenkampfes zu einem grundlegenden Wandel im Geschichtsdiskurs. Die Öffnung des Landes nach außen erhöhte den Bedarf nach einer eigenen nationalen Identität, ein Trend, der sich nach der internationalen Isolierung Chinas im Gefolge der Tiananmen-Ereignisse 1989 noch verstärkte. Die aktive Erinnerung an die Gräueltaten des japanischen Imperialismus schien nun als probate Grundlage für die Konstruktion einer klassenübergreifenden Identität des chinesischen Volkes. Das Gedenken an den Sino-Japanischen Krieg wurde durch groß angelegte akademische Forschungsprojekte, Ausstellungen, aufwändige Bildbände, Memoiren, Filme und andere publikumswirksame Medien neu entdeckt. Das Nanjing-Massaker vom Dezember 1937 und die Demütigung der von japanischen Soldaten missbrauchten chinesischen "Trostfrauen" wurden seit Mitte der 1990er-Jahre zu zentralen Themen in der neu entstandenen Erinnerungskultur. Parallel zu dieser Stärkung der Opferperspektive wurden erstmals auch die militärischen Leistungen der GMD-Truppen unter Chiang Kai-shek gewürdigt – ein weiteres Indiz dafür, dass die Konstruktion nationaler Identität zu einer zentralen Legitimationsquelle des Parteistaats aufgestiegen war.

Allerdings entpuppte sich diese nationalistische Legitimationsstrategie zunehmend als zweischneidiges Schwert. Seit 2001 war eine Verschärfung gerade des antijapanischen Nationalismus zu beobachten, der wiederholt Anlass zur Mobilisierung gesellschaftlicher Proteste gegeben hat. Typische Auslöser dieser Proteste, die ihren bisherigen Höhepunkt im April 2005 erreichten, als in mehreren chinesischen Großstädten antijapanische Demonstrationen von teilweise über 20.000 Jugendlichen stattfanden, waren Besuche japanischer Politiker am Yasukuni-Schrein, "geschichtsverzerrende" japanische Schulbücher, territoriale Konflikte um die Diaoyu/Senkaku-Inseln, Japans Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und vieles mehr. In einem wiederkehrenden Reaktionsschema wurden antijapanische Proteste von der chinesischen Führung stillschweigend geduldet und zum Teil medial unterstützt. Sobald die Proteste jedoch zu eskalieren drohten, schwenkte die Führung auf eine Strategie der Eindämmung und Deeskalation um – auch im eigenen Interesse, da sie befürchten musste, dass der unter Jugendlichen leicht mobilisierbare nationalistische Zorneseifer sich letztendlich gegen sie selbst richten könnte. Wie etwa der im Jahr 2000 entstandene und in China verbotene Film "Der Teufel ist gekommen" des Regisseurs Jiang Wen

andeutet, kann der antijapanische Nationalismus durch die Aneignung und Umdeutung symbolischer Ressourcen des offiziellen Geschichtsdiskurses leicht eine Eigendynamik entwickeln, die sich der staatlichen Instrumentalisierung zunehmend entzieht und dessen Wirkung auf die Legitimität des Parteistaats ungewiss ist.

Die Neuerfindung des Konfuzianismus

Ein ganz anderes Beispiel ist der Konfuzianismus, der seit den 1980er- Jahren ein überraschendes Revival erfahren hat. Hier lässt sich bislang keine dominante Master-Narrative ausmachen – vielmehr findet sich eine Vielzahl von philosophischen, religiösen und pädagogischen Deutungen und Praktiken aus dem In- und Ausland, auf die der Parteistaat wiederum reagierte. Den Anfang machten chinesischstämmige Philosophen in den USA wie etwa Tu Wei-ming, der am Beispiel der asiatischen Tigerstaaten argumentierte, dass der Konfuzianismus entgegen den Thesen Max Webers wirtschaftlicher Dynamik keineswegs widerspreche. Als Wissenschaftler in China in die Debatte einstieg, wurde prompt ein offizielles Forschungszentrum gegründet, das eine sozialistische Lesart des Konfuzianismus erarbeitete. Diese konnte jedoch nicht verhindern, dass konservative Neokonfuzianer wie Jiang Qing, Kang Xiaoguang und andere vehement die Etablierung einer konfuzianischen Staatsreligion und die "Konfuzianisierung", wenn nicht gar Ablösung der KP Chinas forderten.

Aber auch in nichtakademischen Kreisen gewann der Konfuzianismus zunehmend an Attraktivität, zunächst über Meister-Schüler-Beziehungen und die Tradierung kollektiver Rituale (wie die jährlichen Feierlichkeiten zum Geburtstag des Konfuzius) in Hongkong und Taiwan, wo sie die Bilderstürmerei der Kulturrevolution überstanden hatten, später aber auch dank prominenter Fernsehstars wie Yu Dan, die erheblich zur Popularisierung konfuzianischen Denkens beigetragen hat. Für manche steht der alte Meister für Selbstkultivierung und die Erreichung persönlicher Zufriedenheit, andere sehen in der Lektüre der "Klassiker" die Möglichkeit zum Erwerb sozialen Kapitals, wie etwa Angehörige der neuen Wirtschaftseliten, die entsprechende Universitätskurse belegen, um dem Ideal des "konfuzianischen Unternehmers" ("rushang") nachzueifern. Die wohl weiteste Verbreitung hat der Konfuzianismus bei Kindern ab dem jungen Alter von drei Jahren gefunden, die immer öfter Unterricht im Rezitieren kanonischer Texte erhalten. Umfangreiche private Investitionen fließen in die Gründung von Privatschulen und Akademien nach traditionellem Vorbild, die von offizieller Seite teilweise gefördert, teilweise aber auch als Konkurrenz zu den staatlichen Bildungseinrichtungen wahrgenommen werden. Ob sich diese vielgestaltigen populären Erinnerungskulturen zur geradlinigen Narrative einer alten und neuen chinesischen Kulturnation homogenisieren lassen, wie dies in der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele im Sommer 2008 eindrücklich versucht wurde, bleibt abzuwarten.

Literaturhinweise

- Bell, Daniel A.: China's New Confucianism. Politics and Everyday Life in a Changing Society, Princeton 2008.
- Billioud, Sebastien: "Confucianism, 'Cultural Tradition' and Official Discourses in China at the Start of the New Century", in: China Perspectives 3 (2007), S. 50-65.
- Ders./Joël Thoraval: "The Contemporary Revival of Confucianism: Anshen liming or the Religious Dimension of Confucianism", in: China Perspectives 3 (2008), S. 88-106.
- Bonnin, Michel: "The Threatened History and Collective Memory of the Cultural Revolution's Lost Generation", in: China Perspectives 4 (2007), S. 52-64.
- Gries, Peter Hayes: China's New Nationalism. Pride, Politics and Diplomacy, Berkeley 2004.

- Holbig, Heike: "Fünfzig Jahre Politik der VR China in der offiziellen Geschichtsschreibung", in: China aktuell, Jg. 28, Nr.10 (Oktober 1999), S. 1030-1034.
- Jenner, William J.F.: The Tyranny of History. The Roots of China's Crisis, London 1992.
- Mitter, Rana: "Old ghosts, new memories. China's changing war history in the era of post-Mao politics", in: Journal of Contemporary History 38/1 (2003), S. 117-131.
- Sausmikat, Nora: "Gibt es eine chinesische Moderne mit konfuzianischen Charakteristika? Variationen zum Thema", in: Internationales Asienforum, 35 (November 2004), S. 327-351.
- Hu Jie/Wolfgang u. Susanne Schwiedrzik: "...nicht der Rede wert? Der Tod der Lehrerin Bian Zhongyun am Beginn der Kulturrevolution", Hör- und Sehbuch inkl. Hu Jies Dokumentarfilm "Auch wenn ich nicht mehr bin" von 2006; vorgestellt auf der Frankfurter Buchmesse 2009.
- Schmidt-Glintzer, Helwig/Achim Mittag/Jörn Rüsen (Hrsg.): Historical Truth, Historical Criticism, and Ideology. Chinese Historiography and Historical Culture from a New Comparative Perspective, Leiden 2005.
- Spakowski, Nicola: "Permanence and Change: The Relationship between Traditionalism and Marxist Historical Thought in Popular History Books in the People's Republic of China", in: Berliner China-Hefte 15 (Oktober 1998), S. 74-87.
- Thoraval, Joël: "Jiaohua: The Confucian Revival in China as an Educative Project", in: China Perspectives 4 (2007), S. 4-21.
- Wang Youqin: "Finding a Place for the Victims. The Problem in Writing History of the Cultural Revolution", in: China Perspectives 4 (2007), S. 65-74.
- Weigelin-Schwiedrzik, Susanne: "In Search of a Master Narrative for 20th-Century Chinese History", in: China Quarterly 188 (December 2006), S. 1070-1091.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Politik

6.8.2008

Das politische System Chinas

Von Prof. Dr. Sebastian Heilmann

1.10.2005

Sebastian Heilmann, ordentlicher Professor für Regierungslehre mit Schwerpunkt Ostasien an der Universität Trier und Leiter der dortigen Forschungsgruppe Politik und Wirtschaft Chinas. 2005-2006 Visiting Fellow am Fairbank Center der Harvard University. 2006-2009 gemeinsam mit Professor Elizabeth Perry Leitung des Forschungsprojekts "Adaptive Authoritarianism" (Buchpublikation bei Harvard University Press geplant für 2009). Forschungshomepage: www.chinapolitik.de(<http://www.chinapolitik.de>).

Das politische System der VR China hat in Europa ein zwiespältiges Image. Chinakritische Politiker, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten sehen in China eine Diktatur mit "eiserner Faust" am Werk. China-freundliche Politiker und Geschäftsleute hingegen verweisen auf die außerordentliche wirtschaftliche Dynamik des Landes und vertrauen auf die Wirkung der Marktwirtschaft.

Die chinesische Regierung selbst lehnt die "westliche Demokratie" als für China untaugliches Ordnungsmodell bislang entschieden ab. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hält an ihrem Machtmonopol fest, lässt keine unabhängigen politischen Kontrollinstanzen zu und unterdrückt organisierte oppositionelle Aktivitäten. Also handelt es sich bei der VR China zweifellos um ein autoritäres Regierungssystem. Dennoch hat der tief greifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel besonders seit den 1990er Jahren markante politische Veränderungen bewirkt. Vom Totalitarismus der Mao-Ära, als Funktionäre und Organisation der Kommunistischen Partei einen totalen Zugriff auf das wirtschaftliche, gesellschaftliche und persönliche Leben ausüben konnten, hat sich die gegenwärtige politische Ordnung weit entfernt. Politische Entscheidungen kommen heute auf andere Weise zustande und werden auch mit anderen Mitteln durchgesetzt als am Ausgangspunkt der Wirtschaftsreformen.

Staatsverfassung

Der Staatsaufbau der VR China folgt in Kernelementen dem Modell der ehemaligen Sowjetunion. Die politische Führungsrolle der Kommunistischen Partei, umfassende Durchgriffsbefugnisse der Zentralregierung gegenüber regionalen Führungen, die Gewaltenkonzentration - also die ausdrückliche Ablehnung einer politischen Machtbegrenzung durch Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative - und die Unterordnung individueller Rechte unter kollektive Interessen sind bis heute wesentliche Prinzipien der Verfassungsordnung der VR China.

Bislang sind vier Verfassungen (1954, 1975, 1978, 1982) verabschiedet worden, in denen die wechselnden politischen Ziele der KPCh zum Ausdruck kommen. Während insbesondere die Verfassungen von 1975 und 1978 die Bedeutung des Klassenkampfes hervorhoben, spiegelt die derzeit gültige Verfassung von 1982 (in Einzelementen geändert in den Jahren 1988, 1993, 1999 und 2004) die Bemühungen um eine "sozialistische Modernisierung" des Wirtschaftssystems und um eine Stabilisierung der staatlichen Institutionen wider. In Art. 1 der geltenden Verfassung heißt es: "Die VRCh ist ein sozialistischer Staat unter der Demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht. [...] Die Sabotage des sozialistischen Systems ist jeder Organisation oder jedem Individuum verboten?"

Das Gefüge der politischen Institutionen Chinas wurde durch keine der bisherigen Verfassungsänderungen angetastet. Der Führungsanspruch der KPCh, der auch in der Präambel der Staatsverfassung hervorgehoben wird, bleibt das entscheidende Hindernis für eine Erneuerung der

staatlichen Institutionen.

"Oberstes Organ der Staatsmacht" und Gesetzgebungsorgan ist laut Verfassung der Nationale Volkskongress (NVK), der unter anderem zuständig ist für Verfassungsänderungen (mit Zwei-Drittel-Mehrheit), Ausarbeitung und Änderung von grundlegenden Gesetzen, Wahl/Abberufung der wichtigsten Mitglieder der Staatsorgane sowie Prüfung und Bestätigung des Staatshaushaltes. Die rund 3000 Abgeordneten des NVK werden alle fünf Jahre von den Volkskongressen auf Provinzebene bestimmt. Es findet also keine Volkswahl zum NVK statt. Mehr als zwei Drittel der NVK-Abgeordneten gehören der Kommunistischen Partei an. Der NVK tritt nur einmal im Jahr zu einer ein- bis zweiwöchigen Plenartagung zusammen. Den Charakter eines "Ersatzparlaments" besitzt deshalb der Ständige Ausschuss des NVK, der 174 Mitglieder (2005) zählt, alle ein bis zwei Monate zu mehrtägigen Sitzungen zusammentritt und die Mehrzahl der Gesetze verabschiedet sowie internationale Abkommen ratifiziert.

Als Staatsoberhaupt der VR China fungiert der Staatspräsident, dem überwiegend formalrepräsentative Funktionen zukommen. Er setzt mit seiner Unterschrift Gesetze in Kraft, ernennt und entlässt führende Mitglieder von Staatsorganen nach Entscheidung des NVK und empfängt internationale Staatsgäste. Da der Generalsekretär der KPCh - "Nummer 1" in der Parteihierarchie und damit der mächtigste chinesische Politiker - seit 1993 zugleich auch das Amt des Staatspräsidenten bekleidet, hat dieses Amt ein größeres Gewicht erlangt.

Der Staatsrat, so die Bezeichnung für die chinesische Zentralregierung, wird in der Verfassung als "Exekutivorgan" des NVK und als "oberstes Organ der Staatsverwaltung" definiert. Dem Staatsrat gehören der Ministerpräsident, dessen Stellvertreter sowie die Staatsratskommissare und Minister an. Der Ministerpräsident verfügt als Leiter des Staatsrates über eine sehr große Machtfülle. Als "Kabinett" im engeren Sinne dient die Ständige Konferenz des Staatsrates, die nur die zehn höchstrangigen Regierungsmitglieder umfasst. Die Kandidaten für alle Führungspositionen in der Regierung werden von Gremien der KPCh ausgewählt und benannt; der NVK muss der Ernennung der wichtigsten Amtsträger zustimmen.

Lokale Volkskongresse und Volksregierungen aller Ebenen sind die örtlichen Organe der Staatsmacht. Sie haben auf der jeweiligen Verwaltungsebene Kompetenzen, die im Wesentlichen mit denen des NVK auf nationaler Ebene korrespondieren. Nur die Delegierten der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene werden direkt gewählt. Die lokalen Volksregierungen aller Ebenen "sind den Organen der Staatsverwaltung der nächsthöheren Ebenen verantwortlich und rechenschaftspflichtig". Gemäß Verfassung kann die Zentralregierung die Annullierung "unangemessener Entscheidungen" lokaler Organe der Staatsverwaltung anordnen. Hierin kommt der zentralistische Staatsaufbau zum Ausdruck, der in der Verfassung festgelegt ist, in der Verwaltungspraxis jedoch durch vielfältige dezentrale Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume aufgelockert ist.

Das Regierungs- und Verwaltungssystem der VRCh umfasst sechs Hauptstufen:

- Zentrale: Zentralregierung und Parteizentrale.
- Provinzebene: 33 Verwaltungseinheiten, darunter:
 - vier "Regierungsunmittelbare Städte" (Beijing, Shanghai, Tianjin, Chongqing)
 - 22 Provinzen (offiziell wird Taiwan als 23. Provinz der VR China geführt)
 - fünf "Autonome Gebiete" (Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei, Guangxi, Ningxia)

- zwei "Sonderverwaltungszone": Hongkong und Macau (ehemalige Kolonien, die 1997 vom Vereinigten Königreich bzw. 1999 von Portugal in die Souveränität der VR China überführt wurden) genießen einen weitreichenden administrativen Autonomiestatus, werden aber offiziell als Verwaltungseinheiten auf Provinzebene geführt.
- Bezirksebene: 333 Bezirksstädte, Regierungsbezirke und bezirksgleiche Verwaltungseinheiten.
- Kreisebene: 2861 Kreise und kreisgleiche Verwaltungseinheiten.
- Gemeindeebene: rund 44 000 Gemeinden, Kleinstädte und städtische Wohnviertel.
- Dörfer und Straßenzüge: In den rund eine Million Dörfern Chinas sowie in städtischen Straßenzügen wird ein System der begrenzten Selbstverwaltung durch zum Teil gewählte, zum Teil von der KPCh bestimmte Komitees praktiziert.

Kommunistische Partei

Die VR China lässt sich ohne Einschränkung als Einparteiensystem kennzeichnen. Zwar existieren acht so genannte Demokratische Parteien, die als Organe der "Einheitsfront" der Kommunistischen Partei Chinas untergeordnet sind. Es handelt sich jedoch nicht um im politischen Wettbewerb stehende Parteien, sondern lediglich um von der KPCh kontrollierte Konsultativorgane. Die Führungskader der KPCh sitzen an allen wichtigen Schalthebeln der chinesischen Politik. Von Lenin (1870 bis 1924), dem Begründer des kommunistischen Parteistaates im frühen Sowjetrusland, übernahmen die chinesischen Kommunisten die organisatorischen Prinzipien der Kaderpartei und der Führungsrolle der Partei in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die wichtigsten Institutionen politischer Kontrolle, die im Kern auf Lenin zurückgehen und sich auch in der VR China finden, sind:

- die zentralisierte Hierarchie von Parteiorganen mit strikten Unterordnungsverhältnissen in allen Bereichen von Politik, Verwaltung, Polizei, Justiz, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft;
- die von der KPCh kontrollierte Rekrutierung und Beaufsichtigung von Führungskräften ("Kader"-System) nicht nur in staatlichen Organen, sondern auch in Wirtschaftsunternehmen und gesellschaftlichen Organisationen;
- Kampagnen zur ideologischen Indoktrinierung und Bekämpfung politischer Abweichungen innerhalb der Partei sowie ein striktes Verbot der Bildung von innerparteilichen Gruppierungen;
- Massenpropaganda (parteigelenkte, selektive Informationsvermittlung) gegenüber der Bevölkerung und Lenkung der öffentlichen Meinung mit Hilfe politisch kontrollierter Medien.

2005 zählte die KPCh rund 70 Millionen Mitglieder, was einem Bevölkerungsanteil von etwas mehr als fünf Prozent entsprach. Pro Jahr wurden seit 1992 durchschnittlich rund 1,4 Millionen neue Mitglieder in die Partei aufgenommen. Eine Parteimitgliedschaft bietet immer noch vielfältige Vorteile, wie zum Beispiel ein hilfreiches Beziehungsnetz, Bevorzugung bei Beförderungen oder bei der Zuteilung preiswerter Wohnungen. Zwischen 1990 und 2000 waren fast drei Viertel der neuen Mitglieder nach offiziellen Angaben jünger als 35 Jahre, fast vier Fünftel von ihnen besaßen mindestens einen Oberschulabschluss. In diesen Zahlen drückt sich aus, dass die neue städtische Mittelschicht als Hauptprofiteurin der Wirtschaftsreformen zur wichtigsten sozialen Basis für die Herrschaft der KPCh

geworden ist. Bauern und staatliche Industriearbeiter haben hingegen an Gewicht innerhalb der Partei verloren.

Mit dem XVI. Parteitag 2002 öffnete sich die KPCh, um die Privatunternehmerschaft und die neue Oberschicht politisch-organisatorisch einzubinden. Die KPCh wandelte sich damit zu einer an Wirtschaftsförderung orientierten, unternehmerfreundlichen Partei, die eine fortschreitende gesellschaftliche Pluralisierung und den Aufstieg neuer Gesellschaftsgruppen nun auch in Mitgliedschaft und Führungspersonal nachvollzieht. Während die Kommunistische Partei nach der Gründung der VR China die chinesische Gesellschaft umformte, verkehrte sich dieses Verhältnis seit den 1990er Jahren: Der fortschreitende gesellschaftliche Wandel begann, die KPCh immer stärker umzuformen.

Das Zentralkomitee der KPCh (ZK) mit knapp 200 Vollmitgliedern und rund 150 nicht stimmberechtigten Kandidaten tritt gewöhnlich nur einmal im Jahr zusammen und bildet das zentrale Repräsentativorgan der wichtigsten innerparteilichen Gruppen aus Partei, Staat und Armee. Für Entscheidungen über die Besetzung von Spitzenpositionen in Partei und Staat und über politische Grundsatzfragen - von Änderungen des Verfassungstextes bis hin zu Leitlinien der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie - ist die Billigung des ZK erforderlich. Im ZK sind verschiedene Interessengruppen aus der Staatsbürokratie ebenso repräsentiert wie Vertreter aus den Provinzen und der Armee. Die Mitglieder und Kandidaten des ZK werden - auf Vorschlag der Parteispitze - vom Nationalen Parteitag der KPCh gewählt, dessen Delegierte alle fünf Jahre zusammentreten.

Das höchste Entscheidungs- und Führungsorgan der KPCh ist das ZK-Politbüro. Es hat derzeit 24 Mitglieder, aus denen wiederum ein Ständiger Ausschuss mit nur neun Mitgliedern hervorgeht. Dieser Ständige Ausschuss des Politbüros ist der Führungskern der KPCh und setzt sich aus den wichtigsten aktiven Parteiführern zusammen. An der Spitze des Ständigen Ausschusses steht der KP-Generalsekretär.

Die KPCh ist auf allen Verwaltungsebenen durch Parteiorganisationen vertreten. Sie verfügt über landesweit circa 3,5 Millionen Basisorganisationen. Die Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen sind jedoch selbst für die große Mehrheit der KPCh-Mitglieder sehr begrenzt. Die politische Willenbildung und Entscheidungsfindung im engeren Sinne findet nur in den Leitungsgremien und in vielschichtigen Beziehungsgeflechten von Partei und Staatsverwaltung statt. Landesweit bilden nur etwas mehr als 500.000 so genannte Führungskader (Führungskräfte vom Rang eines ministeriellen Referatsleiters bzw. eines Kreisregierungschefs an aufwärts) die Machtelite Chinas.

Staatsideologie

Der Marxismus-Leninismus fand in China nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 Verbreitung. Die Kommunistische Partei Chinas berief sich bei ihrer Gründung 1921 in Shanghai auf diese "importierte" Ideologie. Die Propagierung des Marxismus-Leninismus verband sich mit dem Streben nach nationaler Befreiung vom Einfluss der Kolonialmächte und mit dem Wunsch nach nationaler Modernisierung. Die besonderen Revolutionserfahrungen der chinesischen Kommunisten flossen in die Schriften Mao Zedongs ein, die sich in wesentlichen Elementen von Leninismus oder Stalinismus unterschieden. Anders als die russischen Kommunisten hob Mao in seinen Schriften die bäuerliche Basis der Revolution hervor, während er die Rolle der Industriearbeiterschaft relativierte. Anders als Lenin und Stalin propagierte Mao den Guerillakampf als wirkungsvolle Revolutionsstrategie und forderte, revolutionäre Veränderungen mittels parteigelenkter Massenmobilisierung ("Massenlinie"), nicht mittels bürokratischer Herrschaft durchzusetzen.

Heute vertritt die KPCh offiziell einen "Sozialismus chinesischer Prägung", der sich vom sowjetischen Modell distanziert und die marxistischen Klassiker in ihrer Bedeutung für die Modernisierung Chinas neu zu bewerten sucht. 1987 und 1997 stellten Parteitage der KPCh fest, dass sich China erst in der "Anfangsphase des Sozialismus" befinde. Vorrangig in dieser Phase sei es, die Produktivkräfte zu

entwickeln und den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben. Um Chinas Wirtschaft zu modernisieren, werden marktwirtschaftlich-kapitalistische Methoden genutzt. Die ihnen zugrunde liegenden Werte wie Individualismus und Interessenpluralismus aber werden von der chinesischen Führung bis heute nicht offiziell akzeptiert. Die Funktion der Ideologie als Mittel politischer Disziplinierung ist jedoch im Schwinden begriffen. Die von der Führung seit 1979 verbindlich vorgegebenen "Vier Grundprinzipien" - Führungsrolle der Partei, Demokratische Diktatur des Volkes, sozialistischer Entwicklungsweg und Marxismus-Leninismus/Mao-Zedong-Ideen - werden von einem großen Teil der Parteimitglieder nur noch in ideologischen Lippenbekenntnissen hochgehalten.

Mit dem XVI. Parteitag im November 2002 wurden Kernelemente der marxistisch-leninistischen Ideologie revidiert - so etwa die Abschaffung von Privateigentum, Auslöschung der privaten Unternehmerschicht, Bekämpfung der "Kapitalistenklasse" und Dominanz öffentlichen Eigentums. Die KPCh bezeichnet sich nun im Parteistatut als Vorhut nicht nur der chinesischen Arbeiterklasse, sondern des ganzen chinesischen Volkes und der ganzen chinesischen Nation. Als unmittelbare Aufgabe ist nun der "Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand" festgelegt. Die Kommunistische Partei präsentiert sich mit diesen programmatischen Änderungen als Modernisierungs- und Volkspartei, die ein sehr rasches und dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum erreichen und zugleich eine sozial möglichst ausgeglichene Mittelstandsgesellschaft aufbauen will.

Über die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Programmatik hinaus spielt der Nationalismus eine immer wichtigere Rolle für die Selbstlegitimation der kommunistischen Herrschaft. Um politische Unterstützung zu gewinnen, präsentiert sich die Partei als Hüterin der nationalen Souveränität und Würde Chinas. "Patriotische Erziehung" spielt in den Medien und im Bildungswesen eine zentrale Rolle. Und in der Tat ist in der chinesischen Gesellschaft eine starke patriotisch-nationalistische Grundströmung unübersehbar, die zur Einheit des Landes wesentlich beiträgt und der Regierung in Konflikten mit westlichen Staaten, mit Japan und in der Taiwan-Frage Unterstützung in der Bevölkerung sichert.

Führungsstil

Die Praktiken der politischen Führung haben sich in der VR China grundlegend gewandelt. Der charismatische Revolutionsführer und Parteivorsitzende Mao Zedong konnte als unangefochten dominanter Politiker von der Staatsgründung 1949 bis zu seinem Tod 1976 umfassende Politikänderungen von einem Tag auf den anderen anordnen, ohne die Zustimmung anderer Parteiführer einholen zu müssen. In der Ära Deng Xiaoping (1978-1997) griff ein kleiner Kreis von pensionierten Parteiveteranen immer wieder maßgeblich in die Regierungsgeschäfte ein. Erst nach dem Tod oder gesundheitsbedingten Rückzug der einflussreichsten Revolutionsveteranen veränderten sich die Entscheidungsverfahren unter dem KP-Generalsekretär und Staatspräsidenten Jiang Zemin (1989-2002) hin zu einem System der kollegialen Führung mit stärker formalisierten Regeln. Umfassende Konsultationen wurden zu einem prägenden Merkmal der Entscheidungsvorbereitung. Solche Konsultationen wurden notwendig, weil Parteiführer wie Jiang Zemin und sein Nachfolger Hu Jintao (seit 2002) nicht mehr über eine charismatische Autorität wie Mao Zedong und Deng Xiaoping verfügten. Außerdem wurden die politischen Regelungsprobleme im Kontext von rascher wirtschaftlicher Modernisierung und weltwirtschaftlicher Integration immer komplexer.

Eine solche Entwicklung vergrößert gewöhnlich das Potenzial für Konflikte in der politischen Führung. Jedoch agierten die Mitglieder der chinesischen Führung unter dem Eindruck des Untergangs der sozialistischen Staaten Osteuropas seit Beginn der 1990er Jahre überaus vorsichtig, um einen Kollaps der kommunistischen Herrschaft in China zu vermeiden. Es bildete sich ein Grundkonsens heraus über die Vermeidung offener politischer Auseinandersetzungen und über die Hauptrichtung der Reformpolitik: wirtschaftliche Modernisierung ohne "westliche" Demokratisierung.

Die Veränderungen im politischen Führungsstil gingen einher mit einer umfassenden Transformation des Führungspersonals. Während es noch Anfang der 1980er Jahre aus ländlichen, kriegserfahrenen

Revolutionären mit meist nur geringer Schulbildung bestand, übernahmen seitdem zunehmend technisch-naturwissenschaftlich gebildete Funktionäre ohne revolutionäre oder militärische Erfahrung die Führungspositionen in Partei, Verwaltung und Staatsunternehmen. Politische Führungskräfte dieses Profils werden als "Technokraten" bezeichnet, die auch die Lösung politischer Probleme als eine Art technische Herausforderung verstehen: Nicht visionäre Entwürfe bestimmen die Amtsführung, sondern die Optimierung administrativer Regelungsmechanismen und das Adhoc-Management politischer Konflikte.

In der wissenschaftlichen Diskussion wird das politische System der VR China seit den 1990er Jahren häufig als "fragmentierter Autoritarismus" charakterisiert:

- Autoritär ist das politische System, weil die Regierung Chinas weiterhin nicht aus demokratischen Konkurrenzahlen hervorgeht, keine Gewaltenteilung zwischen verschiedenen Verfassungsorganen besteht und es keine Kontrolle politischer Macht durch unabhängige Gerichte und Medien gibt.
- Fragmentiert ist Chinas autoritäres System, weil an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung viele Akteure beteiligt sind, die untereinander rivalisieren. Zudem wurden wichtige administrative und wirtschaftspolitische Zuständigkeiten auf untere Regierungsebenen verlagert. Fast allen politischen Entscheidungen - von grundsätzlichen Fragen der Verfassungsreform bis hin zu Regeln etwa der staatlichen Bankenaufsicht - gehen langwierige Verfahren der Interessenabstimmung und Kompromissfindung voraus.

Unterdrückung oppositioneller Kräfte

Unter kommunistischer Herrschaft wurden in China seit den fünfziger Jahren alle Formen organisierter politischer Opposition unterdrückt. Nachdem die chinesischen Kommunisten 1949 die Macht errungen hatten, errichteten sie ein gewaltiges Straflagersystem. Bis zur Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 saßen durchweg mindestens zehn Millionen Menschen, darunter mehrere Millionen politische Häftlinge, in Zwangsarbeitslagern ein. Zwar gab es in der VR China zu keinem Zeitpunkt Vernichtungslager. Aber Misshandlungen, Seuchen und Hungersnöte führten dennoch zu einer überdurchschnittlich hohen Sterblichkeit in diesen Lagern. Verlässliche Angaben über die Zahl der Opfer gibt es nicht.

Nach 1978 wurden mehrere Millionen Strafgefangene freigelassen, die unter der Herrschaft Mao Zedongs aus politischen Gründen inhaftiert worden waren. Seit den 1990er Jahren befinden sich insgesamt noch rund zwei Millionen Gefangene in Chinas Strafvollzugsanstalten - in regulären Gefängnissen und Straflagern, Umerziehungsanstalten zur "Besserung durch Arbeit" und in Lagern für Militärpersonal. In China kommen etwa 165 Strafgefangene auf 100 000 Bürger. Der entsprechende Wert für Russland und für die USA liegt viermal so hoch. Chinas Gefängnispopulation ist im internationalen Vergleich also nicht besonders groß. In der Verfolgung politischer Abweichungen greifen die chinesischen Staatssicherheitsbehörden heute allerdings nur noch selten auf reguläre Gerichtsverfahren zurück. Vielmehr sind unberechenbar ausgedehnte Inhaftierungen mit Misshandlungen, "Administrativstrafen" ohne Gerichtsverfahren, Einweisungen in die Psychiatrie sowie nichtöffentliche Sondergerichtsverfahren häufig angewandte Mittel zur Unterdrückung Andersdenkender. In den Sondergerichtsverfahren wird den Angeklagten eine Gefährdung der weit gefassten "Staatssicherheit" zur Last gelegt.

Trotz staatlicher Repression konnten kritische Stimmen in der VR China nicht vollständig zum Schweigen gebracht werden. So nutzten zahlreiche Intellektuelle und andere Parteikritiker beispielsweise während einer kurzen Phase der Liberalisierung 1957 ("Hundert-Blumen-Bewegung") oder auch in einer Trauer- und Protestbewegung 1976 ("Bewegung vom 5. April") die Gelegenheit zur Äußerung grundsätzlicher Kritik an der Herrschaftspraxis der KPCh. Seit der "Demokratiemauer-Bewegung" 1978 bis 1979, aus der auch der prominente Dissident Wei Jingsheng hervorging, sind

Forderungen nach Gewährung umfassender Menschen- und Bürgerrechte nicht mehr verstummt.

In der großen städtischen Protestbewegung des Frühsommers 1989 wurden die Begriffe "Demokratie" und "Menschenrechte" zu politischen Losungen, die Ablehnung von politischer Willkür und Sehnsucht nach größeren Freiheitsräumen zum Ausdruck brachten. Im Zentrum der Proteste standen Beijinger Studenten, denen es gelang, mit Demonstrationen und Hungerstreiks bis zu zwei Millionen Bürger für den Protest gegen Inflation, Korruption und Amtswillkür zu mobilisieren. Eine Mehrheit in der Parteispitze verstand die Kundgebungen von Beginn an als "konterrevolutionäre Rebellion" und als Bedrohung für die Herrschaft der KPCh. Gegen den Widerstand des damaligen KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang setzten die Revolutionsveteranen um Deng Xiaoping schließlich den Beschluss durch, regierungstreue Truppen aus verschiedenen Regionen des Landes um Beijing zusammenzuziehen und das Kriegsrecht zu verhängen. Unter Einsatz von Schusswaffen und Panzern schlug das chinesische Militär in der Nacht zum 4. Juni 1989 die Protestbewegung blutig nieder. Nach auseinander gehenden Schätzungen kamen zwischen 500 und 1500 Menschen ums Leben. Auch in einigen Provinzstädten fielen Demonstranten gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen zum Opfer. Zehntausende Kundgebungsteilnehmer wurden verhaftet, Tausende zu langjährigen Haftstrafen, Dutzende zum Tode verurteilt. Trotz dieser gewaltsamen Durchsetzung staatlicher Macht gab es immer wieder kurzlebige Versuche, oppositionelle Organisationen ins Leben zu rufen. Doch bislang konnten die staatlichen Sicherheitsorgane verhindern, dass sich überregionale Dissidentenorganisationen bildeten oder Allianzen zwischen Dissidentenzirkeln und unzufriedenen Arbeitern zustande kamen.

Machtgrundlagen

In Osteuropa ist zwischen 1989 und 1991 die Ära der kommunistischen Herrschaft zu Ende gegangen. Was hält die Kommunistische Partei in China an der Macht? Viele in China zu beobachtende politische und soziale Phänomene weisen Ähnlichkeiten zu anderen Entwicklungsländern oder osteuropäischen Umbruchstaaten auf: politische Korruption, regionale Sonderentwicklungen, soziale Ungleichheit, massenhafte Landflucht. Zugleich bestehen grundlegende Unterschiede, die China von Staaten wie Indien, Brasilien oder Russland unterscheiden. Geburtenkontrolle und Armutsbekämpfung sind in China erfolgreicher und die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten größer als in den meisten Entwicklungsländern. China kann über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahrzehnten ein außergewöhnliches Wirtschaftswachstum vorweisen. Das Land ist für internationale Investoren außerordentlich attraktiv und hat mit der weltwirtschaftlichen Integration bislang positive Erfahrungen gemacht. Die KP-Herrschaft stützt sich in China auf folgende Machtgrundlagen:

- die beträchtliche Verbesserung des Lebensstandards für große Teile der Bevölkerung (bei allerdings sehr ungleicher Verteilung der Zuwächse) und für die Funktionärsschicht seit 1978;
- den seit Beginn der 1990er Jahre im Vergleich zu vorangegangenen Jahrzehnten starken Zusammenhalt in der zentralen Parteiführung;
- die kompromisslose Verteidigung des Machtmonopols der Partei mittels eines schlagkräftigen Polizeiapparats;
- die Einbindung eines großen Teils der neuen wirtschaftlichen Eliten und neuen sozialen Ober- und Mittelschichten in das Herrschaftssystem;
- die in Partei und Bevölkerung verbreitete Furcht vor einem umfassenden Ordnungszusammenbruch;
- eine patriotisch-nationalistische Grundstimmung unter Funktionären und in der Bevölkerung, die es der Partei erlaubt, sich als Hüterin der nationalen Würde gegenüber ausländischen Herausforderungen zu präsentieren.

Diese Machtgrundlagen werden allerdings durch gewaltige Aufgaben herausgefordert, die von der chinesischen Regierung zu bewältigen sind und große Risiken mit sich bringen. Allein das staatliche Bankensystem, das eine ungeheure Last uneinbringlicher Kredite vor sich herschiebt, stellt eine potenzielle Bedrohung für Chinas wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität dar. Zugleich müssen neue Wege beschritten werden, um den zunehmenden sozialen Spannungen und dem Entwicklungsgefälle innerhalb des Landes entgegenzuwirken. Im Kern geht es um den Aufbau eines verantwortlichen, berechenbaren, auf die Herrschaft des Rechts gestützten politischen Systems, das die Vielfalt der in der chinesischen Gesellschaft vorhandenen Interessen repräsentieren und Konflikte ohne Rückgriff auf Gewaltmaßnahmen beilegen kann.

Chancen einer Demokratisierung

Die politische Führung Chinas hat seit den 1990er Jahren eine Reihe von Strukturreformen durchgesetzt, die theoretisch auch Voraussetzungen für eine künftige demokratische Ordnung schaffen könnten. Eine moderne, an internationalen Vorbildern orientierte Wirtschaftsgesetzgebung wurde eingeleitet und eine Pluralisierung gesellschaftlicher Lebensstile geduldet. In innerparteilichen Personalabstimmungen gibt es inzwischen eine begrenzte Kandidatenkonkurrenz. Gesetzgebungsverfahren sind verbindlich geregelt und die Volkskongresse in ihren Kontrollfunktionen aufgewertet worden. Gegen Verwaltungsentscheidungen gibt es eine zunehmende Zahl erfolgreicher gerichtlicher Klagen, und die Bevölkerung wird sich ihrer eigenen Rechte stärker bewusst. Die ökonomische Entwicklung fördert also auch in China eine differenziertere und mit neuen Einflussmöglichkeiten ausgestattete Gesellschaft. Manche Chinaforscher kennzeichnen dies als begrenzten "autoritären Pluralismus", andere sehen hierin sogar Ansatzpunkte für eine "schleichende Demokratisierung", die sich auf längere Sicht ähnlich wie in Taiwan oder Südkorea durchsetzen werde.

Nach den Kriterien, die in der vergleichenden Demokratieforschung als allgemeine Voraussetzungen für die Errichtung einer stabilen Demokratie erarbeitet wurden, weist die VR China einzelne günstige Vorbedingungen auf: weitgehende ethnische Homogenität (ethnische Minderheiten sind nur in der westlichen Randzonen des Landes konzentriert), ein hohes Wirtschaftswachstum bei moderater Inflation und wachsende technologischkulturelle Verflechtungen mit demokratischen Gesellschaften.

Dieser optimistischen Perspektive halten andere Forscher gewichtige Einwände entgegen. Das größte Hemmnis für eine Demokratisierung Chinas wird darin bestehen, dass wirtschaftliche und politische Machtressourcen zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen und Regionen sehr ungleich verteilt sind. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf hat gegenwärtig nur in manchen Küstenregionen ein Niveau erreicht (2500 US-Dollar und mehr), das nach historischer Erfahrung gewöhnlich eine günstige Grundlage für fortschreitende gesellschaftliche Pluralisierung und politische Liberalisierung bietet. Nur in diesen Regionen, die maximal 400 Millionen Chinesen umfassen, hat sich eine - allerdings sehr heterogene - Mittelschicht gebildet, die dank ihres Einkommens-, Bildungs- und Informationsniveaus als tragende Kraft einer Demokratisierung in Frage käme. Die wirtschaftlich weniger entwickelten und zum Teil bitterarmen Inlandsregionen aber stellen mit rund 900 Millionen Menschen immer noch bei weitem die Mehrheit der Bevölkerung. Die demokratischen Direktwahlen der Dorfvorsteher, die seit 1987 in Chinas Dörfern schrittweise eingeführt wurden, haben bislang keine erkennbare Wirkung auf die Regierungspraxis oberhalb der dörflichen Selbstverwaltungsebene ausgeübt. Selbst wenn es in China durch Initiativen der politischen Führung oder infolge einer politischen Krise zur Einführung von Wahlen und Verfassungsreformen kommen sollte, wird die ausgeprägte Ungleichverteilung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Machtressourcen den Aufbau stabiler demokratischer Institutionen ganz erheblich erschweren.

Der Beitrag erschien zuerst in den Informationen zur politischen Bildung (Heft 289)

Wen Jiabao

Der Populist im Politbüro

Von Dr. Petra Kolonko

1.10.2009

Dr. Petra Kolonko, berichtete von 2000-2008 als Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus Peking. Sie begann ihre journalistische Laufbahn bei der FAZ nach einer Promotion im Fach Sinologie. Nach einer ersten Entsendung nach Peking war sie von 1995-2000 Asien-Redakteurin in Frankfurt. Jetzt arbeitet sie als FAZ-Korrespondentin für Ostasien mit Sitz in Tokio. Aktuelle Publikation: "Maos Enkel. Innenansichten aus dem neuen China", München 2009.

Als politischer Überlebenskünstler wird Wen Jiabao gerne bezeichnet. Mit seinem ausgeprägten Machtgespür ist es dem Ministerpräsidenten Chinas gelungen, selbst die blutige Niederschlagung der Studentenproteste am Platz des Himmlischen Friedens zu überstehen. Er präsentiert sich zugleich volksnah und weiß, seine Auftritte medienwirksam zu inszenieren.

12. Mai 2008: Ein gewaltiges Erdbeben erschüttert die zentralchinesische Provinz Sichuan. Die Regierung in Peking wird sofort informiert: Bei einer Stärke von 7,8 auf der Richterskala sind große Zerstörungen zu befürchten. Als die offiziellen Berichte noch von wenigen Toten sprechen, ist Ministerpräsident Wen Jiabao schon nach Sichuan unterwegs. Bereits wenige Stunden nach dem Beben verschafft er sich in der Bergregion einen Eindruck von dem Ausmaß der Katastrophe.

Die Bilder gingen um ganz China, der Ministerpräsident konnte angesichts der vielen Toten und Verschütteten die Tränen nicht zurückhalten. Wen sprach Überlebenden Mut zu und tröstete Verletzte; die schockierte Nation war beeindruckt. "Wen Zongli", der Ministerpräsident Wen hatte sich wieder einmal als Mann des Volkes gezeigt. Ganz anders als seine Kollegen im Politbüro und im Kabinett ist Wen Jiabao ein Führer, der sich um Volksnähe bemüht. Bei ihm geht es nicht um gestellte Bilder oder steife Besuche bei "den Massen", wie das Kommunistische Führer vor ihm zelebriert haben.

"Großvater Wen"

Wen Jiabao interessiert sich wirklich für die Nöte und Sorgen seiner Landsleute. Er hat keine Berührungängste und kann auf Bauern und Arbeiter zugehen. Der Ministerpräsident kommt gut an und ist nebenbei auch versiert darin, seine Auftritte medienwirksam zu inszenieren. Als "Großvater Wen" stellte er sich den traumatisierten Kindern in der Erdbeben-Region vor und versprach ihnen, er werde wiederkommen und sich um sie kümmern. Dank Wen Jiabaos erhielt die chinesische Regierung nicht nur in den offiziellen Medien, sondern auch in dem für Kritik offenen Internet viel Lob für ihre Reaktion auf die Erdbeben- Katastrophe.

Wen Jiabao unterscheidet sich in Herkunft und Ausbildung von seinen Vorgängern und Genossen in der Parteiführung. Er wurde im Jahr 1942 in der nahe bei Peking gelegenen Metropole Tianjin als Sohn eines Lehrers geboren. Anders als die meisten der chinesischen Parteiführer ist er nicht Ingenieur, sondern Geologe von Beruf. Seine Parteikarriere führte ihn zu Beginn in arme Inlandsregionen Chinas. 14 Jahre lang, von 1968 bis 1982, war er in der rückständigen Provinz Gansu im Nordwesten tätig. Dass er von dort fast direkt ins Zentrum der Macht in Peking aufstieg, deutet darauf hin, dass er in Gansu wichtige Freunde und Förderer gefunden hat. Sie empfahlen ihn als fähig und zuverlässig für einen einflussreichen Posten in der Regierung.

Bereits nach zwei Jahren als stellvertretender Minister für Geologie und Ressourcen in Peking wurde Wen Jiabao im Jahr 1985 zunächst stellvertretender Leiter und wiederum ein Jahr später sogar Büroleiter des Zentralkomitees. Dieses mächtige Büro untersteht direkt dem Parteichef und stellt damit das wichtigste Arbeitsgremium in der Partei dar. Der Leiter des ZK-Büros berät und unterstützt den Parteichef und ist an allen wichtigen Entscheidungen auch in Personalien beteiligt.

Der erste Parteichef, dem Wen Jiabao diente, war Hu Yaobang, der für vorsichtige politische Reformen eintrat – in einem Zeitabschnitt, als China sich langsam öffnete und seine sozialistische Planwirtschaft aufgab. Hu Yaobang ging den orthodox-marxistischen Parteiführern zu weit. Er wurde nach Studentendemonstrationen von 1986 abgesetzt. Wen Jiabao aber, sein Büroleiter, blieb im Amt. Nach dem ruhmlosen Abgang von Hu Yaobang diente er seinem Nachfolger, Zhao Ziyang, dem tragischen Helden der Demokratiebewegung von 1989. Auch Zhao war ein Parteichef, dem es ernst war, nicht nur mit marktwirtschaftlichen Reformen für China. Er wollte ebenso politische Reformen, mehr Demokratie und Transparenz in der Partei. Er ermutigte die Intellektuellen, das westliche politische System zu studieren und ließ mehr Meinungsfreiheit im bis dahin noch streng zensierten China zu. Wen Jiabao stand an seiner Seite.

Studentenproteste am Platz des Himmlischen Friedens

Es war auch dank der Öffnungspolitik Zhao Ziyangs, dass im Jahr 1989 die Studenten in Peking wagten, ihre Regierung zu kritisieren. Im ganzen Land gähte es, Studentendemonstrationen nahmen zu. Die Studenten prangerten Korruption an und forderten demokratische Reformen für China nach dem Beispiel der Sowjetunion unter Gorbatschow. Die Machtprobe zwischen den Studenten und der Parteiführung gipfelte schließlich in einem Hungerstreik auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Mai und Juni des Jahres 1989. Die konservativen Parteiführer forderten ein hartes Vorgehen gegen die Studenten. Zhao Ziyang sympathisierte mit ihren Forderungen und war bemüht, die Lage zu entschärfen.

Am 19. Mai 1989 ging Zhao Ziyang zu den Studenten auf den Platz des Himmlischen Friedens und beschwor sie mit Tränen erstickter Stimme, nachzugeben, um eine Konfrontation zu vermeiden. Begleitet wurde er bei dieser historischen Begegnung von Wen Jiabao. Das Foto, das die "Volkszeitung" von der Begegnung auf der Titelseite veröffentlichte, zeigte Wen hinter Zhao Ziyang stehend. Die enge Verbundenheit Wens mit dem umstrittenen Parteichef war damit dokumentiert. Wenige Tage später wurde Zhao Ziyang abgesetzt und unter Hausarrest gestellt, die konservativen Parteiführer befahlen der Volksbefreiungsarmee, gegen die Studenten und andere Demonstranten in der Stadt vorzugehen. Panzer rollten auf den Platz des Himmlischen Friedens. Hunderte wurden bei dem Einsatz getötet. Deng Xiaoping bestellte einen neuen Parteichef. Nach Wochen der Unruhe und der internen Säuberungen zeigte sich, dass Wen Jiabao wiederum den Sturz seines Parteichefs überlebt hatte, er blieb Leiter des ZK-Büros.

Politischer Überlebenskünstler

Dass Wen Jiabao nach der Entlassung und Festnahme seines Parteichefs Zhao Ziyang und der anschließenden Säuberung der Partei Leiter des Büros des Zentralkomitees verbleiben konnte, ist eines der großen Rätsel um Wens Karriere, das noch der Aufklärung bedarf. Wie ist es ihm gelungen, als enger Vertrauter und Mitarbeiter von Zhao Ziyang nicht nur dessen Sturz unbeschadet zu überstehen, sondern sich sogar noch dem neuen Parteichef Jiang Zemin als rechte Hand zu empfehlen?

Es gibt dazu drei Theorien. Nach der einen hat Wen Jiabao sich sogleich und genügend überzeugend von Zhao Ziyang distanziert, manche sagen, er habe seinen Chef "verraten". Andere behaupten, Wens Verbleib im Amt sei Resultat eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Parteifractionen. Andere Beobachter haben spekuliert, dass er wegen seiner Sachkenntnis vor allem in Wirtschaftsfragen und seiner guten Kontakte im Regierungsapparat auch für den neuen Parteichef Jiang Zemin unverzichtbar blieb.

Jedenfalls haftete Wen Jiabao nach dem Sturz von Zhao Ziyang ein Ruf des politischen Überlebenskünstlers oder auch eines Wendehalses an, der in der Lage ist, sich für alle Seiten unentbehrlich zu machen. Während Zhao Ziyang unter Hausarrest verblieb, stieg Wen im Politbüro auf. Im Jahr 1998 wurde er einer von fünf stellvertretenden Ministerpräsidenten unter Zhu Rongji und war für die Leitung der Finanz- und Wirtschaftspolitik zuständig. Als Zhu nach nur einer Amtszeit abtrat, übernahm Wen Jiabao im Jahr 2003 seine Nachfolge.

Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten fiel auch mit einem Wechsel in der Parteiführung zusammen. Nachdem der Parteikongress im Jahr 2002 Hu Jintao zum Parteichef gekürt hatte, wurde Wen Jiabao als Ministerpräsident dessen wichtigste Stütze. Beide Politiker zeigten sich bemüht, neue Akzente zu setzen und einen anderen Stil in die Politik einzuführen. Nach einer Politik, die auf hohe Wachstumszahlen, schnelle Entwicklung und Ausbau der Infrastruktur gesetzt hatte, betonten Hu Jintao und Wen Jiabao erstmals die Sozialpolitik.

Das war dringend notwendig, denn die Jahre des unregelmäßigen und wilden Wachstums in der Volksrepublik hatten zu gesellschaftlichen Verwerfungen geführt. Erste Schattenseiten des Dauerbooms zeigten sich. Die Kluft zwischen Arm und Reich war gewachsen. Während die Städte, besonders im Osten, vom Wirtschaftsaufschwung profitierten, hatten die Bauern in den Inlandprovinzen und die bäuerlichen Wanderarbeiter um ihr Überleben zu kämpfen.

Großprojekte in der Sozialpolitik

Präsident Hu Jintao gab als seine "Regierungsdevise" aus, "den Menschen in den Mittelpunkt stellen". Ministerpräsident Wen Jiabao wurde zum Fahnenträger einer sozialeren Ausrichtung des ungezügelt chinesischen Kapitalismus, der sich noch immer "sozialistische Marktwirtschaft" nennt. Wen Jiabao verbrachte Neujahrsabende bei "Kumpeln" in chinesischen Bergwerken, bei seinen Reisen traf er sich mit Bauern und Wanderarbeitern und ließ sich von ihren Nöten berichten. Bei Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen zeigte er sich am Einsatzort und gab den örtlichen Kadern Anweisungen, wie sie die Katastrophenhilfe zu gestalten hätten. Bei Verfehlungen hielt er ihnen wütende "Gardinenpredigten".

Der immer leicht bekümmert wirkende Gesichtsausdruck des Ministerpräsidenten verstärkt den Eindruck seiner Aufrichtigkeit. Nicht nur weil er gern mit erhobenem Zeigefinger redet, wirkt er oft oberlehrerhaft. Er fasst seine Reden, die eher Vorträge sind, gern in Punkte, die er penibel und ausführlich abhakt. Er ist dafür bekannt, dass er sich auch im Regierungsgeschäft um alle Details kümmert. In der Regierungszeit Wen Jiabao sind bis jetzt einige Großprojekte der Sozialpolitik in Angriff genommen worden, auf die Reformer schon lange gedrängt hatten. So hat er es durchgesetzt, dass Chinas Kinder für die neunjährige Schulpflicht kein Schulgeld mehr bezahlen müssen, womit er den Bauernfamilien eine große Last genommen hat. Ein Gesundheitsfonds für die ländliche Bevölkerung wurde zudem eingerichtet, der den Bauern ein Mindestmaß an Versicherungsschutz im Krankheitsfall geben soll. Ihnen wird auch endlich eine staatliche Rente in Aussicht gestellt. Und die bäuerliche Bevölkerung soll durch die Beendigung des Haushaltssystems endlich die gleichen Rechte bekommen wie die Stadtbevölkerung.

Auch der internationalen Politik Chinas hat Wen Jiabao ein freundlicheres Gesicht gegeben. Er ist umgänglich und gesprächig, weicht unangenehmen Fragen nicht aus und verfügt über eine große Sachkenntnis. Gesprächspartner sind beeindruckt von der Sicherheit, mit der er über Zahlen und Daten spricht. Seine Freundlichkeit wirkt nie aufgesetzt. Gelegentlich setzt er sogar neue Akzente. Beim ersten Besuch von Angela Merkel empfing Wen Jiabao die Bundeskanzlerin zu einem Plausch mit Frühsport in einem idyllischen Park am Kaiserpalast und sorgte damit für eine lockere Atmosphäre. Für das chinesische Protokoll, das private Besuche von Staatsgästen etwa in Häusern oder Feriensitzen von chinesischen Politikern nicht kennt, war dies ein Durchbruch.

Als ein deutscher Student den chinesischen Ministerpräsidenten im Jahr 2008 bei einem Besuch in

der Universität Cambridge mit einem Schuh bewarf, um seine Kritik an Menschenrechtsverletzungen in China auszudrücken, blieb Wen Jiabao unbeeindruckt und zeigte sich großzügig. Er ließ eigens wissen, dass er es nicht wünschte, dass der junge Mann bestraft würde, sondern dass man ihm Gelegenheit geben sollte, sich zu bessern und die Wahrheit über Chinas Menschenrechtslage zu lernen.

Der "freundliche Herr Wen"

Den Kritikern zuhause zeigt sich der "freundliche Herr Wen" weniger nachsichtig. Zwar hat er sich selbst wie alle Parteiführer über Fragen wie die Verfolgung von Bürgerrechtlern nicht geäußert. Doch als Nummer Drei des Politbüros ist auch der "nachsichtige Herr Wen" für Menschenrechtsverletzungen, Behördenwillkür und Rechtsbeugung in China verantwortlich. Vorhaltungen westlicher Politiker pflegt Wen Jiabao mit Hinweisen auf Verbesserungen der allgemeinen Lage zu beantworten. China habe in den vergangenen Jahren große Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte erzielt.

Wenn Wen Jiabao seinerzeit mit den Ideen seines früheren Vorgesetzten, des Reform-Parteichefs Zhao Ziyang, sympathisiert hat, so hat er dies zumindest nicht mehr öffentlich gezeigt. Wenn man ihn heute nach politischen Reformen fragt, so pflegt er zu erklären, dass China noch nicht "reif" genug für eine Demokratie sei. Er verweist darauf, dass man die besonderen Gegebenheiten Chinas berücksichtigen müsse, eine große Bevölkerung, verschiedene Volksgruppen und eine große ländliche Bevölkerung.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit hat er gelegentlich angedeutet, dass er sich eine Ausweitung des Systems der direkten Dorfwahlen auf Kreise und Provinzen vorstellen könnte. Doch leitete Wen keine Schritte in diese Richtung ein, und bis zum Ende seine Amtszeit im Jahr 2012 sind sie kaum noch zu erwarten. Ob Wen Jiabaos Reformeifer am Parteichef gescheitert ist oder ob er selbst seine Meinung geändert hat, bleibt vorläufig eines der vielen Rätsel um die Vorgänge in Chinas Führungsschicht.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Das Militär der Volksrepublik China

Von Dr. Kai Filipiak

1.10.2009

PD Dr. Kai Filipiak, geb. 1971. Habilitation 2006. 2006-2009 Lehrstuhlvertretungen in Leipzig und Marburg. Studien zur Geschichte und Kulturgeschichte Chinas. Derzeit Oberassistent am Lehrstuhl für Kultur und Geschichte Chinas des Ostasiatischen Institutes der Universität Leipzig. Aktuelle Publikation: Krieg, Staat und Militär in der Ming-Zeit (1368-1644), Wiesbaden 2008.

Die Volksbefreiungsarmee befindet sich mitten im Umbruch. Das Politbüro arbeitet eifrig daran, das Militär zu modernisieren. Im Vergleich zu anderen Staaten wie den USA gibt China jedoch viel weniger Geld für seine Soldaten aus. Man fördert lieber den wirtschaftlichen Aufschwung.

Zahlen und Fakten

Die Volksbefreiungsarmee (VBA) verfügt derzeit über eine aktive Gesamtmannschaftsstärke von 2,2 Mio. Mann. Die Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2008 auf umgerechnet 58 Mrd. US-Dollar. Das sind 17,6 Prozent mehr als im Jahr 2007. Im internationalen Vergleich gibt China jedoch verhältnismäßig wenig für das Militär aus. Der Anteil der Ausgaben in diesem Bereich am BIP beträgt lediglich 1,38 Prozent, zum Vergleich: USA 4,5 Prozent. China ist Atommacht, am 16. Oktober 1964 wurde die erste chinesische Atombombe gezündet. Der Staat verfügt schätzungsweise über 400 strategische und taktische Nuklearwaffen. Im Jahr 2002 ratifizierte die Volksrepublik als erstes Atomwaffenland das 1997 beschlossene IAEA-Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag, das eine erweiterte Kontrolle und Sonderinspektionen für Staaten mit Kerntechnologie vorsieht.

Organisationsstruktur

Entsprechend einer langen chinesischen Tradition, die bis in das zehnte Jahrhundert zurückreicht, besitzt die zivile gegenüber der militärischen Führung das Primat. Auch heute werden alle grundlegenden militärischen Entscheidungen über Krieg, Streitkräfte und Landesverteidigung im Politbüro getroffen. Das Verteidigungsministerium dient überwiegend protokollarischen Zwecken, um ausländischen Gepflogenheiten personell und strukturell zu entsprechen.

Unter der Ebene des Politbüros verläuft die dominante Befehlshierarchie von der Zentralen Militärkommission zu den vier Hauptquartieren (Generalstab, Polit, Logistik, Ausrüstung). Über den Generalstab verläuft die Kommandolinie weiter zu den sieben großen Militärbezirken, welche die Einheiten und Truppenabteilungen der einzelnen Teilstreitkräfte befehligen. Die chinesischen Streitkräfte lassen sich folgendermaßen unterteilen: in Land-, Luft- und Seestreitkräfte. Ergänzt werden diese durch die Zweite Artillerie, die bewaffnete Polizei und die Reserve.

Die Führung der Streitkräfte obliegt der Zentralen Militärkommission (ZMK) der Volksrepublik China. Sie ist verantwortlich für die nationale Militärpolitik, strategische Entscheidungen, militärische Organisationsstrukturen, Waffenentwicklung, Koordination des Militärbudgets und die Beförderung und Auszeichnung des militärischen Führungspersonals.

Die ZMK ist ein Parteiorgan, das der Kommunistischen Partei Chinas die Kontrolle über das Militär sichert. Die ZMK wurde im Jahr 1925 innerhalb der Partei gegründet. Ihre heutige Form geht auf das Jahr 1975 zurück. Seit 1989 ist der Staatspräsident und Generalsekretär der Partei zugleich Vorsitzender der ZMK. Momentan leitet der amtierende Staatspräsident Hu Jintao die ZMK.

Entsprechend der Verfassung der Volksrepublik China ist der Vorsitzende der ZMK dem Nationalen Volkskongress (NVK) und seinem ständigen Ausschuss verantwortlich. Die 1982 gegründete staatliche ZMK besitzt dagegen keine vergleichbare Machtposition. Sie ist lediglich Ausdruck der Bemühungen zur Trennung von Partei- und Staatsorganen.

Partei und Militär sind eng miteinander verbunden. Es handelt sich dabei um ein Subordinationsverhältnis, das sich in der Kontrolle des Militärs durch die Partei einerseits und der loyalen Unterstützung der Partei durch die Armee andererseits ausdrückt. Die Kontrolle des Militärs erfolgt über das Militärbudget und das Personalmanagement innerhalb der Armee.

Die vier Hauptquartiere bestehen aus dem Generalstab und jeweils den Hauptabteilungen für Politik, Logistik und militärische Ausrüstung. Jedes Hauptquartier wird durch ein Mitglied der ZMK geleitet. Dem Generalstab unterstehen die gegenwärtig sieben großen Militärbezirke Shenyang, Beijing, Lanzhou, Jinan, Nanjing, Guangzhou und Chengdu. Die Militärbezirke sind administrative Hauptquartiere. Ihnen unterstehen die Einheiten (vom Regiment bis zur Armee) und Truppenabteilungen (vom Zug bis zum Bataillon) der einzelnen Teilstreitkräfte.

Eine Sonderstellung nimmt die Zweite Artillerie ein, die nach chinesischer Terminologie nicht im Rang einer Teilstreitkraft steht, sondern als Waffengattung geführt wird. Die Bezeichnung "Zweite Artillerie" steht für die Raketenstreitkräfte, die mit konventionellen und Atomraketen ausgerüstet sind. Auf Grund ihrer strategischen Bedeutung untersteht die Zweite Artillerie der direkten Kontrolle durch die ZMK. Staatsrat und ZMK verfügen auch über die paramilitärischen Einheiten der bewaffneten Polizei, die offiziell für die Grenzsicherung, zur Feuerbekämpfung und für Wachdienste eingesetzt werden. Und schließlich verfügt das Militär über eine Reserve, die seit 1986 Teil der VBA ist.

Neben den genannten Bereichen, die ihrerseits in sich gegliedert sind, verfügt das Militär über weitere angeschlossene Einrichtungen und Institutionen. Dazu gehören beispielsweise Schulen für Ausbildung und Qualifikation des Führungspersonals (Universität für Nationale Verteidigung, Akademie für Militärwissenschaften, Universität für Nationale Verteidigungswissenschaft und Technologie).

Militärpolitik, -doktrin und Bündnisse

Bis Mitte der 1980er-Jahre zielte die chinesische Militärdoktrin auf einen totalen Krieg mit der Sowjetunion auf der Grundlage eines "Volkskrieges". Die Idee hierzu entwickelte Mao Zedong während der 1930er-Jahre. Sie beinhaltete die Mobilisierung des gesamten Volkes gegen den Feind. Vor dem Hintergrund veränderter außenpolitischer Konstellationen ging man 1985 dazu über, die Armee auf zeitlich und regional begrenzte militärische Auseinandersetzungen entlang der chinesischen Grenze vorzubereiten. Dabei rechnete man weiterhin mit der Sowjetunion als potenziellen Gegner. Folglich standen die Nordgrenze und die sie verteidigenden Landstreitkräfte im Fokus chinesischer Verteidigungspolitik. Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre kam es zu tiefgreifenden Veränderungen in der strategischen Ausrichtung infolge außen- und innenpolitischer Ereignisse.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 führte zu einer Umorientierung in der Landesverteidigung. Nunmehr erhielt die Verteidigung der Seegrenze Priorität, die sich in der Förderung von Marine und Luftwaffe niederschlug. Dahinter stand die Überlegung, dass Chinas Wirtschaftszentren vornehmlich im Küstenbereich liegen. Gebietsstreitigkeiten mit Anrainerstaaten wie Vietnam, Kambodscha oder Thailand über strategisch wichtige Inseln im Südchinesischen Meer führten im weiteren zu einer Ausdehnung der Küsten- auf die Hochseeverteidigung.

Die Niederschlagung der Tiananmen-Bewegung im eigenen Land (1989) bewirkte, dass China der Zugang zu westlicher Militärtechnologie verwehrt und die Modernisierung der Streitkräfte erschwert wurde. Folglich suchte China erneut die Annäherung an Russland, um in den Besitz russischer Militärtechnologie zu gelangen.

Der Golfkrieg 1990 als drittes Ereignis erweiterte die Militärdoktrin Chinas dahingehend, dass die

chinesischen Streitkräfte künftig in die Lage versetzt werden sollten, zeitlich und regional begrenzte militärische Auseinandersetzungen unter Hightech-Bedingungen führen zu können. Zudem erkannten die chinesischen Militärs die große Bedeutung der Informationskriegführung für künftige Kriege.

Während der Taiwan-Krise 1995/96, als Streitkräfte der USA zur Unterstützung Taiwans infolge chinesischer Raketenstarts in unmittelbarer Nähe der Insel herbeieilten, reifte auf chinesischer Seite die Erkenntnis, dass das bisherige Modernisierungstempo der Armee zu langsam sei. Seit 2002 richten sich die Bemühungen deshalb darauf, Etappen der militärischen Entwicklung zu überspringen und zu einer angemessenen Ausrüstung der Armee im Informationszeitalter überzugehen.

Die offizielle chinesische Militärdoktrin hat sich seit 1998 hinsichtlich der allgemeinen Ziele nationaler Verteidigungspolitik nicht wesentlich verändert. Im Weißbuch der Landesverteidigung der VR China des Jahres 1998 wird erklärt, dass China eine defensive Verteidigungspolitik betreibt, wobei der Aufbau der Landesverteidigung dem staatlichen Wirtschaftsaufbau untergeordnet ist. Die Hauptziele der Landesverteidigung bestanden damals in der Abwehr militärischer Aggression und bewaffneter Umstürze sowie in der Verteidigung der Souveränität, Einheit und territorialen Integrität Chinas. Eine Politik des Erstschlages lehnte man ab.

Das jüngst erschienene Weißbuch der chinesischen Landesverteidigung des Jahres 2008 formuliert die Grundsätze der gegenwärtigen chinesischen Verteidigungspolitik wie folgt: "China betreibt eine defensive Verteidigungspolitik. China verteidigt seine nationale Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität. Der Schutz seiner nationalen Entwicklungsinteressen und der Interessen des Volkes steht über allem. China errichtet fleißig eine starke Landesverteidigung und eine schlagkräftige Armee, die mit der nationalen Sicherheit und den nationalen Entwicklungsinteressen übereinstimmt. Es verwirklicht im Fortgang der allseitigen Errichtung einer Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands die Einheit von einem reichen Vaterland mit einer starken Armee."

Wirtschaftliche Prosperität statt militärischer Expansion ist das erklärte Ziel chinesischer Politik. Zudem möchte man sich aus Gründen des neuen Selbstverständnisses als künftige Großmacht Ostasiens mit eigenen Interessen und Zielvorstellungen nur ungern durch internationale Bündnisse und Sicherheitskooperationen einengen lassen. China gehört keinem Militärblock an. Dennoch unterhält die Volksrepublik nach eigenen Angaben militärische Beziehungen zu mehr als 150 Ländern. In 109 Staaten gibt es chinesische Militär-Attachés. Seit 2007 wurden über 20 Militärübungen und -manöver mit mehr als 20 Ländern durchgeführt. Im August 2007 nahm die chinesische Armee erstmals an einem großen Manöver außerhalb der Landesgrenzen teil – zusammen mit Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Ziel des Manövers war der Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Die Militärübungen fanden in Xinjiang und Russland statt. Sie sind ein Beleg dafür, dass man in Zentralasien eine Gefahr für die chinesische Sicherheitsarchitektur sieht.

Neben vielen anderen Staaten nimmt China am Asean Regional Forum (ARF) teil. Ziel des Forums ist es, den Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten in Fragen der Politik und der Sicherheitszusammenarbeit zu fördern und einen Beitrag zur Vertrauensbildung und Präventivdiplomatie im asiatisch-pazifischen Raum zu leisten. Zwar betont China seine Bereitschaft, die Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit zu vertiefen, allerdings hat es in der Vergangenheit die multilaterale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich eher behindert. Ursache dafür waren nicht zuletzt chinesische Interessen im Südchinesischen Meer.

Als ständiges Mitglied mit Vetorecht spielt China im UN-Sicherheitsrat eine wichtige Rolle. Diese spiegelt sich in der aktiven Teilnahme an UNO-Friedensmissionen wider. Von Januar bis Juli 2009 nahmen im Schnitt 2.152 chinesische Polizisten, Soldaten und Militärberater an verschiedenen Missionen teil. Deutschland beteiligte sich im Vergleich dazu im Durchschnitt mit 297 Personen.

Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der ablehnenden Haltung des Westens nach den Tiananmen-Ereignissen haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen China und Russland verbessert. Im Jahre 2008 wurde ein "Protokoll zur zusätzlichen Klärung des östlichen Verlaufs der

Grenze zwischen China und Russland" unterzeichnet, das den Grenzverlauf zwischen beiden Ländern regelt. Damit wurde ein Hemmnis beseitigt, das in der Vergangenheit mehrfach zu politischen und militärischen Auseinandersetzungen geführt hatte. Darüber hinaus verständigte man sich über eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft. Ein wichtiger Bestandteil dieser Partnerschaft ist die Kooperation im militärischen Bereich, wobei das Interesse Chinas vor allem darin besteht, russische Militärtechnologie zur Modernisierung seiner Streitkräfte zu erwerben.

Staat und Militär

Die Gründung der Roten Armee wird von der chinesischen Geschichtsschreibung auf den ersten August 1927 datiert, als Soldaten unter der Führung kommunistischer Generäle einen Aufstand in Nanchang durchführten. 1946 wurde die Rote Armee in Volksbefreiungsarmee (VBA) umbenannt. Sie war das kriegsentscheidende Machtinstrument der KP Chinas im Bürgerkrieg gegen die Streitkräfte der herrschenden Guomindang-Regierung. Nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 übernahm die Volksbefreiungsarmee die Aufgabe, die bestehenden Machtverhältnisse nach außen und innen zu sichern.

Die erste Bewährungsprobe erfolgte im Korea-Krieg (1950 bis 1953), als China die nordkoreanischen Streitkräfte im Krieg gegen die verbündeten Truppen Südkoreas und der USA unterstützte. Trotz hoher Verluste leisteten die chinesischen Truppen den US-Streitkräften erfolgreich Widerstand. Einen Sieger gab es jedoch nicht. Korea blieb auch fortan geteilt. In militärischer Hinsicht brachte der Krieg die wichtige Erkenntnis, dass die hoch motivierten chinesischen Streitkräfte den US-Truppen waffentechnologisch unterlegen waren und dringend modernisiert werden mussten. In politischer Hinsicht bewies China in diesem ersten großen Konflikt des kalten Krieges, dass die Restauration der einstigen Großmacht Ostasiens ihren Anfang genommen hatte.

Das zeigte sich auch in der zunehmenden Entfremdung von der Sowjetunion als wichtigsten Bündnispartner Chinas seit der Gründung der Volksrepublik. Der vorausgehenden politisch-ideologischen Konfrontation, die ihren Höhepunkt in der chinesisch-sowjetischen Spaltung 1960 erfuhr, folgte die militärische Eskalation im Grenzkrieg 1969. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion schlug sich auch in militärischen Konflikten mit den Anrainerstaaten nieder, die enge Beziehungen zur Sowjetunion pflegten. Zu nennen wären hier insbesondere die Auseinandersetzungen mit Indien (1962) und Vietnam (1979).

Auch in innenpolitischer Hinsicht spielte die Volksbefreiungsarmee mehrfach eine wichtige Rolle. Während der Kulturrevolution (1966 bis 1976) wurde die Armee als Werkzeug für den politischen Kampf missbraucht. Bereits 1960 begann man auf Beschluss der von Mao Zedong geleiteten Militärkommission, die ideologische Arbeit in der Armee zu verstärken. Die daraus resultierende Stärkung der Stellung der Politkommissare führte zum Konflikt mit Berufsoffizieren, welche die Modernisierung der Armee in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten. Dieser Machtkampf ging zu Gunsten des damaligen Verteidigungsministers Lin Biao aus, der von Mao Zedong mit der ideologischen Durchdringung der Armee beauftragt worden war. Folglich bildete das Militär in der Anfangsphase der "Kulturrevolution" vor allem in den Großstädten das wichtigste Machtinstrument der politischen Gruppe um Mao. So half die Armee beispielsweise beim Aufbau der "Roten Garden", welche die gegen Partei und Staatsapparat gerichtete Politik Maos umsetzten. Über die Armeezeitung wurden Angriffe auf politische Gegner medienwirksam publiziert. Und schließlich besetzten Soldaten das Pekinger Stadtkomitee, das als Zentrum des Widerstands gegen Mao agierte. Allerdings ist anzumerken, dass eine Reihe von hochrangigen Berufsoffizieren die Kulturrevolution nicht unterstützte. Auch die Einheiten der großen äußeren Militärregionen der Mongolei, Xinjiangs und Tibets widersetzten sich dem Kurs Maos. Daher war es letztendlich auch die Armee, welche die katastrophalen Zustände beendete und die öffentliche Ordnung wieder herstellte.

Während der Tiananmen-Ereignisse des Jahres 1989 griff die Armee erneut auf Weisung der Partei- und Staatsführung ein und schlug die Demonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens gewaltsam nieder.

Militär und Gesellschaft

In der Anfangszeit der Volksrepublik genoss die Armee auf Grund der Erfolge über Japan, die Guomindang und die US-Streitkräfte im Korea-Krieg ein hohes Ansehen. Zur gesellschaftlichen Akzeptanz trug bei, dass ein Großteil der Soldaten der ländlichen Bevölkerung entstammte.

Dieses Renommee erlitt in der Zeit der Kulturrevolution zum Teil Schaden, vor allem aber im Zusammenhang mit den Tiananmen-Ereignissen. Ziel der Politik ist es deshalb, das verlorengegangene Vertrauen des Volkes in die VBA zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck wird die Armee mit zahlreichen Aufgaben betraut, die zur Unterstützung der ökonomischen Reformpolitik dienen. Dazu gehören Infrastruktur-Projekte wie Straßen- und Brückenbau, Häfen und Flughäfen oder die Herstellung von Kommunikationsverbindungen. Es versteht sich von selbst, dass diese Projekte auch von militärischer Bedeutung sind. Dennoch sind sie auch von gesellschaftlichem Nutzen, weil sie wichtige Grundlagen in den strukturschwachen und armen Gebieten schaffen. Diese befinden sich vor allem in Westchina, weshalb die Armee dort besonders aktiv ist. Damit leistet das Militär einen wichtigen Beitrag zur Erschließung der Westgebiete, die seit den 1990iger-Jahren verstärkt propagiert wurde.

Auch im medizinischen Bereich leistet die Armee wirksame Unterstützung. Militärhospitäler unterstützen auf lokaler Ebene die entsprechenden zivilen Einrichtungen mit Personal und Technik. Während der SARS-Krise von 2002 bis 2003 spielten die militärischen Einrichtungen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Epidemie.

Besonders deutlich wird das gesellschaftliche Engagement des Militärs bei den jährlichen Hilfsaktionen, die infolge von Überschwemmungs-, Dürre- oder Erdbebenkatastrophen stattfinden. Durch den umfangreichen Einsatz von Personal und Technik vor Ort kann der Bevölkerung schnell geholfen werden, wodurch das Militär an Ansehen gewinnt. Gleichzeitig bieten diese Operationen eine gute Möglichkeit, um militärische Abläufe zu trainieren und Kapazitäten zu testen.

Reform des Militärs

Bereits 1975 wurde unter dem Schlagwort der "Vier Modernisierungen" der Beschluss gefasst, die Streitkräfte zu modernisieren. Ziel der Militärreform war von Anfang an die Umwandlung einer Massenarmee, die ursprünglich für einen langwierigen Abnutzungskrieg auf eigenem Territorium aufgestellt worden war, in eine schlagkräftige Armee, die zeitlich und regional begrenzte militärische Auseinandersetzungen entlang der Peripherie unter Hightech-Bedingungen führen und gewinnen kann.

Die Reform beinhaltete die Reduzierung der Personalstärken, die Restrukturierung und Professionalisierung der Streitkräfte, die Entwicklung und Aneignung moderner Waffentechnologie, eine bessere Ausbildung des Führungspersonals, die Verbesserung des Lebensstandards der Soldaten und vieles mehr.

Es steht außer Frage, dass China bis heute große Fortschritte in der Modernisierung seiner Streitkräfte erreicht hat. So wurde die Gesamtmannschaftsstärke der VBA von 4,24 Mio. Mann im Jahr 1985 auf derzeit 2,2 Mio. Mann nahezu halbiert. Damit einher ging eine Reduzierung der Feldarmeen von 35 auf 24. Auch die Zahl der Militärbezirke wurde von elf auf sieben gesenkt. Ende der 1980iger-Jahre begann man kleine, gut ausgebildete und ausgerüstete Spezialeinheiten in Bataillon- oder Brigadegröße aufzustellen, die entsprechend der neuen Doktrin unterschiedliche taktische Aufgabenstellungen schnell ausführen konnten. Mit hohen Investitionen in die Marine will China seine militärische Präsenz zur See stärken. Zu diesem Zweck wurde die U-Boot-Flotte ausgebaut. Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums gehen davon aus, dass China bis zum Jahr 2010 fünf Atom-U-Boote des Typs 094 besitzen wird, die Raketen mit einer Reichweite von 7.200 km abfeuern können. Auch mit dem Bau von Flugzeugträgern wurde begonnen, wenngleich der Abstand zur US-Marine mit elf aktiven Flugzeugträgern sehr groß erscheint.

Trotz der Fortschritte in der Modernisierung des chinesischen Militärs scheinen Tempo und Reichweite der Reformen noch zu gering, weshalb sich der chinesische Verteidigungsminister Liang Guanglie kürzlich für eine Beschleunigung der Reformen aussprach. Auch der im Vergleich zu den USA geringere Wehretat lässt Zweifel darüber aufkommen, ob China in absehbarer Zeit in der Lage wäre, mit der militärischen Supermacht USA gleichzuziehen. Andererseits ist zu bedenken, dass es keine verlässlichen Informationen über Investitionen, Entwicklungsstand und Absichten des chinesischen Militärs gibt. Tatsache ist lediglich, dass die Reform des chinesischen Militärs die Machtbalance in der Region mittelfristig zu Gunsten Chinas verändern wird.

Literaturhinweise

- Blasko, Dennis J.: The Chinese Army Today, New York 2006.
- Domes, Jürgen: Kulturrevolution und Armee. Die Rolle der Streitkräfte in der chinesischen "Kulturrevolution", Bonn 1967.
- Li Xiaobing: A History of the Modern Chinese Army, Lexington 2007.
- Mulvenon, James C./Andrew N.D. Yang (Hrsg.): The People's Liberation Army as Organization, Pittsburgh 2002.
- Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China (Hrsg.): Die Landesverteidigung Chinas, Peking 1998.
- Shambaugh, David/Richard H. Yang (Hrsg.): China's Military in Transition, Oxford 2003.
- Shambaugh, David: Modernizing China's Military, Berkeley 2004.

Internetquellen

- Asean Regional Forum (<http://www.aseanregionalforum.org>).
- United States Department of Defense (<http://www.defense.gov>).
- The National People's Congress of the People's Republic of China (<http://www.npc.gov.cn>).
- Abdruck: Weißbuch der chinesischen Landesverteidigung 2008 (<http://www.sina.com.cn>).
- UNO (<http://www.un-org>).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Chinas Wirtschaftspolitik

Experimentierende Staatstätigkeit in einem lernenden autoritären System

Von Prof. Dr. Sebastian Heilmann

6.8.2008

Sebastian Heilmann, ordentlicher Professor für Regierungslehre mit Schwerpunkt Ostasien an der Universität Trier und Leiter der dortigen Forschungsgruppe Politik und Wirtschaft Chinas. 2005-2006 Visiting Fellow am Fairbank Center der Harvard University. 2006-2009 gemeinsam mit Professor Elizabeth Perry Leitung des Forschungsprojekts "Adaptive Authoritarianism" (Buchpublikation bei Harvard University Press geplant für 2009). Forschungshomepage: www.chinapolitik.de(<http://www.chinapolitik.de>).

Die chinesische Politik nutzt die Chancen der wirtschaftlichen Globalisierung mit einer Beweglichkeit und Ausdauer, die kaum jemand ihr zugetraut hätte. Wie aber kann ein eher starres Institutionensystem in der Lage sein, eine so außergewöhnliche Anpassungs- und Innovationsleistung zu erbringen? Mit einer besonderen Methodik des "Policy-Making".

Der Befund mag in Europa politisch nicht willkommen sein, ist aber nach inzwischen fast drei Jahrzehnten der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik unzweifelhaft: In der Wirtschafts- und Technologiepolitik haben wir mit China einen außerordentlich rasch und erfolgreich lernenden autoritären Staat vor uns, wie wir ihn mit dieser Dynamik und in dieser Größenordnung historisch noch nicht gesehen haben. Die chinesische Politik hat die Chancen der wirtschaftlichen Globalisierung mit einer Beweglichkeit und einer Ausdauer zu nutzen verstanden, die kaum jemand diesem politischen System noch in den 1990er-Jahren zugetraut hatte. Chinas Entwicklung wird in anderen Entwicklungs- und Schwellenländern inzwischen häufig als Gegenmodell zu der marktwirtschaftlichen Demokratie diskutiert, die von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zur Lösung von Entwicklungsproblemen vertreten wird.

Der rasante weltwirtschaftliche Aufstieg Chinas erzwingt die Frage, wie ein auf den ersten Blick so starres politisch-administratives Institutionensystem in der Lage sein kann, eine so außergewöhnliche Anpassungs- und Innovationsleistung zu erbringen. Chinas politisches System wurde bis in die 1990er-Jahre hinein weithin als abträglich für die wirtschaftliche Modernisierung eingeschätzt. Ganz in der klassischen Logik der "Interdependenz der Ordnungen", die besagt, dass politische und wirtschaftliche Freiheit und Konkurrenz sich wechselseitig bedingen und dass Wachstum und Wohlstand nur in einer marktwirtschaftlichen Demokratie dauerhaft realisiert werden können, hielten viele Politiker, Journalisten und Wissenschaftler es für unmöglich, dass ein kommunistischer Parteistaat sich reformieren, eine Marktwirtschaft einführen oder sich gar in die Weltwirtschaft integrieren könne. Deutungsmuster aus der Zeit des Kalten Krieges und Erfahrungen mit der Transformation osteuropäischer kommunistischer Staaten bieten jedoch keine Erklärungen für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Chinas in den Jahren nach 1989. Der Kontrast zur Erfahrung osteuropäischer kommunistischer Parteistaaten mit Blick auf die wirtschaftspolitische und institutionelle Anpassungsfähigkeit unter Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft ist offensichtlich.

Aber auch die häufig angeführten Parallelen zur Erfahrung ostasiatischer "entwicklungslenkender Staaten" ("developmental states") wie Japan, Südkorea oder Taiwan können das chinesische Phänomen nur in Teilaspekten erklären. Zwar liegt der chinesischen Wirtschaftspolitik ebenfalls ein komplementäres Verständnis von Marktkoordination und staatlicher Lenkung zugrunde. China praktizierte aber zu keinem Zeitpunkt eine so differenzierte nationale Feinsteuerung in der

administrativen Investitionslenkung und Exportförderung, wie sie in Japan und Südkorea in vergleichbaren Entwicklungsstadien zu beobachten war. Wichtiger noch ist, dass es sich bei der VR China um einen in der Wirtschaftsverwaltung dezentral organisierten Staat handelt. Ein ausgeprägter wirtschaftspolitischer Wettbewerb zwischen regionalen Regierungen gehört zu den wichtigsten Antriebskräften für Innovation und Wachstum.

Reformvorstöße "vom Punkt in die Fläche"

Für den Verlauf und Erfolg der chinesischen Wirtschaftsreformen außerordentlich bedeutsam ist eine besondere Methodik des "Policy-Making", also der Art und Weise, wie neue politische Handlungsprogramme entwickelt, formuliert, umgesetzt und wieder revidiert werden. Dezentrale Reforminitiativen und lokale Reformexperimente, durch die beständig neue Politikoptionen hervorgebracht werden und die im Erfolgsfall in landesweite politische Programme überführt werden, bildeten die dominierende Vorgehensweise in Chinas Wirtschaftsreformpolitik.

Die besondere Methodik, die sich auch in einer eigentümlichen chinesischen Terminologie niederschlägt, besteht im Kern aus drei Hauptschritten. Zunächst werden lokale "Experimentierpunkte" oder "Experimentierzonen" eingerichtet. Unter diesen Pilotprojekten werden sodann erfolgreiche "Modellexperimente" identifiziert und "vom Punkt in die Fläche" ausgeweitet, um zu testen, inwieweit sich die neuen Politikoptionen verallgemeinern lassen oder sie zu modifizieren sind. Erst als Abschluss einer in den meisten Fällen jahrelangen Erprobung in der administrativen Praxis folgt die nationale Gesetzgebung. Beispielsweise vergingen von den ersten Experimenten mit der Insolvenz von Staatsbetrieben 1984 bis zu Inkraftsetzung eines national anzuwendenden Konkursgesetzes 2007 insgesamt 23 Jahre, in denen eine Vielzahl von experimentellen Regelungen in diesem politisch besonders umstrittenen Politikbereich zunächst in einzelnen Städten, Branchen oder Unternehmen erprobt wurde.

Die Methodik des politischen Experimentierens wurde von den chinesischen Kommunisten in den 1930er- und 1940er-Jahren zur Durchführung der damaligen Bodenreformen konzipiert, fand jedoch nach Gründung der VR China in vielen anderen Politikfeldern Anwendung. Nach 1978 wurden Vorgehensweise und Begrifflichkeiten, die diese Technik des "Policy-Making" kennzeichnen, weithin in der Ausgestaltung wirtschaftlicher Reformmaßnahmen verwandt. Die international bekannteste Variante für dieses experimentierende Vorgehen sind Chinas Sonderwirtschaftszonen, die explizit als "Experimentierzonen" im Dienste außenwirtschaftlicher Öffnung und moderner Wirtschaftsregulierung eingerichtet wurden. Nahezu ausnahmslos gingen die wichtigsten reformpolitischen Maßnahmen – von der ländlichen Entkollektivierung über Managementreformen in Staatsbetrieben und Einrichtung von Aktienmärkten bis jüngst zu Reformen im ländlichen Gesundheitssystem – aus dezentral durchgeführten Experimentalprogrammen hervor, die jedoch stets selektiven Eingriffen höherer Partei- und Regierungsebenen unterworfen blieben. Essenziell ist das Wechselspiel zwischen dezentraler und zentraler Initiative, ohne den die experimentellen Politikverfahren in China nicht funktionieren könnten. Manche Phasen des Experimentierprozesses sind stark dezentralisiert (die Initiierung lokaler Experimente und die Durchführung offizieller Experimentalprogramme). Andere Phasen (die Identifizierung erfolgreicher lokaler "Modellexperimente" und die Initiative zur Ausweitung "vom Punkt in die Fläche") sind wiederum zentralisiert.

Zentrale Zielfestlegung und lokale Eigeninitiative

Diese zentral-lokale Dynamik in der Politikentwicklung lässt sich markant am Beispiel der Hochtechnologieförderung demonstrieren. In China sind seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre eine Reihe von zentralstaatlich koordinierten Förderprogrammen (z.B. "Entwicklungsplan 863", "Fackelplan", "Entwicklungsplan 973") initiiert worden, die auf den ersten Blick Analogien zur nationalen Steuerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Japan und Südkorea in früheren Jahrzehnten suggerieren. Bei einem genaueren Blick auf die Praxis der Umsetzung wird jedoch deutlich, dass die chinesischen Technologie-Förderprogramme durch ein dezentrales und experimentierendes Vorgehen gekennzeichnet sind. Die Zentralregierung legt Rahmenziele fest und stellt nationale Finanzmittel bereit. Den lokalen Regierungen und den von der Zentralregierung autorisierten Technologiezonen aber wird die Entwicklung der Instrumente überlassen, die zur Umsetzung der vorgegebenen Entwicklungsziele erforderlich sind. Die nationale Regierung fordert lokale Verwaltungen dazu auf, nicht einem Standardmodell zu folgen, sondern konkurrierende Modelle zu entwickeln, die im Erfolgsfall in anderen Regionen – angepasst an die konkreten örtlichen Voraussetzungen und Potenziale – nachgeahmt werden können. Deshalb weisen beispielsweise drei von ihrer Innovationsleistung und Wertschöpfung her herausragende Technologiezonen und Industrieparks in Peking, Schanghai und Suzhou so unterschiedliche Förderstrategien und Organisationsmuster auf. Die Zhongguancun-Zone in Peking, die durch Unternehmensausgründungen aus Universitäten und Forschungsinstituten mit Hilfe von Wagniskapitalgebern vorangetrieben wird, orientiert sich in vielen Aspekten am Silicon-Valley-Modell. Die Technologieförderung in Schanghai-Pudongs Zhangjiang Hightech-Park ähnelt in vielen Maßnahmen zur Förderung von IT- und Software-Industrie dem taiwanischen Erfolgsmodell des Industrieparks Hsinchu (Xinzhu). Der Suzhou-Industriepark wiederum ist durch eine langjährige – zeitweise spannungsreiche – Kooperation mit der Regierung Singapurs geprägt, sodass singapurische Organisationsmodelle in Planungs- und Fördermaßnahmen, Wirtschaftsverwaltung und Anreizsystemen für technische Spitzenkräfte deutlich zutage treten.

In der Technologiepolitik ist somit ein Grundmuster zu erkennen, das Chinas Reformperiode insgesamt geprägt hat: Die übergeordneten Politikziele werden zentral festgelegt, die Politikinstrumente aber dezentral entwickelt und erprobt, um erst dann landesweit angewendet zu werden. Das weitgespannte Spektrum an Förderinstrumenten und Organisationsmustern, das aus einem solchen experimentierenden Politikprozess in einem so vielgestaltigen Land wie China hervorgeht, erlaubt der chinesischen Wirtschaftspolitik immer wieder den Rückgriff auf eine Vielzahl alternativer Politikoptionen, um auf sich ändernde Markt- und Wettbewerbsbedingungen zu reagieren.

Risiken gesetzgeberischer "Sprünge ins Dunkel"

Bei dem Verfahren der Politikerprobung und Reformgenerierung, wie es in China etabliert ist, handelt es sich um ein regelrechtes Laboratorium für die Suche nach wirtschaftspolitischen Instrumenten, Regelungsmechanismen und Problemlösungsansätzen. In der Praxis der chinesischen Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftspolitik erlaubt das experimentierende Vorgehen, in einem kontinuierlichen Suchprozess neue Lösungen für immer wieder neu auftretende Anpassungserfordernisse zu identifizieren. Die besondere Methodik der Politikgenerierung bildet eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass China – den vielfältigen institutionellen, politischen und ideologischen Beharrungskräften zum Trotz – einen so umfassenden Politik- und Institutionenwandel durchlaufen konnte, ohne dass der Parteistaat darüber kollabierte.

Die chinesische Herangehensweise an die Entwicklung wirtschaftspolitischer Reform- und Innovationsmaßnahmen ist unkonventionell, da die Erprobung neuer Handlungsprogramme regelmäßig der nationalen Gesetzgebung vorausgeht. In dem Politikzyklus demokratischer Verfassungsstaaten, der von Sozial- und Rechtswissenschaftlern als Normalfall für selbstverständlich gehalten und kaum noch hinterfragt wird, stehen in aller Regel ein Gesetz oder eine Verordnung am Beginn der Politikumsetzung; Verwaltungstätigkeit wird grundsätzlich als gesetzgebunden verstanden ("Gesetzmäßigkeit der Verwaltung"; "Vorrang des Gesetzes"). Der Nachteil dieses in marktwirtschaftlichen Demokratien üblichen Politikzyklus besteht darin, dass die potenziellen Folgen

einer neuen Politik vor der tatsächlichen Durchführung meist ohne hinreichende Praxistests abgeschätzt und antizipiert werden müssen. Dies birgt ein hohes Risiko im Hinblick auf unbeabsichtigte oder gar konträre Folgen neuer Gesetze in sich. Solche riskanten gesetzgeberischen "Sprünge ins Dunkel" konnten Chinas Reformpolitiker mittels experimentierender Staatstätigkeit weitgehend ausschließen.

Das in China praktizierte experimentierende "Policy-Making" ist zweifellos unvereinbar mit strikten Standards von Rechtsstaatlichkeit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Chinas "verkehrter" Politikprozess (Umsetzung und Erprobung von Reformmaßnahmen vor der Gesetzgebung) ist jedoch ein Schlüssel zum Verständnis der Innovationsfähigkeit, die das autoritäre System nach 1978 im Bereich der Wirtschaftspolitik demonstrierte. Denn das experimentierende Vorgehen erschloss ein Repertoire unkonventioneller Politikinstrumente zur Bewältigung der wirtschaftlichen Transformation und zur Umgehung politischer Grundsatzkonflikte, das ein gesetzgebungszentrierter Reformprozess nicht hätte bieten können.

Chinas Innovationskraft als globale Herausforderung

Bei China handelt es sich um den außergewöhnlichen Fall eines autoritären Systems, in dessen wirtschaftspolitische Willensbildung beständige Erneuerungs- und Lernprozesse als Kernelement eingebaut sind. Ein solches auf rasche Anpassung an wechselnde binnen- und außenwirtschaftliche sowie technologische Anforderungen ausgerichtetes chinesisches Modell könnte zu einer dauerhaften Konkurrenz für das bislang global dominierende Leitbild der marktwirtschaftlichen Demokratie werden. Der weitere Aufstieg Chinas hängt allerdings von einer Vielzahl von Faktoren ab, unter denen China einige der wichtigsten nicht selbst kontrollieren kann (Entwicklung der Export-, Finanz- und Rohstoffmärkte).

Die Leistungsfähigkeit der experimentierenden Staatstätigkeit, die sich in China unter Bedingungen eines hierarchisch strukturierten Parteistaates beobachten lässt, sollte demokratischen Politikern trotz der völlig unterschiedlichen institutionellen Gegebenheiten in Europa zu denken geben. Denn staatliche Politik muss unter Bedingungen rapiden wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Wandels offensichtlich sehr viel mehr Raum zur gezielten Erprobung neuartiger Regelungs- und Gestaltungsansätze bieten als zuvor.

Bemühungen, die Folgewirkungen neuer Gesetze durch Debatten und Expertisen abzuschätzen, die der administrativen Durchführung vorausgehen, haben sich in allzu vielen Fällen als realitäts- und praxisfern erwiesen. Und auch die neuen Formen politischer Koordination und Regelsetzung im Kontext der Europäischen Union haben grundlegende Defizite der nationalen Gesetzgebungspraxis nicht ausgeräumt. Gesetzgeberische "Sprünge ins Dunkel", die unvorhergesehene negative Folgen nach sich ziehen, sind in europäischen Demokratien an der Tagesordnung:

- Steuergesetze, die entgegen der eigentlichen Absicht zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit führen;
- Energiewirtschaftsgesetze, die im Widerspruch zu den erklärten politischen Zielen zu einer Verteuerung der Energiepreise beitragen;
- Gesundheits- und Hochschulreformen, die Tausende hochqualifizierter und engagierter Ärzte und Forscher ins Ausland vertreiben;
- Arbeitsmarktgesetze, die genau die Gruppen von Arbeitnehmern an den Rand drängen, die durch das Gesetz eigentlich gefördert werden sollen.

Solche Gesetzgebungsdesaster ließen sich mittels Reformerprobung durch zunächst kleinräumige Modellversuche oder durch in Gesetzen vorzusehende, gestaltungsoffene Experimentierklauseln vermeiden. Umfassendere Reformaufgaben könnten auf dem Verordnungswege in einem flexibleren Rahmen erkundet werden als nach Verabschiedung eines nationalen Gesetzes. Föderale Systeme wie in der Schweiz und in Deutschland bieten eine günstige Basis für dezentralisierte Verfahren der Politikerprobung und Reformgenerierung. Das Potenzial föderaler Systeme für eine solche Vorbereitung und Optimierung nationaler Reformprogramme wird bislang jedoch nicht gezielt genutzt. Mit Gesetzgebungstechniken aber, die überwiegend aus dem 19. Jahrhundert stammen, sind die wachsenden Anforderungen an die politische Problembewältigung und Reformgestaltung häufig nicht mehr effektiv zu bewältigen.

Chinas Parteistaat ist als Modell zur Nachahmung nicht tauglich und akzeptabel, stellt aber eine elementare Herausforderung dar, weil er die jahrzehntelang unangefochtene institutionelle und wirtschaftliche Überlegenheit marktwirtschaftlicher Demokratien in Zweifel zieht. Die Zeiten, in denen "der Westen" als selbstverständliches Leitmodell galt, von dem alle anderen Weltregionen zu lernen haben, sind mit diesem Jahrzehnt vorbei (auch wenn viele manchmal allzu selbstgefällige Europäer das noch nicht wahr haben möchten). Die für Chinas wirtschaftlichen und technologischen Aufstieg so zentralen Verfahren der experimentierenden Politikgestaltung sollten deshalb als ein Anstoß zur Erneuerung der Staatstätigkeit begriffen werden. Es geht um eine allzu lange vernachlässigte Aufgabe: die Neubegründung der Innovations-, Gestaltungs- und Leistungsfähigkeit des demokratischen Verfassungsstaates unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts.

Dieser Aufsatz erschien zuerst in leicht veränderter Form in der "Neuen Zürcher Zeitung" am 28./29. Juni 2008.

China und die internationale Finanzkrise

Von Dr. Dirk Schmidt

1.10.2009

Dr. Dirk Schmidt ist Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre mit Schwerpunkt Politik und Wirtschaft Chinas an der Universität Trier und Mitglied der dortigen Forschungsgruppe "Politik und Wirtschaft Chinas". Homepage: <http://www.chinapolitik.de>. Aktuelle Publikationen: mit Sebastian Heilmann: Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China (2008/09), Trier 2008; The Financial Crisis and Its Impact on China, China Analysis, No. 67, January 2009.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise galt China als überaus verwundbar gegenüber einer starken Rezession. Mittlerweile macht die Volksrepublik wieder Schlagzeilen mit Wachstumsraten, die zu den höchsten zählen. Wie stark ist das Land also wirklich von der globalen Krise betroffen?

Als die internationale Finanzkrise sich nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 verschärfte, galt insbesondere die Volksrepublik China (VRC) wegen ihrer Einbindung in internationale Handelsströme als überaus verwundbar gegenüber einer weltweiten Rezession. Zur Jahreswende 2008/2009 hielten deshalb nicht wenige westliche Beobachter einen dramatischen Wachstumseinbruch in China mit unkalkulierbaren sozialen Kosten und politischen Spannungen für möglich. Rund ein Jahr später jedoch macht die VRC bereits wieder Schlagzeilen mit Wachstumsraten, die unter den führenden Wirtschaftsnationen weltweit zu den höchsten zählen. Vor diesem Hintergrund stellen sich deshalb folgende Fragen: Wie stark ist China von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen? Welche Maßnahmen wurden bzw. werden in dem Land ergriffen, um der wirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken? Welche kurzfristigen Auswirkungen und mittel- bis längerfristigen Folgen des chinesischen Krisen-Managements sind erkennbar?

Die wirtschaftliche Situation Chinas vor und nach dem Ausbruch der Krise

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise trafen die VRC mitten in einer Phase des Hochwachstums, eines boomenden Außenhandels und einer relativ hohen Inflation (siehe Tabelle). Die Regierung der VRC war bis zum Sommer 2008 vor diesem Hintergrund bemüht, mithilfe einer kontraktiven Wirtschaftspolitik eine ökonomische Abkühlung zu erreichen und die Inflation in den Griff zu bekommen. Aufgrund ihres größtenteils nach außen abgeschlossenen Bank-basierten Finanzsektors und der strikten Kapitalverkehrskontrollen war die VRC den von den "toxischen Wertpapieren" ausgehenden Risiken der globalen Finanzmärkte einerseits kaum ausgesetzt. Andererseits war sie wegen ihrer Offenheit gegenüber dem Außenhandel und insbesondere ihrer Rolle im Zentrum asiatischer Produktionsnetzwerke besonders gefährdet bei einem Einbruch der globalen Handelsströme. Es ist demnach auch wenig verwunderlich, dass sich in den Export-orientierten Sektoren der chinesischen Wirtschaft ab dem Herbst 2008 sogleich die Krisenphänomene bemerkbar machten. Als der Außenhandel und die ausländischen Direktinvestitionen in Höhe zweistelliger Prozentzahlen einbrachen, verlangsamte sich das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft noch im letzten Quartal 2008 auf 6,8 Prozent. Insbesondere die Schließung vieler Fabriken in Südchina dürfte die Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit – vor allem unter Wanderarbeitern – rapide nach oben getrieben haben, auch wenn dies in den offiziellen Statistiken, die nur die registrierten städtischen Arbeitslosen erfassen, so nicht zum Ausdruck kommt.

| | 2007 | 2008 | 1. Hälfte 2009 |
|---|---------------|--------------|-------------------------------|
| BIP (Bio. Yuan) Wachstumsrate | 25,73 +13% | 30,07 +9% | 13,98 +7,1% |
| Arbeitslosenquote | 4,0% | 4,2% | 4,3% |
| Inflationsrate | 4,8% | 5,9% | -1,1% |
| Haushaltssaldo als Anteil vom BIP | 0,7% | -0,4% | -4,9% (1. Quartal 2009) |
| Exporte (Mrd. US\$) | 1218 | 1429 | 521,5 |
| Importe (Mrd. US\$) | 956 | 1133 | 424,6 |
| Direktinvestitionen in VRC (Mrd. US\$) | 74,8 | 92,4 | 43 |
| Währungsreserven (Mrd. US\$) | 1530 | 1950 | 2130 |

Quellen: Staatliches Statistikamt der VRC, Weltbank
10 Yuan ~ 0,98 Euro, 1 USD ~ 0,67 Euro (Stand Okt. 2009)

Jegliche antizyklische Maßnahmen der chinesischen Regierung mussten deshalb im Gegensatz zum Westen zunächst nicht im Finanzsektor, sondern in den produzierenden Branchen ansetzen. Für die Durchführung aggressiver Anti-Krisen-Maßnahmen war und ist die Regierung der VRC wegen ihrer soliden fiskalischen Situation und der hohen Währungsreserven im Vergleich zu anderen Schwellenländern allerdings gut aufgestellt.

Chinesisches Krisen-Management: Verfahren, Inhalte, Besonderheiten

Das chinesische Krisen-Management setzte im internationalen Vergleich sehr frühzeitig ein. Bereits im Juni 2008, also schon während der Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen, begannen in politischen Kreisen Pekings vor dem Hintergrund warnender Analysen chinesischer Think Tanks erste Diskussionen über notwendige Maßnahmen zur Eindämmung der Krise. Im eigentlichen Sinne in Gang kamen die chinesischen antizyklischen Maßnahmen am 5. November 2008 mit einem Treffen des chinesischen Staatsrates, der einen Stimulus-Plan in Höhe von vier Billionen Yuan (586 Mrd. US-Dollar) verkündete und als offizielle Losung die "Verteidigung von acht Prozent Wirtschaftswachstum" insbesondere durch die Erhöhung der Inlandsnachfrage ausgab. Die Summe von vier Bio. Yuan war zum damaligen Zeitpunkt noch keineswegs durch konkrete Programme oder Projekte mit Substanz gefüllt, zog jedoch umgehend die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf sich. Zeitgleich mit dem Treffen des Staatsrates fand eine Sitzung der Spitze der Kommunistischen Partei statt, die ein Dokument verabschiedete, das unmittelbar darauf über die Parteihierarchie in alle Winkel des Landes verbreitet wurde. Von diesem publizierten Dokument ging ein wichtiges Signal aus, nämlich die Notwendigkeit für aggressives, schnelles Handeln aller Staats- und Parteiorgane ohne Rücksichtnahme auf formale Hürden.

Nachdem die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission im November 2008 eine grobe Verwendung der geplanten Mittel in Aussicht gestellt hatte, begann ein strukturierter Verhandlungsprozess zwischen der Zentrale und den Provinzen um konkrete Investitionsprojekte, der das Verfahren zur Aufstellung der Fünf-Jahrespläne in China widerspiegelte. Er brachte bereits im Dezember 2008 erste Ergebnisse hervor. Nicht wenige lokale Regierungen nutzten dabei die Situation aus und zogen Vorschläge für lang gehegte Wunschprojekte aus der Schublade, die den Vorteil besaßen, dass sie schnell in Angriff genommen werden konnten. Die Zentralregierung genehmigte aus diesem Grund eine Vielzahl dieser Projekte, auch wenn sie damit in Kauf nehmen musste, dass die eigenen Ziele (z.B. Förderung energie-effizienter Produktion, Ankurbelung des privaten Konsums) zugunsten der lokalen Interessen (v.a. Schutz der einheimischen Industrien als Steuereinnahmequellen) ins Hintertreffen gerieten.

Das chinesische Maßnahmenpaket in Höhe von vier Bio. Yuan ist mit mehr als 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von 2008 eines der umfangreichsten im internationalen Vergleich, auch wenn nicht klar ist, wieviel davon letztlich "neues" Geld darstellt bzw. wieviel ohnehin bereits im Rahmen des aktuellen elften Fünf-Jahresplans oder als Hilfe für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Sichuan vom Frühjahr 2008 vorgesehen war.

Der Inhalt der chinesischen Anti-Krisen-Maßnahmen lässt sich unterteilen in den eigentlichen fiskalpolitischen Stimulus-Plan und die ihn begleitenden geldpolitischen Maßnahmen. Der Stimulus-Plan selbst wird im Westen häufig auf die Investitionen für die Infrastruktur reduziert. Dies wird aber der Einbettung des Plans in die längerfristigen Entwicklungsziele der VRC sowie seinen sozialpolitischen Inhalten nicht gerecht. Zwar machen in der Tat gemäß der Aufteilung der Mittel, wie sie auf der jährlichen Sitzung des Nationalen Volkskongresses vom März 2009 verabschiedet wurden, die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur mit 1.500 Mrd. Yuan den größten Einzelposten aus. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ausgaben, die sich unmittelbar der Verbesserung der Lebenssituation gerade der ländlichen Bevölkerung widmen (z.B. neue oder renovierte Wohnungen für arme Haushalte, Ausbau von Gesundheits- und Bildungswesen), deutlich darüber hinausgehen.

Der Stimulus-Plan hat zudem insbesondere die längerfristige Entwicklungsperspektive der chinesischen Wirtschaft im Blick. Neun Prozent der Mittel des Plans sind unter dem Stichwort "Technologische Modernisierung und Restrukturierung" eingebettet in das Vorhaben, zehn ausgewählte Branchen, darunter die Elektronik- und Automobilindustrie, von 2009 bis 2011 besonders zu fördern. Gerade diese beiden Branchen stehen auch an der Schnittstelle zwischen Industrie- und Sozialpolitik, in der die chinesische Regierung ländliche Haushalte beim Kauf von elektrischen Haushaltsgeräten subventioniert und ein Programm zum Kauf von sparsamen Autos und leichten Transportfahrzeugen

aufgelegt hat.

Die geldpolitischen Schritte, welche die fiskalpolitischen Maßnahmen begleiteten, weisen im internationalen Vergleich zum Teil einzigartige Charakteristika auf. Zwar wurden auch von der chinesischen Zentralbank seit Herbst 2008 klassische antizyklische Schritte (Senkung des Leitzinses und der Mindestreservesätze für Geschäftsbanken bei der Zentralbank) unternommen. Diese Instrumente werden jedoch nach Umfang und Wirkungsweise bei weitem in den Schatten gestellt durch die Aufhebung der Kreditquoten für chinesische Geschäftsbanken. Diese hatte zur Folge, dass im ersten Halbjahr 2009 die Summe neuer Kredite in China auf 7,4 Bio. Yuan anwuchs und damit mehr als zweimal soviel wie im Jahr zuvor im gleichen Zeitraum betrug.

Zusammenfassend können die Besonderheiten des chinesischen Krisen-Managements wie folgt charakterisiert werden:

1. Die chinesischen Behörden waren bereits Wochen vor dem Kollaps von Lehman Brothers in Alarm-Bereitschaft.
2. Die chinesische Regierung war zu einem schnellen und effektiven Krisenmanagement in der Lage, weil sie auf die hierarchischen Kommunikations-, Implementations- und Kontrollstrukturen des Ein-Partei-Staates sowie die eingespielten Planungsmechanismen zur Investitionsdurchführung aus Zeiten der Kommandowirtschaft zurückgreifen konnte.
3. Der Großteil der zum Einsatz kommenden finanziellen Mittel stammt nicht aus Quellen der Zentralregierung, sondern von regionalen bzw. lokalen Stellen, die sich ihrerseits aus Geschäftsbankkrediten finanzieren.
4. Das chinesische Krisenmanagement bedeutet insgesamt eine deutliche Ausweitung der Rolle des Staates in der chinesischen Wirtschaft: Auf Anweisung der Regierung vergeben die staatseigenen Banken in großem Umfang Kredite an Lokalregierungen, die entsprechende Aufträge für Investitionsprojekte hauptsächlich an staatseigene Unternehmen weiterreichen.

Kurzfristige Auswirkungen und mittelfristige Folgen des chinesischen Krisen-Managements

Die internationalen Bewertungen zum chinesischen Krisenmanagement und insbesondere zum Stimulus-Plan könnten unterschiedlicher kaum ausfallen. Während von den einen die Schnelligkeit und der Umfang der chinesischen Maßnahmen als international vorbildlich gelobt werden, weisen Kritiker den Stimulus-Plan rundweg als "alten Wein in neuen Schläuchen" zurück. Solange die Dynamik der gegenwärtigen Krise aber noch nicht zur Gänze verstanden und deren weiterer Verlauf noch völlig offen ist, sind vereinfachende Urteile zum chinesischen Krisenmanagement und dessen Folgen mit Skepsis zu begegnen.

Was die kurzfristigen Wirkungen des chinesischen Stimulus-Pakets für die einheimische Wirtschaft angeht, so sind sowohl positive als auch negative Aspekte zu erkennen: Der chinesische Stimulus hat zunächst einmal seine ihm ursprünglich zgedachte Wirkung erbracht: Das Wirtschaftswachstum der VRC wird sich 2009 wohl in einer Größenordnung von etwa acht Prozent, also der offiziell deklarierten staatlichen Zielvorgabe, bewegen. Massenarbeitslosigkeit und dadurch hervorgerufene soziale Spannungen sind zurzeit nicht erkennbar. Selbst wenn man aus guten Gründen an der Verlässlichkeit der offiziellen chinesischen Statistiken zweifeln mag, sind diese beiden Umstände angesichts der noch zum Jahreswechsel 2008/2009 kursierenden Krisenszenarien für China keine geringe Leistung.

Diese Erfolge werden aber selbst in den Augen chinesischer Medien und kritischer Experten teuer erkauft, da sie bestehende strukturelle Defizite der chinesischen Wirtschaft verstärken (vor allem investitionsgetriebenes Wachstum, Vernachlässigung des privaten Konsums) und bereits durch die Zweckentfremdung von Geldern aus dem Stimulus-Plan zu neuen Spekulationen an den Immobilien- und Wertpapiermärkten geführt haben. Auch die auf Anordnung der Zentralbank durch die Geschäftsbanken bis zum Juli 2009 betriebene massive Ausweitung der Geldmenge wird wegen des ihr innewohnenden inflationären Potenzials und möglicherweise rapide steigender uneinbringbarer Kredite in China argwöhnisch beobachtet.

Die kurzfristigen realwirtschaftlichen Auswirkungen der auf das chinesische Stimulus-Paket zurückgehenden Investitionen sollten indes nicht überbewertet werden, da sie für das Jahr 2009 gerade einmal zwei Bio. von insgesamt 13 Bio. Yuan ausmachen. Die eigentliche Bedeutung des chinesischen Krisenmanagements liegt wohl eher in einer politischen Signalfunktion nach innen und außen. Nach innen, indem die chinesische Zentralregierung die allgemein bis zum Sommer 2008 auf wirtschaftliche Abkühlung und Inflationsbekämpfung ausgerichtete kontraktive allgemeine Wirtschaftspolitik quasi "über Nacht" in ihr Gegenteil verkehrte und alle staatlichen Akteure auf das Hauptziel, acht Prozent Wirtschaftswachstum und Verteidigung von Arbeitsplätzen, verpflichtete. Von diesem Schritt ging auch ein Signal nach außen aus: Die VRC signalisierte als eines der ersten Länder weltweit den absoluten Willen, entschlossen gegen die realwirtschaftlichen Konsequenzen der Finanzkrise vorzugehen. Gerade die internationalen Rohstoff- und Kapitalmärkte nahmen dieses Signal als erste auf und begannen danach ihren Aufschwung.

China als weltweite Konjunkturlokomotive?

Über diese Signalwirkung hinausgehende Charakterisierungen der Volksrepublik als "Konjunkturlokomotive", welche die asiatisch-pazifische Region und insgesamt die Weltwirtschaft aus der Krise ziehe, sind jedoch zumindest im Herbst 2009 noch mit Vorbehalten zu versehen. Die Importe Chinas aus der asiatisch-pazifischen Region liegen weiterhin zum größten Teil deutlich unter den Zahlen für 2008, auch wenn sie insgesamt nach oben weisen. Nach jetzigem Erkenntnisstand erscheint es eher so, dass sich die ostasiatischen Nachbarstaaten Chinas durch ihre eigenen Krisenmaßnahmen aus der Rezession herausbewegen, dies aber weniger auf die Nachfrage aus China zurückzuführen ist.

Auch was die mittelfristigen Folgen einer erfolgreichen chinesischen Krisenbewältigung angeht, so ist Zurückhaltung angebracht: Sollte die weltwirtschaftliche Erholung im Jahr 2010 weiter voranschreiten und China das globale Wachstum anführen, sind durchaus weitreichende Verschiebungen innerhalb Asiens und im globalen Mächtegleichgewicht zu erwarten. Das Szenario einer G2, also einer engen Abstimmung zwischen den USA und der VRC, welche die Weltpolitik und Weltwirtschaft bestimmt, gewänne unter diesen Voraussetzungen an Konturen. Andererseits sind angesichts der strukturellen Defizite der chinesischen Volkswirtschaft und der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft Rückschläge für die Volksrepublik China auf dem Weg zu einer Weltmacht weiterhin nicht ausgeschlossen.

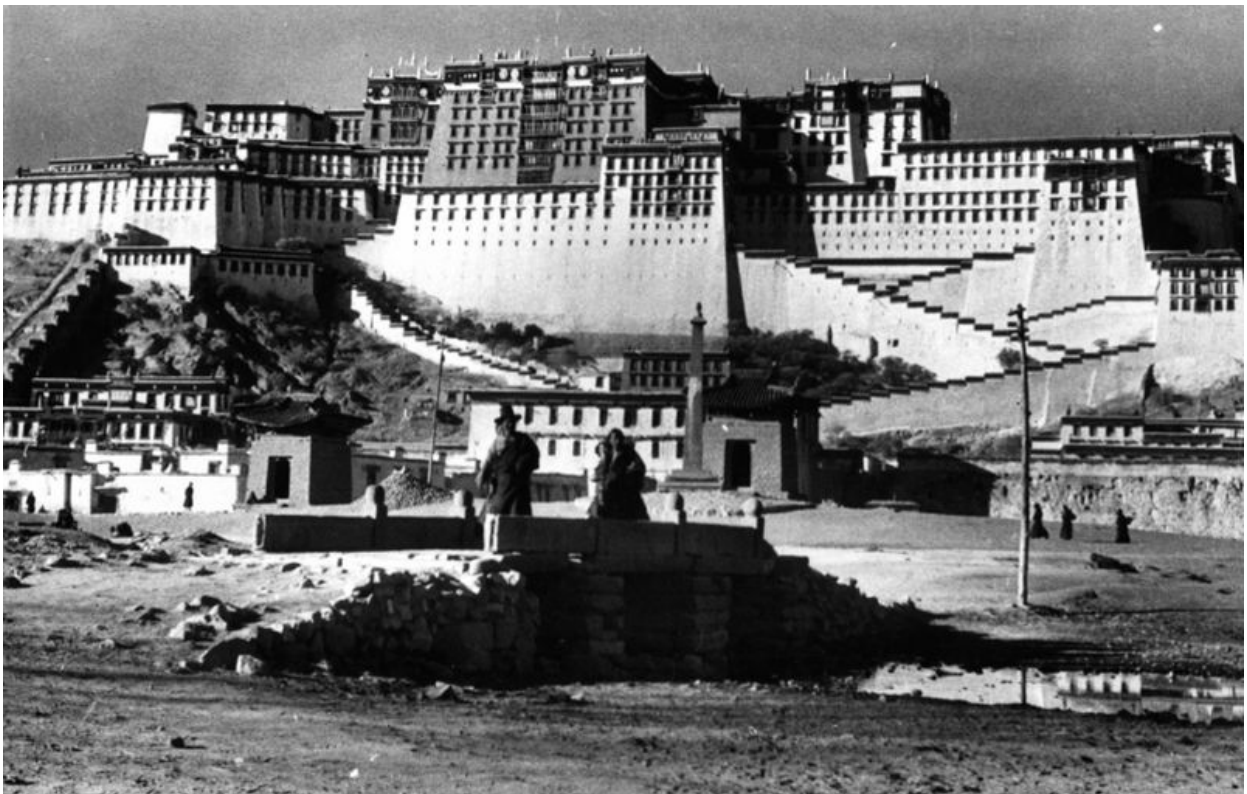
Die Komplexität der Tibetfrage

Von Prof. Dr. Thomas Heberer

1.10.2009

Prof. Dr. Thomas Heberer, geb. 1947, Professor für Politik Ostasiens am Institut für Ostasienwissenschaften und am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte: Politischer und sozialer Wandel in China, die politischen Kulturen Chinas, Fragen der Nationalitätenpolitik sowie verschiedene Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Schon immer ist Tibet ein Spielball unterschiedlicher Weltmächte gewesen – von Großbritannien über Russland bis hin zur Volksrepublik China. Die Forderungen des Dalai Lama und der tibetischen Exil-Regierung nach mehr Autonomie oder gar Unabhängigkeit sind bislang allerdings von keinem Erfolg gekrönt, wie historische Stationen belegen.



Bundesarchiv, Bild 135-S-15-04-37
Foto: Schäfer, Ernst | 1938/1939

Der Potala-Palast in Lhasa, 1938. Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/ (Bundesarchiv, Bild 135-S-15-04-37 / Fotograf: Schäfer, Ernst)

Der rechtliche Status Tibets vor 1950

Ab 1720 besaß Tibet den Status eines mit China assoziierten Gebietes. Damals wandten sich die Tibeter an den chinesischen Kaiser mit der Bitte um militärische Unterstützung gegen eine Invasion der Dsungar-Mongolen. Nach deren erfolgreichen Vertreibung schloss Kaiser Kang Xi einen Vertrag mit dem Dalai Lama, durch den sich Tibet der Schutzmacht China unterstellte. Es erkannte die Oberhoheit Chinas an, die Regierungsgewalt jedoch lag beim Dalai Lama. Tibet befand sich damit im Zustand der Suzeränität, nicht aber der Souveränität. D.h., militärische Sicherheit und Außenpolitik lagen beim Kaiserhof in Peking, der sich im Gegenzug verpflichtete, Tibet jeden erdenkbaren Schutz zu gewähren. Die innere Verwaltung hingegen lag beim Dalai Lama und seinem Hofstaat, wie es der traditionellen Politik des Kaiserhofes entsprach.

Danach wurden Siedlungsgebiete nicht-chinesischer Völker nicht direkt durch chinesische Beamte verwaltet. Vielmehr erhielten in Gebieten, in denen Macht- und Organisationsstruktur der Stammesgesellschaften noch ungebrochen waren, einheimische Führer vom Kaiserhof erbliche Titel und Ränge innerhalb der chinesischen Beamtenhierarchie. Die so geschaffenen "Beamten" übten ihre Befugnisse unter der Aufsicht chinesischer "Schutzherren" aus. Da in diesen Regionen auch die unteren Beamten aus den Reihen der lokalen Führer stammten, spürten die so ins chinesische Reich integrierten Völker oder Stämme die Oberhoheit des Kaiserhofes nicht direkt. Zu unmittelbaren Eingriffen des Kaiserhofes kam es nur, wenn dessen Oberhoheit in Frage gestellt wurde oder Stämme sich auflehnten. Nicht militärische Eroberung, sondern indirekte Verwaltung war für diese Politik kennzeichnend. Dementsprechend hielten sich die Bevollmächtigten des chinesischen Kaiserhofes in Tibet, die Ambane, während der Qing-Dynastie bei Eingriffen in innere Angelegenheiten Tibets zurück, wobei es zugleich nur eine marginale Militärpräsenz gab. Daraus kann jedoch nicht auf eine Selbstständigkeit Tibets geschlossen werden. Tibet hatte sich der Oberhoheit Pekings unterstellt, und die Ambane übten die Kontrolle über die lokale Verwaltung aus.

Das war jedoch kein statischer Zustand bis zur chinesischen Revolution von 1911. Das Vorrücken der Briten auf dem indischen Subkontinent veränderte die Machtverhältnisse in Asien. China wurde selbst Opfer kolonialer Machtpolitik und erlitt eine empfindliche Schwächung, von der auch die Schutzmacht über Tibet berührt wurde. Der Kaiserhof bemühte sich, seine Schwäche durch ein energischeres Vorgehen in Nord- und Osttibet auszugleichen, um dort territoriale Verluste zu verhindern. Tibet sah sich durch die britische Unterwerfung Indiens und das Vorrücken der Kolonialmacht an seinen Grenzen bedroht. Daher schloss es bereits Ende des 18. Jahrhunderts sein Gebiet für Personen aus "westlichen Mächten". Da Tibet eine "Schutzmacht" England ablehnte, China jedoch diese Funktion immer weniger auszuüben vermochte, bemühte sich Tibet seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um Äquidistanz, d.h. es pendelte zwischen beiden Seiten, um keine von ihnen zum Eingreifen zu provozieren.

Als Peking 1908/09 seine Kontrolle über Osttibet zu verstärken und damit das Fundament der bisherigen Beziehungen zu untergraben begann, wandte sich der Dalai Lama an Großbritannien und bat um die Errichtung eines Protektorats. London lehnte dies ab, weil Tibet, wie es in einem britischen Dokument hieß, als "wertloses Stück Territorium" betrachtet wurde. Die Kosten einer Inbesitznahme wurden als zu hoch veranschlagt; eine Übernahme hätte zudem zu Konflikten mit Russland geführt. Diese beiden Mächte einigten sich darauf, Tibet als Pufferzone zwischen ihren Einflusssphären zu etablieren, vorzugsweise unter chinesischer Oberhoheit. Nach dem Ende der kaiserlichen Herrschaft in Peking erklärte der Dalai Lama sein Land 1913 für unabhängig. China erkannte diesen Schritt nicht an und gab seinen Anspruch auf Tibet nie auf. Dies gilt für die Guomindang unter Sun Yatsen, Chiang Kaishek und dessen Nachfolger ebenso wie für die Kommunistische Partei (KP). Vor dem Einmarsch der Chinesen 1950 hatte kein Staat Tibet als selbstständiges völkerrechtliches Subjekt anerkannt. Verträge zwischen Großbritannien und China bekräftigten auf allerdings widersprüchliche Weise, dass Tibet zwar unabhängig sei, aber chinesischer Oberherrschaft unterstehe.

Unterschiedliche Rechtsauffassungen

Bei Zugrundelegung der Konvention über die Rechte und Pflichten von Staaten des Völkerbunds von 1933 waren für die Anerkennung eines Staates bestimmte Kriterien maßgebend: permanente Bevölkerung, fest umrissenes Territorium, eine Regierung und die Fähigkeit, Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen. Drei dieser Erfordernisse waren im Falle Tibets erfüllt. Durch die selbst gewählte Isolation gab es allerdings keine Beziehungen zu anderen Staaten. Von daher war Tibet vor 1950 auch kein international anerkannter Staat. Die fehlende Anerkennung durch die Staatengemeinschaft, die Zuordnung zu China und der von Peking aufrechterhaltene Anspruch lassen den völkerrechtlichen Status des Landes vor 1950 als nicht eindeutig erscheinen.

Zwar hatte Tibet sich für unabhängig erklärt, es zugleich aber versäumt, die Unabhängigkeit international abzusichern. Damit fehlten 1950 drei entscheidende Voraussetzungen für die Unabhängigkeit: 1. eine frühere Beteiligung am Leben der internationalen Staatengemeinschaft; 2. die Fortdauer der Schwäche Chinas; 3. eine Schutzmacht, die, nach dem Rückzug Großbritanniens aus Indien im Jahr 1947, die gewaltsame Eingliederung durch China hätte verhindern können.

Die tibetische Regierung hatte 1947/48 vergeblich Missionen in die Hauptstädte der wichtigsten westlichen Staaten gesandt, um eine Anerkennung zu erreichen. Der Widerstand der damals noch von der Guomindang (Nationale Volkspartei) gestellten Regierung in Peking ließ deren wichtigsten Verbündeten, die USA, das Ansinnen zurückweisen. Auch nach ihrer Übersiedlung nach Taipeh verhinderte die nicht-kommunistische Führung der Republik China, die noch jahrzehntelang den Sitz im UNO-Sicherheitsrat innehatte, eine Änderung der westlichen Haltung. Auch wollten sich Großbritannien (als Kolonialmacht in Hongkong) und Frankreich (als Kolonialmacht in dem an China grenzenden Indochina) auf keinen Konflikt mit Peking einlassen, weil dieser ihre kolonialen Interessen in Fernost hätte beeinträchtigen können.

Aus chinesischer Sicht erschien die gewaltsame Wiedereingliederung Tibets völlig gerechtfertigt. China ging und geht von einem anderen Nations- und Staatsbegriff aus als die westlichen Länder. Danach sind alle Völker, die bis 1911 auf chinesischem Territorium gelebt haben, Teil des chinesischen Volkes. Der in China verwendete Begriff "Chinesen" ("Zhongguoren") schließt alle Bewohner des Landes unabhängig von ihrer Nationalität ein. Die Angehörigen der Mehrheitsnationalität heißen "Han" und gelten als eine der 56 Nationalitäten des Landes. Anders als in Westeuropa, wo im 18. und 19. Jahrhundert relativ einheitliche Nationen Nationalstaaten bildeten (Übereinstimmung von National- und Nationsprinzip), wurde in China das Territorialprinzip zum Nationsprinzip gemacht. Bereits Sun Yatsen, der Gründer der Republik China, schrieb nach der Unabhängigkeitserklärung des äußeren Teils der Mongolei (die später zur Gründung der Mongolischen Volksrepublik führte), auch die Mongolen seien und blieben Chinesen, auch wenn sie dies eine Zeitlang vergessen hätten.

Der Dalai Lama

Der Titel "Dalai Lama" (Mongolisch: ozeangleicher Lehrer) wurde im 15. Jahrhundert vom mongolischen Kaiserhof dem Oberhaupt der mächtigen und promongolischen "Gelbmützenbewegung" innerhalb des tibetischen Buddhismus verliehen. Der Dalai Lama gilt nicht nur als Reinkarnation des Gründers der Gelbmützen und spirituelles Oberhaupt der Tibeter, sondern auch als Wiedergeburt des Bodhisattva Avalokitesvara, des Bodhisattva (d.h. ein Wesen, das auf dem Weg zur Buddhaschaft ist) des unversellen Mitgeföhls, der zugleich der Schutzpatron Tibets ist.

Der gegenwärtige Dalai Lama, der den offiziellen Namen Jetsun Jamphel Ngawang Lobsang Yeshe Tenzin Gyatso trägt, wurde 1935 im nördlichen Teil Tibets (Amdo) geboren, der zur chinesischen Provinz Qinghai gehört. Nach einem Aufstand in Lhasa floh er 1959 nach Indien. Er residiert heute als Oberhaupt der tibetischen "Exilregierung" in Dharamsala/Indien.

Von daher stehen sich hier zwei unterschiedliche Rechtskonzepte gegenüber. Nach den Normen des heutigen Völkerrechts war die Ausdehnung der chinesischen Macht auf Tibet eindeutig eine Okkupation. Nach chinesischem Rechtsverständnis dagegen handelte es sich um die Wiederherstellung legitimer Rechte, die China lediglich aufgrund zeitweiliger Schwäche und Zerrissenheit nicht hatte ausüben können. Peking hatte demnach nichts anderes getan, als einem lange missachteten Rechtsprinzip wieder Geltung zu verschaffen. Bei dem chinesischen Vorgehen dürfte auch die militärstrategische Lage Tibets ein wichtiger Gesichtspunkt gewesen sein. Tibet verfügt über eine natürliche Grenze nach Süden. Diese strategische Bedeutung darf, vor allem unter den Bedingungen des Kalten Krieges, als nicht gering bewertet werden. Tibet schafft zugleich eine natürliche Grenze und Barriere gegenüber dem Rivalen Indien, mit dem nach wie vor Grenzstreitigkeiten bestehen. Überdies war es als große, menschenleere Region mit großem Rohstoffpotenzial für China interessant.

Die chinesische Tibet-Politik

1951 zwang China der tibetischen Regierung ein "17-Punkte-Abkommen" auf. Darin erklärte sich Peking seinerseits bereit, nichts am politischen System Tibets zu ändern, Religionsfreiheit sowie lokale Sitten und Bräuche zu respektieren, die Kloostergemeinschaften und deren Einnahmen sowie tibetische Sprache und Schrift zu schützen. Das bezog sich allerdings von vornherein nur auf die tibetische Provinz U-Zang, das heutige Autonome Gebiet Tibet, nicht aber auf die beiden anderen Provinzen des Berglandes, Amdo und Kham, die im 18. und 19. Jahrhundert chinesischen Provinzen zugeschlagen worden waren und heute zu den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan gehören.

Die Konflikte zwischen Chinesen und Tibetern spitzten sich zunächst in den tibetischen Siedlungsgebieten zu, für die das Abkommen nicht galt. Dort wurden – wie im übrigen China – die politischen Verhältnisse in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre von Grund auf verändert. Die Freiheiten der Religionsausübung wurden erheblich eingeschränkt, Klöster enteignet bzw. geschlossen, deren Mönche einer "Umerziehung durch körperliche Arbeit" unterworfen. Die sich daraus ergebenden Konflikte, eine zunehmende religiöse Einengung und politische Gängelung sowie das Fehlen jeder rechtlichen Gewähr für die Einhaltung des "17-Punkte-Abkommens" führten zum tibetischen Aufstand von 1959, in dessen Verlauf etwa 87.000 Tibeter ihr Leben verloren und 100.000 weitere mit dem Dalai Lama nach Indien flüchteten.

In der Zeit nach 1959 wurden die traditionellen Strukturen Tibets gewaltsam beseitigt. Dies betraf vor allem die tibetische Elite und den Grundpfeiler der tibetischen Kultur, die Klöster. Mit der Zerstörung eines Großteils der Klöster verschwanden praktisch alle Bildungs-, Kultur- und Religionsinstitutionen Tibets. Das lastet die Parteiführung heute der "Kulturrevolution" und der "Viererbande" an, wobei es zugleich heißt, auch die Han-Chinesen seien damals Opfer gewesen. Zweifellos war die Gesamtbevölkerung Chinas von der damaligen Brutalität betroffen – allerdings mit einem gravierenden Unterschied: Für Chinesen war die Kulturrevolution ein politischer Konflikt, von dem das eigene Volk (die Han) betroffen war; für die Tibeter dagegen handelte es sich um einen nationalen Konflikt, der von Han-Chinesen ausging und sich gegen ein anderes Volk, die Tibeter, richtete.

Als der damalige Generalsekretär der KP China, Hu Yaobang, 1980 als erster Parteichef Tibet einen Besuch abstattete, war er erschüttert. Er fand eine bettelarme Region vor, deren Führung mit falschen Erfolgsmeldungen die Parteiführung in Peking jahrzehntelang hinters Licht geführt hatte. Daraufhin veranlasste Hu einen "Tibet-Beschluss", der weitreichende ökonomische Freiheiten und Sondermaßnahmen vorsah. Von nun an wurde nicht mehr wahllos alles Tibetische unterdrückt, vielmehr schlug sich die Reformpolitik in größeren wirtschaftlichen Freiheiten sowie kultureller und religiöser Liberalisierung nieder. Viele Tibeter hofften damals auf größere Selbstverwaltungsrechte. Aber letztlich änderte sich trotz größerer ökonomischer Freiheiten nur wenig an der politischen Rigidität.

Letztlich hat die Liberalisierung das Entstehen eines ethnischen Eigenbewusstseins unter den Tibetern begünstigt. Doch schon in den 1980er-Jahren kam es zu wachsenden Spannungen zwischen den Klöstern und der Partei, da die Einkommenszuwächse in Tibet weniger den Konsum stimulierten, sondern überwiegend in Wiederaufbau und Entwicklung der Klöster investiert wurden. Als Ende der 1980er-Jahre konservative Kräfte in der Partei dieser Entwicklung gegenzusteuern versuchten und begannen, die Zahl der Mönche und die Einnahmen der Klöster unter Kontrolle zu nehmen, kam es 1989 zu massiven Protesten, wobei die Parteiführung am Ende das Kriegsrecht ausrief. Die Tibet-Politik begann, sich neuerlich zu verhärten.

Die Parteiführung zog aus dieser Entwicklung den Schluss, dass Tibet durch Ausbau des Straßennetzes und den Bau einer Eisenbahn stärker an den Rest von China angebunden werden müsse und investierte Milliarden in ein entsprechendes Programm. Letztlich verstärkte sich die Abhängigkeit Tibets von Peking, da Tibet finanziell in jeder Hinsicht nahezu vollkommen auf Zuweisungen der Zentralregierung angewiesen ist.

Von Ethnizität zu Nationalismus

Wenn sich der innerchinesische Nationalitätenkonflikt – abgesehen von Xinjiang – heute in Tibet am schärfsten äußert, so liegt dies daran, dass hier ein Volk mit hohem ethnischen Eigenbewusstsein in einem relativ geschlossenen Siedlungsgebiet lebt und sich kulturell wie historisch als eigenständige Nationalität versteht. Das ethnische Wir-Gefühl (Ethnizität) wurde durch die während der Kulturrevolution versuchte Zwangsassimilierung nicht beseitigt. Doch erst die Politik der Liberalisierung und Außenöffnung ermöglichte es, dass es sich äußern konnte, sich dann angesichts des Ausbleibens der erhofften Veränderungen politisierte und schließlich in ethnischen Nationalismus umschlug.

Die bei den Tibetern über Jahrhunderte hinweg entstandene Einheit von nationaler und religiöser Identität, die den Buddhismus nicht nur Religion, sondern auch Kultur, Zivilisation und Substanz allen Lebens sein lässt, hat seit jeher dazu geführt, dass – anders als in Korea, Japan und Vietnam – der chinesische Einfluss in Tibet eng begrenzt blieb. Die seit den 1980er-Jahren zu beobachtende Renaissance des tibetischen Buddhismus ist daher als Ausdruck eines zunehmenden ethnischen Eigen- und Selbstbewusstseins zu werten. Dabei führt die Religion nicht nur zur Rückbesinnung auf die eigene Kultur und kulturelle Identität, sondern dient auch der Verarbeitung des sozialen Wandels.

Die enge Verflechtung von Religion und Nation zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Mönche und Nonnen führende Kräfte in der nationalen Bewegung sind. Das liegt zum einen in der traditionell führenden politischen Rolle der Klöster begründet. Zum anderen sind die Mönche und Nonnen aufgrund ihrer geistigen Ungebundenheit und Unbestechlichkeit die natürlichen Bewahrer der tibetischen Kultur. Drittens muss, wer ins Kloster gehen will, zahlreiche bürokratische Hürden überwinden; er führt nicht mehr – so wie früher – ein Leben in sozial gesicherter Umgebung und fasst darum seinen Entschluss in Kenntnis großer bevorstehender Ungewissheit um der tibetischen Kultur und Nation willen.

Aufgrund des Zölibats können sich die Mönche und Nonnen viertens bedingungsloser für die tibetische Unabhängigkeit einsetzen und größere Opferbereitschaft an den Tag legen. Die Klöster bieten fünftens geistigen Freiraum, der unter anderem durch das liberale und humanitäre Gedankengut der buddhistischen Lehre bedingt ist. Schließlich hat das Mönchsgelübde den Einsatz für die Gemeinschaft – und das bedeutet Einsatz für die Belange Tibets – zum Inhalt. Wer dieses Gelübde treu erfüllt und vielleicht sogar sein Leben dafür opfert, dem ist der Lohn, die Wiedergeburt als menschliches Wesen im nächsten Leben, gewiss. Dies wiederum erscheint wichtig für das Erreichen des geistlichen Endziels, des Nirwana. Daher verschmelzen für den Tibeter im Mönchsein religiöse und nationale Ziele.

Die inneren und äußeren Bedingungen für den tibetischen Nationalismus haben sich in den 1990er-Jahren verändert. Aus der jüngeren Generation inner- und außerhalb der Klöster wurde zu organisierten Formen des Widerstands übergegangen. Diese Generation ist unter chinesischer Herrschaft aufgewachsen, kennt das traditionelle Tibet nicht mehr und orientiert sich nicht unbedingt an Werten

wie friedlichem Widerstand. Zugleich haben die Öffnung Chinas, die Reformpolitik und die dadurch ermöglichte soziale Mobilität zu einem Nachlassen der Regierungskontrolle über die Regionen geführt. Der Zerfall der Parteistrukturen, vor allem in den ländlichen Regionen, lässt einen Teil der tibetischen Funktionäre nicht mehr so sehr die Interessen des chinesischen Staates als vielmehr diejenigen der Tibeter vertreten. Zudem hat sich im Ausland die Aufmerksamkeit für Tibet verstärkt. Auch unter einem kleinen Teil der chinesischen Intellektuellen scheint das Verständnis für eine größere Autonomie Tibets gewachsen zu sein.

Mögliche Perspektiven

Historisch gesehen, war ein Konflikt zwischen Han-Chinesen und Tibetern nicht notwendig programmiert. Auch wenn die Tibeter 1950 nicht Teil Chinas werden wollten: Eine Autonomie, aufgrund deren eine freie innere Entwicklung möglich gewesen wäre, hätte sie mit einer chinesischen Oberhoheit durchaus versöhnen können. Die chinesische Politik hat vornehmlich durch die Radikalpolitik der Mao-Ära nicht nur das Vertrauen der Tibeter, sondern auch Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt Tibets nachhaltig beeinträchtigt.

Eine Loslösung Tibets ist kaum vorstellbar. Sie wäre auch nur bei einem extremen Umbruch in der Volksrepublik China und mit äußerer Unterstützung denkbar. Zudem wäre eine solche Entwicklung ein Gesichtsverlust für jede chinesische Führung. Diese müsste zudem befürchten, dass dadurch weitere Sezessionsbestrebungen ermutigt werden würden. Die Tibet-Frage könnte nicht als gelöst gelten, wenn China lediglich so wie ab 1912 aufgrund innerer Schwäche die Kontrolle über Tibet verlieren würde. Nach erneutem politischem Erstarken würde Peking dann ein weiteres Mal versuchen, Tibet gewaltsam wiedereinzugliedern. Obwohl nach einem grundlegenden innenpolitischen Wandel Chinas eine Unabhängigkeit Tibets nicht völlig auszuschließen ist, erschienen die in den 1980er-Jahren vorgetragenen Forderungen des Dalai Lama realistisch zu sein: Umwandlung Tibets in eine Friedenszone, sofortiger Stopp der chinesischen Migration nach Tibet, Respektierung der grundlegenden Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten der Tibeter, Wiederherstellung und Schutz von Natur und Umwelt, schließlich ernsthafte Verhandlungen über den künftigen Status Tibets. Ausgehend von der gegenwärtig bestehenden Lage, wäre gemäß den Vorstellungen des Dalai Lama eine Entwicklung zu einem mit China assoziierten Staat denkbar, der sich, abgesehen von der Außen- und Militärpolitik, selbst verwalten würde, so wie es bis 1911 der Fall war.

Die Aussichten, dass die Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und Vertretern des Dalai Lama künftig erfolgreicher verlaufen, sind derzeit gleich Null. Zwar sind die Verhandlungen, die bereits über Jahre hinweg geführt wurden, noch vor den Olympischen Spielen wieder aufgenommen worden, aber sie standen – nach den Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 – unter einem ungünstigen Stern. Zudem ging die tibetische Seite von falschen Vorstellungen aus, denn sie glaubte, die Voraussetzungen seien infolge internationalen Drucks besser als zuvor. China befindet sich jedoch in einer Position der Stärke und hat insoweit die Unterstützung der Staatengemeinschaft, als diese einhellig Tibet als Teil Chinas begreift. Die Kritik einzelner Länder bezieht sich lediglich auf die Einhaltung der Menschenrechte.

Sollte es unter veränderten Bedingungen zu Verhandlungen kommen, dann läge das erste Problem in der Frage, welche Grenzen Tibet hat. Während sich die tibetische Exilregierung auf Großtibet bezieht, umfasst Tibet für Peking nur die heutige "Autonome Region". Die Vertreter einer tibetischen Unabhängigkeit zielen sogar letztlich auf einen Nationalstaat ab, der historische, ethnische und geografische Grenzen zur Deckung bringen soll. Dieses Großtibet würde mehr als ein Fünftel des gegenwärtigen chinesischen Territoriums umfassen, mit Sonderrechten für Tibeter (0,5 Prozent der Bevölkerung Chinas) ausgestattet, nicht jedoch für die dort lebenden Han-Chinesen. Auf diesem Territorium, von dem über die Hälfte seit 100 bis 200 Jahren nicht mehr den tibetischen Behörden untersteht, übertreffen zudem die Chinesen mit ihren über sieben Millionen Einwohnern die Zahl der Tibeter erheblich.

Es war letztlich problematisch, dass die tibetische Seite an dieser Forderung der Zusammenführung zu einem Großtibet festhielt. Doch auch die Forderung nach "demokratischer Selbstverwaltung" ist in einem autoritären Staatsgebilde kaum zu realisieren. Zudem ist der chinesischen Regierung suspekt, dass der Dalai Lama zwar Autonomie innerhalb des chinesischen Staatsverbandes fordert, die tibetische Exilverfassung allerdings ein "freies Tibet" anstrebt, ein Begriff, der bisher nicht klar definiert wurde. Überdies wäre es ungerecht, ja unklug, den Tibetern allein ein großes Maß an Selbstverwaltungsrechten einzuräumen, nicht jedoch den anderen ethnischen Minoritäten auf dem Territorium Chinas. Dies würde zweifellos zu erheblicher Unzufriedenheit bei den anderen Völkern führen. Von daher reicht die Autonomiefrage weit über die Tibetfrage hinaus. Ein neues Konzept hat die Delegation des Dalai Lama nicht vorgelegt. Entsprechend waren auch keine Verhandlungsfortschritte zu erwarten. Die den Dalai Lama unterstützenden Politiker im Westen haben – meist aus innenpolitischen Gründen – viel Wert auf Publizität beim Empfang des Dalai Lama gelegt, nicht aber auf die Konzipierung einer sachdienlichen Verhandlungsgrundlage.

Zwar hat der Dalai Lama in einem Interview mit dem deutschen Journalisten Franz Alt im Mai 2008 erklärt, dass Tibet völkerrechtlich Teil Chinas sei und die chinesischen Streitkräfte auch künftig in Tibet stationiert sein sollten, auf der Homepage der tibetischen Exilregierung ist aber nach wie vor die Rede davon, dass Tibet Unabhängigkeit anstrebe.

Auch die chinesische Führung blendet bei der Analyse der Lage in Tibet innere Kernursachen aus. Bei den Protesten im Frühjahr 2008 z.B., die in China als "von der Dalai-Lama-Clique" initiiert bezeichnet worden waren, wurden die Schuldigen im Ausland gesucht und erklärt, die übergroße Mehrheit der Tibeter sei mit den Verhältnissen zufrieden. Sie hat zweifellos Recht, dass die Proteste vor dem Hintergrund der Olympischen Spiele organisiert worden sind und nicht spontan waren. Und sie waren auch nicht friedlich. Sie haben nicht nur Tibeter das Leben gekostet, sondern auch Han-Chinesen und Angehörige der muslimischen Hui-Minderheit. Doch Zuwanderungen in die Minderheitengebiete, kontinuierliche Eingriffe ins religiöse Leben, steigende Arbeitslosigkeit, die oftmals schlechtere Bezahlung von Angehörigen ethnischer Minderheiten, schlechtere Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und vor allem das geringe Maß an tatsächlicher Autonomie verstärken die Unzufriedenheit in Tibet und anderen Minderheitengebieten Chinas.

Die soziale Unzufriedenheit tibetischer Jugendlicher mag ein Grund dafür gewesen sein, weshalb sich zunächst friedliche Proteste von Mönchen durch Beteiligung von Jugendlichen zu Gewaltakten verdichteten. Erstaunlich war, dass sich, im Gegensatz zu den Protesten der 1980er- und 1990er-Jahre, im Jahr 2008 Angehörige aller Schichten und aus allen tibetischen Siedlungsgebieten in China daran beteiligten.

Die Vernachlässigung der kulturellen und sozio-ökonomischen Komponenten in der chinesischen Minoritätenpolitik bewirken, dass die Konflikte nicht wirklich aufgelöst werden können. Das Unverständnis von den realen Ursachen schlägt sich nicht zuletzt auch in einer Politik nieder, die weniger auf Konfliktminderung, sondern eher auf Indoktrinierung setzt. Dies zeigen nicht nur die kontinuierlichen "patriotischen Erziehungskampagnen". So hat Anfang 2009 der Ständige Ausschuss des Volkskongresses von Tibet auch beschlossen, den 28. März zum jährlich zu begehenden "Tag der Befreiung von Millionen von [tibetischen] Leibeigenen" auszurufen, zum einen, weil die "Dalai-Lama-Clique" die früheren Verhältnisse wiederherstellen wolle, andererseits, weil die tibetische Jugend nichts über die frühere Zeit wisse. Letztlich dürfte dies von den Tibetern jedoch eher als Schmach denn als Freudentag begriffen werden.

China fühlt sich in der Position der Stärke und lehnt daher eine weitergehende Autonomie grundsätzlich ab. Eine Unabhängigkeit wäre ohnehin nicht vorstellbar, solange die politische Lage in China relativ stabil bleibt. Zu groß ist die quantitative und militärische Überlegenheit der Chinesen. Ohne eine grundlegende Demokratisierung Chinas dürfte es auch keine Änderung in der Nationalitätenpolitik Pekings geben. Wie vor allem chinesische Intellektuelle im Ausland glauben, könnte es, nach Installation eines demokratischeren Systems, durchaus eine Chance geben, einen föderativen Staat

zu schaffen.

Eine föderalistische Regelung böte sich nicht nur für Tibet oder Taiwan an, sondern auch für zahlreiche andere Regionen, in denen Nicht-Han-Völker leben. Sie würde nicht nur den ethnischen Gegebenheiten entsprechen. Auch den räumlichen Bedingungen könnte auf diese Weise Rechnung getragen werden. Die Zentralregierung tut sich auf Grund der Größe und Vielfalt des Landes seit jeher schwer, flexibel und sachadäquat zu handeln. Doch wenn sich die Haltung der Chinesen gegenüber den Nicht-Han-Völkern nicht ändert, wird auch ein föderalistisches System die Probleme nicht lösen. Ein dauerhaftes, stabiles föderalistisches System lässt sich nur auf Grund des Konsenses zwischen allen beteiligten Völkern schaffen.

Auch die internationale Staatengemeinschaft wird von dem Prinzip nicht abgehen, dass Tibet ein Teil Chinas ist. Auch weiterhin werden die westlichen Länder nur an den Verletzungen der Menschenrechte in Tibet Kritik üben. Dafür gibt es zahlreiche Gründe – und zwar nicht nur das Interesse am China-Handel, wie Nichtregierungsorganisationen oft meinen. Für die Staatengemeinschaft ist der territoriale Status quo generell ein schützenswertes Prinzip. Wenn die westlichen Staaten, für die Tibet bislang ein Teil Chinas war, plötzlich für die tibetische Unabhängigkeit votierten, wäre dies ein außenpolitischer Affront gegen China, der auch zu innenpolitischer Verhärtung führen würde. Zugleich würde sich dadurch nichts bewegen. Die Verhärtung würde im Gegenteil den Spielraum der oppositionellen Kräfte in China und in Tibet weiter einengen. Auch würde der gegenwärtige Umgestaltungsprozess in China, der nicht nur ökonomische, sondern auch politische Implikationen hat, geschwächt werden.

Erst ein Systemwandel in China jedoch kann neue Perspektiven in der Tibet-Politik eröffnen. Erst danach kommt auch das außenwirtschaftliche Interesse am "chinesischen Markt" ins Spiel, im Vergleich zu dem Tibet einen weit geringeren ökonomischen "Wert" für die westlichen Industriestaaten besitzt. Solange sich die gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht ändern, kann der Schwerpunkt westlichen Engagements für Tibet nur darauf liegen, dass die Menschenrechtsfrage gestellt, ein Dialog Pekings mit dem Dalai Lama angeregt und im Interesse der tibetischen Bevölkerung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Tibet Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet werden.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Taiwan

Auf dem Weg zur pluralistischen und multikulturellen Demokratie

Von Dr. Jens Damm

1.10.2009

Jens Damm, ist zurzeit als wissenschaftlicher Assistent am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin beurlaubt und nimmt eine Assistenzprofessur am Graduiertenkolleg für Taiwanstudien der Chang Jung University in Taiwan wahr. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Sozialgeschichte Taiwans (Gender, Ethnie, Identität). Weiterhin befasst er sich mit Fragen der kulturellen Einflüsse Neuer Medien in "Greater China" und Fragen der chinesischen und taiwanesischen Diaspora.

Taiwan durchläuft derzeit massive Veränderungen – auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. Wohin dieser Transformationsprozess führt, lässt sich abschließend noch nicht sagen. Vieles wird auch davon abhängen, wie sich das Verhältnis zur Volksrepublik China entwickelt.

Die Republik China auf Taiwan und die Volksrepublik China

Nachdem sich Chiang Kai-shek mit seinem autoritären Regime 1949 nach Taiwan gerettet hatte, präsentierte sich Taipeh als das Freie China. Die Insel war erst 1945 von den Japanern – völkerrechtlich bis heute umstritten – an die Republik China abgegeben worden. Für die Volksrepublik (VR) China stellte Taiwan seitdem eine abtrünnige Provinz dar, da es nur ein legitimes China gebe: die Volksrepublik. In Taiwan selbst ist die Situation komplexer: Bis Ende der 1980er-Jahre sah die Guomindang-Regierung (GMD) in Taipeh im Festland China ebenfalls ein illegitim besetztes Gebiet, welches von den Kommunisten beherrscht wurde. In den vergangenen Jahren setzte sich aber die Ansicht durch, dass die Macht der Republik China auf die Inseln Taiwan, Mazu, Jinmen und Penghu begrenzt sei, während das Festland China entweder einem anderen Staat, nämlich der VR China, unterstehe – so die Sicht des grünen Lagers (taiwan-nationalistisch), welches die Unabhängigkeit Taiwans befürwortet –, oder aber – so die Sicht der heutigen GMD, des blauen Lagers (chinafreundlich) –, dass es einen Konsens mit der Volksrepublik von 1992 über "ein China, verschiedene Interpretationen" gebe – eine Sichtweise, die quasi den ungeklärten Status-quo fortschreibt.

Die Endzeit einer autoritären Herrschaft und erste Taiwanisierung (1979 bis 1987)

In Zeiten des Kalten Krieges hielten die USA zwar Taipeh von selbstmörderischen Plänen ab, das Festland zurückzuerobern, aber erst das unfreiwillige Abtreten des Sitzes in den Vereinten Nationen im Jahr 1971 und diplomatische Annäherungen zwischen Peking und den USA lösten die erste große innenpolitische Legitimitätskrise für die GMD aus. Innenpolitisch hatte man bis dahin mit einem korporativen und autoritären Modell regiert, nahm Bezug auf konfuzianische Morallehren und unterdrückte jede gesellschaftliche und politische Opposition.

Zeitungen und Zeitschriften waren einer strengen Zensur unterworfen, alle gesellschaftlichen Organisationen, vom Frauenverband zu den Gewerkschaften, unterstanden der GMD, Abweichungen von der gesellschaftlichen Norm – bis hin zu Kleidung und Haarfrisur der Schüler/innen – waren staatlich geregelt. Eine Sinisierung der Insel sollte den japanischen Hybridcharakter beseitigen, und ein allgemeines Misstrauen gegenüber den Taiwanesen, denen man eine starke Affinität zu Japan nachsagte, beherrschte das gesellschaftliche Klima. Die Nachwirkungen des 228er-Vorfalles aus dem

Jahr 1947, als die taiwanesischen Elite zu Tausenden durch Soldaten der GMD massakriert worden waren, wirkten fort.

Chiang Kai-sheks Sohn, Chiang Ching-kuo, der seit 1978 die Präsidentschaft innehatte, leitete dann eine erste behutsame "Taiwanisierung" ein: Infrastrukturprojekte sollten Taiwans Wirtschaft voranbringen, taiwanische Fachkräfte, u.a. der spätere Präsident Lee Teng-hui, wurden in die Regierung aufgenommen. Nachwahlen erlaubten es taiwanischen Oppositionellen, in politische Gremien gewählt zu werden. Zu jener Zeit entstand in Taiwan eine Oppositionsbewegung, die, unter dem Namen "dangwai", außerhalb der Partei agierte und ihren begrenzten Spielraum geschickt zu wissen nutzte. So traten dort Kandidaten an, wo immer es ihnen möglich war, sie gründeten oppositionelle Zeitschriften, die oftmals nach wenigen Ausgaben verboten wurden, nur um dann sofort wieder unter einem neuen Namen zu erscheinen ("Taiwan Political Review", "Meilidao" als Beispiele). Doch noch einmal sollte das autoritäre Regime seine Muskeln spielen lassen: Im Dezember 1979, am Tag der Menschenrechte, kam es zu massiven Protesten in Kaohsiung, wobei Angriffe auf Polizisten – wohl durch Untergrundagenten der GMD ausgelöst – zu einer erneuten Verhaftungswelle führten. Die spätere Vizepräsidentin Annette Lu wie eine Reihe anderer zukünftiger Oppositionspolitiker wurden noch einmal zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Doch anders als in den 1960er-Jahren erwies sich dies als ein Pyrrhussieg für die GMD. Die in den USA und Japan erstarkte taiwanische Unabhängigkeitsbewegung übte nun über politische Verbündete massiven Druck aus, Familie und Freunde der Verhafteten sprangen in die Bresche und kandidierten für lokale Parlamente. Der schwer erkrankte Präsident Chiang Ching-kuo traf anschließend im September 1986 bei der Gründungsversammlung der Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) die Entscheidung, diese Partei zu tolerieren. Im darauf folgenden Jahr wurde das Kriegsrecht aufgehoben.

Die Transformationsperiode: Demokratisierung und soziale Bewegungen (1986 bis 2000)

In nur wenigen Jahren wurde nun die Pressezensur fast gänzlich aufgehoben, die Gründung neuer Zeitungen und Zeitschriften liberalisiert. Taiwanesen konnten legal in die VR China reisen, was insbesondere von alten GMD-Soldaten wahrgenommen wurde, die nach mehr als 40 Jahren das erste Mal ihre Familien besuchen durften. Wenn auch einige wenige Regelungen wie die direkte Unterstützung des Kommunismus oder die taiwanische Unabhängigkeit formal verboten blieben, wandelte sich Taiwan innerhalb weniger Jahre zu einer pluralistischen Mittelklasse-Gesellschaft. Eine Vielzahl sozialer Bewegungen entstand, die nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche Reformen durchsetzten: Verbraucher wandten sich gegen überhöhte Preise und verunreinigte Nahrungsmittel, Korruption und Wohnungsmangel wurden angeprangert, Frauen kämpften für ihre Rechte. Auch Umweltschutz wurde zu einem Thema, nachdem viele Jahre nur die Wirtschaft im Vordergrund gestanden hatte. Die neue Mittelklasse wollte mitentscheiden und misstraute den "alten Herren" der GMD – geradezu ein klassisches Modell der Transformationstheorie.

Die kleine Gruppe der Festlandchinesen, die sich in Politik, Verwaltung und Wissenschaft breit gemacht hatte, fürchtete um ihre Pfründe. Auf der politischen Ebene wurde der gebürtige Lee Teng-hui 1988 nach dem Tod von Chiang Ching-kuo zum Präsidenten ernannt. Im Jahr 1996 wurde er zum ersten Mal direkt vom Volk in Taiwan als Präsident bestätigt. Zuvor setzte Lee Teng-hui aber noch durch, dass die alte Nationalversammlung ihren Einfluss verlor: Nicht mehr die seit den 1940er-Jahren gesetzten Abgeordneten der Nationalversammlung bestimmten nun die Politik Taiwans, sondern der Legislativ-Yuan, welcher von der Bevölkerung Taiwans seit 1992 frei gewählt wurde.

Die demokratische Zeit: Konsolidierung und neue Missstände (2000 bis heute)

Eine Vielzahl von Gründen führte dann im Jahr 2000 zur Wahl des DFP-Kandidaten Chen Shui-bian, einem aus einfachen Verhältnissen stammenden Rechtsanwalt, zum Präsidenten. Zum einen war die DFP zu einer starken politischen Kraft geworden, die auch von der neuen Mittelklasse und insbesondere den sozialen Bewegungen unterstützt wurde. Chen Shui-bian hatte zuvor mit seiner erfolgreichen Politik als Bürgermeister von Taipeh (1994 bis 1998), u.a. im Bereich der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, des Bürokratieabbaus, der Vereinfachung der Verwaltung, der Schaffung von öffentlichen Grünanlagen gezeigt, dass er ein pragmatischer Reformist ist. Zum anderen spielte aber auch die Unfähigkeit des blauen Lagers eine Rolle, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Durch das taiwanesisches Wahlsystem, welches nur eine einfache Mehrheit erfordert, gelang es dann dem Kandidaten Chen Shui-bian, zum Präsidenten einer neuen Ära zu werden. Das blaue Lager selbst blieb zunächst gespalten, und James Soong, der gegen den Kandidaten der GMD Lien Chan angetreten war, gründete im Jahr 2000 unter dem Namen "People First" sogar eine eigene Partei. Die Radikal-Opposition des blauen Lagers und eine Blockadehaltung von Seiten der VR China führten dazu, dass sich Chen Shui-bian nun dem radikaleren Flügel seiner Wähler und seiner Partei zuwandte und eine Politik der Taiwanisierung einleitete.

Statt der offiziellen Unabhängigkeitserklärung eines neuen Staates vertrat man aber die Ansicht, dass es ja bereits de facto zwei unabhängige Staaten auf beiden Seiten der Taiwanstraße gebe und folgte einer Linie, die der ehemalige Präsident Lee Teng-hui in einem Interview mit der Deutschen Welle (1999) bereits vorgegeben hatte. Eine einleuchtende Erklärung, die jedoch Pekings Politiker und die chinesischen Medien dazu brachten, Annette Lu, Vizepräsidentin und Frauenrechtlerin, als "Abschaum der (chinesischen) Nation" zu bezeichnen. Die neue Politik führte jedoch auch zu Spannungen mit den USA, die ihre Chinapolitik und die Stabilität in Ostasien gefährdet sahen. Nach vier Jahren der Regierung Chen Shui-bians hatte sich das blaue Lager wieder zusammengefunden, und mit Lien Chan als Präsidentschaftskandidat und James Soong als sein Vize schien die Wahl von 2004 schon gelaufen zu sein. Umfragen kurz vor der Wahl jedoch deuteten weiterhin auf ein Kopf-an-Kopf Rennen hin. Nach einem mysteriösen Attentat auf Chen Shui-bian und Annette Lu in Tainan noch am Wahlabend gewann Chen die Abstimmung. Das blaue Lager erwies sich als schlechter Verlierer, es kam zu wochenlangen Protesten. Und dabei hatte Chen nicht wie im Jahr 2000 mit einer relativen, sondern mit einer – wenn auch sehr dünnen – absoluten Mehrheit gewonnen!

Die folgenden vier Jahre von 2004 bis 2008 standen im Zeichen politischer Spannungen: Eine starke Opposition der GMD im Parlament blockierte einen Präsidenten, der die Taiwanisierung der Gesellschaft im Sinne eines Korrektivs der jahrzehntelangen Sinisierung der Gesellschaft durch die GMD vorantrieb. Die wirtschaftliche Lage der Insel blieb hinter derjenigen anderer asiatischer Länder zurück. Das größte Problem Chens waren jedoch Vorwürfe einer ausgeprägten Korruption innerhalb der Präsidentenfamilie, und nur durch die Immunität des Präsidenten konnte eine Anklage verhindert werden. Offensichtlich hatten sich zumindest Familienmitglieder von Chen Shui-bian aus verschiedenen Wahlkampffonds und spezifischen Mitteln bereichert. Die GMD-nahen Medien berichteten ausführlich darüber, ehemalige Verbündete von Chen wie Shi Ming-teh organisierten Massenproteste. Erschwerend kam hinzu, dass Chen Shui-bian als "Saubermann" galt und mit diesem Image einen beträchtlichen Anteil seiner Wähler gewonnen hatte. Profitieren konnte der GMD-Kandidat, Ma Ying-jeou, der 2008 mit einer überwältigenden Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, während Frank Hsieh, Kandidat der DFP, es nicht schaffte, sich von den Vorwürfen gegen Chen Shui-bian zu emanzipieren.

Wesentliche Errungenschaften und Veränderungen der Ära von Chen Shui-bian blieben erhalten: Unterricht in südtaiwanesischen Schulen wird nun auf Taiwanesisch (Hoklo) statt auf Mandarin gehalten. Die ethnischen und lange Zeit diskriminierten Gruppierungen wie Hakka, Hoklo und die Ureinwohner profitierten von einer multikulturellen Politik, die unter Chen ihren Höhepunkt fand. Die Millionenmetropole Kaohsiung entwickelte sich zu einer modernen und sauberen Großstadt, nachdem die einseitige Bevorzugung Taipehs durch die Zentralregierung ein Ende gefunden hatte.

Infrastrukturprojekte wie der Bau eines Hochgeschwindigkeitszugs von Taipeh nach Kaohsiung und die Fertigstellung von U-Bahnen in beiden Städten wurden eifrig fortgesetzt. Der neue Stil der lokalen Verwaltung, wie er einst von Chen eingeführt worden war, wurde von seinen Nachfolgern aus den Reihen der GMD beibehalten.

Größte Veränderungen im Jahr 2008 nach der Wahl von Ma Ying-jeou zum Präsidenten ergaben sich im Verhältnis zur Volksrepublik China: Die Annäherung zwischen Peking und Taipei stand im Vordergrund, einschließlich wirtschaftlicher Integration, direkter Flugverbindungen und der Öffnung Taiwans für chinesische Touristen. Das Tempo der Einwicklung stellte die DFP vor die Frage, wie man damit umgehen soll – weiterhin an einer Unabhängigkeitspolitik festhalten oder, wie es die Bürgermeisterin von Kaohsiung, Chen Ju, im Fall der Paralympics in ihrer Stadt tat, offensiv und selbstbewusst gegenüber den Chinesen auftreten, um zu zeigen, dass auch bei einer Annäherung nicht alle Souveränitätsansprüche Taipehs aufgegeben werden müssten.

Das Jahr 2009 brachte dann aber gewaltige Rückschläge für beide große Parteien: Zunächst traf es Ma Ying-jeou, dessen Krisenmanagement beim Morakot-Taifun rasch mit demjenigen von US-Präsident George W. Bush im Fall des Hurrikans Katrina verglichen wurde: langsame Reaktionen der Zentralregierung, Missachtung der lokalen Bevölkerung und eine arrogante Haltung gegenüber den Ureinwohnern (bzw. der schwarzen Bevölkerung in den USA im Katrina-Fall). Die Zustimmungswerte für Ma sanken rapide. In gewisser Weise profitierte die DFP davon, sie musste sich aber mit der Verurteilung ihres ehemaligen Präsidenten wegen Veruntreuung zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe auseinandersetzen. Auch wenn eine Berufungsverhandlung noch ansteht, scheint eine Schuld, zumindest innerhalb der Präsidentenfamilie, gegeben. Die umstrittene Auswechslung von Richtern und die Betonung von Moral statt krimineller Verfehlung im Urteil geben aber Sorge, dass Taiwans Justiz noch weit von einer Unabhängigkeit entfernt ist, ein Umstand, den Jerome Cohen, Harvard-Professor und ehemaliger Berater und Betreuer von Ma Ying-jeou, nicht müde wird zu betonen. In Taiwan selbst ist das Urteil umstritten: Eine Mehrheit der Bevölkerung begrüßt, dass nun auch ein ehemaliger Präsident und dessen Familie nicht über dem Gesetz stehen, während eine nicht zu unterschätzende Minderheit von Hexenverfolgung und einer Rückkehr zu alten autoritären Strukturen spricht. Die Anklage und Verurteilung des ehemaligen Präsidenten der DFP wegen Korruption hinterlassen somit einen zwiespältigen Eindruck: Ist es ein Zeichen von Demokratie und Reife, wenn einerseits selbst ehemalige Präsidenten wie Chen Shui-bian sich vor Gericht verantworten müssen? Oder aber muss die Unabhängigkeit der Justiz bezweifelt werden, zumal die zweifellos schwerwiegenderen Verbrechen der Zeit des "weißen Terrors", die mehr als Zehntausenden das Leben kosteten, niemals auch nur in Ansätzen zu einer Verurteilung der Täter führten?

Es bleibt zu hoffen, dass ein Weg aus diesem Dilemma gefunden wird und Taiwans Demokratie sich weiterhin so lebendig wie die Gesellschaft entwickelt, und dass auch die Volksrepublik China Taiwan einen genügend großen Spielraum für dieses Experiment lässt – ungeachtet der Frage der völkerrechtlichen Situation der Insel.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Hongkong und Macau

Ein historischer Überblick

Von Markus Rimmele

1.10.2009

Markus Rimmele, geb. 1973, lebt als freier Journalist in Hongkong. Berichtet für Hörfunk und Printmedien aus China und Asien. Bis 2007 Reporter beim Deutschlandradio. Studium der Geschichte in Heidelberg, London und Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Chinas gesellschaftlicher Wandel, Chinas Außenpolitik, Hongkong. Zuletzt: Hongkongs Hafen in der Krise (NDR Hörfunk), Taiwans Identität (BR Hörfunk).

Hongkong und Macau entstanden einst als europäische Kolonien an Chinas Südküste. Portugiesen und Briten schufen sich hier wichtige Handels- und Marinestützpunkte. Ende der 1990er-Jahre fielen beide Territorien an China zurück, behielten aber einen Sonderstatus. Heute suchen sie noch ihre neue Rolle innerhalb der aufstrebenden Volksrepublik.

Wer heute nach Hongkong und Macau reist, findet zwei sehr ungleiche Städte vor. In der internationalen Finanzmetropole Hongkong leben rund sieben Millionen Menschen. Die Stadt ist ein kosmopolitischer Börsen- und Handelsplatz, verfügt über einen der größten Containerhäfen der Welt und beherbergt eine vielfältige Medien- und Unterhaltungsindustrie. Im beschaulichen Macau hingegen leben nur gut 500.000 Menschen. Die wichtigsten Wirtschaftszweige dort sind der Tourismus und das Glücksspiel. Hongkong ist heute die weitaus größere und bedeutendere Stadt. Allerdings kann Macau auf eine sehr viel längere Geschichte zurückblicken.

Anfang des 16. Jahrhunderts landen die Portugiesen erstmals an der südchinesischen Küste auf der Suche nach einem geeigneten Ort für einen Handelsstützpunkt. Einige Zeit vergeht, bis sie schließlich im Jahr 1557 Macau gründen. Die Stadt wird schnell zu einer bedeutenden Drehscheibe im portugiesischen Kolonialreich, einer Station auf dem Weg von Lissabon über Indien zur Niederlassung im japanischen Nagasaki. Zahlreiche Gebäude in Macau zeugen noch heute von dieser kolonialen Blütezeit, allen voran die Ruine der Pauluskirche. Sie ist das Wahrzeichen der Stadt.

Erster Opiumkrieg

Auch die Engländer betreiben ihren Chinahandel lange Zeit über Macau und das nahe gelegene chinesische Kanton (Guangzhou). Anfang des 19. Jahrhunderts jedoch nehmen ihre Interessen in Asien rapide zu, das britische Auftreten wird aggressiver. Um ihr Handelsdefizit mit China auszugleichen, schleusen sie illegal große Mengen Opium auf den chinesischen Markt. Als das Kaiserreich gegen die Einfuhr der Droge vorgeht, schickt die britische Regierung 1839 Kriegsschiffe. Der "Erste Opiumkrieg" endet 1842 mit dem Sieg der Engländer und dem Vertrag von Nanking. Darin wird China zu zahlreichen Zugeständnissen gezwungen. Unter anderem muss es die nur spärlich besiedelte Insel Hongkong ("Duftender Hafen") an der Mündung des Perlfusses an die Briten abtreten. Großbritannien hat nun seinen eigenen Stützpunkt in Südchina.

Unter britischer Herrschaft entwickelt sich Hongkong schnell zu einem bedeutenden Handelshafen. Es steht aber immer ein wenig im Schatten von Schanghai, das sich zum Haupthandelsstützpunkt der Kolonialmächte in China mausert. Das portugiesische Macau, auf der westlichen Seite der Perlfussmündung gelegen, verliert gegenüber beiden Städten rasch an Bedeutung.

Von Anfang an fehlt es im gebirgigen Hongkong an nutzbarem Platz. Aus diesem Grund und auch um ihre Kolonie besser abzusichern, pachten die Briten 1898 von China große Gebiete auf dem angrenzenden Festland, die "New Territories". Der Pachtvertrag ist auf 99 Jahre angesetzt und soll 1997 auslaufen – ein folgenschweres Abkommen, wie sich viele Jahre später zeigen wird.

Hongkong wächst in seinen ersten Jahrzehnten stetig. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs leben bereits 1,6 Millionen Menschen in der Kolonie. Diese Zahl halbiert sich allerdings in den Folgejahren. Im Dezember 1941 erobern die Japaner Hongkong und halten es besetzt bis zur Kapitulation vier Jahre später, als die Stadt wieder zurück an Großbritannien fällt. So brutal die japanische Herrschaft und die Kriegszeit auch sind, so gestärkt ist Hongkongs Position in der Nachkriegsordnung. China versinkt im Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalisten. Flüchtlinge strömen in die sichere Kolonie am Südrand des Reiches und geben ihr einen entscheidenden Bevölkerungsschub. Als 1949 unter der Führung von Mao Zedong die Volksrepublik China gegründet wird, setzt ein weiterer Zustrom ein, vor allem aus Hongkongs langjähriger Konkurrenzstadt Schanghai. Die Handelsmetropole an der Jangtse-Mündung verliert im abgeschotteten kommunistischen China schlagartig ihre Stellung. Viele internationale Handelshäuser, Banken und Unternehmen verlagern ihre Geschäfte nach Hongkong. Zahlreiche Schanghaier Exilanten legen den Grundstein für Hongkongs moderne Film-, Musik- und Unterhaltungsindustrie.

Macau: Wirtschaftsfaktor Glücksspiel

Macau, seit 1887 auch von China formal anerkannter portugiesischer Besitz, übersteht den Weltkrieg glimpflich und mit geringeren Opfern als die große britische Nachbarstadt. Allerdings fehlt es der Kolonie nach dem Krieg an Prosperität. Das unter dem autoritären Salazar-Regime verarmte Portugal weiß mit dem kleinen Territorium in Fernost nur wenig anzufangen und vernachlässigt es zunehmend. Macaus wirtschaftliche Abhängigkeit von Hongkong wächst, und das Glücksspiel entwickelt sich rasant. 1966 schwappt sogar die von Mao ausgerufene "Große Proletarische Kulturrevolution" über die Grenze. Vorübergehend übernehmen "Rote Garden", radikalisierte kommunistische Jugendverbände, die Kontrolle in der Stadt. Portugal versucht in den folgenden Jahren aus eigenen Stücken, das zur Belastung gewordene Macau an China zurückzugeben. Doch die Regierung in Peking lehnt die Rücknahme ab. Die Volksrepublik sieht sich nach den chaotischen Jahren der Kulturrevolution dazu noch nicht in der Lage und will ohnehin zuerst die wichtigere Hongkong-Frage lösen.

Die Lage in der britischen Kronkolonie aber stellt sich völlig anders dar. Nach dem Krieg strömen Firmen, Kapital und Talente von China nach Hongkong. Sie treffen dort auf ein Heer billiger Arbeitskräfte, auch sie sind als Immigranten vom Festland gekommen. Ab den 1950er-Jahren expandiert die Wirtschaft wie niemals zuvor. Die Stadt wird zu einem Zentrum der Leicht- und Textilindustrie. Ob Kunstblumen, Knöpfe, Schuhe oder Plastikartikel aller Art – "Made in Hong Kong" wird der Welt ein Begriff, lange bevor sie von "Made in China" auch nur ahnt. Mit der Wirtschaft wächst auch der Wohlstand. Die Lebenserwartung steigt, ebenso das Bildungsniveau der Bevölkerung. Ab den 1970er-Jahren sinkt die einst grassierende Korruption auf einen der niedrigsten Werte weltweit.

Hongkong verfolgt eine sehr liberale Wirtschaftspolitik. Die Kronkolonie ist ein Freihafen mit äußerst niedrigen Steuersätzen. Sie entwickelt sich zum wichtigen Börsen- und Bankenplatz in Asien. 1980 liegt die Einwohnerzahl bereits bei etwa fünf Millionen. Die Stadt steigt in die Reihe der entwickelten Industriegesellschaften auf. Obwohl britisch verwaltet, ist Hongkong während der Nachkriegsjahrzehnte kein demokratisches Gemeinwesen. An der Spitze der Verwaltung steht ein von London eingesetzter Gouverneur, kein gewählter Regierungschef. Die Bewohner Hongkongs sind "britische Untertanen", aber keine britischen Staatsbürger, sie besitzen kein Wohnrecht im Vereinigten Königreich.

Die Hongkong-Frage

Die positive Entwicklung der Kolonie steht allerdings unter einem immer größer werdenden Fragezeichen, rückt doch das Jahr 1997 näher. Zu diesem Datum läuft der Pachtvertrag mit China für die "New Territories" aus. Ohne diese grünen Gebiete im Norden wäre die überfüllte Stadt kaum überlebensfähig und zu versorgen. Ohnehin fordert Peking die Rückgabe der gesamten Kolonie. Anfang der 1980er-Jahre schließlich steht die Hongkong-Frage auf der internationalen politischen Agenda. Die britische Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher hofft zunächst noch, Hongkong durch Verhandlungen mit Peking halten zu können. Doch Chinas politischer Führer Deng Xiaoping tritt mit großer Stärke auf und setzt sich schließlich gegen London durch. 1984 vereinbaren beide Regierungen die Rückgabe Hongkongs für den 1. Juli 1997. Die Stadt soll danach zwar zu China gehören, nach dem Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" aber 50 Jahre lang als Sonderverwaltungsregion politisch und wirtschaftlich große Autonomie genießen. Durch diesen Kompromiss wird die Rückgabe für die britische Seite akzeptabel. Hongkong soll seine kapitalistische Marktwirtschaft behalten dürfen, aber auch liberale Bürgerrechte wie Presse- und Versammlungsfreiheit. In der Kronkolonie machen sich trotzdem Unsicherheit und Zukunftsangst breit. Viele Menschen trauen den chinesischen Zusagen nicht. Vor allem das Massaker auf dem Pekinger Tiananmen-Platz durch die Volksbefreiungsarmee im Jahr 1989 nährt die Auswanderungspläne vieler Hongkonger. Mehrere hunderttausend Menschen ziehen zwischen 1984 und 1997 ins Ausland. Allein 1992 kehren 66.000 Personen der Kronkolonie den Rücken.

Trotz der politischen Ungewissheit erlebt Hongkong in den Achtzigerjahren eine Blütephase. Das Hongkong-Kino und der Canto-Pop haben ihre Hochzeit. Die Wirtschaft boomt und durchläuft gleichzeitig einen radikalen Strukturwandel. Seit der chinesischen Öffnungspolitik ab 1978 verlagern Hongkonger Unternehmen die Fertigung immer häufiger ins festlandchinesische Hinterland. Sie werden zur treibenden Kraft bei der Industrialisierung des Perlfussdeltas, heute eines der größten Industriegebiete der Welt. Aus Hongkong selbst verschwindet die einst so wichtige Industrieproduktion. Doch die alten Arbeitsplätze werden durch neue ersetzt. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Wirtschaftsleistung steigt auf über 80 Prozent.

Chinesisch-portugiesische Erklärung

Nach der Nelkenrevolution im Jahr 1974 demokratisiert sich Portugal und leitet Schritte zur Entkolonialisierung ein. Doch erst nach der Klärung der Hongkong-Frage beginnt Peking ernsthafte Verhandlungen über die Zukunft Macaus. Diese münden schließlich in der "chinesisch-portugiesischen Erklärung" von 1987. Darin wird die Übergabe der Kolonie auf den 20. Dezember 1999 terminiert. Auch hier findet die Formel "ein Land, zwei Systeme" Anwendung. Wie Hongkong soll auch Macau außer in der Verteidigungs- und Außenpolitik große Autonomie behalten. In den Folgejahren werden für beide Städte sogenannte Grundgesetze ausgearbeitet, Mini-"Verfassungen", die mit der Rückgabe in Kraft treten sollen.

Die Übergabeverhandlungen fallen in eine Zeit größter wirtschaftlicher Dynamik. China durchläuft einen rasanten Industrialisierungsprozess. Um mit marktwirtschaftlichen Methoden zu experimentieren, richtet Peking in Südchina Sonderwirtschaftszonen ein. Die erste und prominenteste ist Shenzhen direkt hinter der Hongkonger Stadtgrenze gelegen. Sie soll Investitionen aus der britischen Kolonie anlocken. Das Konzept geht auf, Hongkonger Firmen ziehen mit ihren Fabriken zu Tausenden über die Grenze. Aus dem Inneren Chinas kommen Wanderarbeiter in die Region, die zu extrem niedrigen Löhnen arbeiten. Im Perlfussdelta entsteht ein Ballungsraum mit mehr als 50 Millionen Menschen, in den sich Hongkong und Macau wirtschaftlich immer stärker integrieren. Zwischen 1978 und 1997 wächst der Handel zwischen Hongkong und der Volksrepublik um durchschnittlich 28 Prozent pro Jahr.

So ist die britische Kronkolonie bereits eng mit China verflochten, als sie in der Nacht zum 1. Juli 1997 der Hoheit Pekings unterstellt wird. In einer aufwändigen Zeremonie, begleitet von sintflutartigem

Regen, nehmen die Briten Abschied von Hongkong. Das Ereignis wird von Millionen Menschen weltweit im Fernsehen verfolgt. Viel weniger Beachtung findet hingegen die Rückgabe Macaus zwei Jahre später am 20. Dezember 1999. Dabei geht eigentlich erst hier ein Kapitel der Weltgeschichte zu Ende. Nach mehr als 400 Jahren geben die Europäer mit Macau ihre letzte Kolonie in Asien auf. Die Portugiesen kamen einst als erste und gehen als letzte.

"Ein Land, zwei Systeme"

Die Einwohner in den beiden Sonderverwaltungsregionen und die Weltpresse beobachten die Entwicklung seither genau. Anders als viele befürchtet haben, hält sich China nach der Rückgabe an das Prinzip der zwei Systeme in einem Land. Hongkong und Macau funktionieren weitgehend wie eigenstaatliche Gebilde. Die freie Marktwirtschaft ist unangetastet. Speziell in Hongkong existiert – trotz einer Tendenz zur Selbstzensur – eine freie vielfältige Presselandschaft, und es herrscht Meinungsfreiheit. Dennoch nimmt die chinesische Regierung großen Einfluss auf das politische Geschehen in beiden Städten, nicht zuletzt bei den Wahlen des jeweiligen Regierungschefs durch die mehrheitlich pekingtreu besetzten Wahlkomitees. Die politischen Systeme beinhalten demokratische Elemente, sind aber nicht vollständig demokratisch. Die Abgeordneten des Hongkonger Parlaments etwa werden nur zur Hälfte direkt vom ganzen Volk gewählt. Peking hat allerdings eine Direktwahl aller Parlamentarier und des Regierungschefs durch das Volk mittelfristig in Aussicht gestellt.

Hongkong setzt seine gute Wirtschaftsentwicklung auch unter chinesischer Herrschaft fort. Einen schweren Einbruch erleidet die Stadt nur während der Epidemie der Lungenkrankheit SARS im Jahr 2003, als knapp 300 Menschen in der Stadt sterben. Die Arbeitsteilung zwischen dem hoch entwickelten Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum Hongkong und dem günstig produzierenden chinesischen Hinterland ist auch zum Beginn des neuen Jahrtausends weiterhin fruchtbar.

Auch das lange zurückgebliebene Macau kann sich nach 1999 gut entwickeln. Dabei setzt es vor allem auf den Tourismus aus Festlandchina und das Glücksspiel. Beide Bereiche machen mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts des Territoriums aus. Die größten Kasinos der Welt entstehen hier, bei den Glücksspieleinnahmen überholt Macau sogar Las Vegas.

Heute stehen die beiden ehemaligen Kolonien erfolgreich und wohlhabend da. Doch es zeichnen sich große Herausforderungen ab. Das Spielerparadies Macau spürt seit dem Einsetzen der globalen Finanzkrise deutliche Rückgänge im Tourismus- und Glücksspielgeschäft. Es bekommt vorgeführt, wie sehr es sich lange Zeit auf nur einen Wirtschaftssektor gestützt hat und dadurch sehr verwundbar wurde.

Die Finanzstadt Hongkong leidet ebenfalls unter der Krise. Ihre langfristigen Herausforderungen aber sind von grundsätzlicher Art. Langsam verliert die Metropole ihren Entwicklungsvorsprung gegenüber festlandchinesischen Städten. Vor allem Schanghai ist zurück auf der internationalen Bühne und soll sich nach dem Willen Pekings zu einem globalen Finanzzentrum entwickeln. Auch als Drehscheibe und Logistikzentrum verliert Hongkong an Bedeutung. Viele Waren etwa verlassen China mittlerweile über die Containerhäfen im benachbarten Shenzhen oder von anderen Küstenstädten. Mit seinen sieben Millionen Einwohnern ist Hongkong zudem gegenüber den chinesischen Metropolen recht klein und auf Dauer schlecht wettbewerbsfähig. Die Hongkonger Regierung hat dies erkannt und eine neue Zukunft für die Stadt skizziert, die nicht mehr in ihrer "splendid isolation" liegt. Hongkong soll mit seinem Umland jenseits der Grenze zusammenwachsen. Selbst von einer Fusion mit Shenzhen und anderen Städten im Perflusdelta ist die Rede. So könnte eine neue Megalopolis im Süden Chinas entstehen, ein Kraftzentrum, das es mit den Metropolregionen von Schanghai und Peking im Wettbewerb aufnehmen kann. Das Symbol dieser neuen Zukunft nimmt bald Gestalt an: eine 30 Kilometer lange Brücke von Hongkong nach Macau und ins westliche Perflusdelta.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Gesellschaft und Kultur Chinas

1.10.2009

Ethnische Minderheiten

Von Prof. Dr. Thomas Heberer

1.10.2005

Prof. Dr. Thomas Heberer, geb. 1947, Professor für Politik Ostasiens am Institut für Ostasienwissenschaften und am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte: Politischer und sozialer Wandel in China, die politischen Kulturen Chinas, Fragen der Nationalitätenpolitik sowie verschiedene Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Die chinesische Gesellschaft ist auf den ersten Blick ethnisch sehr homogen. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung werden zu den Han-Chinesen gezählt. Die anderen 10 Prozent stellen die 55 anerkannten nationalen Minderheiten. Ihre Regionen stellen aber zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes dar.

Die chinesische Gesellschaft ist auf den ersten Blick ethnisch sehr homogen. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung werden zu den Han-Chinesen gezählt. Darüber hinaus gibt es nach offizieller Zählung 55 nationale Minderheiten. Sie machten laut der Volkszählung des Jahres 2000 mit 106 Millionen Menschen zwar nur 8,4 Prozent der Bevölkerung aus, aber die von ihnen bewohnten "autonomen" Regionen umfassen nahezu zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes. Vielfach bilden allerdings die Chinesen, die sich selbst als Han bezeichnen, auch dort die Bevölkerungsmehrheit.

Allerdings muss die Homogenität dieser Han in Frage gestellt werden. Sie sind Ergebnis der Vermischung unterschiedlicher Völker im Laufe der Geschichte; dazu zählen auch Gruppen, die erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Sprache, der Kleidung, der Sitten und Bräuche oder der Lebensweise aufweisen wie beispielsweise die Hakka, die Kantonesen und die Bewohner von Fujian.

Auf Grund einer 2000-jährigen weitgehenden Kontinuität der chinesischen Zentralgewalt und Kultur prägen traditionale Vorstellungen bis heute die Verhaltensweisen gegenüber den nichtchinesischen Völkern. Das kaiserliche China verstand sich als kultureller Mittelpunkt der Welt. Die Ackerbau treibenden Han verachteten bereits in früherer Zeit die sie umgebenden Nomaden- und Jägervölker, die ihnen kulturell und technologisch unterlegen waren.

Der Konfuzianismus, die staatstragende Ideologie über die Jahrhunderte hinweg, bildete das ideologische Fundament der Verachtung der "Barbaren". Gleichwohl war der Konfuzianismus nicht auf die Vernichtung dieser Völker aus, sondern verlangte ihre Unterordnung unter den Kaiser sowie die Einordnung in das Gesamtgefüge des chinesischen Reiches. Der Sinologe Wolfgang Franke schrieb: "Auch ein Barbar konnte chinesischer Kaiser werden, aber nur durch das Sicheinfügen in das chinesische System und durch weitgehende Aufgabe seiner Eigenart". Dem Konfuzianismus fehlte der missionarische Aktivismus, der das europäische Christentum auszeichnete. Er bot eine gewisse Akzeptanz anderer Kulturen, auch wenn diese Akzeptanz nicht mit dem Gedanken der Gleichheit oder Gleichberechtigung verbunden war.

In der chinesischen Nationalitätenpolitik werden Eigenarten wie Sprache, Schrift und Brauchtum zum Teil durchaus toleriert oder gefördert. Bei Geburtenplanung und Zugang zu höherer Bildung gibt es Sonderquoten für Angehörige ethnischer Minderheiten. Die Assimilation erfolgt vielmehr auf "konfuzianischem" Weg: über die Massenansiedlung von Han-Chinesen, die Durchdringung mit han-chinesischer Bildung und Kultur, die Einbindung in die von Han dominierten Partei- und Staatsstrukturen, das Verbot von "ungesunden" Sitten und Bräuchen, die nicht der Moral der Han entsprechen, Eingriffe in Religion, "Modernisierung" und Angleichung.

Zentrale Konfliktfelder

Gegenwärtig lassen sich vier zentrale Konfliktfelder unterscheiden:

Politische Konflikte

Sie haben sich vor allem um das Fehlen echter Autonomie gebildet: Autonome Gebiete werden in der VR China nach den Prinzipien Territorium und Nationalität(en) definiert. Sie genießen bestimmte Sonderrechte, werden aber von der Zentrale streng kontrolliert.

Die chinesische Nationalitätenpolitik nach 1949 wies aber durchaus auch destruktive Momente auf. Im Rahmen einer forcierten Assimilationspolitik wurden unter Mao ethnische Minderheiten gezielt verfolgt und diskriminiert: So wurden während der Kulturrevolution die Schriften sowie das Brauchtum vieler Minderheiten verboten, und in den Schulen durfte nur noch Chinesisch gesprochen werden. Moscheen und buddhistische Tempel wurden geschlossen und religiöse Würdenträger ebenso wie Gläubige verfolgt.

Zu Beginn der 1980er Jahre sah sich die chinesische Führung aufgrund der Unzufriedenheit in den Gebieten der Nicht-Han-Völker und im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung und "Modernisierung" dieser Regionen zu einer moderateren Politik gezwungen. Die Verfassung von 1982 wertete die Minoritäten entsprechend auf, und ein "Autonomiegesetz" von 1984 gestand ihnen formell die am weitesten reichenden Freiheiten seit Gründung der Volksrepublik zu. Die autonomen Regionen erhielten erweiterte Rechte für die Wirtschaftsentwicklung, für den Schutz und die Verwaltung ihrer Ressourcen, im Außenhandel, Bildungswesen und im kulturellen Bereich. Ferner gibt es schriftlich fixierte sowie prozentual festgelegte Vertretungsrechte für die ethnischen Minoritäten in den Parlamenten (Volkskongressen) aller Ebenen.

Trotz dieser rechtlichen Aufwertung der ethnischen Minderheiten existiert keine echte Autonomie. Erstens ist die Partei (gerade auch mit ihren Organisationen in den Autonomiegebieten) den autonomen Verwaltungsinstitutionen übergeordnet. Zweitens handelt es sich bei der Verfassung und dem Autonomiegesetz um "weiche" Gesetze, weil es aufgrund mangelnder Rechtssicherheit, fehlender Verfassungs- und Verwaltungsgerichte und der Überordnung der Partei über das Recht keine Instrumente zur Durchsetzung dieser Bestimmungen gibt. Drittens sieht das Autonomiegesetz in wichtigen Fragen keine Mitspracherechte vor.

Ökonomische Konflikte

Da ein Großteil der Minderheitengebiete zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Gebieten zählt, sind die Voraussetzungen für eine Selbstverwaltung erschwert. Seit Gründung der Volksrepublik China sind beachtliche Subventionen in diese Gebiete geflossen, aber weitgehend für Projekte, die für die lokalen und regionalen Bedingungen nicht angemessen oder aber ausschließlich im Interesse der Han-Gebiete waren (Erschließung von Rohstoffquellen für die Industrie Ostchinas). 80 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebten Ende der 1990er Jahre in Minderheitengebieten. Trotz aller Wachstumsraten auch für die autonomen Gebiete haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten und den Han-Gebieten im Verlauf der Reformära vergrößert.

Kulturelle Konflikte

Unzufriedenheit mit politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen verstärkt sich durch Eingriffe in Sitten, Brauchtum und religiöse Glaubensvorstellungen. Das Kernproblem der Kulturpolitik Chinas ist die Unterscheidung zwischen einem "gesunden" und "ungesunden" Brauchtum seit den 1950er Jahren. "Ungesundes" soll beseitigt oder reformiert, "Gesundes" bewahrt werden. Da nie eine eindeutige Definition für "gesund" oder "ungesund" gegeben wurde, waren und sind immer wieder willkürliche Eingriffe möglich. So gilt etwa das Opfern von Großvieh für die Ahnen bei Trauerfeiern oder Hochzeiten als Verschwendung, Schamanen galten lange Zeit als Betrüger, Liederfeste wurden abgeschafft, weil sie "die Produktion" störten oder "obszöne Texte" gesungen

würden.

Soziale Konflikte

Durch die soziale und räumliche Mobilisierung wandern verstärkt Chinesen in Minderheitengebiete, um ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung Wälder abzuholzen, nach Edelmetallen zu schürfen oder Kohle abzubauen. Gleichzeitig wandern Fachkräfte (Techniker, Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer) in die prosperierenden Küstengebiete ab. Das hohe Maß an Korruption (die vielfach den Han und ihrer Partei, der KPCh, angelastet wird) oder Straftaten von kriminellen Han wie Entführungen einheimischer Mädchen, die als Prostituierte ins Ausland verschleppt oder als Ehefrauen an Han-Bauern verkauft werden, sowie Betrug und Übervorteilung durch Han-Händler verstärken die Unzufriedenheit in den Minderheitengebieten.

Ein wichtiges Moment der Unzufriedenheit ist die steigende Arbeitslosigkeit in den Minoritätengebieten. Han werden in den Staatsbetrieben bevorzugt eingestellt. Dies geschieht mit dem Argument, Minoritätenangehörige besäßen ein niedriges Bildungsniveau, seien faul oder arbeitsunwillig und sprächen wie verstünden nur schlecht Chinesisch. Beschäftigte, die einer ethnischen Minorität angehören, werden oftmals schlechter bezahlt, verrichten minderwertige Tätigkeiten und besitzen geringere Fortbildungschancen als Han. Die Kreditvoraussetzungen für Betriebe in Minderheitengebieten und für private Unternehmer, die einer ethnischen Minderheit angehören, sind erheblich strenger als für andere.

Die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen begünstigt zugleich die Vermarktung und Kommerzialisierung der Minoritäten-Kulturen. Dies gilt etwa für die "Nationalitätendörfer", in denen eine künstliche Exotik für Touristen produziert wird. Bestattungsbräuche wie die tibetische Himmelsbestattung werden ohne Rücksprache mit den Betroffenen zu hohen Preisen Touristen zugänglich gemacht; angebliche "perverse" Sexualpraktiken werden literarisch oder journalistisch vermarktet; Jugendhäuser, in denen sich Jugendliche zu freier Liebe treffen, werden Han-Touristen in Form von Prostitution als "Besuchsprogramm" angeboten; wichtige Kulturstätten werden als "Erschließungszonen" einfach zu Touristenattraktionen ausgebaut.

Modernisierungsprozesse und sozialer Wandel erzeugen ein Gefühl unterschwelliger Bedrohung, weil die damit verbundene Zuwanderung von Han, die Abwanderung von Angehörigen der eigenen Ethnie, die industrielle Erschließung der Minderheitengebiete sowie der Niedergang der eigenen Kultur (Geringschätzung von eigenen Trachten, Bräuchen und Sprachen vor allem unter der Jugend) die Einheit und Befindlichkeit der einzelnen Ethnien schwächt. Auch das im Jahr 2000 in Gang gesetzte Go-West-Programm, mit dem der Westteil Chinas – in dem der Großteil der ethnischen Minoritäten lebt - erschlossen werden soll, hat diese Bedrohungsgefühle noch weiter geschürt.

Reaktion der Betroffenen

Die ethnischen Minderheiten reagieren unterschiedlich auf diese Herausforderungen. Bei einigen Gruppen wächst das Selbstbewusstsein eigener ethnischer Identität. Bei Teilen schlägt Ethnizität in Widerstand um, bis hin zum Entstehen separatistischer Bewegungen. Vor allem bei einigen kleineren Nationalitäten hat sich eine Tendenz zur Resignation und Anpassung an die Han entwickelt.

Die kleinen nordostchinesischen Jägervölker (Ewenken, Oroqen, Dahuren, Hezhe) hat der von den Behörden erzwungene Wandel nahezu aufgerieben. Sie sollten ihr Nomadenleben aufgeben und Ackerbau betreiben. Das Verbot schamanistischer und animistischer Rituale und Praktiken zerstörte ihr Brauchtum. Wie die anderen indigenen Völker weltweit werden diese Gruppen durch Alkoholismus, Selbstmorde und Krankheiten dezimiert.

Allgemein lassen sich sieben Hauptformen ausmachen, mit denen Nicht-Han-Völker auf die genannten Konfliktpunkte reagieren. Sie sollen an einigen Beispielen vorgestellt werden:

- Separatistische Strömungen: Bewegungen, die für eine gewaltsame Loslösung von China eintreten, finden wir in Xinjiang, wo rund ein Dutzend Gruppen unter pantürkischen oder

panislamischen Vorzeichen für einen eigenen Staat kämpfen, in Tibet und - in geringerem Umfang - in der Inneren Mongolei.

- Aktiver lokaler Widerstand: Offene Proteste führen immer wieder zu lokalen Unruhen. Sie richten sich gegen die Schließung von Moscheen, Tempeln oder Kirchen oder gegen die Umwandlung von Weide- in Ackerland, das Abholzen von Forstgebieten, Umweltverschmutzung und ökologische Zerstörungen durch Unternehmen von außerhalb des Siedlungsgebietes ("Han-Unternehmen"), Verletzungen von Brauchtum und Tabus lokaler ethnischer Gruppen, Eingriffe in soziale Belange (wie die versuchte Durchsetzung von Geburtenplanung oder das Verbot von "Verschwendung bei lokalen Festen").
- Passiver lokaler Widerstand: Dazu zählen etwa die Abwanderung von Familien, Sippen oder sozialen Gruppen in die Berge und Wälder, um ungestört dem eigenen Lebensrhythmus nachgehen zu können, sowie das Wiederaufleben der traditionellen Kultur (Untergrundmoscheen, islamische Untergrundschulen, Schamanen oder Priester).
- Revitalisierung von Religion: Das Wiedererstarken der Religion lässt sich nicht nur im Islam und im tibetischen und mongolischen Buddhismus ausmachen, sondern gilt auch für animistische und schamanistische Glaubensvorstellungen. Sekten und chiliastische Bewegungen haben ebenfalls Zulauf. Bei verschiedenen Miao-Gruppen etwa findet die traditionelle Heilserwartung, dass nach einer Zeit der Katastrophe der Miao-König zurückkehren, den Miao das ihnen von den Han weggenommene Land zurückgeben, ihr Leben verbessern und ihnen möglicherweise einen eigenen Staat geben werde, wieder wachsende Verbreitung.
- Anpassung an das han-chinesische Umfeld: Der Gebrauch der eigenen Sprachen und Schriften nimmt unter den meisten Minderheitenangehörigen ebenso ab wie das Tragen von Trachten. Ausschlaggebend hierfür sind einerseits Modernisierungsprozesse, die zu einer gewissen Angleichung im Alltagsleben führen. Andererseits werden die Schriften, Sprachen und Kulturen der Minderheiten im Bildungssystem als zweitrangig oder rückständig deklariert. Minderheitensprachen werden meist nur in der Grundschule oder der ersten Stufe der Mittelschulen gelehrt, danach ist Chinesisch die einzige Sprache. Wer eine Universität besuchen oder beruflich aufsteigen möchte, benötigt in erster Linie gute Chinesischkenntnisse. Viele Eltern wollen daher nicht mehr, dass ihren Kindern im Bildungssystem die eigene Sprache oder Schrift beigebracht wird. Sie bevorzugen eine eher "chinesische" Ausbildung.

Solange die politische Lage in China relativ stabil bleibt, wird es keine Loslösung von Nationalitäten geben. Zu groß ist die quantitative Überlegenheit der Han-Chinesen. Eine grundlegende Änderung der Nationalitätenpolitik wiederum ist ohne grundlegende Demokratisierung Chinas kaum denkbar.

Sonderfall Tibet

Tibet hatte unter der Qing-Dynastie (bis 1911) die Stellung eines mit China assoziierten Gebietes eingenommen. Peking war für Außenpolitik und Militär zuständig, ansonsten verwaltete sich Tibet selbstständig. Nach dem Sturz der letzten chinesischen Kaiserdynastie 1912 erklärte der damalige Dalai Lama, das religiöse und politische Oberhaupt Tibets, sein Gebiet für unabhängig. Die chinesische Seite erkannte diesen Schritt ebenso wenig an wie die internationale Staatengemeinschaft. Zugleich versäumte es die tibetische Regierung, sich in den folgenden Jahrzehnten durch Teilnahme am internationalen Leben der Staatenwelt und durch Schutzgarantien anderer Mächte politisch abzusichern. Als Peking 1950 Tibet gewaltsam in seinen Staatsverband eingliederte, hatte kein einziger Staat Tibets Unabhängigkeit anerkannt.

Im Mai 1951 zwang die neue kommunistische Führung Chinas Tibet ein Abkommen über "Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets" auf. Darin verpflichtete sich Peking, am bestehenden politischen System Tibets nichts zu ändern, zur Einhaltung der Religionsfreiheit, zur Respektierung der Sitten und

Gebräuche der Tibeter, zum Schutz der Klöster und Klostereinnahmen sowie zur Pflege der tibetischen Sprache und Schrift. Als mit der Radikalisierung der chinesischen Innenpolitik in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in tibetischen Gebieten die Religionsausübung eingeschränkt, Klosterland enteignet, Klöster geschlossen, Tempel in Lagerhallen umfunktioniert und Mönche zu "körperlicher Arbeit" gezwungen wurden, zudem der Boden der Bauern zwangsweise kollektiviert und die Bevölkerung in "Volkskommunen" zu Zwangsarbeit und politischen Utopievorstellungen verpflichtet wurde, kam es unter der tibetischen Bevölkerung zu Unruhen, die sich 1959 schließlich zu einem Aufstand ausweiteten. Im Gefolge dieses Aufstands, der von chinesischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde und allein in Lhasa rund 87 000 Tibeter das Leben gekostet haben soll, floh der Dalai Lama mit mehr als 100 000 Tibetern nach Indien ins Exil.

Nach der Niederschlagung dieses Aufstands verstärkte sich der Zugriff der Chinesen auf Tibet. Zwar wurde 1964 formal ein "Autonomes Gebiet Tibet" gegründet, es blieb allerdings weitgehend rechtlos. Die zwei Jahre später einsetzende Kulturrevolution versuchte, die kulturelle Identität der Tibeter auszulöschen. Zigtausende von Tibetern wanderten in Arbeitslager, nahezu jedwede kulturelle Selbstständigkeit war untersagt. Das Ausmaß an Zerstörung und Unterdrückung in Tibet lässt sich bereits an der Tatsache ablesen, dass 2690 der ursprünglich 2700 Klöster Tibets zerstört wurden. Delegationen, die der Dalai Lama Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre nach Tibet schicken durfte, fanden eine deprimierende Lage vor, die von wirtschaftlicher Armut, kultureller und ökologischer Zerstörung gekennzeichnet war.

Die Wiedereingliederung Tibets in den chinesischen Staatsverband lässt sich unter drei Gesichtspunkten interpretieren:

- **Unterschiedlicher Nationsbegriff:** China ging und geht von einem anderen Nations- und Staatsbegriff aus als moderne westliche Nationalstaaten. Nach chinesischer Auffassung sind alle Völker, die bis 1911 auf chinesischem Territorium gelebt haben, Teil des gesamten chinesischen Volkes. Damit bezieht sich der in China verwendete Begriff für "Chinesen" (Zhongguoren) auf alle Bewohner auf chinesischem Territorium, unabhängig von der Nationalität. Anders als in Westeuropa, wo im 18. und 19. Jahrhundert relativ einheitliche Nationen Nationalstaaten bildeten (Nationalprinzip als Nationsprinzip), gilt in China das Territorialprinzip als Nationsprinzip. Sun Yatsen, der Gründer der Republik China, schrieb nach der Unabhängigkeitserklärung der Mongolen (die zur Gründung der späteren Mongolischen Volksrepublik führte), die Mongolen seien und blieben Chinesen, auch wenn sie es eine Zeit lang vergessen hätten. Von dieser Lesart her scheinen sich hier zwei unterschiedliche Rechtsstandpunkte gegenüberzustehen: Nach den Normen des heute gültigen Völkerrechts handelt es sich um eine Okkupation Tibets, nach chinesischem Rechtsverständnis um die Wiederherstellung legitimer Rechte, die China aufgrund zeitweiliger Schwäche und Zerrissenheit nicht ausüben vermochte. Von dieser Sichtweise her versuchte die chinesische Führung, diesem Rechtsprinzip wieder Geltung zu verschaffen.
- **Militärstrategische Lage:** Zweifellos dürfte auch Tibets militärstrategische Lage eine wichtige Rolle gespielt haben. Mit Tibet verfügte China über eine natürliche Grenze nach Süden hin, ohne die der Südtteil Chinas relativ ungeschützt wäre. Diese strategische Bedeutung war für China vor allem unter den Bedingungen des Kalten Krieges entscheidend. Zugleich bildet Tibet eine natürliche Grenze gegenüber dem Rivalen Indien, mit dem China nach wie vor in Grenzstreitigkeiten verwickelt ist und das chinesischer Sichtweise zufolge Hegemonialabsichten in Südasien verfolgt.
- **Ressourcenpotenzial:** Als große, menschenleere Region mit einem hohen Ressourcenpotenzial war (und ist) Tibet sowohl rohstoffmäßig, militärtechnisch wie auch als künftiger potenzieller Siedlungsraum interessant. Tibets Loslösung wäre nur im Falle eines extremen Umbruchs in China und mit externer Unterstützung vorstellbar. Von daher erscheinen eher die Forderungen des Dalai Lama realistisch zu sein, der keinen eigenen Staat fordert, sondern eine Ausweitung der Autonomie, die Umwandlung Tibets in eine Friedenszone, den sofortigen Stopp der chinesischen Einwanderung nach Tibet, die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte der Tibeter

sowie die Wiederherstellung oder den Schutz von Natur und Umwelt vorgeschlagen hat. Ausgehend von der gegenwärtig bestehenden Lage wäre gemäß den Vorstellungen des Dalai Lama eine Entwicklung zu einem mit China assoziierten Staat denkbar, der sich, abgesehen von der Außen- und Militärpolitik, selbst verwalten würde, wie dies bis 1911 der Fall gewesen ist.

Dieser Artikel erscheint zuerst in den Informationen zur politischen Bildung (Heft 289).

Religionen in China

Von Dr. Christian Meyer

1.10.2009

Dr. phil. Christian Meyer, Studium der Sinologie, Religionswissenschaft und Ev. Theologie in Marburg, Göttingen. Promotion in Sinologie an der Universität Erlangen 2003, anschl. Wissenschaftlicher Assistent am Ostasiatischen Institut der Universität Leipzig. Diverse Forschungsaufenthalte u.a. an der Academia Sinica, Taipeh, und der Chinese University of Hong Kong. Forschungsschwerpunkte: Song-Dynastie, Konfuzianismus, Religionen in China.

Während der Kulturrevolution wurden Religionen in der Volksrepublik radikal verfolgt. Erst seit der Öffnung hin zu einer stärkeren Reformpolitik hat sich die Lage entspannt. Das Interesse am Buddhismus, Islam oder protestantischen Christentum ist enorm gestiegen, der Andrang in Kirchen und Tempeln spürbar. Dennoch bleibt die freie Ausübung der Religion eingeschränkt.

Seit dem Ende der Kulturrevolution und dem Beginn der jüngeren Reform- und Öffnungspolitik (ab 1978) sind auch Religionen in gesetzlich beschränktem Rahmen in der Volksrepublik (VR) China wieder zugelassen. Religionen und religionsähnliche Gruppen ganz unterschiedlichen Charakters erfahren seitdem enormen Zulauf. Man kann dabei von einem Religionsfieber sprechen, das beispielsweise auch ein Konfuzianismus- und Christentumsfieber umfasst. Parallel hierzu hat sich auch ein Kultur- oder Qigong-Fieber entwickelt. Zusammengenommen beschreiben sie das enorme Interesse an Religion und den spürbaren Andrang in Kirchen und Tempeln.

Dabei muss zwischen ganz verschiedenen Formen unterschieden werden: Dazu gehören staatlich akzeptierte, tolerierte und verfolgte Gruppen, aber auch fest organisierte und institutionalisierte Gruppen sowie unter anderem die lokale oder Volksreligion. Statistiken mit Zahlen von Anhängern sind allein schon wegen des Charakters vieler Religionen in China schwierig, da sie nicht wie das Christentum eine feste Zugehörigkeit oder Zugangsrituale ("Taufe") besitzen (insbesondere die "Volksreligion"), aber auch wegen wenig verlässlicher und mindestens zum Teil ideologisch manipulierter Statistiken. Neuere Zahlen können aber zumindest einen Eindruck von den relativen Größenverhältnissen liefern. Neben den noch immer zahlenmäßig dominierenden Religionen indigenen Charakters (Buddhismus, Volksreligion, Daoismus) überrascht insbesondere das Wachstum der beiden christlichen Konfessionen. So hatte die protestantische Kirche trotz massiver Missionsbemühungen seit dem 19. Jahrhundert um 1949 nur rund 500.000 getaufte Anhänger. Heute kann sie nach dem Buddhismus als eine organisierte religiöse Richtung mit der zweithöchsten Anhängerzahl gelten. Hinzu kommt der bedeutende intellektuelle Einfluss des Christentums (s. unten).

Religionsanhänger in China

Ungefähre Daten von Religionsanhängern nach offiziellen Daten von 2000 und Schätzung aufgrund von Umfragen von Prof. Liu Zhongyu (East China Normal University) und Prof. Tong Shijun (Shanghai Academy of Social Sciences) von 2005:

Insgesamt 31,4% Gläubige (also hochgerechnet ca. 300-400 Mio.),

davon:

- Volksreligion ca. 130 Mio. (32,6% der Gläubigen)
- Buddhismus (ca. 150-200 Mio.)
- Protestantisches Christentum (25-35 Mio.)
- Islam (11-18 Mio.)
- Katholische Kirche (8,5-13 Mio.)
- Daoismus (5,5 Mio.)

Quellen:

- China heute 19 (2000), S. 3.
- China heute 26 (2007), S. 2.

Gleichzeitig bleibt das Thema "Religion" in der Volksrepublik besonders sensibel. Religion ist Gegenstand einer besonderen Religionspolitik, durchgeführt und überwacht von staatlichen Religionsbüros. Verschiedene Faktoren, die mit der wirtschaftlich motivierten Reform- und Öffnungspolitik zu tun haben, aber auch weitere außen- oder innenpolitischen Faktoren spielen hier eine Rolle und sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Religionspolitik, rechtlicher Rahmen und Betätigungsmöglichkeiten von Religionen

Laut gültiger Verfassung von 1982 "genießen die Bürger der Volksrepublik China Glaubensfreiheit" (§ 36). Nach der radikalen Verfolgung jeglicher Religion während der Kulturrevolution (1966 bis 1976) wurden Religionsvereinigungen im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik (ab 1978) zwar wieder zugelassen. Von einer "ungestörten Religionsausübung", wie sie das deutsche Grundgesetz (§ 4 (2)) vorsieht, ist jedoch nicht zu sprechen. Insgesamt lässt sich die religiöse Lage in drei Hinsichten beschreiben: 1) mit einem Blick auf die offiziellen Rahmenseetzungen der kommunistischen Führung und ihre ideologischen Hintergründe, 2) deren Umsetzung in der Realität und 3) die sich ergebenden Möglichkeiten von offiziell anerkannten und inoffiziell operierenden Religionsgruppen im gesellschaftlichen Leben.

China ist trotz einer immer stärker marktwirtschaftlichen Orientierung offiziell auch heute eine "sozialistische Volksrepublik". Die um Maoismus und neuere Ergänzungen erweiterte kommunistische Ideologie und damit legitimierte Führungsrolle der Kommunistischen Partei (KP) Chinas sind in der Präambel der Verfassung festgeschrieben. Bis zum Erreichen des Kommunismus sind nun auch Religionen wieder zugelassen. Im Sinne einer Einheitsfront sollen sie Teile der Massen gewinnen, die der kommunistischen Ideologie fern stehen. Schon in der zitierten Verfassung werden die Möglichkeiten der religiösen Betätigung allerdings wieder eingeschränkt.

Nur "normale religiöse Tätigkeiten" werden vom Staat geschützt. Explizit ausgenommen sind außerdem "Aktivitäten, die die öffentliche Ordnung stören, der körperlichen Gesundheit von Bürgern schaden oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen". Außerdem dürfen "die religiösen Organisationen und Angelegenheiten von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden". Schon die

sehr offene Formulierung "normale religiöse Tätigkeiten" lässt dem Staat und seinen Organen einen großen Ermessensspielraum, der typisch ist für viele gesetzliche Regeln in der VR und je nach religionspolitischer Lage der religiösen Gruppe oder der lokalen Situation sehr unterschiedlich genutzt wird.

Die Zahl der landesweit zugelassenen Religionen ist zunächst auf nur fünf begrenzt: Buddhismus, Daoismus, Islam sowie die protestantische und katholische Kirche. Nur deren "patriotische" Religionsvereinigungen dürfen nach den detaillierten Verwaltungsvorschriften innerhalb ihrer Tempel, Kirchen, Moscheen und registrierten Versammlungsorte legal aktiv werden. Sie werden vom Staat gefördert, altes Eigentum wurde zum Teil erstattet. Dafür müssen sie sich an den sozialistischen Staat anpassen. Gleichzeitig gibt es aber religiöse Gruppen, deren Gläubige einer Kontrolle unter anderem aus biografischen Erfahrungen während der Kulturrevolution kritisch gegenüber stehen oder Einschränkungen in ihrer Karriere fürchten. Eine Mitgliedschaft in der KP China und damit Teilhabe an der politischen Entscheidungsfindung ist zudem für Gläubige prinzipiell ausgeschlossen.

Aus diesem Grund gibt es neben den offiziellen Vereinigungen auch sogenannte Untergrundkirchen, die oft toleriert werden, aber in einer prekären Grauzone leben. Andere Gruppen wie Falun Gong werden dagegen sogar als "evil cults" (chines.: xiejiao) verfolgt und ihre aktiven Anhänger in Umerziehungslager gebracht. Der Religionssoziologe Yang Fenggang spricht in diesem Zusammenhang von einem tolerierten "grauen" gegenüber einem staatlich privilegierten "roten" und einem verbotenen "schwarzen Markt".

Die Möglichkeiten offizieller wie inoffizieller Religionsgruppen sind somit begrenzt. Insbesondere der wichtige Bereich der Erziehung und der öffentlichen Meinungsbildung durch Medien und Propaganda bleiben dem Staat und der kommunistischen Führung vorbehalten. In neuester Zeit wird unter dem Stichwort der "sozialistischen harmonischen Gesellschaft" allerdings nicht nur eine Anpassung an die sozialistische Gesellschaft gefordert, sondern verstärkt auch ein konstruktiver sozialer Beitrag der Religionen honoriert. Karitatives Engagement in Kooperation mit dem Staat ist darum der Bereich, in dem Religionen neben ihrer werte- und sinnvermittelnden Lehre für den Einzelnen am ehesten in zivilgesellschaftlicher Rolle wirken können.

Intellektuelles Interesse an Religion

Ein weiteres Phänomen ist die gesteigerte intellektuelle Beschäftigung mit Religion im Allgemeinen oder einzelnen Religionen im Besonderen. Dies kann das individuelle Bedürfnis Einzelner betreffen, aber auch eine Rolle von Religion für die Gesellschaft implizieren. Ein besonderes Beispiel bildet hierbei das Phänomen der sogenannten Kulturchristen in China und der "Sino-Christian Theology" (chines.: Hanyu shenxue). Es beschreibt das Phänomen eines intellektuellen akademischen Interesses am Christentum, meist aber verbunden mit einem persönlichen Interesse am christlichen Glauben selbst, dessen Rolle für die chinesische Gesellschaft, die Erneuerung und Fundierung einer sozialen und persönlichen Ethik gesehen wird, oft sogar mit Betonung des Gedankens der Transzendenz für die Ethikbegründung. Diese akademische Forschung findet an staatlichen Universitäten, besonders im Rahmen der seit den 1980er-Jahren entstandenen Religionswissenschaften und an Religionsforschungszentren statt.

Theologische Seminare in der VR China selbst dienen dabei kaum als geeignetes Gegenüber des Dialogs und konnten das intellektuelle Interesse nicht adäquat befriedigen. Hongkong mit theologischen Seminaren und religionswissenschaftlichen "Departments" sowie insbesondere dem [Institute of Sino-Christian Studies \(http://www.iscs.org.hk\)](http://www.iscs.org.hk) bildet darüber hinaus einen besonderen Ort mit Freiräumen für Publikationen und Diskussionen sowie eine Drehscheibe, die China mit der theologischen Wissenschaft im Westen wie im weiteren chinesischen Sprachraum (Taiwan, Hongkong und Auslandschinesen) verbindet.

Parallel zum Phänomen der Kulturchristen ließe sich wohl auch von Kulturbuddhisten sprechen. Ein

weiteres Phänomen bildet ein Interesse am Konfuzianismus: Während lange Zeit ein moderner Neukonfuzianismus vor allem in akademischen Zirkeln in Hongkong und Taiwan überlebte, zeigt sich in Festlandchina neuerdings neben einem intellektuellen Interesse und staatlicher Vereinnahmung im Zuge eines neuen Nationalismus auch ein Graswurzel-Interesse mit Gründung von Privatschulen zur Einübung der Klassiker für Erwachsene und Kinder (vgl. besonders Bell, 2008 und Billioud/Thoraval, 2007).

Globalisierung und Transformation des religiösen Feldes

Gegenüber der Rückbesinnung auf die eigene nationale Identität und parallel zum Erfolg des westlichen Christentums in China finden sich auch andere Tendenzen, die eine Transformation und besonders auch Globalisierung des religiösen Feldes für China zeigen. Die Ausbreitung beispielsweise der in der Volksrepublik verfolgten Falun-Gong-Gruppe unter Auslandschinesen, aber auch zu nicht geringen Teilen unter Nichtchinesen zeigt eine im Zuge der Verfolgung forcierte Globalisierung auch von chinesischer Religiosität außerhalb Chinas. Im Buddhismus gibt es insbesondere Verbindungen u.a. nach Taiwan, auch am tibetischen Buddhismus besteht Interesse, selbst wenn politisch der Dalai Lama als Staatsfeind betrachtet wird, der die Einheit des Landes zerstören will. Diese Verbindungen wie auch der neue Einfluss des Christentums in China spiegeln eine wachsende Vernetzung mit der weiteren Welt, die jedoch auch Anpassungen an die spezielle lokale Situation mit einschließen.

Insgesamt lässt sich von einer grundlegenden Transformierung des religiösen Feldes in China seit dem 19. Jahrhundert reden. Die besonderen Entwicklungen der Volksrepublik seit 1949 waren zum Teil mit radikaler Religionsverfolgung unter anderem in der Kulturrevolution (1966 bis 1976) verbunden und führten im Anschluss zu einer Wiederbelebung und Rekonstruktion traditioneller Religiosität im neuen politischen, soziologischen und intellektuellen Kontext, jedoch auch zu einem bisher in China unbekanntem Wachstum besonders christlicher Kirchen.

Literaturhinweise (Auswahl)

- Bell, Daniel A.: China's New Confucianism. Politics and Everyday Life in a Changing Society, Princeton 2008.
- Billioud, Sebastien/Joël Thoraval: "Jiaohua. The Confucian Revival in China as an Educative Project", in: China perspectives 4 (2007), S. 4-21.
- Gänßbauer, Monika: Parteistaat und Protestantische Kirche. Religionspolitik im nachmaoistischen China, Frankfurt am Main 2004.
- Lee Ming-huei (Li Minghui): "Das 'Konfuzianismus-Fieber' im heutigen China", in: Ralf Moritz/Lee Ming-huei (Hrsg.): Der Konfuzianismus. Ursprünge – Entwicklungen – Perspektiven, Leipzig 1998, S. 235-248.
- MacInnis, Donald E.: Religion im heutigen China. Politik und Praxis, Nettetal 1993.
- "Offizielle Statistiken und ein positives Bild der Religionsfreiheit", in: China heute 19 (2000), S. 3.
- "Religionen und Kirchen in der VR China. Einige statistische Angaben 2006/2007", in: China heute 26 (2007), S. 2.
- Yang, Fenggang: "The Red, Black and Gray Markets of Religion in China", in: The Sociological Quarterly 47 (2006), S. 93-122.

- Ders./Joseph B. Tamney (Hrsg.): State, Market, and Religions in Chinese Societies, Leiden 2005.
- Yang, Mayfair (Mei-hui) (Hrsg.): Chinese Religiosities: Afflictions of Modernity and State Formation, Berkeley, Calif. 2008.

Websites (Auswahl)

- Globalization and the Transformation of the Religious Field in China, 1800-Present (engl.) (<http://www.uni-leipzig.de/chinesereligions>)
- Institute of Sino-Christian Studies (engl.) (http://www.iscs.org.hk/home_eng.htm)
- Religious culture in 20th century China: bibliography by Barend ter Haar (engl.) (<http://website.leidenuniv.nl/~haarbjter/chinPRCbib.html>)



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Chinesische Literatur in Moderne und Gegenwart

Von Prof. Dr. Wolfgang Kubin

1.10.2009

Prof. Dr. Wolfgang Kubin, geb. 1945, Professor für Sinologie an der Universität Bonn, arbeitet auch als Übersetzer und Schriftsteller. Promotion über den chinesischen Dichter Du Mu. Seine Arbeitsschwerpunkte sind chinesische Literatur und Geistesgeschichte (Tradition, Moderne). Aktuelle Publikationen: Die chinesische Literatur im 20. Jahrhundert, Bd. 7, München 2005; Brüder, ungewiß oder Was zu erzählen bleibt – Eine Erzählung, Wien 2009.

Schon immer wurde chinesische Literatur auch zu ideologischen Zwecken eingesetzt. Vor allem in der Gründerzeit der Volksrepublik. Es dauerte einige Jahrzehnte, bis sich die Schriftsteller-Szene von dieser Bürde befreien konnte. Heute dominieren Bestseller-Autoren den Markt.

Im Gegensatz zur Tradition, die mit dem Sturz des Kaiserreichs 1911 endet, ist die Literatur der Moderne (1912 bis 1949) und der Gegenwart (seit 1949) in China gut erforscht und vielfältig übersetzt. Über ihren Wert ist schematisch wie folgt befunden worden: So wie die klassische Literatur gehört auch diejenige der Moderne zu großen Teilen zur Weltliteratur. Dagegen hat es nach 1949 Einbrüche aus ideologischen Gründen gegeben, von denen sich die chinesische Literatur der Gegenwart auf dem Festland erst mit Beginn der Reformperiode (1979) langsam hat erholen können. Ihre Kommerzialisierung im Rahmen einer auf bloßen Gewinn ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklung (seit 1992) stellt diesen Erfolg inzwischen allerdings wieder in Frage.

Eine gerechte Einschätzung der chinesischen Literatur nach 1912 ist deswegen so schwierig, weil streng gesehen zu unterscheiden wäre zwischen einer chinesischsprachigen Literatur, die weltweit verfasst, und einer Literatur, die einem politischen Staatsgebilde zugeordnet wird. Chinesische Literatur wird nämlich nicht nur in der Volksrepublik China geschrieben, sondern auch auf Taiwan, in den "administrativen Sonderzonen" Hongkong und Macau sowie in Übersee (Malaysia, USA usw.). Die vielfältigen heutigen Publikationsmöglichkeiten erschweren oft die eindeutige Zuordnung der Autoren zu einem Land oder Gebiet. Der aus Peking stammende Dichter Bei Dao (Jahrgang 1949) zum Beispiel lebt inzwischen mit amerikanischem Pass in Hongkong und publiziert seine (politischen) Gedichte zuerst auf chinesisch in den USA oder auf Taiwan, bevor sie später gegebenenfalls auch auf dem Festland erscheinen können, wo er Einreiseverbot hat. Von Schriftstellern wie diesen redet man inzwischen in der Volksrepublik China gelegentlich als Nicht-Chinesen!

Vier Daten können für die Entwicklung der chinesischen Literatur nach Ausrufung der Republik (1912) als wichtig veranschlagt werden: 1919, 1942, 1979 und 1992.

Chinesische Renaissance

Die Studentenbewegung vom 4. Mai 1919 wird oftmals als der Beginn einer chinesischen Renaissance dargestellt. Dies ist insofern möglich, als mit der Rezeption der westlichen Moderne ein geistiger Umgestaltungsprozess einsetzte, der bis heute nicht beendet ist und sich unter die damaligen Schlagworte "Mr. Science" und "Mr. Democracy" zusammenfassen lässt. Ahnherr des neuen Denkens ist der Vater der modernen chinesischen Literatur, Lu Xun (1881 bis 1936). Er ist der Schöpfer der modernen Erzählung, des modernen Essays, des modernen Prosagedichts und vor allem einer modernen Sprache und Weltanschauung. Beispielhaft ist seine "Wahre Geschichte des Herrn Jedermann" (1921/22), in welcher er den Charakter "seines" typischen Chinesen entwirft, der nach oben buckelt, aber nach unten tritt. Was Sprachkraft und scharfes Denken angeht, ist Lu Xun bis heute im chinesischen Sprachraum unübertroffen. Gleichwohl beginnt sein Einfluss seit 1992 zu sinken, weil das erstarkende China sich nicht mehr einen Sklavencharakter als seinen Wesenszug nachsagen lassen möchte.

Wenn wir in einem Atemzug mit Lu Xun von einer Mutter der modernen chinesischen Literatur sprechen wollen, so wäre die Autorin Bing Xin (1900 bis 1999) zu nennen, mit der die Frauenliteratur in China einsetzt. Sie war die erste Schriftsteller-Persönlichkeit, die in jungen Jahren befähigt war, mit Hilfe der sogenannten Umgangssprache moderne Gedichte zu verfassen und die bislang gültige Schriftsprache aus der Lyrik zu verweisen. Ihre in ihren Erzählungen veranschaulichte Philosophie der Liebe ist heute noch von großer Aktualität. Während Bing Xin einen versöhnlichen Feminismus vertritt, ist in Ding Ling (1904 bis 1986) eine radikale Feministin zu sehen, jedenfalls bis zu ihrer vollkommenen Hinwendung zur kommunistischen Sache im Jahr 1942. Berühmt gemacht hat sie ihr "Tagebuch der Sophia" (1928), das auch heute noch vor allem im Westen eine wichtige Rolle unter ihren Leserinnen spielt. Der Tenor ist eindeutig: Nur Frauen verstehen Frauen und bedürfen daher ihrer eigenen Welt. In ihrer Nachfolge haben die großen Erzählerinnen Xiao Hong (1911 bis 1942) und Zhang Ailing (1920 bis 1995) eindringliche Bilder vom bitteren Los der Frauen auf dem Land bzw. in der Stadt entworfen.

Wendung hin zur modernen Erzählkunst

Wie jede Moderne hat auch die chinesische Moderne die Wendung vom klassischen Gedicht zur modernen Erzählkunst vollzogen und damit die Ambivalenz als Stilmittel in die Literatur eingeführt. Die neuen Literaten, die alle Genres und Stilrichtungen des Westens erprobten, sahen sich aber bald in einem Dilemma gefangen: Die erhoffte Befreiung des Individuums blieb aus, der Einzelne war in den Kriegen und Nöten zum Untergang verdammt. Längst vor 1942, also vor Mao Zedongs Aussprache über Kunst und Literatur in Yan'an, hatten daher Schriftsteller eine Aufgabe des modernen Ich, zum Beispiel eine Aufgabe von Subjektivismus oder Modernismus, und einen Übergang zu Realismus und Kollektivismus gefordert. Die Kommunistische Partei Chinas hat die geistigen Tendenzen der Zeit damals lediglich zusammengefasst und um den Aspekt der (blinden) Parteinahme erweitert.

Nach der Beendigung des Bürgerkriegs (1946 bis 1949) beginnt sich China in zwei verschiedene Machtblöcke aufzuspalten, in die Volksrepublik China auf dem Festland und in die Republik China auf Taiwan. Auf beiden Seiten wird die Literatur vom Staat zunächst verwaltet und verfolgt, sodass nur wenige Werke den Geist der Zeit haben überdauern können. Dazu gehört das Stück "Das Teehaus" (1958) von Lao She (1899 bis 1966), ein dramatischer Abgesang auf das China der Moderne, und die Erzählung "Der Neuling in der Organisationsabteilung" (1956) von Wang Meng (Jahrgang 1934), eine systemimmanente Kritik am sozialistischen China. Lao She beging wie viele weitere Schriftsteller Selbstmord, Wang Meng wurde für gut zwanzig Jahre in die Verbannung geschickt. Auch auf Taiwan wurde eine moderne Literatur bekämpft, wenn sie kein Lob, sondern analytische Kritik bot. Die Literatur des vierten Mai war verboten, eine Reihe von Autoren verbüßte eine Haftstrafe.

Die Dinge änderten sich auf beiden Seiten der Taiwanstraße erst mit den Jahren 1979 und 1987. 1979 begann Peking, den Reformkurs in die Praxis umzusetzen, deren treibende Kräfte und Nutznießer auch die Autoren waren. Taipeh hob 1987 das Kriegsrecht auf, sodass die dortigen Schriftsteller heute so frei sind wie im Westen. Das Festland hat jedoch von der neuen Politik mehr profitiert als die Insel,

was die Wahrnehmung von chinesischer Literatur in der ganzen Welt angeht. Die kritische Literatur der 1980er-Jahre, die hauptsächlich in Peking und Schanghai verfasst wurde, führte geradezu zu einem Boom der Sinologie in der Bundesrepublik Deutschland. Man schätzte die politische Diskussion von Chinas Weg seit 1949, die hauptsächlich in der Erzählkunst von den rehabilitierten Autoren geführt wurde, man pries die neue Frauenliteratur, die das weiterhin bestehende Patriarchat beklagte, vor allem aber begeisterte man sich für die neue hermetische Lyrik, die von der nach 1949 geborenen Generation verfasst und an die nachfolgende Generation gerichtet wurde. Zu den inzwischen weltberühmten Namen gehören neben dem erwähnten Bei Dao Gu Cheng (1956 bis 1993), Yang Lian (Jahrgang 1955) oder Duo Duo (Jahrgang 1951). Sie stehen für eine kritische Hinterfragung der chinesischen Geschichte, für eine Suche nach neuen praktikablen Werten und vor allem für die Kreation einer eigenen Sprache.

"Kampagne wider geistige Verschmutzung"

Die "Kampagne wider geistige Verschmutzung" (1983) und die Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 haben nach und nach einen Exodus der bekanntesten Autoren bewirkt. Sie sind jedoch inzwischen mehrheitlich mit neuer Staatsbürgerschaft zurückgekehrt, um an chinesischen Universitäten einer Lehrtätigkeit nachzugehen. Für diese Entscheidung, die auch eine gewisse Toleranz auf Seiten des chinesischen Staates voraussetzte, war das Jahr 1992 ausschlaggebend. Damals hatte Deng Xiaoping (1904 bis 1997), Vater der chinesischen Reform, als erster Staatsmann in der chinesischen Geschichte seinem Volk Reichtum empfohlen: Armut sei kein Ruhmesblatt mehr wie noch unter Mao Zedong, sondern eine Schande, und Reichtum sei nicht weiter zu verachten, sondern eine Ehre.

Weniger Lyrik, mehr Romane

Diese neue Politik wirkte sich zweifach auf die Literaturszene aus: 1. Viele, auch sehr bekannte Schriftsteller gaben das Schreiben auf, um in den Hafenstädten oder Sonderzonen dem Gelderwerb nachzugehen. 2. Die Literatur wurde allmählich Teil des Marktes und damit in gewisser Hinsicht der Politik entzogen. Unter denjenigen, die weiter der Profession des Schriftstellers verpflichtet blieben, setzte ein Schwenk ein: Während die Erzähler mit Rücksicht auf eine weniger anspruchsvolle Leserschaft immer mehr marktorientiert schrieben, schufen die Dichter eine sprachlich und gedanklich höchst komplizierte Gegenwelt. Die Folge liegt auf der Hand: Die Lyrik – von Essay und Drama gar nicht zu sprechen –, wanderte an den gesellschaftlichen Rand, und die Erzähler begannen die Verlage und Buchhandlungen zu dominieren. Dieses Phänomen lässt sich nicht nur in China feststellen, es gilt inzwischen auch verallgemeinert für den Weltmarkt.

Belletristik-Autoren wie Mo Yan (Jahrgang 1956) oder Yu Hua (Jahrgang 1960) haben inzwischen ihre eigenen Agenten und verkaufen die Rechte an ihren Werken über amerikanische Agenturen in die ganze Welt. Beide lieben das Deftige und bevorzugen eine schnelle Schreibe. Allerdings muss man Autoren wie ihnen bescheinigen, dass sie sich immer noch ernsthaft mit gesellschaftlichen Belangen der chinesischen Gegenwart auseinandersetzen. Dies gilt weniger für die neue Pop-Literatur, die von den Medien herkommt und im Internet erprobt wird, bevor sie in den Druck geht. Hier sind Sex and Crime, Spaß und Konsum bevorzugte Themen. Vor allem junge Frauen sind ihre Verfasser, denen – so will es die Presse – inzwischen Kultstatus unter der Jugend nachgesagt wird. Trotz literarischer Dürftigkeit finden auch diese ihre Übersetzer und namhafte Verlage zum Beispiel in Deutschland. Ob China oder hierzulande: Die Auflagen sind in allen genannten Fällen sehr hoch, und zwar so sehr, dass Trittbrettfahrer gern beliebig viele Fortsetzungen schreiben.

Dass der chinesische Büchermarkt noch nicht ganz zum Spielball rein materieller und medialer Interessen geworden ist, ist den Dichtern zu verdanken, die eher im Ausland als im Reich der Mitte rezipiert werden. Im Gegensatz zu den Erzählern, die sich entweder der Tradition oder dem Mediengesetz verpflichtet haben, ist ihre Ästhetik überwiegend von der westlichen (Post-)Moderne geprägt. Ihre Werke erscheinen daheim nur in kleinen Auflagen bei kleinen Verlagen und sind oft von

den Produzenten selber (mit-)finanziert. Die internationale Literaturszene dagegen hofiert sie in gewisser Hinsicht. Einladungen zu bedeutenden Literaturfesten, Publikationen in angesehenen Literaturzeitschriften oder gar großen Verlagen sind keine Seltenheit mehr. Namen wie die der Dichterin Zhai Yongming (Jahrgang 1955), 2007 zu Chinas bestem "Dichter" gekrönt, wie die von Ouyang Jianghe (Jahrgang 1956), Wang Jiabin (Jahrgang 1957) oder Xi Chuan (Jahrgang 1963), die alle der sogenannten posthermetischen Schule zugeschlagen werden, sind mittlerweile im Ausland bekannter als in ihrer Heimat.

Während auf dem Festland durch die Verlage und Verleger noch eine gewisse Zensur ausgeübt wird – bestimmte Themen sind tabu –, haben die Autoren auf Taiwan und in Hongkong sowie Macau ihre schriftstellerische Freiheit noch nicht hinreichend für die Sache der chinesischen Literatur zu nutzen gewusst. Was auf dem Festland nicht geschrieben werden kann, hier könnte es zu Papier gebracht und auch verlegt werden. Gleichwohl lässt sich die eine oder andere bedeutende Persönlichkeit unter den Schriftstellern ausmachen, so zum Beispiel der (post-)moderne Leung Ping-kwan (Liang Bingjun, Jahrgang 1949) aus Hongkong oder die feministische Hsia Yü (Xia Yu, geb. 1956) in Taipeh. Beide vertreten eine kosmopolitische Haltung, die einmal Schule machen könnte.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Musikalisches Leben in China

Von Dr. Lena Henningsen

1.10.2009

Lena Henningsen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sinologie der Universität Heidelberg. Zu ihren Forschungsinteressen zählen neben der chinesischen Musik die gegenwärtige Literatur und Populärkultur des Landes. Aktuelle Publikationen: Copyright Matters: Imitation, Creativity, and Authenticity in Contemporary Chinese Literature, Berlin 2010; Hrsg.: Leben andernorts – Geschichten aus dem chinesischen Alltag, Bochum 2009.

Musik in China ist häufig sehr eng an ihren historischen, sozialen und politischen Kontext gebunden. Propaganda-Stücke aus der Blütezeit des Kommunismus werden auch heute noch gespielt. Neben diesen lokalen, mitunter auch nationalen Ausprägungen hat sich aber längst eine globale Popszene etabliert.

"Musik" und "Freude" – die chinesische Sprache verwendet für diese beiden Begriffe dasselbe Schriftzeichen. Musik in China (wie auch unsere "westliche" Musik) ist also nicht nur ein klangliches Phänomen, sondern eng an ihren historischen, sozialen und politischen Kontext gebunden. Was aber ist unter "chinesischer Musik" zu verstehen? Musik von chinesischen Komponisten, auch wenn diese vielleicht gar nicht in China leben und eine Ausbildung in westeuropäischer Musik haben? Oder Musik, die in China geschrieben wurde? Was ist dann aber mit der Musik der muslimischen Minderheit oder mit der Musik von Immigranten? Musik, die in China gespielt und gehört wird – also auch die Sinfonien von Beethoven und die Songs von Madonna? Musik auf chinesischen Instrumenten, auch wenn es ein Wiener Walzer auf der chinesischen Kniegeige ist? Oder Musik in chinesischer Tonsprache? Kann man überhaupt von der einen chinesischen Tonsprache reden?

Da Musik in China mehr ist als nur die Summe verschiedener Tonsprachen, ist der folgende Beitrag dem musikalischen Leben in China gewidmet. Hierbei sollten wir zwei Grundannahmen im Hinterkopf behalten: 1) Musik ist meistens politisch und damit nur aus ihrer spezifischen sozialen Funktion heraus zu verstehen – sowohl in China als auch andernorts. 2) Musik ist stets flüchtig, im Wandel und im Austausch mit (vermeintlich) fremden musikalischen Traditionen. Im Falle der Musik aus China bedeutet dies einen Austausch sowohl zwischen höfischen und "hohen" mit volkstümlichen und als niedrig wahrgenommenen musikalischen Formen, aber auch zwischen als chinesisch und als nicht-chinesisch empfundenen musikalischen Traditionen.

Musik im traditionellen China

Es ist überliefert, dass Musik seit ihrem Ursprung in China eine wichtige Rolle gespielt hat, über den Klang der frühen Musik allerdings ist nur wenig bekannt. Schon damals wurde ein enger Zusammenhang zwischen Kunst und Politik gesehen: Es herrschte die Überzeugung, dass die "richtige" (also gute) Kunst ein effizientes Herrschaftsinstrument sein kann. So beschreibt der konfuzianische Philosoph Xunzi (ca. 298 bis 238 v.Chr.) Musik als das "sinnvollste Regierungsinstrument", mit dem die legendären Könige Harmonie in der Gesellschaft schufen: "Die Musik bewegt die Menschen tief in ihrem Inneren und verändert sie rasch. Umsichtig gaben ihr die legendären Könige eine eigene, angemessene Form. Solange die Musik das Extrem meidet, lebt das Volk zufrieden und ohne vom rechten Wege abzukommen. Solange die Musik gesetzt ist, ist das Volk ausgeglichen und nicht aufständisch. Solange das Volk friedlich und ausgeglichen ist, sind die Truppen stark, die Stadtmauern stehen fest, und die Feinde [werden] es nicht wagen anzugreifen." Musik ist hier Teil ritueller Handlungen, die beide der Erziehung und Regierung des Volkes dienen. Gleichzeitig ist die Musik damit eng an kosmische Vorstellungen geknüpft. Diese konfuzianische Auffassung von Musik sollte

die nächsten Jahrhunderte prägen.

Klanglich herrschte im vormodernen China große Vielfalt – zugleich gab es große Unterschiede zu den europäischen Musiktraditionen: Tonalität, die verwendeten Instrumente und die musikalischen Formen sind ausschlaggebend hierfür.

Tonalität: Die zwölf Halbtöne der Oktave waren in China schon vor der Zeitenwende bekannt, die chinesische Musik ist dennoch größtenteils pentatonisch aufgebaut. Ein unterschiedliches Klangbild gegenüber der europäischen Musik entsteht durch die unterschiedlichen Funktionen einzelner Intervalle: Während in Europa – vereinfacht gesagt – große oder kleine Terzen das Klangbild prägen, sind es in China die Quarten und Quinten. Hieraus ergeben sich die fünf Modi "gong", "shang", "jiao", "zhi" und "yu". Zum Teil sind diese pentatonischen Skalen um die in unseren Ohren "fehlenden" Töne zu einer siebenstufigen Tonskala erweitert, sodass sie auf den ersten Blick den kirchlichen Tonarten ähneln. Eine Gleichsetzung dieser Tonsysteme wäre aber irreführend, da die Funktionen der Intervalle sich unterscheiden – und damit auch die Melodiegestaltung.

Instrumente: Chinesische Musik wird auf einer Vielzahl von Schlag-, Blas-, und Saiteninstrumenten gespielt, von denen hier nur ein Ausschnitt der Saiteninstrumente wiedergegeben werden kann. Diese Instrumente verdeutlichen, wie stark auch das vormoderne musikalische Leben vom Austausch mit Nachbarvölkern lebte. So kam die bis heute beliebte viersaitige Laute Pipa (ein Solo- und Ensemble-Instrument) aus Mittelasien oder Indien nach China. Die zweisaitige Kniegeige Erhu (das bekannteste Instrument aus der Familie der Streichinstrumente) hat wohl persische Ursprünge und ist vor 1.000 Jahren nach China gelangt. Nahe Verwandte sind die Gaohu und die in der Peking-Oper verwendete Jinghu. Sowohl Pipa als auch die Erhu (wie auch zahlreiche andere Instrumente) wurden über die Jahrhunderte stets weiterentwickelt – die letzten großen Reformen fanden im frühen 20. Jahrhundert statt, als Reformeure wie Liu Tianhua (1895 bis 1932) sich darum bemühten, die Stimmung der Instrumente so zu verändern, dass sie kompatibel mit westlichen Instrumenten wurden und seither in Begleitung eines Sinfonieorchesters gespielt werden können. Auch reformierte Liu die Spieltechniken der Erhu in Anlehnung an diejenigen der Violine. Das wohl "chinesische" Instrument schlechthin ist die Guqin ("altes Instrument") oder auch nur Qin. Diese siebensaitige Wölbbrettzither gibt es bereits seit mehr als 2.000 Jahren. Sie erfreute sich zunächst an den Höfen großer Beliebtheit, und ein Repertoire an Kunstmusik entstand. Im Laufe der Zeit entwickelte sie sich mit ihrer ausgefeilten Technik und ihrer symbolhaften Klangsprache zu dem Instrument der chinesischen Gelehrten – daher werden diese auf chinesischen Gemälden oft mit dem Instrument abgebildet. Heute gibt es nur noch eine kleine Zahl von Musikern, die das Instrument spielen und die vor allem in der Lage sind, die komplizierte Notenschrift des Qin-Repertoires zu "lesen". Eine Verwandte der Qin ist die Zheng (oder Guzheng), die früher 13 bis 16, heute in der Regel 21 bis 25 Saiten umfasst. Dieses Instrument ist aufgrund seines vergleichsweise großen Klangvolumens sowohl in der Ensemblesmusik als auch als Soloinstrument beliebt. Die Guzheng gelangte im achten Jahrhundert als Instrument der Hofmusik nach Japan und ist dort unter dem Namen Koto bekannt. Wie sich an diesen exemplarischen Instrumenten zeigen lässt, fanden Austauschbewegungen also nach China und auch aus China hinaus statt.

Musikformen: Die musikalischen Formen lassen sich nach Besetzung, aber auch nach Anlässen unterscheiden. So umfasst die traditionelle chinesische Musik Stücke für Solo und Ensemble. Neben Volksliedern gab es rituelle und religiöse Musik (neben der "staatstragenden" konfuzianischen auch Musik aus daoistischen oder buddhistischen Klöstern, die z.B. bei Beerdigungen und Hochzeiten gespielt wurde und wird), Straßenmusik in der Regel von blinden Erhu-Spielern, aber auch gänzlich funktionale Musik wie die Erkennungslieder von Scherenschleifern und anderen fahrenden Händlern, die so über die Mauern der Anwesen hinweg auf ihre Dienste aufmerksam machen konnten.

Darüber hinaus existierte (und existiert) eine Vielzahl regional unterschiedlicher Formen des Musiktheaters – bei uns oftmals unter den Begriffen "chinesische Oper" oder "Peking-Oper" bekannt. Das chinesische Theater ist schon früh von Musik geprägt gewesen. Hier haben sich Musik, Literatur, Tanz, Darstellung sowie in einigen Formen auch Akrobatik gleichermaßen entwickelt und zu einem

Bühnengeschehen vereinigt. Die Peking-Oper (Jingju) entstand im Laufe des 18. Jahrhunderts und erlebte ihre Blüte im 19. Jahrhundert, als verschiedene Operntruppen aus Anhui und Hubei am Kaiserhof in Peking auftraten und in gemeinsamen Aufführungen aus ihren unterschiedlichen Operntraditionen eine gemeinsame Form entwickelten. Die Peking-Oper ist gekennzeichnet durch vier Charakter-Typen, die an ihren aufwändigen Kostümen und z.T. ihren geschminkten Gesichtern erkennbar sind: die männlichen Sheng-Rollen, die weiblichen Dan, die geschminkten männlichen Jing sowie die Chou-Clown-Rollen. Aufführungen der Peking-Oper (wie auch anderer Lokal-Opern) können sich über mehrere Tage hinziehen. Da Frauen im 18. und 19. Jahrhundert das Auftreten verboten war, wurden weibliche Rollen traditionell von Männern gespielt – große Berühmtheit erlangte Mei Lanfang, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts seinen eigenen Stil prägte und auf einer Amerika-Reise mit seiner Darstellung sogar den US-Schauspieler Charlie Chaplin beeindruckte.

Musikalischer Wandel im 20. Jahrhundert

Schon vor Beginn des 20. Jahrhunderts war europäische Musik nach China gelangt. So hatten bereits die jesuitischen Missionare im 17. Jahrhundert die Musik ihrer Zeit im Gepäck. Im 19. Jahrhundert kamen Militärmusik und die Musik der Missionare, vor allem Hymnen nach China, die weitreichenden Einfluss ausübten. Angesichts der Wahrnehmung der Schwäche der chinesischen Nation fanden Modernisierungsbestrebungen auf technischen Gebieten ebenso statt wie auf kulturellen: Dahinter stand die Auffassung, dass China zu einer Stärkung seines Platzes im Nationengefüge nicht nur eine schlagkräftige Armee benötigte, sondern auch Lieder und Hymnen, um die Soldaten und die Bevölkerung zu motivieren. Aufgrund ihrer machtpolitischen Überlegenheit dienten hier die europäischen (und amerikanischen) Lieder als Vorbild. Modernisierung bedeutete also eine Orientierung an "westlichen" Vorbildern – wenngleich dahinter eigentlich eine traditionelle Auffassung von der Rolle der Musik stand: dass Musik dabei helfen kann, das Volk zu formen.

Im Zuge dieser musikalischen Modernisierung entstanden in China im frühen 20. Jahrhundert Institutionen modelliert nach westlichen Vorbildern: Konzerthallen, Orchester, Institute zur Musikerziehung an den neu gegründeten Hochschulen (sowie das Schanghai Konservatorium, das 1927 von Cai Yuanpei ins Leben gerufen wurde), Musikgesellschaften und -zeitschriften. Hier stand das Repertoire der europäischen klassischen Musik (einschließlich der Musik des ausgehenden 19. Jahrhunderts) auf dem Programm. Die Akteure dieses Wandels hatten zum Teil selber im Ausland Musik studiert. Darüber hinaus fanden sich eine Reihe von Missionaren sowie Exil-Musikern (vor allem aus Russland, später dann auch Juden aus den von den Nazis beherrschten Regionen in Europa), die insbesondere in Schanghai, aber auch in Peking wirkten. Das traditionelle chinesische Repertoire stand zunächst im Hintergrund, wurde es doch als niedere Straßen- oder als feudale Musik wahrgenommen, das mit an Chinas prekärer Lage schuld war. Musiker, Musikerzieher und Gebildete wie der bereits erwähnte Liu Tianhua versuchten sich an einer moderaten Reform der chinesischen Musiktradition, indem die Instrumente der westlichen Tonskala angepasst wurden und indem sie begannen, ein zeitgemäßes Repertoire zu komponieren, während das Repertoire zuvor aus Improvisation entstanden war. Die chinesische Musiktradition wurde so im Rahmen des europäischen Vokabulars und europäischer Institutionen neu positioniert – mit dem erklärten Ziel, die eigene Tradition nicht aufzugeben. Während diese Reformkräfte damals eine Minderheitenposition einnahmen, ist ihr Einfluss nicht zu unterschätzen, denn ihre Bemühungen prägen bis heute den Umgang mit der traditionellen Musik Chinas.

Daneben gelangte aber auch amerikanische Jazz-Musik nach China, und es entstand der chinesische Schlager. Außerdem drängten sich westliche Schallplattenfirmen auf den chinesischen Markt – Musik war nicht nur klingendes Phänomen, sondern auch Handelsware. Gar nicht so anders als im China des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist dieser Industrie ein gewaltiger Transfer von Musik (Jazz, Hollywood-Musik, klassische europäische Musik) zu verdanken sowie der Erfolg und Starkult um Künstler wie den bereits erwähnten Mei Lanfang. Denn gerade Platten mit chinesischer Oper erwiesen sich bei den chinesischen Kunden als besonders beliebt.

Mit dem Krieg gegen Japan wurde das musikalische Leben stärker politisiert: Komponisten wie Xian Xinghai (1905 bis 1945) und Nie Er (1912 bis 1935) schufen mit Stücken wie der "Gelben Fluss-Kantate" einen Musikstil, der ab 1942 von Mao als orthodox festgeschrieben wurde: Eine moderne nationale chinesische Musik sollte aus der Kombination des Besten von chinesischer und westlicher Musik entstehen. Auch hier wird der Anspruch erhoben, Musik habe sich explizit politischen Zielen unterzuordnen. Mit Gründung der Volksrepublik China 1949 erhielt dieser Stil von "pentatonischer Romantik", d.h. der Verbindung von chinesischen pentatonischen Melodien und spätromantischer Harmonik, quasi Gesetzeskraft. Geradezu mustergültig sind hier die Modellstücke (yangbanxi), die während der Kulturrevolution die einzig zugelassenen Bühnenstücke waren, aber auch Propagandalieder wie das Lied "Der Osten ist rot" (Dongfang hong), das während dieser Zeit den Status einer inoffiziellen Nationalhymne besaß.

Musikalisches Leben im gegenwärtigen China

Mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik kam verstärkt nach dem Ende der Kulturrevolution anglo-amerikanische Rock- und Pop-Musik nach China. Aber auch andere Formen westlicher Musik, insbesondere das Repertoire der europäischen Klassik und Moderne fand großes Interesse: in den Musikhochschulen und auf Konzertbühnen. Eine wichtige Rolle bei dieser Ausbreitung "westlicher" Musik spielte der Schwarzmarkt, auf dem entsprechende Einspielungen zunächst auf Kassetten, heute als illegal gepresste CDs verkauft werden. Während Rock nach wie vor ein Randphänomen ist, hat sich eine starke chinesische Pop-Musik-Industrie entwickelt – im Geschäftsmodell am "westlichen" Vorbild orientiert (einschließlich Talentshows wie dem extrem erfolgreichen "Super-Girl"-Wettbewerb), in Text und Melodien am Geschmack des chinesischen Publikums.

Neben der Pop-Szene existiert aber auch reges Interesse an europäischer klassischer Musik, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass gerade in den Städten viele Kinder Geige, Klavier oder ein anderes westliches Instrument erlernen. Auch die traditionellen chinesischen Instrumente erfreuen sich großer Beliebtheit – im Sommer 2009 strahlte das chinesische Fernsehen eine Talentshow aus, in der sich hauptsächlich junge Musiker präsentierten, die derzeit an den nationalen Musikhochschulen studieren. Die Show, die sich über mehrere Wochen in der Ferienzeit erstreckte, erinnerte sowohl an ein reguläres Vorspielen als auch an die Talentshows der Pop-Musik-Szene. Das kommerziell erfolgreiche Modell scheint hier also interessierte Nachahmer gefunden zu haben.

Die Propaganda-Musik aus der Blütezeit des chinesischen Kommunismus existiert allerdings weiterhin: So treffen sich Laienchöre in den Parks, um die Lieder ihrer Jugend zu singen, ein paar Meter weiter musizieren Peking-Oper-Liebhaber oder Anhänger italienischer Opernarien. Eine ironische Brechung erfährt dieser Eindruck im Werk des bildenden Künstlers Dai Hua, der in seinem großformatigen Bild "Ich liebe den Tiananmen-Platz" ("Wo ai Beijing Tiananmen", 2006) den zentralen Pekinger Platz in der putzigen Optik eines Computerspiels darstellt (inklusive einer Yellow Submarine, den Mario Brothers, einem freundlichen Jiang Zemin, der die Losung "der Kunst dienen" ausgibt (als Wortspiel der allgegenwärtigen Propaganda-Formel "dem Volk dienen"), sowie offenbar gut gelaunten Volksmassen, die ihrem politischen Führer Deng ein fröhliches "Guten Tag Xiaoping" entgegenrufen). Titelgebend ist hier ein Propagandalied, das vielen Chinesen aus dem Schulunterricht bekannt ist. Vermutlich weniger ironisch gemeint ist die Musik, die zu jeder vollen Stunde auf dem Vorplatz des Pekinger Hauptbahnhofs erschallt: "Der Osten ist rot".

Das heutige musikalische Leben in China ist also wohl am besten beschrieben als Teil einer globalen musikalischen Szene und einer globalen Musikindustrie – mit durchaus lokalen, mitunter auch nationalen Ausprägungen.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Frauenrechte in China

Von Dr. Astrid Lipinsky

1.10.2009

Dr. Astrid Lipinsky ist Universitätsassistentin für chinesisches Recht & Frauen/Gender an der Universität Wien, hat für deutsche und UN-Frauenorganisationen in China und Deutschland gearbeitet und an der Universität Bonn mit einer Studie über den Chinesischen Frauenverband promoviert.

Frauen und Männer sind in der Volksrepublik gleichberechtigt. So steht es in der chinesischen Verfassung. Doch es gibt erhebliche Unterschiede, je nachdem, ob die Frauen in den großen Metropolen wie Peking und Schanghai oder auf dem Land leben – mit teils katastrophalen Auswirkungen.

Zu den politischen Konstanten Chinas gehört die Selbstbeschreibung als sozialistisches Land. Zu einem solchen gehören – vergleichbar mit der DDR – die Emanzipation, die außerhäusliche Berufstätigkeit und die Gleichberechtigung der Frauen.

Erste Verortung der Frauenrechte: im Gesetz

Die chinesischen Kommunisten kritisierten das 1930 in der Republik China verabschiedete Familienbuch als traditionalistisch und als viel zu komplex für Chinas Wirklichkeit. In ihren Sowjetrepubliken setzten sie ab 1931 eine Reihe von Ehebestimmungen in Kraft, die das Vorbild lieferten für das Ehegesetz von 1950, das erste nationale Gesetz der Volksrepublik China nach ihrer Gründung.

Im Ehegesetz veränderte sich die Rechtsstellung von Frauen gegenüber dem kaiserlichen China grundlegend:

- Frauen wurden nicht mehr von ihren Familien verknüpelt, sondern wählten ihren Ehepartner selbst.
- Die Verheiratung von Minderjährigen (Kinderbräute) und der Brautkauf waren verboten.
- Jeder Mann durfte nur eine Frau haben und umgekehrt, das Konkubinat wurde abgeschafft.
- Frauen konnten nicht mehr einfach verstoßen werden, sondern hatten das Recht auf Scheidung.
- Frauen hatten Anspruch auf eigenes Vermögen, auch bei Scheidung, und auf die Kinder.
- Witwen (und Geschiedenen) war es freigestellt, wieder zu heiraten.

Das Gesetz war einfach formuliert, und zunächst reisten Vertreterinnen des Frauenverbands durchs Land und machten zusätzlich dafür Werbung. Damit war es vorbei, als es zu einer Scheidungswelle kam – die Mehrzahl der Scheidungswilligen waren Frauen. Dass dieser Umstand für die Männer und ihre Familien nicht einzusehen war, wo "sie doch für die Frau teuer bezahlt hatten", wurde nie thematisiert, und auch nicht, wie die Ehwirklichkeit aussah, wenn Frauen nur das eine Ziel hatten, nämlich dieser Ehe zu entkommen.

Außergesetzlich: Gewalt in Ehe und Familie

In der sozialistischen Ehe konnte es keine häusliche Gewalt geben. Erst 1990 veröffentlichte der Chinesische Frauenverband Untersuchungsergebnisse, nach denen in China nicht anders als weltweit ein knappes Drittel der ehelichen Beziehungen gewalttätig sind und 94 Prozent der Gewaltopfer Frauen. Seitdem fordern Frauen ein eigenes Gesetz zur Verhinderung und Bestrafung häuslicher Gewalt, das es bis heute so nicht gibt. Zwar finden sich grundsätzliche Verbote im Frauenrechtsschutzgesetz (2005, siehe unten) und im aktuellen Ehegesetz von 2001. Letzteres gewährt auch bei Scheidung aufgrund von ehelicher Gewalt einen Entschädigungsanspruch. Nirgendwo ist aber definiert, was häusliche Gewalt umfasst. Für Betroffene gibt es einzelne lokale Telefon-Hotlines, aber nur eine Handvoll Schutzhäuser im ganzen Land.

Die Frauenverbandszahlen sind eher im Ausland bekannt als in China selbst. 2001 haben sämtliche Staats-Fernsehsender, auch die der Provinzen, die Serie "Mit Fremden spricht man nicht" gebracht, in der das Opfer eine Lehrerin und der Täter ein erfolgreicher Arzt ist, das Umfeld städtisch und der Fluchtort eine besonders entwickelte südchinesische Metropole. Chinas auf dem Lande lebende Frauenmehrheit brauchte sich nicht angesprochen zu fühlen. Von der (fast ausnahmslos männlichen) Dorfführung können sie keine Hilfe erwarten.

Zurück zu den Anfängen: Chinas Ehegesetze

Als die Kulturrevolution endete, waren das Ehegesetz von 1950 und sein Inhalt in Vergessenheit geraten. Man formulierte 1980 also eine vollständige Neufassung, deren wichtigste Ergänzung die Verpflichtung der Eheleute zur Familienplanung war. Das Gesetz stärkte, wohl mit erzwungenen Polit-Ehen im Blick, das Scheidungsrecht und die emotionale Grundlage, die in keiner Ehe fehlen sollte.

Seit den 1990er-Jahren nimmt Chinas Scheidungsrate tatsächlich zu, seit dem Inkrafttreten neuer Eheregister-Bestimmungen im Jahr 2003, die das Scheidungsverfahren erleichtern, mit zweistelligen jährlichen Zuwachsraten. Ein wichtiger Scheidungsgrund ist der Ehebruch der Männer. Obwohl Bigamie bei Strafe verboten ist (§ 258 chinesisches Strafgesetzbuch), bemisst sich beruflicher Aufstieg am Aushalten einer oder mehrerer sogenannter Zweitfrauen (chin. "Ernai"), eventuell mit eigener (zweiter) Familie.

Obwohl ihr Mann schon lange bei einer anderen Frau lebt und sie auf der Grundlage der Nichterfüllung des ehelichen Zusammenlebens die Scheidung einklagen könnten, verschweigen viele Frauen lieber, dass ihr Mann sie verlassen hat, und finanzieren Familienunterhalt und Kindererziehung allein.

Der Gleichberechtigungsgrundsatz in China

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein unverrückbares Grundprinzip Chinas und seiner Rechtsordnung und steht bisher in jeder der vier Verfassungen seit 1949, heute geltend in Artikel 48 der Verfassung von 1982.

Um zu unterstreichen, dass die Gleichberechtigung einerseits politischen Veränderungen nicht unterworfen ist und andererseits nicht nur ein gesetzliches Recht, sondern auch ein unveränderlicher Leitsatz der nationalen Politik ist, wurde die Gleichberechtigung im Vorfeld der vierten Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking stattfand, unter die unabänderlichen politischen Leitsätze (chin. "jibenguoce") aufgenommen. Dazu gehören neben der Gleichberechtigung die Geburtenplanung, der Schutz des landwirtschaftlich genutzten Bodens oder der Umweltschutz.

Der Quasi-Verfassungsrang der Frauenrechte

1992 erließ China das Frauenrechtsschutzgesetz, in dem alle gesetzlichen Rechte von Frauen zusammengefasst sind. Gleiche Rechtsschutzgesetze gibt es in China für Behinderte, Kinder und Alte. Das Rechtsschutzgesetz für Frauen wurde zuletzt 2005 um Verbote der sexuellen Belästigung (§ 40) und der häuslichen Gewalt (§46) sowie ihrer Verfolgung von Amts wegen erweitert. Der Frauenverband bezeichnet dieses Gesetz gerne als "Chinas Frauenverfassung". In der Gesetzeshierarchie steht es direkt unter der Verfassung über den Spezialgesetzen wie dem Ehegesetz. Es ist aber nicht bekannt, dass sich chinesische Gerichtsurteile auf das Frauenrechtsschutzgesetz bisher berufen hätten.

China und internationale Frauenrechtsabkommen

China gehört zu den ersten Unterzeichnerstaaten des UN-Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen (CEDAW), das 1980 ratifiziert wurde. Die verlangten Fortschrittsberichte reicht China jeweils fristgerecht ein. Jahrestage der vierten Weltfrauenkonferenz ("Peking + 5", "Peking + 10") werden mit eigenen Evaluierungen begangen. Anlässlich der vierten Weltfrauenkonferenz und gleichzeitig in Erfüllung der Forderung nach nationalen Aktionsplänen hat China das erste Frauenentwicklungsprogramm (1995 bis 2000) und darauf folgend das nächste (2001 bis 2010) aufgelegt. Das UN-Verfahren der statistischen Kennziffern und Zielzahlen kommt der chinesischen Vorliebe für statistische Abmessungen sehr entgegen; entsprechend ausführlich fallen etwa die chinesischen CEDAW-Staatenberichte von jeweils über hundert Seiten auch aus. An Verfahren, wie etwa den Status der Frauen am prozentualen Anteil der Krankenhausgeburten zu messen, beteiligt sich die Volksrepublik gerne. Das Frauenentwicklungsprogramm wird allerdings schon für seinen Titel kritisiert, der suggeriert, dass Frauen entwicklungsbedürftig sind.

Frauenrecht im chinesischen Frauenleben

Das Frauenrechtsschutzgesetz verbietet die pränatale Geschlechtsauswahl und die Abtreibung weiblicher Föten, das Infantizid an Mädchen durch Ertränken und Aussetzen sowie die Misshandlung der Mütter von Töchtern. Das Beispiel (Art. 38) zeigt sehr anschaulich den Charakter von frauenbezogenen Gesetzen und auch, warum sie regelmäßig neu gefasst werden müssen. Die Gesetze, auch das Ehegesetz, geben in einfacher Sprache eher reaktiv einen Überblick über akute gesellschaftliche Probleme. So hat die Anzahl ertrunkener Mädchen auffällig zugenommen: also wird das Ertränken ausdrücklich verboten. Weder fachjuristische Ausdrucksweisen noch Abstrahierungen zu allgemeingültigen Prinzipien sind erkennbar. Ihr konkreter Charakter erschwert jedoch die Verwendung der Gesetze vor Gericht: Was ist beispielsweise, wenn eine Großmutter ihre Enkeltochter versehentlich erstickt?

Wer seine Tochter oder Enkelin tötet, kann nach dem Strafgesetzbuch für Mord mit dem Tode bestraft werden. Selbst die hohe und auch so verhängte Strafe hat an der Bevorzugung von Söhnen nichts geändert. Das chinesische Geschlechterverhältnis hat sich zu Lasten der Mädchen verschoben; es werden zwischen 118 und 160 Jungen auf 100 Mädchen geboren.

Seit 1980 wurden in Chinas Großstädten die Geburten unterschiedlich streng beschränkt. Anfang der 1990er-Jahre ist auch in den Dörfern die strikte Begrenzung auf maximal zwei Kinder je Paar vorgeschrieben. Die erste nationale gesetzliche Regelung gab es allerdings erst mit dem Bevölkerungs- und Geburtenplanungsgesetz von 2001, das im September 2002 in Kraft trat. Formal macht das Gesetz die Familienplanung zur Aufgabe beider Eheleute; in der Praxis ist aber die Verhütung ausschließlich Frauensache. Objekt der Kontrolle mit den vierteljährlichen Pflichtuntersuchungen sowie von Sterilisationen sind erneut die Frauen. Das Verbot an die Männer, sich wegen der Geburt einer Tochter oder wegen der Sterilisation der Ehefrau scheiden zu lassen (um neu heiraten und Vater werden zu können) wird nicht durchgesetzt. Praktisch liegt es in der Alleinverantwortung der Frau und Mutter, durch eine (gesetzlich verbotene) Ultraschall-Geschlechtsbestimmung die Geburt eines Sohnes zu

garantieren; der entsprechende gesellschaftliche Druck ist massiv.

Der Staat spricht sich zwar gegen die Bevorzugung von Jungen aus, hat aber keine Maßnahmen ergriffen, um vor allem im ländlichen China für gleiche Rechte von Töchtern zu sorgen:

- Viele kommen nicht in den Genuss des neunjährigen kostenlosen Pflichtschulbesuchs.
- Dorfeltern erhalten für jeden Sohn ein Stück Hausbauland zugewiesen, für Töchter nicht.
- Töchter haben keinen Anspruch auf Pachtland am Geburtsort. Wenn sie, wie üblich, im Heimatdorf des Mannes heiraten, haben sie auch dort nur indirekten Zugriff auf Land über ihren Ehemann. Stirbt dieser oder lässt sich scheiden, bleibt den Frauen nichts. Dörfer berufen sich auf ihre Satzung, die den Landbesitz von Frauen ausdrücklich ausschließt, obwohl das Dorfboden-Pachtgesetz von 2002 den gleichberechtigten Anspruch auf Land betont.
- Die entsprechende Regelung treffen viele städtische Betriebe bei der Verteilung von Wohnungen, die in den vergangenen Jahren günstig zum Eigentumserwerb zugewiesen werden – aber nur an männliche Beschäftigte. Die Begründung ist, dass Frauen ja über ihre Ehemänner zu einer Wohnung kommen würden.
- Die Registrierung jeder Eheschließung, die vor allem Frauen vor Zwangsheiraten und Minderjährigheiraten schützen könnte, wird nicht durchgesetzt.

Frauenrechte im Alter

2009 soll das Pensionsalter aller weiblichen Angestellten der Hauptstadt Peking von 55 auf 60 Jahre angehoben werden, und damit auf das Rentenalter der Männer. Gleiches plant Schanghai. Damit wird eine jahrelange vergebliche Forderung des Frauenverbands erfüllt, dessen Untersuchungen gezeigt hatten, dass Frauen aufgrund ihres früheren Pensionsalters ab einer bestimmten Gehaltsstufe nicht mehr befördert wurden. Jedoch zeigt sich hier auch, dass national gewährte Frauenrechte jeweils mit lokalen Durchführungsbestimmungen modifiziert werden können; hier: in den Bestimmungen zur Umsetzung der Städte Peking und Schanghai zum (nationalen) Frauenrechtsschutzgesetz. Die Altersdiskriminierung ist in der Privatwirtschaft noch deutlicher: Das offizielle Rentenalter für Frauen von 50 Jahren wird häufig um weitere fünf Jahre unterschritten.

Große Teile der Landbevölkerung haben keinerlei Alterssicherung. Deshalb hat der Staat mehrfach die gesetzliche Verpflichtung der Kinder zum Altersunterhalt ihrer Eltern (§ 21 EheG) verschärft. Damit nimmt der Gesetzgeber gleichzeitig die Schwächung der Familie und Stärkung der einzelnen Mitglieder zugunsten einer familiären Sozialgemeinschaft zurück, die dem traditionellen Vorbild entspricht.

Traditionen, die Frauen benachteiligen, leben vor allem außerhalb der Städte weiter. Sie sind stärker, je ärmer die Gegend ist und je geringer die Frauen gebildet sind. Wo Armut herrscht, können sich die Familien mit dem Verkauf ihrer Töchter sanieren; Arme, die sich für den Brautkauf auf Jahre verschuldet haben, können die Frauen auch gewaltsam zum 'Abarbeiten' ihrer Schulden zwingen.

Die neuerdings erlaubte Land-Stadt-Mobilität ist eine Chance zur Befreiung, die viele junge Frauen ergreifen. Anders als allein im Familienhaushalt finden viele Fließbandarbeiterinnen gemeinsam häufig die Chance zum Lernen, Geldsparen und zu neuer Selbstständigkeit. Vielleicht lernen sie sogar, die staatlichen Arbeitsgesetze, die sie umfassend schützen, positiv für sich zu nutzen.

Frauen vom Lande haben die sozialistische lebenslange Beschäftigung nie kennengelernt und

vermissen sie deshalb auch nicht. Der Frauenverband ermuntert Städterinnen, die mit Ende 30 arbeitslos werden, zur ehrenamtlichen Stadtviertelarbeit oder zur Arbeit als private Haushaltshilfe.

Quellen

- Chinesische Staatenberichte zu CEDAW (engl.) (<http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/cedaw20/china.htm>)
- Chinesische Gesetze in deutscher Übersetzung von Frank Münzel (<http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/>)
- White paper on Gender Equality and women's development in China (engl.) vom 24-08-2008 (http://www.chinadaily.com.cn/china/2005-08/24/content_536125.htm)
- Die arbeitsrechtliche Situation marginalisierter Arbeiterinnen und die Herausbildung eines Rechtsbewusstseins, von Tong Xin (PDF-Datei) ([http://eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/TongXin%20\(2004\)-deutsch_09-09-24.pdf](http://eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/TongXin%20(2004)-deutsch_09-09-24.pdf))



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Gesellschaft im Umbruch

Von Prof. Dr. Thomas Heberer

1.10.2005

Prof. Dr. Thomas Heberer, geb. 1947, Professor für Politik Ostasiens am Institut für Ostasienwissenschaften und am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte: Politischer und sozialer Wandel in China, die politischen Kulturen Chinas, Fragen der Nationalitätenpolitik sowie verschiedene Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung.

China ist ein Land im Umbruch; während in den Städten die Moderne Einzug gehalten hat und die Wirtschaft wächst, leben auf dem Land Millionen Chinesen in Armut.

Die Wirtschaftsreformen haben in China zu sozialen Verwerfungen geführt. Durch die Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung im ländlichen Raum drängten überschüssige Arbeitskräfte (schätzungsweise 100 bis 150 Millionen Menschen), die im Agrarsektor nicht mehr benötigt wurden, in die berufliche Selbstständigkeit und zugleich in den städtischen Raum hinein. Um diesen Druck zu mildern, erlaubte der Staat Mitte der 1980er Jahre den zeitweiligen Aufenthalt ländlicher Arbeitskräfte in den Städten. Damit lockerte er das Haushaltsregistrierungssystem (chin.: Hukou-System), das Bauern seit den 1950er Jahren untersagte, ohne behördliche Genehmigung vom Land in die Stadt zu ziehen, eine Maßnahme, die die Städte stabilisieren und die Landflucht verhindern sollte. Ländliche Handwerker, Händler und Wanderarbeiter füllten nun das Vakuum an Dienstleistungen und billigen Arbeitskräften. Sie bildeten zugleich den Kern für die Entstehung und die rasche Entwicklung eines privaten Wirtschaftssektors, der schließlich von der politischen Führung akzeptiert wurde und die Basis für marktwirtschaftliche Strukturen darstellte. Mit über 90 Prozent aller Unternehmen und circa 50 Prozent aller Beschäftigten hat sich dieser Sektor in jüngster Zeit am dynamischsten entwickelt und trägt maßgeblich zu den hohen Wachstumsraten Chinas bei. Es bildete sich eine Klein-, Mittel- und Großunternehmerschaft, die nicht nur wirtschaftlich, sondern zunehmend auch gesellschaftspolitisch aktiv wurde.

Die rasche Wirtschaftsentwicklung und die Einbindung in den Weltmarkt förderten zugleich die Entstehung einer Schicht von akademisch gebildeten Fachkräften und damit einer wichtigen Gruppe der städtischen Mittelschichten. Die Bedeutung von technisch und akademisch Gebildeten in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist ebenfalls deutlich gestiegen. Seit den 1990er Jahren ist ein Hoch- oder Fachhochschulabschluss Voraussetzung für leitende Partei- und Regierungsfunktionen von der zentralen bis auf die Gemeindeebene. Von daher haben sich auch die politischen Eliten von der zentralen bis zur lokalen Ebene verändert: Sie sind besser ausgebildet und nicht mehr revolutions-, sondern modernisierungsorientiert.

Wachsende Ungleichheiten

Die neue soziale Differenzierung ist Ergebnis des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Strukturen und den damit verbundenen Gewinnmöglichkeiten. Wachsende gesellschaftliche Arbeitsteilung, das Nutzen von Marktchancen und Marktlücken, die Möglichkeiten, die privates Unternehmertum bietet, aber auch illegale Tätigkeiten und Korruption sind die Ursachen für wachsende soziale Ungleichheit und gewaltige Einkommensunterschiede.

Diese zeigen sich vor allem zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb der urbanen und ländlichen Schichten. Betrug die Einkommensdifferenz zwischen den 20 Prozent der Bevölkerung mit höchstem und den 20 Prozent mit niedrigstem Einkommen 1990 noch etwa das Vierfache, so belief sie sich 2004 bereits auf fast das 13fache. 1990 hatten die 20 Prozent Haushalte mit niedrigstem Einkommen noch einen Anteil von neun Prozent am Gesamteinkommen, 1998 nur noch von 5,5. Umgekehrt stieg der Anteil der 20 Prozent Haushalte mit den höchsten Einkommen im gleichen Zeitraum von 39 Prozent des Gesamteinkommens auf etwa 52 und überstieg 2003 sogar die 80-Prozent-Grenze. Da ein Großteil der Einkommen statistisch nicht erfasst ist, sind die Einkommensunterschiede in der Realität noch wesentlich größer als statistisch ausgewiesen.

Die wachsende Ungleichheit schlägt sich auch im Bewusstsein der Bevölkerung nieder. Chinesische Umfragen in verschiedenen Städten im Jahre 2003 haben ergeben, dass lediglich 1,5 Prozent der Befragten der Meinung waren, die Reformen hätten sich positiv für die Arbeiterschaft ausgewirkt. 59 bzw. 55 Prozent vertraten die Ansicht, sie hätten hauptsächlich den Funktionären bzw. den Privatunternehmern Vorteile gebracht. Auch unter den städtischen Arbeitern ist der Unmut in den letzten Jahren gewachsen. Ein Grund ist die soziale und materielle Unsicherheit vor allem in den alten Industrieregionen, in denen ein Großteil der Staatsunternehmen zusammengebrochen oder zahlungsunfähig ist. Bei vielen, die offiziell als "von ihrem Posten Freigestellte" bezeichnet werden, handelt es sich tatsächlich um Arbeitslose ohne jegliche materielle Versorgung. So muss der Staat sich zunehmend mit Ausbrüchen sozialer Frustration und Kriminalität auseinandersetzen.

Soziale Sicherung

In staatlichen Unternehmen und Ämtern hatte der Aufbau eines sozialen Netzes für die Beschäftigten bereits in den 1950er Jahren begonnen. Dieses umfasste Krankheits- und Unfallfürsorge, Geburtshilfe und Mutterschutz, Versorgung bei Arbeitsunfähigkeit, Altersversorgung und andere Sozialleistungen.

Der ökonomische Umbau der Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft seit Anfang der 1980er Jahre hat zu einer Krise des Sozialsystems geführt und zugleich die ökonomische Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit notwendig gemacht. Staatsbetriebe, die für die soziale Versorgung ihrer Beschäftigten zuständig waren, sind teilweise zusammengebrochen oder nicht mehr in der Lage, für medizinische und Rentenleistungen aufzukommen. Die soziale Versorgung von Teilen der städtischen Bevölkerung ist somit nicht mehr gewährleistet. Dazu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit auf Grund von Betriebsstilllegungen und Personalabbau. Zwischen neun und zwölf Millionen Personen, die seit 1997 jährlich aus dem Staatssektor ausscheiden, benötigen einen neuen Arbeitsplatz - neben den ohnehin zehn bis zwölf Millionen Schulabgängern pro Jahr. Das Wegbrechen der Sozialversorgung ist ein wichtiger Grund für die wachsenden Proteste im urbanen Raum.

Auch im ländlichen Raum nimmt die soziale Unsicherheit zu. Zwar war die Landbevölkerung im Gegensatz zu den Stadtbewohnern seit jeher benachteiligt. Für sie gab es keine staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung, kein Rentensystem und auch keine sonstigen staatlichen Sozialleistungen. In den 1960er Jahren hatte sich der Staat lediglich um die Einführung eines Systems genossenschaftlicher Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum bemüht, um zumindest eine medizinische Grundversorgung sicherzustellen. Doch mit der Dekollektivierung reduzierten sich die vorher von den Kollektiven wahrgenommenen sozialen Aufgaben. Heute können sich immer weniger Bauern die stetig teurer werdende Gesundheitsversorgung leisten. Wer ernstlich krank wird und der

Behandlung bedarf, muss sich irgendwo Geld beschaffen, häufig von illegalen Geldverleihern, die dafür Wucherzinsen verlangen.

Die Reform der Krankenversicherung sieht vor, dass die Unternehmen künftig sechs Prozent der Gesamtlohnsumme in einen Fonds einzahlen, die Beschäftigten zwei Prozent ihres Lohnes bzw. Gehalts auf Individualkonten. Auf diese Weise werden individuelle Versicherungskonten gebildet. Die Unternehmen legen Obergrenzen für die Ausgaben der Gesundheitsversorgung fest. Wird diese Grenze überschritten, so müssen die jeweiligen Beschäftigten einen Teil dieser Kosten selbst tragen. Die Krankenversicherung soll die Grundversorgung sicherstellen, wobei die Beschäftigten zugleich Zusatzversicherungen abschließen sollen.

Ende 1999 gab es amtlichen Angaben zufolge einen Arzt auf 616 Einwohner. Damit nimmt China eine Spitzenposition in Asien ein und liegt etwa auf dem Niveau von Ländern mit mittlerem Einkommen. Allerdings gibt es gravierende Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Regionen.

Demographie und Altersversorgung

Die Altersversorgung war schon immer Aufgabe der Familie, primär der Söhne, da die Töchter in andere Familien hinein heirateten und damit nach chinesischem Verständnis nicht mehr für die Versorgung der betagten Eltern zuständig waren. Diese Sachlage erklärt den Wunsch nach Söhnen besonders im ländlichen Raum. Doch dieser Mechanismus funktioniert dort nicht mehr, weil die jungen Leute in die Städte abwandern und der Anteil der alten Menschen durch steigende Lebenserwartung und die Folgen der Ein-Kind-Politik wächst.

In China vollzieht sich die Alterung der Gesellschaft schneller als im Weltdurchschnitt. Im Jahr 2000 waren über zehn Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt. Absolut problematisch dürfte es zwischen 2025 und 2040 werden, wenn zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung älter als 60 sein werden. Wie dann die Altersversorgung finanziert werden soll, weiß bislang niemand.

Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe

Seit 1999 sind von allen Unternehmen Arbeitslosenbeiträge (circa zwei Prozent der Gesamtlohnsumme) in einen Fonds einzuzahlen. Die Beschäftigten tragen mit einem Prozent ihres Lohnes bzw. Gehalts dazu bei. Wer mindestens ein Jahr lang Beiträge gezahlt hat, kann Leistungen in Anspruch nehmen. Nach fünf Jahren Einzahlung besteht ein Anrecht auf zwölf Monate Zahlung von Arbeitslosengeld, nach zehn Jahren auf 18 Monate.

Es dürfte allerdings noch geraume Zeit bis zur Installierung eines landesweiten, funktionstüchtigen Arbeitslosenversicherungssystems dauern. Bisher sind die Mittel für reguläre Arbeitslosengelder nicht vorhanden. Der Staat vermag lediglich eine Art Beihilfe zur Lebenshaltung zu geben. Ein höheres Maß an Arbeitslosigkeit würde den Staatshaushalt erheblich belasten. Das Fehlen einer funktionstüchtigen Arbeitslosenversicherung ist zugleich ein wichtiger Grund für die Bedenken der Bevölkerung gegenüber der Beschäftigungsreform.

Eine der zentralen Aufgaben der städtischen Nachbarschaftsviertel (Shequ) besteht in der Gewährleistung eines Minimums an sozialer Sicherheit. Die wachsende Arbeitslosigkeit und Zunahme sozialer Unsicherheit waren ein wesentlicher Grund für die Einführung von Sozialhilfe per Dekret des Staatsrates im Jahr 1999.

Sie sollte den Stadtbewohnern einen minimalen Lebensstandard garantieren. Die Überprüfung der Bedürftigkeit und die Vergabe der Mittel, die von den Ämtern für Zivilverwaltung zur Verfügung gestellt werden, wurden den Einwohnerkomitees, den Leitungsorganen der Nachbarschaftsviertel, übertragen. Der Staat entledigte sich damit dieser brisanten Aufgabe und hat die Vergabe der Sozialhilfe "bürgernah" in die Wohnquartiere der Betroffenen hinein verlagert.

Damit werden von Einwohnerkomitees Aufgaben übernommen, die in Deutschland von Vereinen, kirchlichen Organisationen, Behörden (Arbeits-, Sozialamt) oder der Volkshochschule getragen

werden. Alternative Träger von Wohlfahrt und Sozialem fehlen bislang in China. Der Schwerpunkt der sozialen Arbeit der Komitees liegt auf Wohlfahrtsarbeit und sozialer Fürsorge (Unterstützung von Kranken, Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Behinderten) und der Geburtenplanung sowie auf der Organisierung von Freizeitaktivitäten sportlicher und kultureller Art, überwiegend für Ältere.

Lage der Landbevölkerung

Die KPCh hat 1949 mit Hilfe der Bauernschaft die Städte erobert. Nach Gründung der Volksrepublik entwickelte sich die KPCh indessen zu einer städtischen Partei, die von der Stadt aus ab Mitte der 1950er Jahre die Landwirtschaft kollektiviert. Den ideellen Ausgangspunkt dafür bildete der von Mao erdachte Entwicklungsweg einer Industrialisierung auf Kosten der Bauernschaft. Dieses Vorgehen verlangte gewaltige Opfer von den Bauern. Der Staat beseitigte zunächst die bestehenden Solidaritätsstrukturen (Clans) in den Dörfern, um die Bauern dann in die von den Parteiorganisationen kontrollierten kollektiven Strukturen einzubinden. Dieses gipfelte in der Errichtung von Volkskommunen Ende der 1950er Jahre. Die Folge dieser Entwicklung war eine permanente Auseinandersetzung zwischen der Bauernschaft und dem Staat bzw. der Parteiführung als Repräsentantin der Städte, die letztlich mit einem Teilsieg der Bauern endete. Die Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung und der Umbau zu einer Marktordnung durch die Wirtschaftsreformen haben ihnen größere Freiheit und Mobilität gebracht.

Noch immer leben circa 70 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum. Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind ein wichtiger Faktor für die Unzufriedenheit großer Teile der ländlichen Bevölkerung und die Landflucht. Offiziellen Angaben zufolge betragen die städtischen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen Ende 2004 9422 Yuan (circa 940 Euro), die ländlichen 2936 Yuan (etwa 294 Euro) - ein Verhältnis von mehr als 3:1. Nachdem die Landwirtschaftsreform ab Ende der 1970er Jahre zu einem schnelleren Anstieg der ländlichen gegen-über den städtischen Einkommen geführt hatte, verlief die Entwicklung ab Ende der 1980er Jahre in die entgegengesetzte Richtung. Würden versteckte Einkommen sowie Subventionen für die städtische Bevölkerung (etwa im Sozialbereich) einbezogen, stände die Landbevölkerung im Vergleich noch schlechter da.

Für das Zurückbleiben der ländlichen gegenüber den städtischen Einkommen sind verantwortlich:

- der Rückgang der staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft,
- der Preisanstieg von Industrieprodukten, die für die Landwirtschaft benötigt wurden und
- die Belastung durch wachsende Steuern und Abgaben für die lokalen Regierungen.

Unzufrieden ist die Landbevölkerung zudem mit der Bodenfrage. Allein im Jahre 2003 hat China offiziellen Angaben zufolge über 2,5 Millionen Hektar Anbaufläche verloren, eine Fläche, die größer ist als das Bundesland Hessen. Die Verlustraten nehmen seit den 1990er Jahren spürbar zu. Dies hat vor allem mit der Umwandlung von Agrarflächen in nicht landwirtschaftlich genutzte Areale zu tun, Folge der Verstädterung, Industrialisierung und des Ausbaus von Verkehrswegen.

Dazu kommt die Ausplünderung der Bauernschaft durch lokale Funktionäre. Häufig requirieren diese im Namen der "Urbanisierung" oder "Industrialisierung" Boden und veräußern diesen an Unternehmen oder Immobilienspekulanten, um die dadurch erwirtschafteten Einnahmen für sich zu behalten. Für Bodenverluste werden die Bauern häufig gar nicht oder nur unzureichend entschädigt. Dagegen wächst der Widerstand, der häufig von lokalen Behörden brachial gebrochen wird.

Diese stehen selbst unter Druck und geben ihn weiter: Seit den 1980er Jahren verlangen die Führungen auf zentraler und Provinzebene von den lokalen Behörden die Modernisierung der Städte, Kreise und Gemeinden. Entwicklungserfolge oder -misserfolge wirken sich direkt auf Einkommen und Karriere

lokaler Funktionäre aus. Wer erfolgreich bei der lokalen Entwicklung ist, der wird materiell belohnt (Geld- oder Sachprämien) und kann in der Kaderhierarchie aufsteigen. Wer versagt, bezahlt dies mit Einkommenseinbußen und einem Karriereknick.

Für den geforderten Entwicklungsschub erhalten die lokalen Behörden keine zusätzlichen Finanzmittel. Vielmehr erwachsen ihnen zusätzliche Kosten durch die personelle Überfrachtung der Verwaltungen, die immer mehr Gehaltszahlungen nach sich zieht. Dies ergibt sich einerseits aus der kostenträchtigen Doppelstruktur von Partei- und Staatsorganen; andererseits gelangen aufgrund persönlicher Beziehungen immer wieder neue Kräfte in den Beamtenapparat. Ein Funktionärsposten verspricht nicht nur Macht und Pfründe, sondern auch einen relativ sicheren Arbeitsplatz mit Prestige. Die Kreise und Gemeinden geraten so zunehmend in die Schuldenfalle. 2004 trugen Dörfer, Gemeinden und Landkreise einen Schuldenberg von circa 600 bis 800 Milliarden Yuan (ca. 60 bis 80 Milliarden Euro) vor sich her.

Verschärft wird die Situation durch den Zusammenbruch vieler staatlicher Unternehmen, die bislang die Haupteinnahmequellen für die lokale Ebene (Gemeinden) waren. Da die meisten Steuereinnahmen nach oben abgeführt werden müssen, war der wachsende Finanzbedarf nur aus der verbliebenen lokalen Wirtschaft und der Auferlegung von Zusatzsteuern für die Bauernschaft zu befriedigen.

Der Prozentsatz an Steuern und Abgaben erhöhte sich bis Mitte der 1990er Jahre auf über 30 Prozent der bäuerlichen Einkommen. Unruhen in den ländlichen Gebieten, Bauern, die Parteibüros in den Kreisstädten attackierten, ließen die Parteiführung aufschrecken. Die Zentralregierung versucht seither, die Gebühren und Abgaben einzudämmen. Doch fanden und finden die lokalen Verwaltungen immer wieder Wege, diese Bestimmungen zu umgehen. So änderten sie beispielsweise die Bezeichnungen für Gebühren, erhöhten die Stundenzahl für die unentgeltliche Arbeit der Bauern, boten Dienstleistungen nur noch über Zahlungen "freiwilliger" Gebühren an oder belegten bäuerliche Unternehmer mit Sondersteuern.

Die Parteiführung hat zwar 2004 beschlossen, die Agrarsteuer schrittweise abzuschaffen. Das Grundproblem - die ungenügende Ausstattung der lokalen Ebene mit Finanzmitteln bei gleichzeitig wachsender Funktionärszahl - bleibt gleichwohl bestehen.

Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft, vor allem im Zuge des WTO-Beitritts, führt zu stärkeren regionalen Unterschieden - je nach der Qualität der vorhandenen Infrastruktur sowie der Nähe zu globalen oder regionalen Märkten. Die Weltbank schätzt, dass zwischen 2005 und 2020 etwa 300 Millionen Bauern in städtische Räume abwandern werden. Die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Land beziffern chinesische Arbeitswissenschaftler auf 150 bis 300 Millionen Menschen. Viele strömen auf der Suche nach Arbeit und höheren Einkommen in die urbanen Räume. Dazu kommen jährlich rund zehn bis 13 Millionen Menschen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten.

Einer Erhebung des Statistischen Landesamtes Chinas zufolge sollen 2003 114 Millionen Landbewohner in den Städten tätig gewesen sein, rund 23 Prozent aller ländlichen Arbeitskräfte. Ihre Beschäftigung im städtischen Raum gilt als ein zentraler Faktor zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land, weil diese Personengruppe einen Großteil ihres Einkommens in die Heimatkreise sendet. Von daher handelt es sich auch um eine Maßnahme zum Armutsabbau und zur Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land.

Ländliche Arbeitskräfte arbeiten in den Zentren unter wesentlich schlechteren Bedingungen als ihre städtischen Kollegen. Dazu gehören ein Arbeitstag von mindestens zwölf Stunden, eine 7-Tage-Woche, in der Regel geringere Löhne, keine soziale Sicherung sowie Defizite im Arbeitsschutz und in der Arbeitssicherheit. Auch werden sie häufig diskriminiert. So erhalten sie von städtischen Unternehmern die Löhne vielfach verspätet oder gar nicht ausgezahlt. Eine landesweite Untersuchung der chinesischen Regierung im Jahre 2004 ergab, dass den ländlichen Wanderarbeiterinnen und -arbeitern Lohnzahlungen in Höhe von rund 36 Milliarden Euro vorenthalten worden waren.

Wachsende Konflikte

Der rasche und tief greifende Wandlungsprozess hat eine Fülle von sozialen Problemen mit sich gebracht, die für die politische Führung eine große Herausforderung bedeuten. So haben der Umbau der Eigentumsstruktur (in Richtung Privatwirtschaft) und das Bemühen um größere Effizienz der Unternehmen zur Schließung von Betrieben und zu Personalabbau geführt. Das noch unzureichende Netz sozialer Versorgung hat für viele davon betroffene Familien massive materielle Probleme mit sich gebracht. Dazu kommt die im gesamten System weit verbreitete Korruption, seit Jahren größte Quelle der Unzufriedenheit unter der Bevölkerung.

Chinesische Berichte zeigen, dass die Menschen sich zunehmend gegen Willkür lokaler Behörden zu wehren beginnen. Dies belegt beispielsweise ein Untersuchungsbericht über die Provinz Sichuan. Danach suchen immer mehr Menschen die Auseinandersetzung mit staatlichen oder politischen Leitungsgremien und nutzen die amtlichen Beschwerdeinstanzen. Die Zahl der Petitionen, Sitzstreiks vor Ämtern und nicht genehmigten Demonstrationen ist gestiegen - ebenso zugenommen haben Übergriffe auf Behörden, Verkehrsblockaden, Streiks sowie Proteste von Clans, ethnischen Minderheiten und religiösen Gruppen.

Besonders problematisch entwickelt sich das Verhältnis zwischen Funktionären und Bevölkerung. Umfragen in einzelnen Provinzen ergaben, dass nur fünf Prozent der Befragten die Beziehungen als sehr gut empfanden und 66 Prozent äußerten, die Beziehungen hätten sich insgesamt verschlechtert.

Gesellschaftliche Vereinigungen

Die Dynamik wirtschaftlicher Veränderung hat dazu geführt, dass sich traditionelle Formen sozialer Organisation und Kontrolle zu lösen begannen. Neben den Dorfstrukturen betraf das auch die Danwei, die "Arbeitseinheit", also den öffentlichen Betrieb (Fabrik, Behörde, Lehranstalt), dem jemand angehört. Die Danweis waren für das gesamte Leben, auch die soziale Sicherung ihrer Beschäftigten, zuständig. Als die Ideologie der Partei, die zur Erklärung sozialer Verhältnisse und sozialer Veränderungen nicht mehr taugte, ihre bewusstseinslenkende Rolle verlor, bildeten sich neue soziale Gruppen und Interessenorganisationen heraus, die auf Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen drängen.

Seit den 1980er Jahren entstanden Berufsverbände, Umwelt- und soziale sowie andere Interessenorganisationen. Es kam zu einer Vielzahl unternehmerischer Vereinigungen auf dem Land, aber auch zu einer Wiederbelebung traditioneller Organisationen. So bildeten sich auf lokaler Ebene Landsmannschaften, Clans, religiöse Vereinigungen (Untergrundkirchen), Geheimgesellschaften und Sekten. In den Städten begannen sich Bauern auf der Grundlage gleicher Interessen ebenfalls zu solchen traditionellen (und inoffiziellen) Organisationen und Interessenvereinigungen zusammenzuschließen. Auf dem Tianwaitan-Markt in Peking zum Beispiel stammten in den 1990er Jahren 70 Prozent der Händler aus Yiwu in der Provinz Zhejiang. Sie kontrollierten nicht nur einen Großteil des Großhandels mit kleinem Alltagsbedarf, sondern waren auch als landsmannschaftlicher Interessenverband organisiert. Solche Landsmannschaften beziehen meist gleiche Wohnquartiere und bilden auf diese Weise relativ geschlossene Migrantengemeinschaften. Vereinigungen dieser Art existieren in China mindestens seit der Song-Zeit (circa 10. Jahrhundert) und haben stets eine große Rolle im urbanen Leben gespielt.

Die Gründung wissenschaftlicher, beruflicher, fachlicher, künstlerischer oder sozialer Vereinigungen und von Hobby-Vereinen ist seit den 1980er Jahren gesetzlich erlaubt. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen sehen allerdings vor, dass Vereine staatlicher Kontrolle zu unterliegen haben. Sie müssen sich über eine "Trägerinstitution" anmelden, zum Beispiel über eine offizielle Stelle oder ein öffentliches Unternehmen. Mit dem formalen Antrag auf Anerkennung eines Vereins übernehmen diese Trägerinstitutionen zugleich die formelle Schirmherrschaft und Aufsichtspflicht. 2004 soll es bereits weit über 100.000 offiziell registrierte nichtstaatliche Vereinigungen gegeben haben.

Seit Mitte der 1990er Jahre entstand in China eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (Non governmental organizations, NGOs), die zwar durch den Staat kontrolliert, nicht aber direkt von ihm finanziert wurden. Durch die Zulassung versprach sich die politische Führung bürgernahe Lösungen

für als weniger wichtig angesehene Politikfelder und neue Ansätze für Problemlösungen, ohne die Überwachung durch die örtlichen Funktionäre vollständig aufzugeben. Die Organisationen widmen sich Themen wie der Ökologie und dem Arten- oder Konsumentenschutz; sie übernehmen Beratungstätigkeiten - etwa für ländliche Wahlen. Sie vertreten Randgruppen wie Homosexuelle oder Aidskranke. Homosexuelle Beziehungen, die seit Gründung der Volksrepublik tabuisiert waren und streng verfolgt wurden, finden seit den 1980er Jahren im gesellschaftlichen Leben größere Akzeptanz und werden politisch toleriert. Allmählich bildet sich eine "Szene" heraus, die nicht nur im Internet vertreten ist, sondern auch in einer spezifischen "Kneipenszene" in den Großstädten. Teils werden die NGOs direkt von staatlichen Stellen gegründet (so genannte Gongos, government organized NGOs). Daneben gibt es staatlich initiierte Gruppen (beispielsweise für Geburtenplanung und Armutsbekämpfung). Die Gruppen besetzen also gesellschaftliche Räume, in die der Staat nicht eingreift, soweit er diese Organisationen nicht als politische Bedrohung ansieht.

Medien und Internet

In China gibt es mehr als 2000 Tages- und Wochenzeitungen sowie circa 3000 Rundfunk- und Fernsehstationen. Der Markt hat ganz neue Strukturen der Medienlandschaft geschaffen. Heute müssen sich vor allem die Printmedien stärker an den Interessen ihrer Kunden orientieren, um auf dem umkämpften Markt überleben zu können. Abgesehen von den Parteizeitungen sind politische Inhalte dadurch stärker in den Hintergrund getreten. Presse und Fernsehen berichten zunehmend auch über lokale Skandale, Korruptionsfälle und Ungerechtigkeiten. Sie werden allerdings nach wie vor strikt kontrolliert und zensiert, was ihre Berichterstattung sowie Kontrollfunktion deutlich einengt.

Die meisten städtischen und ländlichen Familien verfügen bereits über ein eigenes Fernsehgerät. Die größeren Tageszeitungen und Magazine stehen den Beschäftigten in der Regel in der Arbeitseinheit zur Verfügung. Ausgesprochen populär sind die vielen Abendzeitungen, die sich besonders um marktgerechte Informationen bemühen.

Alternative Informationsmöglichkeiten bietet das Internet. In den Städten besitzen immer mehr Menschen einen eigenen Computer und haben damit Zugang zum Internet. 2005 gab es in China über 100 Millionen Internetnutzerinnen und -nutzer. Einer chinesischen Untersuchung von 2003 zufolge nutzten 46 Prozent das Netz zur Informationsgewinnung, 32 Prozent zur Unterhaltung.

Nicht wenige Wissenschaftler in und außerhalb Chinas sehen das Internet als ein Instrument des politischen Wandels. Auch wenn der Staat sich um eine strenge Kontrolle des Internet bemüht, wächst die Zahl der Internetportale mit Nachrichten und aktuellen Informationen kontinuierlich. Gleichzeitig steigt der Anteil virtueller Gemeinschaften. Immer mehr Menschen beteiligen sich im Internet an politischen Diskussionen (wobei "politisch" nicht mit "regimefeindlich" gleichzusetzen ist) und definieren damit das Verhältnis Staat-Gesellschaft auf ganz neue Weise. Das Internet als zumindest partiell anonymes Instrument schafft eine kritische Öffentlichkeit. Aktive Internetnutzer greifen soziale Ungerechtigkeiten, vertuschte lokale Katastrophen, Straftaten oder Korruptionsfälle auf, informieren darüber und stellen sie zur Diskussion.

Inzwischen sind auch organisierte Formen der Interessendurchsetzung entstanden wie Online-Petitionen (etwa gegen die "Regulierung", das heißt Zensur von Internet-Veröffentlichungen, oder für die Unterstützung der Tian'anmen-Mütter - einer Initiative von Müttern, deren Kinder bei der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung im Juni 1989 ums Leben gekommen waren). Gleichwohl bemüht sich der Staat um Kontrolle des Internets. Vor allem systemkritische ausländische Websites werden blockiert. Neben der Zensur werden zu Abschreckungszwecken von Zeit zu Zeit auch Cyber-Aktivist*innen verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Situation der Frauen

Rechtlich sind Frauen den Männern gleichgestellt. Auch sind weit über 80 Prozent der Frauen im Erwerbsalter (16 bis 55 Jahre) berufstätig. Doch eine tatsächliche Gleichberechtigung setzt sich nur langsam durch. Dies gilt in stärkerem Maße für den ländlichen Raum, zeigt sich aber auch an den politischen Strukturen. In hohen politischen Ämtern finden sich nur wenige Frauen. Erst auf der mittleren Funktionärssebene wird ihr Anteil größer (20 bis 30 Prozent).

Die Mehrheit der Analphabeten der Altersgruppe zwischen 12 und 40 Jahren sind Mädchen und Frauen vom Land. Noch immer gilt eine Schulerziehung für junge Bäuerinnen als unwichtig. Bei Arbeitseinstellungen und Hochschulaufnahmen werden Frauen oftmals benachteiligt. Betriebe wollen vielfach keine Frauen einstellen. Dies wird mit der finanziellen Mehrbelastung der Unternehmen begründet, die durch bezahlten Schwangerschaftsurlaub und durch die Renten entstehen, die Frauen fünf Jahre früher als Männer erhalten. Zudem dürfen Frauen mit Säuglingen oder Kleinkindern keine Nachtschichten fahren. Auch unter den Schulabgängern, die keine Arbeit finden, überwiegt der Anteil an Frauen. Dies führte in Teilen der Bevölkerung zu der Auffassung, Frauen mit Kindern sollten besser zu Hause bleiben und ihren Arbeitsplatz Männern überlassen.

Frauen, so schrieb die zeitgenössische Schriftstellerin Zhang Jie in einem ihrer Romane, müssten doppelt so fleißig, intelligent und energisch sein, um das Gleiche wie ihre männlichen Kollegen erreichen zu können. Frauen mit Erfolg werden argwöhnisch betrachtet. Viele halten sie für aggressiv, kalt und rücksichtslos, ein Zeichen dafür, dass den Frauen berufliche Erfolge von Männern immer noch missgönnt werden.

Der Beitrag erschien zuerst in den Informationen zur politischen Bildung (Heft 289).

Von der Wandzeitung zum Blog

Meinungs- und Gedankenfreiheit in China heute

Von Martin Hala

1.10.2005

In China, dem Land mit den meisten Internetnutzern der Welt, herrscht keine Presse- und Informationsfreiheit. Dennoch existieren vielfältige Blogs mit enormer Reichweite. Martin Hala wirft einen differenzierten Blick auf die chinesische Internetpublizistik.

Das exponentielle, wahrlich phänomenale Wachstum des Internet in China seit Mitte der 90er Jahre hat im Ausland viel Aufsehen erregt. Nach sehr verhaltenen Anfängen hat China das Internet mit Macht für sich entdeckt. Seit 1996 sind kommerzielle Internetdienste verfügbar. Von geschätzten 630.000 Nutzern 1997 wuchs die Online-Bevölkerung auf 137 Millionen, von denen 90,7 Millionen einen Breitbandanschluss haben.[1] Heute kann sich China mit der zweitgrößten Nutzergemeinde der Welt brüsten und wird nur noch von den USA übertroffen. Einer von zehn Internetnutzern weltweit ist Chinese. Auf die Bevölkerungszahl bezogen sind die Zahlen natürlich weniger beeindruckend, ist doch die Marktdurchdringung des Internet in China mit nur 9,9 Prozent weit geringer als in westlichen Industrieländern und sogar bei einigen Nachbarn wie Südkorea und Taiwan. Freilich lässt diese niedrige Rate auch auf künftiges Wachstumspotential hoffen.

Abgesehen von Nachrichtenlektüre und Informationssuche erfreuen sich in China Mailboxnetze, Onlineforen und Blogs einer unvergleichlichen Popularität. Verfügbare Umfragen lassen vermuten, dass die Hälfte der chinesischen Internetnutzer in verschiedenen Online-Foren aktiv ist und etwa ein Drittel in Blogs.[2] Bei beidem haben die Nutzer die Möglichkeit, ohne viel technisches Wissen ihre Ansichten online zu äußern. Mailboxnetze und Foren bieten größere Anonymität, während sich Autoren mit Blogs in stärkerem Maße einen Namen machen können – üblicherweise unter Fantasienamen. Ihre Identität ist aber, wie wir noch sehen werden, zumeist wohlbekannt. Bloggerdienste wurden erstmals 2002 in China eingeführt, blieben jedoch einige Jahre im Schatten der Mailboxnetze und Foren. Den Grund für den steilen Anstieg des Bloggens in China nach 2005 sieht man für gewöhnlich darin, dass in diesem Jahr die meisten Foren, die eine Plattform für freie Meinungsäußerungen boten, geschlossen wurden, was viele Nutzer zu den Blogs trieb.[3]

Spielt das Internet, insbesondere Mailboxnetze, Foren und Blogs, möglicherweise die gleiche Rolle wie früher die ohne Druckgenehmigung im Selbstverlag publizierten Schriften in anderen kommunistischen Gesellschaften, der sogenannte Samisdat? Die Antwort, oder auch nur das Interesse, diese Frage aufzuwerfen, hängt wohl zuallererst damit zusammen, welche Rolle und Wirkung man dem Samisdat beimisst. Eine einfache Antwort scheint es darauf nicht zu geben. Es gibt indes mindestens zwei Hinsichten, in denen sich sinnvolle Vergleiche zwischen den beiden Methoden der Selbstpublikation ziehen lassen, indem man, erstens, Samisdat und Online-Publikation als Formen der Meinungsäußerung betrachtet und, zweitens, als Katalysatoren eines alternativen öffentlichen Raumes.

Selbst mit dieser Einengung wird jeder Vergleich notwendigerweise ein wenig spekulativ bleiben. Aufgrund der Launen der Geschichte können wir nur Hypothesen darüber anstellen, was aus dem Samisdat im Zeitalter der vernetzten Computer geworden wäre. Die ersten Laptops und Desktops

wurden in Mittel- und Osteuropa tatsächlich in der späten Samisdat-Produktion benutzt, aber nur für Grafikdesign und Druck, nicht für den Vertrieb. Ihr Einsatz war in jedem Fall zu marginal und geschah zu kurz vor dem Zusammenbruch des Kommunismus, um daraus irgendeine Schlussfolgerung zu ziehen. Die Internetrevolution kam zu spät, um dem europäischen Samisdat zugute zu kommen.

Tatsächlich wäre allein die Idee des Internet eine Antithese zum Samisdat gewesen, in dem Sinne, dass die Verfügbarkeit eines so durchschlagenden Werkzeugs zur Mitteilung und Verbreitung von Informationen über Grenzen hinweg in jener Art von geschlossenen Gesellschaften, in denen die illegale Selbstpublikation blühte, undenkbar gewesen wäre. Mit anderen Worten, die kommunistischen Regime in Osteuropa hätten das Internet in ihren kleinen Lehnsterritorien niemals zugelassen; falls doch, hätten sie sich in vollständig andere Systeme verwandeln müssen. Und dies ist genau das, was in etwa während des letzten Jahrzehnts in China geschehen ist: Das vernetzte China von heute ist so verschieden vom alten Sowjetblock wie von seiner eigenen maoistischen Vergangenheit. Das Land hat eine gründliche Transformation durchlaufen, welche Vergleiche mit traditionellen kommunistischen Gesellschaften fragwürdig erscheinen lässt. In gleicher Weise hat das Internet alle traditionellen Formen des Samisdat abgelöst, so wie das gegenwärtige chinesische Regime an die Stelle des konventionellen Kommunismus getreten ist.

Unter diesem Vorbehalt lässt sich nun aber trotzdem ein kleiner Vergleich anstellen, der nützlich sein könnte, um einige verbreitete Missverständnisse über die potentiellen sozialen und politischen Auswirkungen des Internet sowie das Wesen der Internetzensur und der Selbstzensur in China zu auszuräumen. Wir brauchen uns dabei nicht auf einen Vergleich mit dem osteuropäischen Samisdat zu beschränken. China kann sich schließlich seiner eigenen Tradition von Untergrundpublikationen und inoffizieller Presse rühmen. Wir sollten daher mit einem kurzen Überblick dieses traditionellen Samisdat im kommunistischen China vor den Zeiten des Internet beginnen.

Gedruckte, geklebte und vervielfältigte Zeitungen: inoffizielle Publikationen in China vor den 90er Jahren

Im kommunistischen China gab es zumindest bis zur Kulturrevolution im Inneren wenig offenen Dissens. Die meisten erklärten Antikommunisten hatten im Gefolge des Bürgerkriegs (1946-49) das Festland verlassen, der Rest wurde – zusammen mit vielen Menschen, die gegenüber dem kommunistischen Regime vollkommen loyal waren – Opfer der gewalttätigen Kampagnen Anfang der 50er Jahre. Tatsächlich gab es so wenig offenen Widerspruch, dass die Behörden ihn 1956 mit einer weiteren Kampagne unter der Parole "Lasst hundert Blumen blühen!" erst bürokratisch fabrizieren mussten, was ihnen letztlich einen kaum erforderlichen Vorwand für eine weitere brutale Repressionswelle lieferte.

Das monströse Scheitern von Maos Wirtschaftsexperiment, bekannt als der "Große Sprung nach vorn" (1958-59), das in den "Drei Jahren der Bitterkeit" (1959-62) schätzungsweise 20 bis 43 Millionen Hungertote kostete, erzeugte schließlich einige Kritik in den Reihen der Partei selbst. Diese Kritik wurde, teilweise kaum verhohlen, in den offiziellen Medien und über reguläre innerparteiliche Kanäle geäußert. Sie schuf Spannungen innerhalb der politischen Elite, die schließlich in der Parteiführung zu offenen Konflikten ausbrachen und während der Kulturrevolution (1966-69, oder, je nachdem, wie man rechnet, 1966-76) beinahe zum Zusammenbruch des gesamten Systems führten.

Es war diese Periode des Aufruhrs, die schließlich inoffiziellen, nichtgenehmigten Meinungsäußerungen die Schleusen öffnete, häufig in Formen, die als Samisdat bezeichnet werden könnten. Der Konflikt innerhalb der Führungsspitze brachte einen Zusammenbruch der Autorität mit sich, wodurch ein latenter Konflikt in der Gesellschaft insgesamt ausbrach, der sich in den vorangehenden 17 Jahren kommunistischer Herrschaft aufgebaut hatte. Das Regime, das nach 1949 an die Macht kam, hatte der im Übrigen sehr homogenen Gesellschaft eine Art "Klassenapartheid" übergestülpt. Alle Bürger wurden nach der "Klassenlinie" (*jieji luxian*) in klar definierte Gruppen ("Klassen") geteilt, die nichts mit ihrer eigenen sozialen Stellung oder politischen Orientierung zu tun

hatten, vielmehr mit der ihrer Familien zur Zeit der Revolution 1949. Diese statische Klassifizierung bestimmte dann die soziale Mobilität eines jeden, selbst wenn er oder sie erst nach 1949 in eine völlig verwandelte Gesellschaft geboren worden waren. Die "Klassenlinie", die von ihren Gegnern während der Kulturrevolution "Blutlinie" (*xuetonglun*) genannt wurde, schuf letztlich eine erbliche Hierarchie, welche die Gesellschaft in weitgehend antagonistische Lager spaltete.

Als aufgrund des Zwistes in der Führung die staatliche Autorität zusammenbrach, kam es zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte, bei denen sich die unterprivilegierten Verlierer dieses Systems mit den privilegierten Gewinnern einen erbitterten Kampf lieferten, der schließlich an einen ausgewachsenen Bürgerkrieg grenzte. Trotz ihrer antagonistischen Interessen nahmen beide Seiten für sich in Anspruch, die wahren Anhänger des Vorsitzenden Mao zu sein und boten beide eine aus Maos häufig obskuren oder nichtssagenden Zitaten und seinen kryptischen "letzten Anweisungen" abgeleitete Rhetorik auf. Sie vermieden es, ihre Interessen klar zu formulieren, und suchten stattdessen in bizarrer Verbalakrobatik Zuflucht, die das allgemeine Chaos und die Verwirrung nur noch steigerte.

Anfänglich wurden Argumente oder, häufiger noch, schlicht Denunziationen und persönliche Angriffe in Form handgeschriebener Wandzeitungen oder dazibao an die Wände geklebt. Schließlich wurden die Argumente etwas ausgefeilter, und die meisten Polemiken bedienten sich halb- oder inoffizieller Zeitungen, die von verschiedenen Fraktionen der Roten Garden auf jeder Seite der "Klassenlinie" (oder "Blutlinie") veröffentlicht wurden. Diese "kleinen Zeitungen" (*xiao bao*) wurden mit einfacher Technik in relativ kleinen Auflagen und unzensiert gedruckt. Die meisten von ihnen gelangten nie über eine primitive, mit hölzerner Rhetorik gespickte Ideologie hinaus, doch Einzelnen, und nach einer Weile auch ganzen Gruppen, gelang es, die besagten Linien zu überschreiten und unabhängige Meinungen zu entwickeln, die nicht mehr unmittelbar irgendeinem der politischen Dogmen der Zeit dienstbar waren.[4]

Diese freien Meinungsäußerungen unterlagen keiner vorherigen Zensur, dennoch bestand natürlich das Risiko, dass sie im Nachhinein verfolgt wurden. Einer der ersten Märtyrer der Bewegung, ein 19-jähriger Student namens Yu Loke, ist im heutigen China als Pionier der Meinungsfreiheit noch in Erinnerung. Er wurde 1966 hingerichtet, weil er ein Büchlein geschrieben und veröffentlicht hatte, in dem er die "Blutlinientheorie" als feudalen Atavismus anprangerte. Ironischerweise wurden viele seiner Ansichten kurz darauf unter den offiziell sanktionierten "Rebellen"-Fraktionen der Roten Garden vorherrschend. Einige dieser Fraktionen formulierten später ihr eigenes Verständnis dessen, was in China vor sich ging, und veröffentlichten es in Form politischer Manifeste oder theoretischer und polemischer Artikel. Diese widerspenstigen Gruppen sollten am härtesten bestraft werden, als Mao Zedong schließlich die Ausmerzung aller unkontrollierbar gewordenen Fraktionen der Roten Garden autorisierte. Die meisten ihrer Exponenten wurden einer Umerziehung durch harte Arbeit in armen, entlegenen Gebieten auf dem Lande unterworfen, wo viele ein ganzes Jahrzehnt ausharren mussten.

Einige ehemalige Rotgardisten tauchten nichtsdestoweniger beim ersten wirklichen Samisdat-Aufschwung, der "Demokratischen Bewegung" (1978-79) nach Mao Zedongs Tod 1976 und Deng Xiaopings schließlich erreichtem Triumph über die verbliebenen Satrapen Maos wieder auf. Gewappnet mit ihrer bitteren Enttäuschung aus der Kulturrevolution und Jahren in der Wildnis ebenso wie mit praktischen Fähigkeiten der Vervielfältigung und anderer Drucktechniken, die sie sich bei den Zeitungen der Roten Garden zehn Jahre zuvor angeeignet hatten, stürzten sie sich in den Publikationswirbel, den Deng Xiaopings Ruf nach einer "Befreiung der Gedanken" (*jiiefang sixiang*) und der "Wahrheitssuche auf Grundlage von Fakten" (*shishi qiushi*) entfesselte. Nach der Flut handschriftlicher dazibaos, die in Xidan, dem Zentrum von Peking, an die Wand geklebt wurden, erschienen die ersten Magazine im Selbstverlag mit Namen wie "Pekinger Frühling" (*Beijing zhi chun*), "Heute" (*Jintian*) etc. Einige von ihnen widmeten sich eher der Politik, andere der inoffiziellen Literatur.[5]

Die bemerkenswerteste Persönlichkeit, die aus dieser Bewegung hervorging, war der ehemalige Rotgardist Wei Jingsheng. Wei verfasste die seinerzeit am besten bekannte Schrift mit dem Titel "Die fünfte Modernisierung" und gab auch ein Magazin im Selbstverlag mit dem Titel "Erkundungen

" (*Tansuo*) heraus. Mit der Klarheit seiner Vision und dem Mut, das Unaussprechliche auszusprechen, ließ er den vorherrschenden, immer noch stark an der kommunistischen Rhetorik klebenden Diskurs seiner Zeit hinter sich. Wo andere noch der offiziellen Politik der "vierten Modernisierung" Lippenbekenntnisse zollten, erklärte er unumwunden, dass ohne eine fünfte Modernisierung, nämlich die Demokratisierung, den anderen der Zweck fehle. Wo andere Deng Xiaoping als Befreier feierten, nannte er ihn durchgängig einen "neuen Diktator".

Der neuen Führung um Deng Xiaoping ging dies schließlich zu weit. Sie hatten mittlerweile ihre neu erworbene Macht konsolidiert und verspürten in ihrem Kampf mit den Überresten der maoistischen Kräfte kein Bedürfnis mehr nach dem Ausdruck populärer Unterstützung. Im März 1979 befahl Deng persönlich die Verhaftung Wei Jingshengs, und binnen eines Jahres war die ganze Bewegung zusammen mit ihren Magazinen zerstreut. Wei wurde in einem Schauprozess zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, die Samisdat-Magazine aufgelöst. Einige von ihnen, wie die erwähnten Magazine "Pekinger Frühling" und "Heute", erschienen später als Auslandspublikationen (*Tamisdat*) im Westen.

Diese Repression setzte dem, was man in China als Samisdat-Publikation bezeichnen könnte, im Wesentlichen ein Ende. Die nächste große populäre Erhebung, die Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens, wurde nicht in nennenswertem Umfang von inoffiziellen Publikationen begleitet. In dieser Zeit arbeiteten die offiziellen Medien weitgehend ohne Zensur, und es bestand wenig Bedarf für eine alternative Presse. Der blutigen Niederschlagung am 4. Juni folgte eine Periode brutaler Repression, die jeden Versuch der Selbstpublikation nahezu unmöglich machte. Chinesische Studenten im Ausland versuchten eine Weile, mit Faxgeräten regierungskritisches Material zurück nach China zu schicken, doch diese neue Technik erwies sich als weitgehend ineffizient.

Als China Mitte der 90er Jahre schließlich wieder aus dem Schatten des Tiananmen-Platzes auftauchte, war es eine andere Gesellschaft. Der neue marktwirtschaftliche Schub, den Deng Xiaoping mit seiner legendären "Inspektionsreise in den Süden" in Gang setzte, hat die Wirtschaft und einen Großteil der Gesellschaft tiefgreifend verwandelt. Tatsächlich hat China damit die notwendige Transformation durchgemacht, die Voraussetzung dafür war, dass dieses nominell kommunistische Land nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur in den beschleunigten Prozess der Globalisierung eintreten, sondern zu einer seiner zentralen Triebkräfte werden konnte. Dieser Wandel machte das Land auch für die sich entfaltende Internetrevolution bereit, obgleich man ihr zunächst mit großem Zögern begegnete. Und es ist diese wirtschaftliche und soziale Transformation, die das chinesische Internet heute so anders macht als die früheren Samisdat-Publikationen in China und Mittel- und Osteuropa. Die Gesellschaft hat sich verändert, und damit ihre Formen der Meinungsäußerung.

Halbvolles oder halbleeres Glas: Freie Meinungsäußerung und Zensur im chinesischen Internet

Dengs Südchinareise 1992 hat für die Chinesen tatsächlich das Blatt gewendet. Nach den lauen Versuchen der 80er Jahre öffnete man sich schließlich rückhaltlos dem Kapitalismus. Das chinesische Volk konnte nun sein lange schlummerndes wirtschaftliches Potential entfesseln und danach streben, seine materiellen Lebensumstände zu verbessern. Reich zu werden war nicht länger tabu – es war plötzlich "glorreich" geworden. Mehr noch, die Menschen konnten nun die Früchte ihrer (und anderer Leute) Arbeit ohne große Einmischung des Staates genießen – sie können im Privatleben beinahe tun und lassen, was ihnen beliebt, solange sie nicht die Torheit besitzen, das Machtmonopol der Partei herauszufordern. Sie müssen nicht einmal mehr die Partei lieben – aber bitte: nicht in der Öffentlichkeit fluchen.

Dieser ideologische Coup war ein riesiger Erfolg. Die Lebenszeit der Kommunistischen Partei, eine der letzten überlebenden, wurde noch einmal verlängert, und die "Massen" haben einen neuen Lebenszweck gefunden. China hat einen frischen Energieschub erhalten und sich auf den langen Marsch in den Wohlstand begeben. Die Prioritäten haben sich ebenso gewandelt wie die Konflikte. Die Fronten von Freund und Feind begannen, sich von Politik und Ideologie zur Wirtschaft zu verlagern.

Für viele Durchschnittschinesen war bald weniger die Drangsalierung durch die Partei Anlass zur Sorge, als die von anderen Staaten verhängten Visa- und Importbeschränkungen. Der Kopfsprung in die Globalisierung führte auch zu einer neuen Weltsicht. Länder, die man zuvor als Modelle zum Nacheifern gesehen hat, sind nun Konkurrenten, die versuchen, Chinas Aufstieg "einzudämmen".

Der wirtschaftliche und geopolitische Aufstieg Chinas nützt nicht jedem, dennoch macht er einen Großteil der Bevölkerung stolz auf die Errungenschaften des Landes. Viele Chinesen mögen sich zynisch über die Kommunistische Partei äußern, aber die Stellung ihres Landes in der Welt ist ihnen sehr wichtig. Sie haben etwas erreicht und möchten, dass die Außenwelt das auch anerkennt.

Dieser neue Stolz und die politische Ambivalenz – häufig auch Gleichgültigkeit – ähneln überhaupt nicht den vorherrschenden Haltungen in Osteuropa vor 1989. Gleiches gilt für die neuen Freiheiten, die im traditionellen Kommunismus unerhört gewesen wären. Die Chinesen reisen und schließen internationale Geschäfte ab, schicken ihre Kinder auf amerikanische, japanische, australische und europäische Universitäten und kaufen Luxusgüter, an die im Ancien Régime nur Topkader herangekommen wären.

Auch der Zugang zu Informationen hat sich geändert. Die chinesischen Medien sind vielen Beschränkungen unterworfen, aber nicht der allumfassenden Zensur, die in den kommunistischen Ländern einst über alles Gedruckte und Gesendete herrschte. Staatliche Zuschüsse für Zeitungen und Magazine wurden gekürzt oder gleich ganz abgeschafft, und die meisten Verleger müssen nun auf dem Markt bestehen oder untergehen. Viele Zeitungen tragen mit populären wöchentlichen Sonderbeilagen oder Tabloidformaten mit marktgängigen Inhalten dem Geschmack des breiten Publikums Rechnung. Ihre Herausgeber navigieren vorsichtig zwischen zwei Seiten, die Druck auf sie ausüben, dem Propagandaministerium auf der einen und den Lesern auf der anderen Seite. Genaue Grenzen des Erlaubten sind nicht immer klar, und viele Journalisten testen unentwegt die Grenzen aus. Ab und zu gerät ein Journalist in Schwierigkeiten, weil er zu weit gegangen ist, aber anders als in den alten sowjetischen oder maoistischen Zeiten verschwinden diese Personen nicht – sie tauchen häufig in einer anderen Zeitung am anderen Ende Chinas wieder auf, mit einer durch die vorangehende Kontroverse gestärkten Position und Reputation. Eine Reihe von Journalisten sind Meister dieses Spiels und können sich fast alles erlauben.

Nur in diesem Klima und wegen dieses Klimas konnte das chinesische Internet überhaupt erst eingeführt werden und dann so schnell wachsen. Die alten kommunistischen Regime hätten kaum mit dem Internet fertig werden können und es aller Wahrscheinlichkeit nach gar nicht erst zugelassen. Das gegenwärtige chinesische System kann mit ihm leben, obwohl die Koexistenz nicht immer leicht ist. Trotz vieler gegenteiliger Vorhersagen[6] hat das Internet keinen abrupten politischen Wandel gebracht und wird dies in naher Zukunft auch kaum tun. Seine Bedeutung und Auswirkungen für die chinesische Gesellschaft liegen woanders.

Das heißt nicht, das chinesische Internet besäße kein subversives Potential. Die Regierung ist sich dessen sehr wohl bewusst und hat ihr Bestes getan, seiner Entfaltung zuvorzukommen. Sie hat mit Hilfe vieler bekannter internationaler IT-Unternehmen ein raffiniertes Blockade- und Filtersystem eingeführt, das in China als "Goldener Schild" (*Jin Dun*) bekannt ist[7] und andernorts gewöhnlich als der Große Chinesische Firewall bezeichnet wird. Das System wurde in mehreren Studien umfassend beschrieben.[8] Diese elektronische Mauer wirkt auf verschiedenen Ebenen. Auf dem Niveau der allgemeinen Infrastruktur filtert sie unerwünschte Inhalte heraus und blockiert automatisch verbotene Web-Adressen durch Suchworte an den Backbones des Internet und bei individuellen Internetanbietern. Auf der zweiten Ebene delegiert es die Zensur an die Anbieter von Internetinhalten, von denen, ganz ähnlich wie von den traditionellen Medien, unter Androhung des Lizenzentzugs erwartet wird, dass sie Selbstzensur üben. Schließlich ist das Internet einer direkten Durchsuchung auf anstößige Inhalte durch die zuständigen Abteilungen des Büros für Öffentliche Sicherheit unterworfen. Wie in den meisten Ländern haben die Strafverfolgungsbehörden das Recht, Computer auf Hinweise strafbarer Handlungen zu durchsuchen, wobei von den chinesischen Behörden häufig

kriminalisiert wird, was andernorts unter die politische Meinungsfreiheit fallen würde. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass eine Berufung auf die verfassungsmäßig verbürgte Meinungsfreiheit hier kaum Aussichten auf Erfolg hat.

Es ist viel über die Komplizenschaft ausländischer Internetunternehmen mit der Zensur in China gesagt worden. Abgesehen von der passiven Beteiligung von Unternehmen wie Cisco, das Router mit der Fähigkeit liefert, Inhalte herauszufiltern, kooperierten Internetgiganten wie Yahoo, Microsoft und Google aktiv mit der chinesischen Regierung. Zweierlei ist in dieser Hinsicht bedenkenswert. Erstens müssen Internetunternehmen natürlich bei ihrer Tätigkeit in China, wie jedes andere Unternehmen im Land, die chinesischen Gesetze einhalten. Angesichts der Besonderheiten der chinesischen Strafverfolgung von gewaltlosen politischen Äußerungen sollten internationale Anbieter von Internetdiensten und -inhalten jedoch sehr vorsichtig sein, welche Dienste sie in China bereitstellen. Human Rights Watch hat mindestens vier Fälle dokumentiert, in denen chinesische Regierungskritiker auf Grundlage von Beweisen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden (Shi Tao, Li Zhi, Jiang Lijun und Wang Xiaoning), die aus ihren von Yahoo bereitgestellten (und offengelegten) E-Mailkonten in China gewonnen wurden.[9] Google hat sich aus eben diesem Grund entschieden, keine chinesische Version seines populären E-Maildienstes Gmail anzubieten.

Zweitens ist es nicht immer chinesisches Recht, dem diese Unternehmen folgen. Google bietet zum Beispiel sein Hauptprodukt, die Suchmaschine, in China an (Google.cn). Die Suchergebnisse von Google.cn sind gefiltert, und man könnte argumentieren, dass dies weniger schädlich sei, als Menschen ins Gefängnis zu schicken. Diese Politik scheint aber keinerlei Grundlage im chinesischen Recht zu haben, denn selbstverständlich verbietet kein chinesisches Gesetz Wörter wie "Demokratie" oder "Tiananmen". Google.cn räumt dies auch ein, indem es bei Ergebnissen von sensiblen Suchbegriffen den Hinweis anzeigt, dass "in Übereinstimmung mit den chinesischen Gesetzen *und der chinesischen Politik*" Resultate ausgelassen wurden. Damit wird die Idee der Gesetzeskonformität offenbar auf das Feld der Politik ausgedehnt. Eine Sache ist es, das chinesische Gesetz, eine ganz andere jedoch, ausdrücklich die höchst umstrittene chinesische Zensurpolitik zu akzeptieren, die man als Verstoß gegen Chinas eigene Verfassung betrachten kann.

So erscheint das übliche Argument, dass ausländische Internetunternehmen wie jedes andere Unternehmen bei ihrer Tätigkeit in China lediglich die Landesgesetze befolgen, mindestens in zweierlei Hinsicht problematisch: Erstens können die chinesischen Gesetze in direktem Widerspruch zur etablierten internationalen Praxis und zu internationalen Rechtsnormen stehen, welche die Meinungsfreiheit garantieren. Zweitens kann es zuweilen sein, dass ausländische Unternehmen nicht den chinesischen Gesetzen, sondern vielmehr der Regierungspolitik folgen, die möglicherweise die chinesische Verfassung verletzen, und sie unterstützen auf diese Weise den gegenwärtigen Zustand mangelnder Rechtsstaatlichkeit.

Die Internetzensur kann in den meisten Fällen durch die Verwendung von Proxy-Servern, SSL-Verbindungen und anderen Mitteln umgangen werden. Es gibt eigene Dienste, die chinesischen Nutzern helfen, die Große Mauer zu überwinden. Aber kümmert das den durchschnittlichen chinesischen Internetnutzer? Zunächst einmal ist die Umgehung der Internetzensur eine ständige Anstrengung. Proxy-Server und Dienste zur Ausschaltung der Zensur werden gewöhnlich nach einiger Zeit blockiert und müssen häufig ihre Internet-Adresse und ihre reale Adresse ändern. Jeder, der es einmal mit einem Proxy-Server versucht hat, weiß, dass dies eine frustrierende Erfahrung sein kann. Er verlangsamt die Verbindung beträchtlich, und nicht jeder hat die Geduld, sein oder ihr Leben mit der Suche nach funktionierenden Proxy-Servern zu verbringen und darauf zu warten, dass die verbotenen Seiten im Schneckentempo geladen werden. Man muss wirklich motiviert sein, sich um einer Information willen diese Mühe zu machen.

Im wirklichen Leben scheinen nur wenige Leute daran interessiert zu sein. Laut verfügbaren Umfragen benutzt die überwältigende Mehrheit (über 70 Prozent) der chinesischen Internetnutzer niemals Proxy-Server; nur 2,5 Prozent geben an, sie häufig zu nutzen.[10] Diese Umfragen sind natürlich mit Vorsicht

zu genießen, doch auch anekdotische Belege stützen weitgehend ihre Ergebnisse. Eine scharfsinnige Beobachterin der chinesischen Medien mit dem Pseudonym Ann Condi publizierte kürzlich einen interessanten Beitrag auf Danwei.org. Condi hatte einige junge Chinesen, darunter ehemalige Schüler von ihr, auf eine Website zur Umgehung der Zensur hingewiesen, und berichtet, wie sie darauf reagierten.[11] Ihr Tip förderte eine Reihe vorrangig negativer Reaktionen zutage, die Condi unter die folgenden Einstellungen kategorisiert: Ignoranz, Apathie, Leugnung, Paranoia, Herunterspielen, Nationalismus und mildes Interesse. Ihr Beitrag regte eine lebhaft Diskussions in der Blogosphäre der Auslandschinesen an, wobei die meisten Wortmeldungen die Beobachtungen der Autorin bestätigten.

Offensichtlich haben viele Internetnutzer in China andere Ansichten über Zensur als ihre westlichen Pendanten. Dies illustriert am besten der gefeierte Hoax eines der bekanntesten chinesischen Blogger, der sich "Massagemilch" (*Anmo nai*) nennt. Hinter diesem kuriosen Namen verbirgt sich die schillernde Persönlichkeit des Journalisten Wang Xiaofeng, der tagsüber für *Shenghuo zhoukan* schreibt, eines der interessantesten Magazine für das breite Publikum. Einer seiner anderen Pseudonyme ist "Drei Uhren tragen", *Dai sange biao*, ein Wortspiel auf Jiang Zemin's "Theorie" der drei Repräsentationsfunktionen der Kommunistischen Partei Chinas[12]. Offenkundig schreckt Wang nicht davor zurück, mit seiner beißenden Ironie die chinesische Regierung lächerlich zu machen; gleichzeitig zögert er nicht, seinen Witz gegen westliche Medien und ihre Kritik der Internetzensur in China zu richten.

Am 8. März 2006 (dem internationalen Frauentag, der in China noch immer begangen wird), schloss er seinen Blog mit der Mitteilung, er sei "aus offensichtlichen Gründen" außer Betrieb. Die reflexhafte Reaktion westlicher Beobachter war, dass er von den Behörden geschlossen worden war wie so viele vor und nach ihm. Die Nachricht fand rasch ihren Weg in große westliche Medien, einschließlich der BBC.[13] Dann tauchte Wang triumphierend wieder auf und erklärte, dass es nur ein gezielter Witz gewesen sei, der die Vorurteile und den Konformismus der westlichen Medien bloßstellen sollte, die immer bereit seien, über China voreilige Schlüsse zu ziehen. Diese Kritik wurde dann mit großer Selbstzufriedenheit in der offiziellen chinesischen Presse verbreitet.

So ganz Unrecht hatte Wang natürlich nicht: Westliche Medien zogen tatsächlich voreilige Schlüsse, ohne zuvor die Fakten zu prüfen. Andererseits erklärt sich die Bereitschaft der westlichen Medien, in China überall gleich Zensur zu wittern, aus der Erfahrung, dass sie dort tatsächlich reichlich geübt wird. So werden die Websites der BBC in China blockiert und die Rundfunksendungen gestört. Auch eine Reihe von Wangs Kollegen in der chinesischen Blogosphäre war über seinen Scherz nicht allzu glücklich und wandte ein, dass er die künftige Solidarität mit verbotenen Websites mindern werde. So argumentierte auch die Organisation *Reporter ohne Grenzen*: In dieser Weise falschen Alarm zu schlagen, werde es nur noch schwieriger machen, Wangs weniger glückliche Kollegen zu verteidigen, deren Sites tatsächlich "aus offensichtlichen Gründen" geschlossen würden. Ein anderer Blogger wies auf den Fall des Journalisten Shi Tao hin, der wegen einer E-Mail, die er an eine ausländische Website geschickt hatte, ins Gefängnis kam, und kommentierte ironisch: "Und noch mehr gute Nachrichten: Der Journalist Shi Tao hat zugegeben, dass die Geschichte über seine Gefängnisstrafe von acht Jahren wegen Verrats von Staatsgeheimnissen ebenfalls ein Aprilscherz war!"[14]

Diese Geschichte verrät uns wahrscheinlich mehr über chinesische Blogger und Internetnutzer als über die westlichen Medien. Es hat sich unter chinesischen Netzbürgern, die sicher nicht glücklich über die offizielle Zensur sind, aber noch gereizter auf die westliche Kritik daran reagieren, eine gewisse Haltung herausgebildet: Die westliche Konzentration auf die Zensur scheint nach ihrem Gefühl die Erfolge ihrer mühseligen Anstrengungen zu verkleinern, ihre Ausdrucksfreiheit im chinesischen Netz, häufig auch unter einigem persönlichen Risiko, zu erweitern.

Als typisch in dieser Hinsicht könnte man die Position des Journalisten Zhao Jing nehmen, der unter dem Pseudonym Michael Anti einen Blog schreibt und dessen Site im Dezember 2005 vom Microsoft-Dienst MSN geschlossen wurde, was in den USA zu einem Aufschrei führte und schließlich zu Kongressanhörungen über die Komplizenschaft amerikanischer Unternehmen mit der chinesischen

Zensur. Unbeeindruckt von den Anhörungen gab Michael Anti in seinem Blog einen grimmigen Kommentar ab mit dem Titel "Die Freiheit der chinesischen Netzbürger liegt nicht bei den Amerikanern". Ironischerweise musste seine wütende Verteidigung der chinesischen Souveränität auf den Seiten eines ausländischen Blogdienstes veröffentlicht werden (blog-city.com),[15] der für die meisten User in China blockiert ist. Der Eintrag ist mittlerweile verschwunden, daher kann ich ihn nur aus Roland Soongs Übersetzung zitieren:

Ich melde mich zu Wort, weil ich glaube, dass dies nichts mit uns zu tun hat. Dies ist eine rein amerikanische Angelegenheit. Wenn wir freiheitsliebenden Chinesen die Meinungsfreiheit zu fördern versuchen, sind wir nicht der Ansicht, dass das Recht der Meinungsfreiheit vom US-Kongress geschützt werden sollte. Jeder einfache Blogeintrag von mir war auf Chinesisch verfasst und jeder Satz für meine Landsleute geschrieben. Ich habe kein Interesse daran, die Vorlieben ausländischer Leser zu befriedigen (...). Dies ist unser Land. Dies ist unser Fleck Erde. Wir müssen dieser Generation Gelegenheit geben, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand nach China zu bringen. (...) Wenn Ausländer wiederholt das Wort "totalitär" benutzen, um China zu beschreiben, ist dies eine große Schande für mich als Chinesen. Diese Schande kann nie vergessen werden. Diese Art von Gefühlen können Ausländer nicht verstehen.[16]

Rebecca McKinnon nennt den Unterschied in der Haltung zur Zensur einen klassischen Fall von "halbleerem oder halbvollem Glas".[17] Mit anderen Worten, es läuft auf die Frage hinaus: Was ist wichtiger, die Errungenschaften der chinesischen Blogger oder ihre Misere? Zu viel Aufmerksamkeit für ihre Misere, besonders von Ausländern, verträgt sich nicht mit dem Stolz der chinesischen Blogger.

Und sehr häufig ist es auch professioneller Stolz. Millionen von Chinesen schreiben Blogs, aber die wenigen einflussreichen Blogs, die viel von der Aufmerksamkeit und vom Internetverkehr auf sich ziehen, werden stets von professionellen Journalisten geschrieben, die tagsüber für die offiziellen Medien arbeiten. "In China", so bemerkt Roland Soong in einer seiner ausgezeichneten Analysen, "wird (bei aktuellen Nachrichten und Kommentaren) der nicht dem Mainstream zugehörige Sektor tatsächlich von Beschäftigten der Mainstream-Medien beherrscht, die sich ihm außerhalb ihrer Arbeit in ihrer Freizeit widmen. (... Er) wird von der Medienelite dominiert, die nach Art amerikanischer und Hongkonger Mainstream-Kolumnisten weiter an ihrem Ansehen und ihrem Ruf arbeitet." [18] Alle bisher erwähnten chinesischen Blogger fallen in diese Kategorie. Sie schreiben unter witzigen Pseudonymen, aber wir haben gesehen, dass ihre Identität für ihre Leser kein Geheimnis ist. Ihre Blogs dienen dazu, ihr Ansehen als führende Journalisten zu stärken und ihnen gleichzeitig zu helfen, eine der größten Behinderungen ihrer Arbeit zu umschiffen: die durchgehende Selbstzensur verantwortlicher Redakteure in den offiziellen Medien. Wenn eine Story von einem übervorsichtigen Redakteur unterdrückt wird, landet sie häufig in einem Blog. Manchmal stellen Journalisten eine Information gleich ins Netz, ohne auch nur zu versuchen, sie zur offiziellen Veröffentlichung vorzulegen. Insofern kann man sagen, dass Blogging in China zumeist eine Erweiterung der offiziellen Presse ist, weniger eine Alternative dazu. Blogging verschiebt die Grenze des Publizierbaren, es geht vielen Bloggern gerade nicht darum, den Mainstream zu verlassen und in den "Untergrund" zu gehen.

Dies ist vielleicht der deutlichste Unterschied zwischen dem Internet und dem illegalen Selbstverlag oder Samisdat in China. Die Autoren traditioneller Selbstpublikationen in China und anderswo taten einen mehr oder weniger bewussten Schritt aus dem System heraus. Die chinesischen Blogger von heute bleiben Teil des Systems, wenn auch als dessen Avantgarde. Betrachtet man es von der anderen Seite, könnte man auch sagen, dass das Bloggen im zeitgenössischen China ein Zeugnis der Fähigkeit des gegenwärtigen chinesischen Systems ist, potentielle Kritiker und Gegner einzubinden. So, wie es die Marktkonomie und später das Internet in sich aufgenommen hat, ist es dem bemerkenswert flexiblen chinesischen System nun auch gelungen, sich das Bloggen einzuverleiben.[19] Es kann mit der Art von Kritik und dem Spott leben, die Blogger regelmäßig über es ausschütten, und die Blogger

können mit dem System und seiner Zensur leben, selbst wenn die Beziehung häufig angespannt und unbehaglich ist. Wir haben es hier mit einem Kommunismus neuen Typs zu tun – ein Kommunismus, in dem die Partei das Internet und das Internet die Parteizensur toleriert.

Das Medium ist die Botschaft: Gedanken- vor Redefreiheit

Wir können also nicht erwarten, dass das Internet in China eine Plattform radikaler Agitation oder regierungsfeindlicher Aktivitäten wird. Dies heißt jedoch nicht, dass es keinen bedeutsamen Wandel eingeläutet hätte. Der Einfluss von Mailboxnetzen und Blogs auf die chinesische Politik mag gering sein, aber sie verändern die chinesische Gesellschaft. Sie haben völlig neue Arten der Meinungsäußerung und der sozialen Interaktion eingeführt, die nach und nach die Gesellschaft von innen heraus transformieren. Kehren wir zu unserer ursprünglichen Frage nach den Parallelen zwischen dem Internet und dem Samisdat in China zurück, so sind Mailboxnetze, Foren und Blogs zu neuen Formen der Meinungsäußerung geworden, die vielleicht weniger radikal, aber sicherlich verbreiteter als die traditionellen Selbstpublikationen sind. Sie haben einen neuen öffentlichen Raum geschaffen, der wiederum weniger politisiert, aber größer und zugänglicher ist als der Samisdat von gestern.

Während der hitzigen Kongressdebatte über die Komplizenschaft amerikanischer Firmen mit der chinesischen Online-Zensur war das heiße Thema in der chinesischen Blogosphäre nicht die politische Freiheit oder ihr Mangel, sondern die Online-Parodie eines bis dato unbekanntes Scherzboldes namens Hu Ge auf den berühmten Regisseur Chen Kaige. Hu Ge hatte eine neue Fassung eines der weniger gelungenen Filme Chens als 20-minütige Videoparodie geschnitten und ins Netz gestellt. Chen verklagte ihn wegen Verletzung des Urheberrechts und wurde zum Gespött des ganzen chinesischen Internet.[20] Es könnte so scheinen, bemerkt Rebecca McKinnon, dass die Chinesen stärker an schlechten Filmen als an schlechter Politik interessiert sind, aber die Moral der Geschichte reicht tiefer. Die chinesischen Apparatschiks mögen die Politik noch immer fest im Griff halten, aber sie haben ihre Kontrolle über das Kulturleben verloren. Das Internet kann vielleicht nicht die Regierung stürzen, aber es kann den Ruf eines berühmten Regisseurs ruinieren. Jeder, der den Niedergang des Kommunismus in Osteuropa erlebt hat, wird zu würdigen wissen, was der Verlust der Macht über die kulturelle Sphäre für die Zukunft eines Einparteiensystems bedeutet.

Und es ist nicht nur die Kultur, sondern der Lebensstil im Allgemeinen, der sich peu à peu durch das Online-Geschehen wandelt. Es verdient Beachtung, dass vielleicht diejenige Person, der man das größte Verdienst für den Popularitätszuwachs des Bloggens in China anrechnen kann, nicht ein ambitionierter politischer Reformist ist, sondern eine Journalistin namens Li Li, die unter dem Pseudonym Muzi Mei schreibt. Ihr Blog[21] wurde 2003 berühmt, weil er ihre erotischen Abenteuer mit verschiedenen Männern mit "post-Siebziger"-Einstellung zum Sex beschreibt. Die Propagandaabteilung der Partei war nicht amüsiert, und Li verlor ihren Job bei der Zeitung, wurde aber stante pede vom größten Blogportal Bokee.com eingestellt. Ein Buch mit Auszügen aus ihrem Online-Tagebuch wurde aus den chinesischen Buchläden zurückgerufen, verkaufte sich in Hongkong und Taiwan aber gut. Übersetzungen ins Deutsche und Französische folgten.[22]

Bald darauf tauchte in Gestalt von Tang Jiali eine weitere Berühmtheit auf, eine ehemalige Tänzerin des Staatsballetts, die unter www.tangjiali.com ihre Nacktfotos ausstellte. Einige davon wurden sogar mit schmeichelhaften Kommentaren auf der Website des offiziellen Sprachrohrs der Kommunistischen Partei Chinas "Tageszeitung des Volkes" (*Renmin ribao*)[23] wiederabgedruckt, und der einzige Konflikt, in den sie damit geriet, war der mit ihrem Fotografen, der sie auf Namensnennung und Tantiemen verklagte.[24] Die Regierung mag gegenüber dem Internet immer noch fest auftreten, aber allenthalben stürzen alte Tabus und fallen Schranken. Die meisten Menschen mögen vorsichtig sein, was sie online sagen, aber es gibt immer irgendwo jemanden, der die Grenzen austestet. Ob auf dem Gebiet des Films, der Sexualmoral oder alternativer Musik: Die alten Orthodoxien erodieren schnell.

Isaac Mao (www.isaacmao.com), einer der Pioniere und einflussreichsten Persönlichkeiten der

chinesischen Blogosphäre und 2002 Mitgründer des ersten chinesischen Blogdienstes CNblog.org, hat eine interessante Überlegung angestellt.[25] Mit Blick auf die Neigung zur Selbstzensur in China zieht er den Schluss, dass freie Rede schwierig, wenn nicht unmöglich sei, wo freies Denken fehle. Die Gedanken der Menschen von mentalen Tabus, Propagandasedimenten und anderen Beschränkungen zu befreien, müsse daher jedem ernsthaften Versuch vorausgehen, die Meinungsfreiheit einzuführen. Und genau für diese Befreiung ebnet Internet und insbesondere Blogs in China den Weg. Zwar gibt es online noch keine volle Meinungsfreiheit, aber mit den Äußerungen im Netz emanzipiert sich das Denken von der offiziellen Ideologie, die noch immer von einem Großteil der Print- und Rundfunkmedien propagiert wird. Das Internet wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer politischen Revolution führen, zumindest nicht direkt, aber es bewirkt einen langsamen und tiefgreifenden Wandel in der Art und Weise, wie die Menschen denken und sich austauschen. Eben diese Transformation ist es, die dazu beiträgt, einen künftigen politischen Wandel möglich zu machen und den Wunsch danach zu erzeugen. Politische Freiheiten sind nur sinnvoll für Menschen, die im freien Denken geübt sind.

Einige chinesische Beobachter haben die Kakophonie der Stimmen im chinesischen Internet und insbesondere den Blogs mit dem chaotischen Spektakel der Wandzeitungen oder *dazibao* zu Beginn der Kulturrevolution verglichen. Der berühmte Schriftsteller Yu Hua (geboren 1960), im Westen bekannt vor allem für seinen Roman *Leben!* (*Huozhe*), den Zhang Yimou verfilmte und dafür für den Golden Globe nominierte wurde, erinnert sich, wie fasziniert er als Kind von den Wandzeitungen war, die in Abwesenheit echter Bücher die erste literarische Erziehung boten:

Ich glaube, meine erste literarische Leseerfahrung begann mit meiner Lektüre der Wandzeitungen während der Kulturrevolution. Die Wandzeitungen steckten voller Lügen, Anklagen, Denunziationen und Angriffe. Die Kulturrevolution brachte das volle Potential der chinesischen Vorstellungskraft ans Licht. Die Menschen erfanden Verbrechen, die sie anderen anhängten ohne die geringste Grundlage. Die Missetaten bestanden gewöhnlich aus einer Reihe von Geschichten. Ich erinnere mich, wie ich mit meinem Schulranzen auf dem Nachhauseweg war und im Gehen jede der Wandzeitungen las. Mich interessierten nicht die revolutionären Sprüche. Mich interessierten die Geschichten.[26]

In einem Interview mit der *New York Times* brachte Yu Hua diese Erfahrung auf den Punkt. Bei der Lektüre der *dazibao* sei ihm die Macht der Sprache klar geworden: "Man konnte in ihnen über fast alles lesen, sogar Sex. Sie waren wie die Blogs von heute." [27]

Das Internet bietet den Menschen genau wie die *dazibao* eine Chance, sich frei von Vorab-Zensur auszudrücken. Wenn sie ihre Köpfe aber nicht von der langwährenden Wirkung unerbittlicher offizieller Rhetorik und Propaganda befreien, übersetzt sich diese Freiheit nicht automatisch in Meinungsfreiheit, sondern häufig eher in eine Karikatur davon. Dies war besonders in der Frühphase der Kulturrevolution zu beobachten, als die Menschen immer noch im Griff der Ideologie waren und ihre neue Freiheit nur nutzten, um sich gegenseitig zu denunzieren. Doch ist es gerade der Gebrauch der freien Rede, der zur Selbstkultivierung führt. Das Medium ist die Botschaft. Indem sie das Mittel des freien Ausdrucks benutzen, lernen die Menschen, ihren Geist zu befreien. So geschah es im weiteren Verlauf der Kulturrevolution, und es gilt umso mehr für das chinesischen Internet von heute.

An diesem Punkt können wir einen direkten Vergleich zwischen Samisdat, den illegalen Selbstpublikationen im Kommunismus, und dem Internet ziehen. Mit keinem von beiden Medien konnte man die bestehende Macht herausfordern, und wohl kaum jemand dürfte auch nur im Traum einen solchen Ehrgeiz gehegt haben. Viele der unautorisierten Veröffentlichungen im Samisdat ebenso wie im Internet scherten sich nicht einmal um Politik. Sie waren und sind bis heute eher Ausdruck eines Lebensstils. Die Beschäftigung damit verändert das Leben der Menschen. Sie treten aus dem offiziell

sanktionierten Diskurs heraus in einen neuen öffentlichen Raum jenseits der (vollen) Kontrolle des Staates. Sie befreien sich selbst und möglicherweise andere.

Das Internet hat eine viel größere Reichweite als der Samisdat je hatte, da es nicht wirklich im Untergrund operiert. Die Sicherheit und Anonymität, die das Internet bietet, liegt nicht in Geheimhaltung und Verschwörung, vielmehr im Gegenteil, in der schieren Zahl von Beteiligten. Gerade die Sichtbarkeit der Online-Aktivität macht sie auch anfällig für zumindest partielle Selbstzensur, daher äußern sich Meinungen hier womöglich weniger direkt und radikal als im Samisdat (zumindest bezogen auf den osteuropäischen Samisdat; viele der chinesischen Selbstpublikationen standen, wie gesehen, immer noch unter dem Bann der offiziellen Propaganda). Aber die soziale Wirkung ist, bis zu einem gewissen Grad, ähnlich. Beide Ausdrucksformen führen, ungeachtet dessen, was tatsächlich geäußert wird, zur Emanzipation der Produzenten und, in geringerem Maße, auch der Konsumenten. Beide schaffen einen alternativen öffentlichen Raum jenseits der unmittelbaren Reichweite des Staates.

Beide Formen der unabhängigen Meinungsäußerung erreichen dies auf ihre je eigentümliche Weise. Samisdat mag unverblümter und direkter gewesen sein, aber er war in seiner Reichweite beschränkt und durch eine scharfe Grenze zwischen Produzenten und Konsumenten gekennzeichnet. Das Internet ist verletzbarer gegenüber Zensur und Selbstzensur, aber es hat eine viel größere Reichweite und ist ein wahrhaft partizipatorisches Medium mit einer diffusen Trennlinie zwischen Autoren und Lesern. Beide verändern die Art, wie Menschen leben und denken. Ich möchte behaupten, dass langfristig Zensur und Selbstzensur keine große Rolle mehr spielen, so ärgerlich ihre täglichen Manifestationen auch sein mögen. Was wirklich zählt, ist der Wandel der Haltungen und Einstellungen, der durch die Erfahrung bewirkt wird, die eigenen Gedanken und Ansichten in einer virtuellen Gemeinschaft von Gleichen, die nicht durch soziale und politische Hierarchien oder einen reglementierten Diskurs gebunden sind, frei zu äußern.

** Dieser Artikel geht auf einen Beitrag zu der Konferenz "From Samizdat to Tamizdat: Dissident media crossing borders before and after 1989" zurück, die am 12.-15. September 2006 am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien stattfand. Sie wurde von Friederike Kind-Kovács (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam), Jessie Labov (Stanford University) und Camelia Craciun (CEU – Central European University, Budapest) organisiert; die Ergebnisse, darunter auch der vorliegende Text, werden 2008 in englischer Sprache erscheinen.*

Der Artikel ist ursprünglich unter dem Titel *From "big character posters" to blogs. Facets of independent self-expression in China*, in: Transit 34 (2007-2008) erschienen. Übersetzung von Andreas Simon dos Santos.

© Martin Hala/Transit © Eurozine.

Fußnoten

1. Vgl. www.cnnic.net.cn (<http://www.cnnic.net.cn/en/index/00/02/index.htm>).
2. Vgl. die Studie über die Internetnutzung in fünf Großstädten der Markle Foundation und der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften: [www.markle.org](http://www.markle.org/downloadable_assets/china_fi%20nal_11_2005.pdf) (http://www.markle.org/downloadable_assets/china_fi%20nal_11_2005.pdf).
3. Vgl. Rebecca MacKinnon, "The China Situation. Q & A with Isaac Mao", Global Vices Online, 21. März 2005: [cyber.law.harvard.edu](http://cyber.law.harvard.edu/globalvoices/?p=75) (<http://cyber.law.harvard.edu/globalvoices/?p=75>).
4. Hier stütze ich mich auf die umfangreiche Sammlung von Veröffentlichungen der Roten Garden im Prager Institut für fernöstliche Studien.

5. Eine detaillierte Studie dieser Magazine findet sich bei Chen Ruoxi, "Democracy Wall and the Unofficial Journals", Studies in Chinese Terminology, Nr. 20, Berkeley 1982.
6. Eine der in China am besten bekannten und heftig verurteilten Vorhersagen machte Nicholas D. Kristof, "Death by a Thousand Blogs", in: The New York Times, 24. Mai 2005.
7. Vgl. [www.china.org.cn](http://www.china.org.cn/chinese/zhuanti/283732.htm) (<http://www.china.org.cn/chinese/zhuanti/283732.htm>).
8. Vgl. z.B. [www.hrw.org](http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/) (<http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/>) oder [www.opennetinitiative.net](http://www.opennetinitiative.net/studies/china/) (<http://www.opennetinitiative.net/studies/china/>).
9. S. [www.hrw.org](http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/5.htm) (<http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/5.htm>).
10. Vgl. Markle Foundation und Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften, a.a.O. (Anm. 2).
11. S. [www.danwei.org](http://www.danwei.org/media_regulation/glimpses_inside_the_chinese_me.php) (http://www.danwei.org/media_regulation/glimpses_inside_the_chinese_me.php).
12. Nämlich die Repräsentation 1. der "Entwicklungserfordernisse der fortgeschrittenen chinesischen Produktionskräfte"; 2. des "Entwicklungstrends der fortgeschrittenen Kultur" sowie 3. der "grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit der chinesischen Bevölkerung". Vgl. [news.xinhuanet.com](http://news.xinhuanet.com/english/20010625/422678.htm) (<http://news.xinhuanet.com/english/20010625/422678.htm>) (A.d.Ü.).
13. S. [news.bbc.co.uk](http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4787302.stm) (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4787302.stm>).
14. S. [blog.bcchinese.net](http://blog.bcchinese.net/bingfeng/archive/2006/03/12/59423.aspx) (<http://blog.bcchinese.net/bingfeng/archive/2006/03/12/59423.aspx>).
15. S. [anti.blog-city.com](http://anti.blog-city.com/1634657.htm) (<http://anti.blog-city.com/1634657.htm>).
16. [www.zonaeuropa.com](http://www.zonaeuropa.com/20060217_1.htm) (http://www.zonaeuropa.com/20060217_1.htm).
17. Rebecca McKinnon, persönliche Mitteilung.
18. Roland Soong, "Chinese Bloggers, Podcasters and Webmasters", East West South North Blog.
19. Man könnte argumentieren, dass es nun versucht, sich sogar den Begriff der Demokratie anzuverwandeln, indem es ihn umdefiniert, so dass er seinen Bedürfnissen entspricht. Vgl. Joseph Kahn, "Among China's Elite, Talk of 'Democracy'", International Herald Tribune, 20. April 2007.
20. S. [www.zonaeuropa.com](http://www.zonaeuropa.com/culture/c20060108_1.htm) (http://www.zonaeuropa.com/culture/c20060108_1.htm).
21. [www.wenxue.com](http://www.wenxue.com/T3?q=blog/353) (<http://www.wenxue.com/T3?q=blog/353>). Der Blog ist offenbar eingestellt, aber es gibt englische Übersetzungen unter [www.onpointradio.org](http://www.onpointradio.org/shows/2005/12/20051219aextra.asp) (<http://www.onpointradio.org/shows/2005/12/20051219aextra.asp>).
22. Vgl. [www.aufbau-verlag.de](http://www.aufbau-verlag.de/index.php4?page=28&show=16550&avsess=a2680aa70e293d098083eebcf0e1407c) (<http://www.aufbau-verlag.de/index.php4?page=28&show=16550&avsess=a2680aa70e293d098083eebcf0e1407c>).
23. S. [www.people.com.cn](http://www.people.com.cn/GB/wenyu/69/20021226/896098.html) (<http://www.people.com.cn/GB/wenyu/69/20021226/896098.html>).
24. S. [bjyouth.ynet.com](http://bjyouth.ynet.com/article.jsp?oid=3264667) (<http://bjyouth.ynet.com/article.jsp?oid=3264667>).
25. S. [ethanzuckerman.com/blog](http://ethanzuckerman.com/blog/?p=266) (<http://ethanzuckerman.com/blog/?p=266>).

26. Michael Standaert, "Interview with Yu Hua at Ohio State University": [mclc.osu.edu \(http://mclc.osu.edu/rc/pubs/yuhua.htm\)](http://mclc.osu.edu/rc/pubs/yuhua.htm).
27. David Barboza, "China's Hit Novel. Tremendous or Trash?", in: The New York Times, 3. September 2006: [www.iht.com \(http://www.iht.com/articles/2006/09/03/news/yu.php\)](http://www.iht.com/articles/2006/09/03/news/yu.php).

Sport und Olympische Spiele

6.8.2008

China trainiert für Olympia

Das Sportsystem im Reich der Mitte

Von **Benedikt Voigt**

6.8.2008

Benedikt Voigt, 38, ist seit 1999 Sportredakteur beim Tagesspiegel. Studium der Kommunikationswissenschaften, Amerikanistik und Politische Wissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Zwischen 1996 bis 1999 war er als freier Mitarbeiter bei der Süddeutschen Zeitung tätig. Im Sommer 2007 hielt er sich im Rahmen des Südost-Asien-Stipendiums der "Internationalen Journalisten-Programme" (IJP) in Hongkong und Peking auf. Seit März 2008 arbeitet er als Olympischer Korrespondent für den Tagesspiegel in Peking.

Längst hat die kommunistische Regierung in China den Sport als Mittel entdeckt, um nach außen eigene Modernität und Leistungsfähigkeit zur Schau zu stellen. In den Sportschulen werden derzeit rund 372.000 Kinder und Jugendliche – unter teils extremen Bedingungen – ausgebildet. Ein System, das viele Nachteile aufweist.

Bei der Olympia-Eröffnungsfeier am Abend des 8. August werden 639 Athleten in einem auffälligen Outfit in das Nationalstadion in Peking einziehen: In gelben Hemden, roten Jacketts und weißen Hosen wird die chinesische Olympiamannschaft modisch an die Siebzigerjahre erinnern, "Rührei mit Tomaten" haben Spötter diese farbliche Kombination getauft, doch sportlich ist die größte chinesische Olympiamannschaft aller Zeiten so ernst zu nehmen wie nie zuvor.

Sie könnte bei den Olympischen Spielen im eigenen Land erstmals die USA von Platz eins im Medaillenspiegel verdrängen. Vor vier Jahren in Athen lag China mit 32 Goldmedaillen nur vier Olympiasiege hinter den Rivalen aus den USA. Diesmal trauen Experten den chinesischen Athleten über 40 Goldmedaillen zu. "Wir haben bei Olympia eine sehr ernstzunehmende Herausforderung, die härteste seit der Auflösung der Sowjetunion", sagte Steve Roush, Verantwortlicher der Abteilung "Sportliche Leistung" im Olympischen Komitee der USA, gegenüber der "South China Morning Post", "wenn man auch noch an den Heimvorteil denkt, bekommt man schlaflose Nächte." In China haben sich die Funktionäre zwar offiziell von dem Ziel verabschiedet, stärkste Nation zu werden. Kritiker vermuten dahinter Understatement und den Versuch, die Erwartung in der eigenen Bevölkerung nicht zu hoch zu schrauben. Unbestritten ist, dass sich China im letzten Jahrzehnt zu einer der erfolgreichsten Nationen bei Olympischen Spielen entwickelt hat. Das war nicht immer so.

Olympische Geschichte Chinas

Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann China aus einem traditionellen Sportsystem mit Sportarten wie Wushu (Kungfu), Bogenschießen oder Polo ein modernes Sportsystem zu entwickeln. Am 1. November 1922 gab die Regierung das "Gesetz zur Reformation des Schulsystems" heraus, ein Jahr später sah der offizielle Lehrplan ein bis zwei Stunden Schulsport für beide Geschlechter vor, darunter befanden sich moderne Sportarten wie Basketball, Volleyball, Tennis und Schwimmen. Der erste Chinese nahm 1932 an Olympischen Spielen teil. Der 100-Meter Läufer Liu Changchun hätte nach der japanischen Besetzung seiner Heimat Mandschurei eigentlich für die Besatzungsmacht starten sollen, entschied sich aber für China und reiste mit einer fünfköpfigen Delegation in einer Nacht- und Nebelaktion nach Los Angeles. Dort scheiterte er aufgrund der Reisedstrapazen im Vorlauf als Letzter. Auch bei den Spielen in Berlin 1936, London 1948 und Helsinki 1952 blieb das Reich der Mitte ohne Medaillen. Anschließend zog sich die kommunistische Regierung Chinas von den Olympischen Spielen zurück, weil das Internationale Olympische Komitee sich weigerte, Taiwan auszuschließen.

Der Sport blieb jedoch Teil der kommunistischen Erziehung. Zum einen gab es in Schulen, am Arbeitsplatz und beim Militär Sporterziehung für die Massen, denn der Kommunismus benötigte gesunde Arbeitskräfte für Felder und Fabriken. Zum anderen installierte Mao Zedong 1956 ein Spitzensportsystem für die Volksrepublik China, das sich an der Sowjetunion orientierte – mit Sportschulen, an denen halbtags unterrichtet und in der übrigen Zeit trainiert wird. Zudem führte die kommunistische Regierung Nationalspiele ein, die bis heute alle vier Jahre stattfinden und in denen Provinzauswahlteams gegeneinander antreten. International trat der Sport vor allem im Rahmen der "Ping-Pong-Diplomatie" in Erscheinung. 1971 baute ein Aufenthalt amerikanischer Tischtennispieler in China politische Spannungen ab und ebnete den Weg für weitere Besuche des US-Außenministers Henry Kissinger und des US-Präsidenten Richard Nixon.

Erst nach Maos Tod begann die neue chinesische Führung, sich aus der selbstgewählten internationalen Isolation im Sport zu lösen. 1979 erneuerte China seinen Sitz im Internationalen Olympischen Komitee, 1984 entsandte das Land, das ein Viertel der Menschheit repräsentiert, erstmals seit 32 Jahren wieder eine Mannschaft zu Olympischen Spielen. Dem Sportschützen Xu Haifeng gelang es, die erste Goldmedaille der chinesischen Sportgeschichte zu holen. Insgesamt gewann China in Los Angeles 15 Goldmedaillen. Seit Barcelona 1992 wuchsen die Erfolge immer weiter. Die kommunistische Regierung hat den Sport als Mittel entdeckt, um nach außen eigene Modernität und Leistungsfähigkeit zur Schau zu stellen. Und um im eigenen Land Nationalstolz zu wecken.

Dabei nutzte sie die steigende Kommerzialisierung Chinas und reformierte 1993 erstmals seit 37 Jahren wieder das nationale Sportsystem. Der Sport sollte eigenständiger werden und nicht mehr allein von staatlichen finanziellen Mitteln abhängig sein. Alle Bereiche des Sports wurden verstärkt kommerzialisiert, darunter die Ligen und Vereine. Für die Einnahmen der Sportler existiert ein offizieller Verteilungsschlüssel, der auch für Spitzensportler wie den Hürdenläufer Liu Xiang gilt: 50 Prozent erhält der Athlet, 20 Prozent der Trainer, 15 Prozent der Verband und 15 Prozent der Sportverband der Heimatprovinz. Das System der Sportschulen ist bis heute intakt geblieben.

Spitzensportsystem der VR China

Neben den Sportschulen gibt es weitere Gründe für Chinas wachsenden sportlichen Erfolg im Spitzensport. Im Gegensatz zu früher setzt das Land vermehrt auf ausländische Trainer. Mehr als 50 ausländische Coaches kümmern sich bis vor kurzem um die Vorbereitung der chinesischen Sportler, einige wie der Deutsche Josef Capousek (Kanu), die Französin Elisabeth Loisel (Frauenfußball) oder der Serbe Ratimir Dujkovic (U-23-Fußball) sind auch schon wieder vorzeitig entlassen worden. Diese Experten im Vorfeld der Spiele 2008 zu holen, war nur möglich, weil dem chinesischen Sport von der Regierung so viele finanzielle Mittel wie nie zuvor zur Verfügung gestellt worden sind. US-Leistungssportchef Steve Roush schätzt, dass die chinesischen Sportfachverbände für die Olympiaathleten in den vergangenen vier Jahren bis zu 320 Millionen Euro für die Vorbereitung ausgeben konnten.

Zudem fördert China besonders den Frauensport sowie kleinere, aber medaillenträchtige Sportarten. Neben traditionellen chinesischen Sportarten wie Tischtennis, Badminton, Schießen und Wasserspringen sind dies Disziplinen, in denen bei Olympia vergleichsweise schnell Erfolge erreicht werden können: Gewichtheben der Frauen, Rudern, Boxen. Trotz der Erfolge des Olympiasiegers Liu Xiang bleiben die Leichtathletik und das Schwimmen das Manko des chinesischen Sports.

Gegenwärtig werden in den Sportschulen Chinas rund 372.000 Kinder und Jugendliche ausgebildet. Sie werden ab dem Alter von sechs Jahren ausgewählt, rund zwei Prozent jedes Jahrgangs gelten als sportlich aussichtsreich. Für die Kinder beginnt eine Zeit ohne Eltern, manche sehen ihre Verwandten nur alle drei oder vier Jahre. Die Eltern werden beim Neujahrsfest von den Funktionären für ihr Opfer mit Geschenken bedacht. In den Sportschulen nimmt das Training den größten Raum ein, die angehenden Spitzensportler werden an Schwerpunktschulen in spezifischen Sportarten

ausgebildet. Laut dem vom Institut für Sportwissenschaft herausgegebenen China-Journal "Sport in China" konzentriert sich die schulische Ausbildung an den Sportschulen auf Chinesisch, Mathematik und eventuell eine Fremdsprache. Die Reform von 1993 schreibt vor, dass die Lernzeit mindestens drei halbe Tage betragen solle. In der Pekinger Sportschule Shichahai – eine Vorzeigeschule, in der an jedem Mittwoch ein Besuchstag für internationale Medien stattfindet – wird laut der Leiterin an jedem Vormittag unterrichtet. Es bleibt allerdings zu bezweifeln, ob Zustände wie diese tatsächlich überall im Land herrschen.

Eines der größten Probleme bleibt die berufliche Laufbahn nach dem Ende der Sportkarriere. Das trifft vor allem jene, die erfolglos bleiben oder deren sportliche Laufbahn unplanmäßig endet. Sie müssen mit Lerndefiziten zurück an eine normale Schule gehen oder ohne Berufsausbildung eine Arbeit finden. Es kann auch passieren, dass ein erfolgreicher Sportler wie Ai Dongmei, ein ehemaliger Gewinner des Peking-Marathons, nach der Karriere Popcorn verkaufen muss. Oder eine Landesmeisterin im Gewichtheben wie Zou Chunlan, die mit Dopingspätfolgen wie einer tiefen Stimme und übermäßigen Haarwuchs kämpft, zwischenzeitlich in einem Badehaus Rücken schrubben muss. "Es gibt viele Athleten wie mich, die nie Hilfe bekommen", sagte Zou der "New York Times", "wir werden ungebildet zurückgelassen, können keine Kinder bekommen, und werden zerstört von einem System, das versprochen hat, für immer für uns zu sorgen."

Inzwischen scheint sich die Situation zu bessern. Cui Dalin, stellvertretender Direktor der Chinesischen Sportbehörde, erklärte in einem Interview mit der "New York Times", bei den Athleten künftig größeres Augenmerk auf die Karriere nach der Karriere legen zu wollen. "Wir werden sie trainieren, mehr Fähigkeiten zu erlangen, so dass sie nach dem Ende ihrer Sportkarriere in der Gesellschaft leicht einen Job finden", sagte Cui Dalin.

Eine weitere Veränderung hat sich in den letzten Jahren ergeben. Weniger Eltern sind bereit, ihr aufgrund der Ein-Kind-Politik einziges Kind dem Sport zu überlassen. Eine gute schulische Ausbildung bietet inzwischen gute Erfolgsmöglichkeiten in der Wirtschaft und hat sich im Boomland China als ein weiterer aussichtsreicher Weg zum sozialen Aufstieg erwiesen. Das sieht vor allem die Stadtbevölkerung so, weshalb der sportliche Nachwuchs vermehrt in ländlichen Gegenden rekrutiert wird.

Eine umstrittene Rolle im chinesischen Sportsystem nehmen die Sportfunktionäre ein. "Es ging ihnen nur um Gold, Gold, Gold", sagte der ehemalige chinesische Kanu-Nationaltrainer Josef Capousek, "weil das ihrer politischen Karriere förderlich ist." Tatsächlich können erfolgreiche Funktionäre im Sport auch anschließend in der Politik aufsteigen. Eine langfristige sportliche Entwicklung oder die Einzelschicksale der Sportler hätten die Funktionäre nicht interessiert, berichtet der deutsche Kanutrainer. Josef Capousek hat sogar versucht, einzelne Funktionäre aus den Trainingslagern zu weisen, weil sie viel Druck und damit eine Atmosphäre der Angst erzeugt hätten. Außerdem hätten die Funktionäre auf militärischen Drill gesetzt und seine liberaleren Methoden kritisch beäugt. Sein Nachfolger Sun Erjie hat zuvor als Trainer des Militär-Kanuteams gearbeitet.

Manche Funktionäre und Athleten setzten in der Vergangenheit auch auf unerlaubte Mittel. In den Neunzigerjahren sorgten die Langstreckenläuferinnen des Trainers Ma Junren mit Weltrekorden über 3.000 Meter, 5.000 Meter und 10.000 Meter für Aufsehen. "Schildkrötenblut" und "Traditionelle Chinesische Medizin" hätten seinen Läuferinnen Beine gemacht, sagte Ma, doch später stellte sich heraus, dass es doch nur das Dopingmittel EPO war. Trainer Ma ist inzwischen lebenslang gesperrt und soll Kampfhunde züchten. Vor den Olympischen Spielen von Sydney musste China 27 dopingverdächtige Sportler und 13 Funktionäre kurzfristig zurückziehen. China ist der größte Exporteur von Dopingmitteln, trotzdem behauptet der Chef der Anti-Doping-Kommission des Chinesischen Olympischen Komitees, dass die Ära des Dopings in seinem Land vorbei sei. "China hat das Problem in den Achtzigerjahren entdeckt, und es hat einige Zeit benötigt, die Fähigkeiten zu entwickeln, effektiv damit umzugehen", erklärte Zhao Jian. Nun ist der Kampf gegen die Betrüger sogar von höchster Stelle ausgerufen. "Anti-Doping ist eine Voraussetzung, um erfolgreich Spiele zu organisieren", sagte

der chinesische Staatspräsident Hu Jintao, "als Gastgeberation ist China dazu verpflichtet, in diesem Punkt ein gutes Beispiel abzugeben."

Zwei ausgewählte chinesische Sportkarrieren

Der Hürdenläufer Liu Xiang, 25, und der Kanute Yang Wenjun, 24, zählen zu den 639 Athleten, die am Abend des 8. August in das Nationalstadion einlaufen. Sie werden beide ein gelbes Hemd und eine rote Jacke tragen, doch ihre Schicksale sind höchst unterschiedlich.

Der Hürdenläufer Liu Xiang zählt mit dem Basketballstar Yao Ming zu den am besten verdienenden Personen in China. Beiden ist gemeinsam, dass sie es in Sportarten zu Ruhm gebracht haben, die auch außerhalb Chinas zu den wichtigsten zählen. Durch Werbung nimmt der Leichtathlet Liu Xiang pro Jahr zirka 5 Millionen Euro ein. Er stammt aus einer einfachen Familie, sein Vater fuhr Lastwagen in einer Wasserfabrik, seine Mutter arbeitete als Kellnerin. Mit acht Jahren erkannte man sein Bewegungstalent und schickte ihn auf eine Sportschule – doch zunächst war er als Hochspringer auserwählt. Im gleichen Jahr entdeckte ihn sein Mentor Sun Haiping, der sich bei der Schule und den Eltern durchsetzte und Liu Xiang für den Hürdenlauf umschulte. Bis heute arbeiten die beiden zusammen. Immer noch wohnt Liu Xiang in einer 20 Quadratmeter großen Wohnung auf dem Campus der East China Normal Universität in Shanghai. Er studiert Rechtswissenschaften, konzentrierte sich aber in den letzten Jahren vor allem auf die Vorbereitung für die Olympischen Spiele 2008.

Auch der Kanute Yang Wenjun wird an den Spielen teilnehmen – obwohl er das nach einem Bericht der "New York Times" gar nicht mehr will. Seit zehn Jahren versucht er, mit seinem Sport aufzuhören. Doch der Olympiasieger von Athen darf nicht. Die Funktionäre zwingen ihn zum Weitermachen, sie drohen, seine Rente nicht auszuzahlen, sollte er nicht bei den Spielen in Peking starten. "Ich will nicht als Athlet arbeiten, aber als Athlet habe ich hier nicht die Freiheit, meine Zukunft zu wählen", erklärte Yang Wenjun. "Als Kind habe ich nichts anderes gelernt als Sport, und was kann ich jetzt tun? Ich habe nichts anderes." Der ehemalige Kanutrainier Josef Capousek bestätigt diese Aussage. Ihn habe bei seinem Amtsantritt als chinesischer Kanunationaltrainer vor allem überrascht, dass viele gezwungen waren, ihren Sport auszuüben. "Sie müssen es, weil sie aus ärmlichen Verhältnissen stammen und nichts anderes gelernt haben."

Das Schicksal Yang Wenjuns steht exemplarisch für die Defizite des chinesischen Sportsystems. Die Vorzüge hingegen dürften bei den Olympischen Spielen 2008 zur Genüge zu sehen sein.

Literaturhinweis

- China-Journal, Sport und Gesellschaft in China, Herausgeber: Institut für Sportwissenschaft an der Universität Tübingen, Ausgaben 02-2006, 03-2006, 02-2008.
- Berkshire Enzyklopädie des Weltsports, David Levinson & Karen Christensen, Herausgeber, Berkshire Publishing Group, Great Barrington Mass. USA, 2005.
- The New York Times, 21. Juni 2008, "In China's Medal Factory, Winners cannot quit".
- The New York Times, 20. Juni 2008, "China Presses Injured Athletes in Quest for Gold".
- USA Today, 13. Juni 2007, "China ties Olympic gold to quest for worldwide esteem".
- Associated Press, 10. Juli 2008, "Forget Yao Ming, China is thinking small to take gold medal crown from US".



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Die Olympischen Sommerspiele in Peking

Von Jens Weinreich

7.8.2008

Jens Weinreich (43) ist Experte für internationale Sportpolitik. Er ist Buch- und Filmautor. 2005 gewann er den Wächterpreis für seine Enthüllungen über finanzielle Unregelmäßigkeiten der Leipziger Olympiabewerbung. Er arbeitet als freier Journalist für alle Mediengattungen. Unter www.jensweinreich.de (<http://www.jensweinreich.de>) betreibt er einen sportpolitischen Blog und führt dort u.a. ein Tagebuch seiner Berichterstattung von den Olympischen Spielen aus Peking.

Die XXIX. Olympischen Spiele sind ein Sportfest ohne Gleichen. Das Internationale Olympische Komitee will sich mit diesem Medienereignis als menschlich, weltoffen und demokratisch präsentieren. Inwieweit diese Postulate mit der Realität übereinstimmen, ist die Kernfrage dieser Sommerspiele. Und das ist keine sportliche, sondern eine hochpolitische Frage.

"Don't mix politics with Games", hat Hu Jintao, Chinas KP-Chef, Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, vor wenigen Tagen zu ausgewählten ausländischen Journalisten gesagt. War das fair? War das sportlich? Ist es nicht gerade die chinesische Führung, die ständig Politik mit Sport vermischt? Die Spiele der XXIX. Olympiade, so heißen sie offiziell in der Zeitrechnung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sind zweifellos Propagandaspiele. Ein Regime will sich mit diesem Sportfest, dem größten Medienereignis des Planeten, als weltoffen, friedlich, fortschrittlich, demokratisch und menschlich präsentieren. Inwieweit diese Postulate, die auch das IOC in seinem Grundgesetz – in der Olympischen Charta – übermittelt, mit der Realität übereinstimmen, ist die Kernfrage dieser Sommerspiele. Und das ist keine sportliche, sondern eine hochpolitische Frage.

Im Prinzip werden in diesen Tagen dieselben Argumente verhandelt wie während der chinesischen Olympiabewerbungen 1993 (im Wettbewerb um die Sommerspiele 2000 unterlag man knapp gegen Sydney) und der siegreichen Bewerbung im Sommer 2001, als Peking die Sommerspiele zugesprochen wurden. "Die Spiele werden China verändern", lautet die gebetsmühlenartig vorgetragene These des IOC und seiner Verbündeten. Restriktionen für Journalisten, wie ein zensurierter Internetzugang oder eingeschränkte Bewegungsfreiheit im Land (Tibet ist tabu), selbst in Peking – etwa auf dem Platz des Himmlischen Friedens – sollen dabei helfen, jenes Bild zu schönen, das die Welt von China und den Spielen erhält.

Rogge setzt auf die Magie der Spiele

Indes ist das Olympia-Interesse außerhalb Chinas schon rapide gesunken, wie Meinungsumfragen ergeben. Zumal in diesem Jahr, das von scharfen Diskussionen um den olympischen Fackellauf, über Menschenrechte und Pressefreiheit geprägt war. Der Sport hat darüber hinaus fundamentale Probleme mit Doping und Korruption. So handelt es sich bei den Sommerspielen 2008 um ein Joint Venture der besonderen Art: Eine Gemeinschaftsproduktion des IOC, seinen Sponsoren aus Fernsehwirtschaft und Industrie, und den chinesischen KP-Führern. IOC-Präsident Jacques Rogge setzt auf die Macht der Bilder, auf perfekt inszenierte TV-Übertragungen aller großen und kleinen Dramen, und die emotionale Wirkung des Sports. Nach der Eröffnung, am Abend des 8. August um 8 Uhr und 8 Minuten (8 ist die chinesische Glückszahl), werde "die Magie der Spiele" alles andere verblässen lassen. Das hofft zumindest Rogge.

Daran, dass die Chinesen für etwa 30 bis 40 Milliarden Dollar fantastische Bauten und eine erstklassige Infrastruktur aus dem Boden stampfen würden, hatten nie wirklich Zweifel bestanden. Das

Olympiastadion für 91.000 Zuschauer, wegen seiner ausgefallenen Hülle "Vogelnest" genannt, oder gleich nebenan die Schwimmhalle, der "Wasserwürfel", sind schon jetzt Wahrzeichen des neuen Chinas. "Exzellente Bedingungen", konstatierte der IOC-Chef. Das Olympische Dorf in Peking, in dem etwa 10.000 Athletinnen und Athleten untergebracht sind (die Reiterspiele finden in Hongkong statt), sei "das beste aller Zeiten", lobte der Belgische Graf.

Am 13. Juli 2001 entschied sich das IOC in Moskau für Peking. Drei Tage später entschied es sich für Jacques Rogge. Er wurde der achte Präsident in der Geschichte des Olympiakonzerns. Und eine der schweren Erblasten, die ihm sein Vorgänger Juan Antonio Samaranch mit auf den Weg gab, waren die Spiele in Peking. Rogge hat die Entscheidung damals in Moskau als "letzte Grenze" beschrieben, "die das IOC überschreiten konnte".

Gigantisches Marketing

Der mächtige Sportverband wollte Olympia für 1,3 Milliarden Chinesen öffnen. Die IOC-Partner, Sponsoren und Fernsehstationen, die im aktuellen vierjährigen Geschäftszeitraum (2005-2008) mehr als 4,5 Milliarden Dollar zahlen, waren ebenfalls an Peking interessiert. Heute braucht das IOC diesen neuen Markt dringender denn je. Weniger deshalb, weil China die Geschäfte besonders angekurbelt hätte. Nein, die Marketingverträge spielten eine untergeordnete Rolle, denn sie wurden allesamt schon lange vor der Entscheidung pro Peking abgeschlossen.

In anderen Teilen der Erde – besonders in Europa und Nordamerika – sinkt das Interesse an den Olympischen Spielen rapide. Die Einschaltquoten in der werberelevanten Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen brechen teilweise eklatant ein. Vielen jungen Menschen sind nur noch wenige der insgesamt 35 olympischen Sportarten (28 im Sommer, 7 im Winter) bekannt. Die olympische Kundschaft vergeist. Die Jugend wendet sich anderen Vergnügungen zu oder betreibt Sportarten, die nicht im olympischen Programm stehen. So sind die Spiele in China für das IOC ein Marketinginstrument für künftige Geschäfte und in einem stringenten Zusammenhang mit den Olympischen Jugendspielen zu sehen, die im Sommer 2010 erstmals ausgetragen werden: in Singapur, ebenfalls in Asien. Die Jugendspiele sind Rogges Idee, damit will er neues Interesse für die echten Olympischen Spiele wecken und Ideen, auch Sportarten und Disziplinen ausprobieren.

Das Verhältnis der Volksrepublik China zum IOC und den Spielen ist dominiert vom politischen Element. Unter Mao Zedong hatte sich die Volksrepublik Ende der Fünfzigerjahre in eine selbstgewählte politische Isolation begeben. Ab 1956 fehlten chinesische Sportler bei Olympischen Spielen. Auch das damalige IOC-Mitglied Shou gab sein Amt auf. Athleten aus Taiwan aber, der abtrünnigen Inselrepublik, waren meistens zugegen. Es war ein langer Marsch der Chinesen, sich mit der olympischen Bewegung zu versöhnen.

Die Taiwan-Frage gehörte jahrzehntelang zu den dominierenden politischen Themen rund um die Spiele, sorgte immer wieder für fundamentale Probleme und brachte den ehemaligen IOC-Präsidenten Avery Brundage (USA) schier zur Verzweiflung. Brundage konnte es niemandem Recht machen. In der Heimat wurde er als Kommunistenfreund beschimpft, im Ostblock hieß es, er sei ein Sympathisant der Nazis gewesen, und die Chinesen nannten ihn: "Spielball im Dienste des amerikanischen Imperialismus." Brundage klagte einst: "Bin ich denn nun Kommunist, Nazi oder Imperialist? Nichts von alledem bin ich, ich ignoriere jegliche Politik."

Samaranch und Chinas Rückkehr zu Olympia

Die Volksrepublik beendete ihre olympische Isolation im Februar 1980, als ein kleines Team zu den Olympischen Winterspielen nach Lake Placid (US-Bundesstaat New York) entsandt wurde. Kurz darauf beteiligte sich China allerdings am Boykott der Sommerspiele in Moskau. Für den Spanier Juan Antonio Samaranch, der im Juli 1980 in Moskau zum siebenten IOC-Präsidenten gewählt wurde, war es sehr wichtig, China seiner Bewegung einzuverleiben. Im März 1981 erhielt Samaranch eine Audienz bei Staats- und Parteichef Deng Xiaoping. Er sprach schon damals von Olympischen Spielen in China. Und er schaffte es, China dazu zu bringen, nicht auch die Sommerspiele 1984 in Los Angeles zu boykottieren. Weil die Chinesen nach Los Angeles flogen, retteten sie die Spiele. In ihrem Schlepptau wagten Rumänien und Jugoslawien, sich der Moskauer Doktrin zu widersetzen – die Sowjetunion hatte aus Rache für 1980 einen Boykott ausgerufen, dem sich widerwillig auch die DDR anschloss. Für China aber wurde es ein Aufsehen erregender olympischer Neubeginn mit 15 Goldmedaillen.

Obgleich die Chinesen im folgenden Jahrzehnt mit skandalösen Dopingpraktiken für zahlreiche Skandale sorgten, wurden sie von Samaranch stets geschützt. Der Spanier, ehemals Sport-Staatssekretär unter dem Caudillo Francisco Franco, hatte ein Faible für Diktaturen. Er zog seinen Plan unbeirrt durch. China sollte die Spiele bekommen, koste es, was es wolle. Proteste von Menschenrechtsorganisationen und Politikern bügelte er ab. Wäre es nach Samaranch gegangen, hätte China bereits die Sommerspiele 2000 ausgerichtet. Doch bei der Abstimmung am 23. September 1993 in Monte Carlo unterlag Peking knapp mit 43:45 IOC-Stimmen gegen Sydney.

Später kam heraus, dass die Australier in der Nacht vor der Wahl mit zwei afrikanischen IOC-Mitgliedern aus Uganda und Kenia Verträge abgeschlossen hatten: Beiden wurde Geld gezahlt, getarnt als Entwicklungshilfe. Im Sinne der Definition von "Transparency International", wonach Korruption der Missbrauch einer anvertrauten Stellung zu privatem Vorteil ist, handelte es sich um Bestechung. Der Kenianer Charles Mukora, einer der beiden, die im letzten Moment zu Sydney umschwenkten, musste wegen zahlreicher anderer Delikte inzwischen das IOC verlassen.

Auf seiner Abschieds-Session als IOC-Präsident hatte Samaranch im Juli 2001 dann Erfolg. Peking gewann im ersten Wahlgang. Für Samaranch, der mit seinen 88 Jahren immer noch äußerst aktiv ist, zählt die olympische Bewegung zu den Weltreligionen. Sie sei "wichtiger als die katholische Kirche", hat er einmal gesagt.

Die Geschäftsbedingungen der Olympischen Charta

Die Boykott-Diskussionen dieses Frühjahres haben die Geschäftspartner enger zusammengeschweißt. Chinas KP und das IOC werden von den Spielen profitieren. "Der Kontostand stimmt dann ganz besonders gut, wenn man seine Geschäftsidee verbinden kann mit einem Konglomerat von scheinbar großen Botschaften, scheinbar großen Ideen wie Frieden, Vereinigung der Welt, Verständigung, Jugend und ähnliche Dinge", sagt der Berliner Philosoph Gunter Gebauer. "Ohne einen solchen Anschein, große Ideen vertreten zu wollen, wäre das IOC nichts anderes als irgendein kleiner Geschäftemacherverein."

Im nächsten Olympiazzyklus, der die Festivitäten in Vancouver (Winter 2010) und London (Sommer 2012) beinhaltet, will das IOC erstmals mehr als fünf Milliarden Dollar generieren. Für Sotschi (2014) und die Sommerspiele 2016, die erst im kommenden Jahr vergeben werden, sind bereits einige Sponsoren unter Vertrag, mit Coca-Cola ist man sich sogar bis 2020 einig. Um die europäischen Fernsehrechte wird auch schon gefeilscht, die amerikanischen TV-Rechte, die traditionell etwa ein Drittel der IOC-Einnahmen ausmachen, werden im Herbst ausgeschrieben. Der Kontostand ist den Olympiern immer sehr wichtig. Daraus erwächst eine gewisse Unabhängigkeit.

IOC-Präsident Rogge hat in Bezug auf China und die Spiele schon viele Versprechen gebrochen. Unter anderem das der Pressefreiheit, etwa des unzensurierten Zugangs zum Internet für die olympischen Berichtersteller. In der Diskussion um Menschenrechte und die Spiele in Peking wurde

die Olympische Charta oft fehlinterpretiert. Diese Charta ist kein Manifest des Humanismus, keine Menschenrechtsresolution der Vereinten Nationen. Die Vokabel "Menschenrechte" taucht auf 105 Seiten nur ein einziges Mal auf: "Die Sportausübung ist ein Menschenrecht", heißt es da. Das IOC lehnt es ab, als eine Art Weltregierung des Sports zu fungieren, was es problemlos könnte. Es will aber lediglich alle zwei Jahre – im Wechsel von Winter- und Sommerspielen – für jeweils 16 Tage die Regie übernehmen. Mehr nicht.

In der Charta werden die Geschäftsbedingungen des Olympia-Konzerns festgeschrieben. Präzise betrachtet ist das IOC ein Franchise-Unternehmen. Es erlaubt den Franchisenehmern, lokalen Organisationskomitees, die Nutzung seines Geschäftskonzepts. Im Grunde läuft das nicht anders als bei Fastfood-Ketten, wo nach genau festgelegter Rezeptur produziert werden muss. Der Franchisegeber, das IOC, bleibt stets Rechteinhaber und bestimmt den Lauf der Dinge. Die Rechte der Franchisenehmer sind begrenzt. Sie tragen das volle Risiko des olympischen Abenteuers. Was immer passiert in den kommenden zwei Wochen: Das IOC ist finanziell nicht in Regress zu nehmen. Die Finanzen dominieren in dieser Branche noch immer moralische Bedenken.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>)

Sportpolitik und Olympia

Von Dr. Sven Güldenpfennig

7.8.2008

Dr. phil. habil. Sven Güldenpfennig, geb. 1943, ist Sport- und Kulturwissenschaftler in Aachen; von 1997 bis 2002 war er wissenschaftlicher Leiter des Deutschen Olympischen Instituts in Berlin.

Sport ist ein Feld kulturell-schöpferischen Handelns, ein enger Verwandter der Künste. Sportliches Handeln inszeniert dramatische Geschichten. Gerade deshalb ist für die Sportorganisationen politische Zurückhaltung geboten, der Verzicht darauf, sich heroisch in eskalierende tagespolitische Getümmel zu stürzen, wie es manche gern sehen würden.

In diesem Olympiejahr ist ein uralter Streit in aller Schärfe neu entbrannt: Ist Sport politisch? Sport ist ein Feld kulturell-schöpferischen Handelns, ein enger Verwandter der Künste. Sportliches Handeln inszeniert dramatische Geschichten. In ihnen wirken in einem künstlich entfachten Streit mehrere Parteien, welche sich gegenseitig in ihrem Streben nach Selbstvervollkommnung benötigen, an der Hervorbringung von Sportereignissen als ästhetischen Werken zusammen. Olympische Spiele sind vor allem anderen ein globales Sportereignis, ein sportdominiertes Gesamtkunstwerk und als solches Teil des Weltkulturerbes. Bei einem solchen Blick auf den Eigensinn der Olympischen Spiele ist offensichtlich, dass ihre Sinnstruktur denkbar weit entfernt ist von der Sinnstruktur politischen Handelns.

Darüber hinaus ist der olympische Sport wie jede kulturell-schöpferische Tätigkeit hochgradig verletzlich und reagiert besonders empfindlich auf rücksichtslose Übergriffe politischer Mächte. Deshalb ist für die Sportorganisationen politische Zurückhaltung geboten, der Verzicht darauf, sich heroisch in eskalierende tagespolitische Getümmel zu stürzen, wie es manche gern sehen würden.

Wie weit dabei der autonome kulturelle Eigensinn des Sports respektiert, befolgt, gefördert, zumindest geduldet wird: Das ist die Messlatte zur Beurteilung jeglichen sportlichen, pädagogischen, ökonomischen oder politischen Handelns in diesem Sinnbezirk. Diese Befunde zusammengenommen ergeben die erste These: Der olympische Sport ist nicht politisch.

Ist der olympische Sport politisch?

Die genannte These aber fordert direkt zum Widerspruch heraus. Die Tagespresse ist doch voll von Meldungen über sportpolitische Verwicklungen! Dazu eine kleine Auslese aus der stürmischen Geschichte der Sportpolitik: Als "Mutter" der politischen Instrumentalisierung gelten die Olympischen Spiele von Berlin 1936. NS-Deutschland nutzte sie als Ausrichter zum Aufbau potemkinscher Dörfer. Das Regime stand außenpolitisch bereits Gewehr bei Fuß zur Intervention in den Spanischen Bürgerkrieg. Es lockerte für das Intermezzo der Spiele seine innenpolitischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Juden, die politische Opposition, die freie Presse. Dadurch konnte es den Boykott durch andere Länder und den Entzug des Ausrichtungsauftrags durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) abwenden. Beides wäre begründet gewesen. Spätestens seit den Nürnberger Rassengesetzen von 1935 verstieß Nazi-Deutschland gegen das Diskriminierungsverbot der olympischen Regeln. Sein Ausschluss aus der olympischen Bewegung wäre so zwingend gewesen wie später der von Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik.

1952 in Helsinki nahm die Sowjetunion erstmals an Olympischen Spielen teil. Ihr Fernbleiben wie ihr Erscheinen waren primär nicht sportlich, sondern aus der Staatsräson motiviert. Das Land sah die

Chance, dort die vermeintliche Überlegenheit im ideologischen Systemwettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu demonstrieren. Dies führte zu einem sportlichen Wettrüsten, das den kulturellen Eigensinn des Sports überdehnte. Es mündete in sportwidrige Manipulationspraktiken wie in permanente politisch motivierte Boykottandrohungen gegen internationale Sportereignisse. Als gelehrige Schülerin folgte die DDR ihrer politischen Vormacht. Bis zu ihrer allgemeinen völkerrechtlichen Anerkennung durch die Aufnahme in die Vereinten Nationen nutzte die den Erfolg ihrer "Diplomaten im Trainingsanzug" zur Durchbrechung ihrer internationalen Isolation. 1968 in Mexico City erstmals mit einer eigenständigen Mannschaft vertreten, begann sie frühzeitig ein Regime systematischer sportsinnwidriger Leistungsmanipulation aufzubauen. Es machte sie zum weltweiten Vorreiter eines staatlich geleiteten Dopingsystems, und das bisherige Duell der sportlichen Weltmächte geriet zu einem Dreikampf. Die Anerkennungsfähigkeit von durchaus sportgerechten Innovationen des Sportfördersystems, welche die DDR in der Trainingsforschung, Trainerausbildung, Talentsuche und -förderung entwickelte, wurde dadurch überlagert und aufgehoben. Bei der Beurteilung des außerordentlichen Sporterfolges der DDR kann der Anteil dieser divergenten Faktoren nicht sauber voneinander getrennt werden, was nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 einen konstruktiv-vertrauensvollen Weg in die Integration der beiden Sportsysteme verhinderte.

Bei den Spielen von München 1972 nahm ein palästinensisches Terrorkommando die israelische Olympiamannschaft als Geisel, um vor der Weltöffentlichkeit auf das Schicksal der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten aufmerksam zu machen. Die Aktion endete in einem Blutbad. Diese Erfahrung zog ein gewaltiges Anwachsen des Sicherheitsaufwandes bei allen künftigen sportlichen Großereignissen nach sich - was nur schwer mit dem Klima friedlicher kultureller Begegnung vereinbar ist, von dem solche Ereignisse eigentlich geprägt sein sollten. 1980 zwang die US-Administration ihr eigenes Nationales Olympisches Komitee (NOK) sowie die Mehrheit seiner Partnerstaaten zu einem Boykott gegen die Olympischen Spiele von Moskau. Begründet wurde dieser mit der militärischen Intervention des Ausrichterlandes in Afghanistan. Die Antwort der sozialistischen Staatenwelt war ein Gegenboykott der Spiele von Los Angeles 1984. Einziger Effekt war jeweils die Opferung der olympischen Chancen einer ganzen Sportlergeneration.

Die Spiele von Athen 2004 waren der Musterfall für die allgegenwärtige Kluft zwischen olympiapolitischer Rhetorik und Praxis. Als Griechenland für die Ausrichtung der Jahrhundert-Spiele von 1996 Atlanta vorgezogen wurde, reagierte das Land beleidigt und beleidigend. Weil 1896 die ersten Spiele der Neuzeit in Athen stattgefunden hatten, sprach sich die Stadt ein natürliches Vorrecht auf die Ausrichtung der Jubiläumsspiele zu. Dem IOC wurde unterstellt, es habe sich dieses Jubiläum von einem in Atlanta residierenden Weltkonzern abkaufen und die Spiele zu "Coca-Cola-Spielen" verkommen lassen. Athen erhielt seine Chance 2004 - und hat sie nicht nutzen können. Griechenland reklamiert für sich, die kulturhistorische Geburtsstätte und damit zugleich der geborene Garant der olympischen Idee zu sein. Beide Ansprüche halten dem Realitätstest nicht stand.

Über ein Jahrtausend lang, von 776 v. Chr. bis 393 n. Chr., fanden die antiken Spiele in Olympia statt. Das Ende wurde ihnen mit einem Edikt von Kaiser Theodosius durch das gerade christlich gewordene, hellenistisch geprägte spätantike Römische Reich bereitet. Also durch einen Staat, der politikgeschichtlich dem heutigen Griechenland näher stand als die griechische Welt der Hochantike. Als 1896 die ersten Spiele der Neuzeit in Athen stattfanden, hatte ihr Begründer Pierre de Coubertin sein Konzept des globalen Zugangs gegen griechischen Widerstand durchsetzen müssen. Griechenland selbst wollte an seiner Idee einer Wiederbelebung von panhellenischen Spielen festhalten. Die Spiele von Athen 2004 wurden nachhaltig überschattet durch Dopingskandale griechischer Athleten und durch befremdliche Reaktionen des griechischen Publikums auf entsprechende Sanktionen des IOC. Jetzt rächte sich, dass man den Sportstandort Griechenland durch jahrelange Nachlässigkeit zu einer der führenden Doping-Hochburgen hatte verkommen lassen. Dort war eine zentrale Botschaft offenbar noch immer nicht angekommen: Verantwortliche Sportpolitik geht nicht in der rhetorischen Beschwörung einer glorreichen Vergangenheit auf, sondern besteht in dem energischen praktischen Engagement für die Gewährleistung eines sinnvollen Sports.

Im laufenden Olympiejahr schließlich hat eine tibetische Protestbewegung die bevorstehenden Spiele von Peking zum Anlass genommen, gegen die Minderheitenpolitik des Ausrichterlandes zu demonstrieren. Die drakonischen Reaktionen der chinesischen Regierung führten zu einer Solidarisierungswelle mit der tibetischen Opposition, die sich in einigen westlichen Ländern in Aktionen gegen den olympischen Fackellauf entlud. In allen Fällen wurden Sportereignisse ohne Rücksicht auf deren autonomen kulturellen Eigensinn zur Durchsetzung allgemeiner politischer Ziele instrumentalisiert. Diese waren oder sind zwar heterogen und je für sich unterschiedlich legitim. Aber unabhängig davon waren oder sind sie wegen der sportwidrigen Instrumentalisierung des Sportanlasses durchweg verwerflich. Boykotte sind nicht deshalb abzulehnen, weil sie faktisch meist wirkungslos, sondern weil sie prinzipiell als politisches Mittel illegitim sind (es sei denn für die Selbstverteidigung des olympischen Regelwerks). Zusammengenommen, ergeben diese Befunde die zweite These: Der olympische Sport ist politisch. Aber in zahlreichen Fällen in einer illegitimen Weise.

Auch das ist noch nicht das letzte Wort. Denn es wird häufig übersehen, dass sich hier verschiedene Politikkonzepte gegenüberstehen. In den Beispielfällen ging es um politische Stellvertreterkriege bei großen Sportereignissen. Daneben aber gibt es politisches Handeln für den Sport. Schon die Gründung und Stabilisierung der olympischen Bewegung durch de Coubertin seit 1894 erforderte ein hohes Maß an politischer Kunst, die sich bisweilen mit Machiavelli'scher Verschlagenheit, bisweilen mit Schwejk'scher Listigkeit mischte, da die internationale Lage alles andere als günstig war. Nationalistische Hysterie und imperialistische Konkurrenz der Großmächte, am Horizont bereits die Vorzeichen des Ersten Weltkrieges, erschwerten Interesse und Respekt für diese zunächst nur spleenig erscheinende olympische Idee. Zur Gewährleistung ihrer politischen Autonomie gründete de Coubertin als institutionellen Träger sein Internationales Olympisches Komitee, ähnlich wie Henri Dunant das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, auf der Selbstrekrutierung durch ein Kooptationsprinzip. Dies hat zwar seit jeher Anstoß bei den Verfechtern der reinen Demokratielehre hervorgerufen und zahlreiche Korruptionsanfechtungen bei IOC-Mitgliedern zugelassen. Gleichwohl hat es sich letztlich als das kleinere Übel gegenüber einem Delegationsprinzip erwiesen, nach dem jedes Mitgliedsland seine Vertreter in das IOC entsendet, aber so deren olympisches Mandat leicht mit allgemeiner politischen Interessen kontaminiert.

Politisches Handeln, das auf die praktische Umsetzung des olympischen Eigensinns gerichtet ist, blieb maßgebliche Voraussetzung der weiteren Entwicklung. Dies gilt sowohl für die "innere Diplomatie" zur Durchsetzung von weltweit geltenden Regelwerken in der olympischen Bewegung als auch für die "äußere Diplomatie" zur Schaffung der politisch-rechtlich-ökonomischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Gewährleistung der Olympischen Spiele. Zu den sinnvollen politischen Maßnahmen können hier durchaus auch Ausschluss und Boykott gehören. Nämlich dann, wenn Mitwirkende oder Ausrichter der Spiele fundamental gegen das geltende olympische Regelwerk verstoßen und wenn nur durch solche Sanktionen als sportpolitische Ultima Ratio die Geltung dieses Regelwerkes garantiert werden kann. Die dritte These lautet daher: Der olympische Sport ist politisch. Vielfach in einer legitimen, für die Unabhängigkeit, Gestaltung und Zukunftsfähigkeit der olympischen Bewegung unverzichtbaren Weise.

Fünf Ebenen, auf denen Olympische Spiele politisch werden

Es wurde gezeigt, dass die Olympischen Spiele von Beginn an im Fokus der Politik standen. "Die Politik" ist dabei ein Sammelbegriff für unterschiedlichste Arten von politischer Intervention einschließlich deren unterschiedlicher Legitimität. Die gängigen, vermeintlich gegensätzlichen Redensarten "Sport ist politisch" und "Man soll Sport und Politik nicht miteinander vermischen" verwischen diese Unterschiede bis zur Unkenntlichkeit und sind gleichermaßen irreführend. Die maßgeblich beteiligten Ebenen sind nachfolgend aufgeführt.

Erste Ebene: Olympische Spiele sind im Kern ein Sportereignis. Sportliches Handeln ist im Kern kulturelles und nicht direkt politisches Handeln. Es kann durch politische Interventionen in seinen kulturellen Zielen gefördert oder beeinträchtigt werden.

Zweite Ebene: Das IOC trägt gemeinsam mit den Weltfachverbänden und den verschiedenen NOKs sowie dem Organisationskomitee der jeweiligen Ausrichterstadt insoweit politische Verantwortung für das sinngerechte Gelingen der Olympischen Spiele, als es über das dort geltende Regelwerk entscheidet und mit diplomatischen Mitteln unter Einsatz seiner symbolischen Macht die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zu gewährleisten versucht.

Dritte Ebene: Maßgeblicher Mitakteur der jeweiligen Ausrichterstadt von Olympischen Spielen ist der Staat, dem sie zugehört. Diese Staaten verbinden mit dem Ausrichtungsrecht eigene, ihrer Staatsräson folgende politische Ziele, die mehr oder weniger verträglich sein können mit den Zielen der ersten beiden Ebenen.

Vierte Ebene: Die Olympischen Spiele als eines der größten globalen Kulturereignisse haben von Beginn an die Aufmerksamkeit unterschiedlichster politischer Akteure auf sich gezogen und deren Interesse geweckt, die Spiele in den Dienst eigener außerolympischer politischer Ziele zu stellen. Diese waren selten problemlos mit den olympiaeigenen Zielen vereinbar. Sie haben oft durch den rücksichtslosen Einsatz ihrer Machtmittel die olympische Bewegung in existentielle Krisen gestürzt.

Fünfte Ebene: Sportliches Handeln als kultureller Kern des olympischen Geschehens wird in der Wissenschaft bisweilen als Modell politisch-strategischen Handelns interpretiert. Beispiel für eine beliebte, aber abwegige Methode: Man nimmt einzelne Strukturelemente, die den olympischen Sport mit anderen Sinnfeldern verbinden, und erklärt ihn damit zum idealtypischen Modell für wirtschaftlichen Wettbewerb, moralpädagogische Persönlichkeitsbildung, politische und militärische Strategien, in letzter Abstraktion zur "Mimesis der Gesellschaft". Dabei wird übersehen, dass das Unterscheidende wichtiger ist als die Gemeinsamkeiten. Diese Analogisierungsmethode führt zu dem beliebten Muster "Alles hängt mit allem zusammen", mit dem aber keine gehaltvollen Sinnunterscheidungen zu treffen sind.

Plädoyer für eine Umkehrung der Blickrichtung

In der bisherigen Argumentation steckt implizit ein Plädoyer dafür, die herkömmliche Blickrichtung auf olympiapolitische Probleme umzukehren. Um zu gehaltvollen Einsichten zu kommen, kann die leitende Frage nicht lauten: Wer hatte was mit welchen Zielen mit Olympia vor? Sie muss vielmehr lauten: Was war in Entscheidungssituationen politisch geboten, um das Kulturereignis Olympische Spiele aktuell und dauerhaft sinngerecht gelingen zu lassen? Und was stand dagegen?

Dass diese Blickrichtung sich bisher nicht durchsetzen konnte, lag keineswegs nur daran, dass die Spiele notorisch von außen politisch instrumentalisiert wurden. Die oft irreführende Selbstbeschreibung der olympischen Idee durch ihre eigenen institutionellen Träger hat vielmehr wesentlich dazu beigetragen. Die IOC-Entscheidung für den Olympiarausrichter Peking stand folglich von vornherein in einer selbstverschuldeten Glaubwürdigkeitsfalle. Selbstverschuldet insoweit, als Sportorganisationen

seit jeher ihre Ereignisse mit einer ungenauen, überschießenden Rhetorik begründen. Sie erwecken bzw. verstärken dann im konkreten Einzelfall den Eindruck, sie pickten sich aus ihrem buntgemischtem rhetorischen Arsenal jeweils opportunistisch dasjenige Argument heraus, welches gerade am besten passt, um dahinterliegende, weniger hehre Motive verbergen zu können. Wichtiges Instrument in diesem Arsenal ist ein undurchsichtiges Spiel mit zwei schon diskutierten Topoi. Entweder: Der Sport lebe nicht auf der Insel der Seligen, er könne sich folglich der Politik nicht entziehen. Oder: Er sei untauglich als Knüppel der Politik und dürfe sich daher nicht mit ihr vermengen. Beide sind zwar irgendwie richtig. Sie sind aber solange untauglich zur überzeugenden Begründung einer sportpolitischen Entscheidung, wie sie nicht präzisiert sind.

Weiterhin wiegt schwer, dass die Sportorganisationen für sich selbst scheinbar unkontroverse allgemeine politische Ziele reklamieren. Dieses "Mehr" aber ist die Lebenslüge der olympischen Bewegung. Es hat ihr zwar jahrzehntelang Pluspunkte bei den kulturellen Eliten eingetragen, die mit "Nur-Sport" nichts anfangen konnten. Aber dieser vermeintliche Mehrwert muss nun, wie jede unseriöse Spekulation, teuer bezahlt werden. So wurde die olympische Idee zum Füllhorn leerer Versprechungen. Es wird jeweils herausgestellt bzw. unter Verschluss gehalten, was gerade passend bzw. unpassend erscheint. Die Institutionen der olympischen Bewegung haben versäumt, rechtzeitig argumentative Daseinsvorsorge zu treffen. Deshalb leben sie in der Begründung ihres Handelns stets von der Hand in den Mund. Die problematischen Seiten des olympiapolitischen Prozesses ergeben sich folglich aus einer Doppelbewegung: politische Instrumentalisierungs- und Übermächtigungsversuche von außerolympischen Mächten bei gleichzeitiger politischer Selbstüberhebung der olympischen Institutionen durch diese selbst.

Der Vorwurf der selbstverschuldeten Glaubwürdigkeitslücke soll an einem Beispiel veranschaulicht werden: Seit jeher wird behauptet, die Olympischen Spiele leisteten substantielle Beiträge zur globalen Friedensförderung durch und über das sportliche Ereignis selbst hinaus. Der damit erhobene Anspruch wird durch jeden ernsthaften Realitätstest widerlegt. Olympische Friedenspolitik über den Schutz des eigenen Ereignisses hinaus ist nach außen hin ein leeres Versprechen. Und zwar nicht als irgendeine Art von Politikversagen. Es kann gar nicht anders sein. Schon bei den internationalen Friedensmissionen der Vereinten Nationen wird zu Recht davor gewarnt, zu viel von zu geringen Mitteln zu erwarten. Der unbeirrbare Glaube an diesen Fetisch beruht auf einem Fehlverständnis der Reichweite der eigenen politischen Handlungsmacht. Der Nimbus von Olympia wurde zwar ursprünglich, und zwar bereits bei den antiken Spielen, in ähnlicher Weise gestiftet wie jener der Kaaba in Mekka: Es wurde zu einem Sakrileg erklärt, den Frieden an diesem heiligen Ort zu brechen. Der olympische Friede, das heißt der Schutz des Ereignisses selbst, war für dessen Dauerhaftigkeit lebenswichtig in einer antiken griechischen Welt, in der die poleis in permanenter selbstzerstörerischer Fehde miteinander lagen. Diese Friedenspflicht am heiligen, heute am profan-kulturellen Ort aber wird überdehnt, ja sogar direkt gefährdet, wenn sie zu einer globalen Friedensmission umgedeutet und ausgeweitet wird.

Die olympische Bewegung ist daher viel weniger Erzeuger als Nutznießer der friedenspolitischen Vorleistungen, die andere Mächte erbringen. Die aktuelle vorolympische Krise zeigt gerade wieder, dass das IOC aus eigener Kraft nicht einmal Frieden im Ausrichterland sowie während des weltweiten olympischen Fackellaufes, also im unmittelbaren Umfeld der Spiele verbürgen kann. Die olympische Friedensrhetorik war zwar am Beginn durch das aufrichtige idealistische Pathos des Gründungsvaters de Coubertin getragen. Aber sie konnte nie konstituierendes Element einer wohlbegründeten olympischen Idee sein.

Doch die Folgerungen aus dieser These zeigen in eine andere Richtung, als man vermuten könnte. Die Tatsache, dass im Olympiajahr ein zum Teil blutiger innenpolitischer Konflikt um Tibet aufgebrochen ist, disqualifiziert die Volksrepublik China noch keineswegs automatisch als Ausrichterland der Spiele. Der Zuschlag für die Ausrichtung wäre völlig missverstanden als Belohnung für politische Mustergültigkeit. Denn ein solches Verständnis würde den Kreis der potentiellen Olympiakandidaten auf eine weltweit winzig kleine Minderheit von politisch gänzlich unbescholtenen und wirtschaftlich

hinreichend potenten Staaten einschränken. Ausrichtungsentscheidungen sind vielmehr grundsätzlich Ausdruck eines Kernelements der olympischen Idee: ihre Spiele weltweit wandern und Fuß fassen zu lassen. Freilich innerhalb von politisch-rechtlichen sowie organisatorisch-sicherheitsmäßigen Mindeststandards, welche der Ausrichter zu gewährleisten hat. Aber eben auch nicht mehr als das. Andernfalls würden die Spiele erpressbar durch jede Art von Demagogie, welche das Ereignis für beliebige außersportliche Zwecke als Geisel nehmen möchte. Solche Zwecke mögen für sich genommen legitim sein oder nicht: Olympische Legitimität könnten sie keinesfalls für sich reklamieren. Aber sie könnten jedes olympische Ereignis und damit die Kontinuität des olympischen Geschehens insgesamt paralisieren.

Militärisch ausgedrückt, hat es die olympische Bewegung bis heute versäumt, mit konsistenten Begründungen die weit vorgeschobenen Stellungen zurückzunehmen. Die Argumentation gegen die Boykottrufe des Frühjahrs 2008 klang deshalb so sehr nach verlegener Ausrede, weil eine Frontbegradigung nun eben "im Feuer" der Kritik und nicht in souveräner Vorausschau erfolgte und somit eher einem Rückzugsgefecht glich. Der Sport muss sich keineswegs mehr durch Moralpredigten von innen und außen in eine rhetorische Überdehnung seiner tatsächlichen Wirkungspotentiale drängen lassen. Er ist, systemtheoretisch gesprochen, aus guten Gründen spezialisiert auf die kulturell-ästhetische Funktion, für die er gesellschaftlich ausdifferenziert ist. Es führt zu einer prinzipiellen Fremd- wie Selbstüberforderung, "nebenbei" Funktionen des politischen Systems miterfüllen zu wollen. Gelänge es, bedeutete das nicht mehr und nicht weniger als eine Bankrotterklärung des gewaltigen institutionellen Apparats des globalen politischen Systems. Denn dieses vermag ja trotz gewaltigen Aufwands oft nur minimale Erfolge zu erzielen. Die aktuelle Kritik am IOC wegen dessen Haltung zur Tibet-Frage verwechselt einmal mehr Politik mit einem spontanen Erweckungserlebnis. Politik muss in einem langwierigen Transformationsprozess versuchen, Bedingungen in die erwünschte Richtung zu ändern. Ein Erweckungserlebnis hofft auf die plötzliche Verwandlung eines moralisch verwerflichen Zustandes in einen moralischen. Und dieses Wunder soll ausgerechnet durch eine machtarme Organisation vollbracht werden, welcher plötzlich übermächtige Kräfte wachsen sollen!

Hinter dieser Art von IOC-Kritik steht also ein gleichermaßen einfältiges Sport- wie Politikbild: Der Sport wird als allmächtige Wunscherfüllungsmaschine imaginiert, die Politik als Zauberkunststück. Das bislang dominierende Verständnis von "olympischer Außenpolitik" ist idyllisch und romantisch und pickt sich nur die Rosinen aus dem Kuchen. Es verkündet von den Höhen des Olymp aus diffuse Verheißungen: globalen Frieden, soziale Egalität, physische Gesundheit, moralische Vervollkommnung. Aber es meidet die Mühen der Ebene, der politischen Kärnerarbeit. Diese aber müsste sich anschließen und könnte erst dadurch jene hehren Ziele praktisch beglaubigen. Weder Sport noch Politik bieten einen solchen Ort des Idylls, in welchem sich alles von selbst zum Besseren wendet. Sie sind vielmehr Orte des harten und beharrlichen Ringens um tragfähige Konfliktlösungen und Orte der Gestaltung einer menschengerechten Zukunft. "Das IOC hätte ...", so war in der Krise des Frühjahrs 2008 ständig zu hören. Dabei wird leicht übersehen, dass es über keinerlei wirksames Instrumentarium zur Umsetzung, ja auch nur zur Beurteilung und Entscheidung dessen, was allgemeinpolitisch richtig ist, verfügt. Und es könnte bei zu weiter Auslegung seines "außenpolitischen" Handlungsspielraums schnell an seine "innenpolitischen" Grenzen stoßen. Denn es müsste beim Olympiaausrichter politische Gegebenheiten attackieren, welche auch bei zahlreichen anderen Mitgliedern der olympischen Bewegung gang und gäbe und durch die olympische Charta gar nicht ausgeschlossen sind. Das IOC könnte also allenfalls durch Willkürentscheidung und Druck kurzfristige potemkinsche Effekte zu erzwingen versuchen. Wer aber will ein solches unwürdiges Spiel nach Berlin 1936 bei heutigen und künftigen Spielen wiederholt sehen?

Gesellschaftliche Mitverantwortung der olympischen Bewegung

Seine gesellschaftliche Mitverantwortung und die für ihn tatsächlich leistbare begrenzte politische Aufgabe übernimmt der Sport vor allem dadurch, dass er sein eigenes Feld sinngerecht und kompetent gestaltet und gegen Gefährdungen von innen und außen verteidigt. Die Generallinie kann künftig nur lauten: An die Begründung und die Durchsetzung der olympischen Ziele nach innen die höchsten Ansprüche stellen und die hergebrachten anmaßenden Ansprüche nach außen auf das Maß des gut Begründbaren zurücknehmen. Andernfalls - und die jüngsten Ereignisse lehren dies erneut - kehren die überzogenen Versprechungen umgehend als implizite oder explizite Forderung zurück: Man möge doch gleich das ganze olympische Projekt abblasen, wenn man denn jene Versprechungen oder Erwartungen auf allgemeine Weltverbesserung nicht einlösen könne. Ein solches destruktives Echo ebenso wie sein hypertrophes Gegenbild eines angeblich allkompetenten Sports verkörpern die zwei Seiten derselben Medaille eines Kulturbanausentums: Werden die Ziele des Projekts zu weit hochgeschraubt, muss ihr Verfehlen im Umkehrschluss ein Aufgeben des Projekts zur Folge haben. Die Welt ist stets in irgendeiner ihrer Regionen unfriedlich. Kulturereignisse wie die Olympischen Spiele können dies nicht verhindern. Sie sind aber auch gar nicht darauf angewiesen, dass zuvor aller globaler Unfriede beigelegt ist. Im Gegenteil: Sie dürfen sich überhaupt nicht von diesen Bedingungen abhängig machen. Andernfalls würden sie aufgrund von deren Unerfüllbarkeit ihr eigenes Ende besiegeln.

In olympiapolitischen Fragen, sollen sie wohlbegründete Antworten in Theorie und Praxis finden, muss sich alles um diese Kernfrage drehen: Der zentrale Sinnimperativ des Sports lautet "to play the game and to play it well". Bedeutet dies aber, dass allgemeinmoralische Grundsätze hier strikter oder weniger strikt einzufordern sind, als in der Sphäre des allgemeinen Rechts und der Allgemeinpolitik? Es gilt, Prinzipien und Kriterien der Urteilsbildung herauszuarbeiten, anhand derer die "Olympiatauglichkeit" eines Ausrichterlandes bewertet werden kann. Man muss ferner nach begründeten Antworten auf die folgende Frage suchen: Kann und muss das IOC als Veranstalter aufgrund der in seiner Charta kodifizierten Normen und Regeln einem Ausrichterland bestimmte Höchststandards der politischen Kultur abverlangen? Oder kann es sich einerseits auf die Mindestanforderungen organisatorisch-administrative Effizienz, Verlässlichkeit, Sicherheit, hinreichende Umweltqualität am Olympiaort und Vorreiterrolle der Olympiamannschaft des Ausrichters im Anti-Doping-Kampf sowie andererseits auf die allgemeine Anerkennung des Ausrichterlandes durch die Staatengemeinschaft beschränken? Die innere Logik der olympischen Idee weist eher in Richtung der zweiten Variante: Für das politische Umfeld von Olympischen Spielen gelten gegenüber den Prinzipien einer elaborierten Staatsphilosophie und Demokratietheorie - so erstrebenswert diese allgemeinpolitisch selbstverständlich sind - nicht höhere, sondern niedrigere Mindeststandards der dort herrschenden politisch-rechtlichen Kultur. Diese Beurteilung mag weder den Kritikern noch den Apologeten des olympischen Projekts sympathisch oder auch nur einleuchtend erscheinen. Aber die verbreitete gegenteilige Auffassung geht auf ein irrtümliches hypermoralisches Bild von Sport zurück. Ein solches ist nicht nur realitätsfremd, insofern es täglich tausendfach Lügen gestraft wird - es ist vor allem schlecht begründet.

Denn das IOC als institutioneller Hauptträger der olympischen Idee folgt - wie übrigens ähnlich auch die Vereinten Nationen und das Internationale Rote Kreuz - einem Primat der Universalität vor der politischen Moralität. Sprich: Die Universalität seines Sachprojekts Olympische Spiele steht vor der Moralität innenpolitischer Systemverhältnisse seiner Mitglieder. Die praktischen Konsequenzen dieser Prioritätensetzung mögen zwar zynisch anmuten. Aber diese internationalen Akteure haben sich mit gleichwohl guten Gründen für dieses Primat entschieden: Um sachlich begrenzte partikulare Projekte - Ernährungsprogramme, Flüchtlingshilfe, Verwundetenhilfe auf Schlachtfeldern, ein Weltsportereignis - weltweit tatsächlich und verlässlich verwirklichen zu können, müssen sie an den meisten darüber hinausgehenden politischen Streitfragen vorsätzlich vorbeisehen. Aus weiser Selbstbeschränkung hat das IOC keine normierenden Aussagen über innenpolitische Systemverhältnisse innerhalb der Mitgliedsstaaten der olympischen Bewegung in seine Charta aufgenommen.

Olympiapolitischer Opportunismus besteht folglich nicht etwa darin, dass das IOC sich nicht zu kritischen Äußerungen vor mächtigen Thronen traut. Er bestünde vielmehr gerade darin, dass es sich

durch eine bestimmte weltöffentliche Stimmung zu solchen kritischen Äußerungen drängen ließe, obwohl es zu ihnen durch seine Satzung und das Mandat seiner Mitglieder nicht ermächtigt ist. Es legitimiert damit nicht automatisch undemokratische politische Systeme. Es verhält sich vielmehr neutral dazu. Das IOC muss seinem Ziel, der olympischen Idee weltweit Geltung zu verschaffen, Vorrang einräumen, um es nicht zu verfehlen. Anders als in der Hochzeit der antiolympischen Boykottbewegungen von 1976 bis 1984 scheinen im Jahr 2008 alle staatlichen und olympischen Verantwortungsträger einig, die Spiele nicht durch außerolympische politische Forderungen infrage stellen zu lassen. Aus Sicht der olympischen Idee ist dies als Fortschritt zu werten.

Der Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 29-30/2008 (<http://www.bpb.de/apuz/31079/olympische-spiele-und-politik>))

Olympischer Moment

Werden die Spiele China verändern?

Von Dr. Gudrun Wacker

7.8.2008

Dr. phil. Gudrun Wacker, geb. 1954 ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ludwigkirchplatz 3 - 4, 10719 Berlin.
E-Mail: gudrun.wacker@swp-berlin.org.

Die Olympischen Spiele 2008 sollen nach dem Willen der chinesischen Führung zeigen, wie weit das Land mit seinem Modernisierungskurs in den vergangenen dreißig Jahren gekommen ist: Die Rückkehr des Landes auf die Weltbühne, die Integration in die Weltwirtschaft und in die internationale Staatengemeinschaft sollen zelebriert werden.

Seit die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) über die Ausrichtung der Sommerspiele 2008 zugunsten der Stadt Peking gefallen ist, bereitet sich China auf dieses sportliche Großereignis vor. Die Freude über die Entscheidung war in China umso größer, als eine frühere Bewerbung um die Austragung der Spiele 2000 im Jahr 1993 gescheitert war. Aus Sicht der chinesischen Führung sollen die Olympischen Spiele 2008 das Schaufenster sein, durch das China zeigen kann, wie weit es mit seinem Modernisierungskurs in den vergangenen dreißig Jahren gekommen ist: Die Rückkehr des Landes auf die Weltbühne, die Integration in die Weltwirtschaft und in die internationale Staatengemeinschaft sollen zelebriert werden.

Die Vision der Olympischen Spiele in Peking, die die chinesische Führung unter dem Motto "one world, one dream" (eine Welt, ein Traum) umsetzen will, sind ein perfekt organisiertes Spektakel für die internationale Öffentlichkeit, das harmonisch und ohne Zwischenfälle abläuft. Durch die Ereignisse im Umfeld der Unruhen in Tibet und des olympischen Fackellaufes ist bereits jetzt fraglich, ob sich diese Vision noch wird umsetzen lassen. Denn ein Schatten liegt nun schon über dem Ereignis, der sich unter Umständen noch weiter ausdehnen und verfinstern kann.

Im Folgenden geht es um die Erwartungen und Herausforderungen, mit denen China im Vorfeld der Spiele umzugehen hat und die das Land praktisch von Beginn an einem Dilemma ausgesetzt haben. Ein weiterer Teil wird sich mit der Frage befassen, in welchen Bereichen die Vorbereitung auf die Spiele bereits zu - dauerhaften oder vorübergehenden - Veränderungen in China geführt hat. Im letzten Teil werden mögliche Szenarien vorgestellt, welche Auswirkung die Olympiade auf China haben könnte.

Herausforderungen und Erwartungen: Dilemma für China

Als Ausrichterland der Olympischen Spiele steht China verstärkt im internationalen Scheinwerferlicht von Medien, Öffentlichkeiten, Politikern und Parlamentariern, insbesondere im "Westen", also in Europa und den USA. Bereits einige Jahre vor dem sportlichen Großereignis entspann sich eine kontroverse Diskussion über die Vergabe der Spiele an China, über das Verkehrschaos in Peking, über die Qualität von Luft und Nahrungsmitteln, mit denen die Athleten vor Ort konfrontiert würden, über die Arbeitsbedingungen für ausländische und inländische Journalisten vor, während und nach den Spielen, aber auch über das Verhalten gegenüber Taiwan und die außenpolitische Rolle Chinas, beispielsweise im Sudan und der Krise in Darfur oder in Birma/Myanmar. Für jeden dieser Bereiche wurden, insbesondere von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Erwartungen formuliert und zum Teil für den Fall ihrer Nichterfüllung Boykottandrohungen in den Raum gestellt.

Auf die "handfesten" und praktischen Herausforderungen, die mit der Ausrichtung der Spiele verbunden waren, waren Peking und die chinesische Führung eingestellt: Der Bau von Sportstätten, Verkehrsinfrastruktur und neuen Hotels sowie die Begrünung der Stadt wurden in Angriff genommen, Pläne für die Milderung des Verkehrschaos erarbeitet, Schweine ohne Hormongaben (Doping!) für die Sportler gezüchtet, die Taxifahrer der Stadt zum Englischlernen angehalten und die Bewohner Pekings zu einem angemessenen Verhalten aufgerufen (nicht Spucken, ordentlich Schlangestehen). Um der mittlerweile dramatischen Wasserknappheit in Peking entgegenzuwirken, wurde seit Frühjahr 2008 Bauern in anderen Provinzen buchstäblich das Wasser abgegraben und in die Hauptstadt umgeleitet. China hatte "grüne Spiele" versprochen, nicht nur in botanischer Hinsicht, sondern auch mit Blick auf ökologische Standards bei den Bauten.

Offensichtlich sind mit dem Zuschlag des IOC für die Ausrichtung der Olympischen Spiele aber auch auf einem anderen Gebiet weit reichende Hoffnungen und Erwartungen geweckt worden: China sollte sich im Laufe der Vorbereitungen auf dieses Ereignis zum Positiven (aus westlicher Sicht) verändern. Häufig stützen sich solche Hoffnungen auf die Erfahrung der Sommerspiele im Jahr 1988 in Seoul, als Südkorea einen Öffnungsschub erlebte. China selbst hat dieser optimistischen Interpretation in gewisser Weise Vorschub geleistet, indem einer der Hauptverantwortlichen für die Organisation der Spiele in Peking, Vize-Bürgermeister Liu Jingmin, nach der Entscheidung des IOC für Peking erklärte, dies werde der Entwicklung der Demokratie und den Menschenrechten in China zugute kommen. Kritiker Chinas dagegen glaubten von vornherein nicht an eine solche Veränderung, sondern sahen die Gefahr, dass die chinesische Führung durch die Olympischen Spiele zusätzliche internationale Legitimation erhält. Sie zogen Parallelen zwischen Peking 2008 und Berlin 1936.

Durch die Ereignisse in Tibet im März 2008 hat sich die Debatte mittlerweile zugespitzt und massiv emotionalisiert. Die Zeremonie in Athen und der olympische Fackellauf wurden durch anti-chinesische Demonstrationen gestört, letzterer musste sogar abgebrochen, unterbrochen, umgeleitet und verkürzt werden. Offenbar symbolisiert die Fackel aus Sicht der Demonstranten nicht mehr die olympische Idee, sondern sie steht für das Regime in Peking, das durch sein Vorgehen gegen demonstrierende Tibeter einmal mehr sein wahres Gesicht gezeigt hat. Mittlerweile scheinen die Hoffnungen auf eine Wiederholung von Seoul 1988 zerstoßen; der ebenso verfehlt Vergleich mit Berlin 1936 ist zum vorherrschenden Bild geworden.

Einen ersten Höhepunkt erlebten Kundgebungen, Demonstrationen und Medienaufmerksamkeit bereits ein Jahr vor Eröffnung der Spiele am 8. August 2007, als verschiedene Gruppen in China demonstrierten: Reporter ohne Grenzen, eine internationale NGO, die sich für Meinungs- und Pressefreiheit einsetzt, entrollte ein Spruchband auf einer Brücke in Peking, eine andere Gruppierung demonstrierte an der Großen Mauer für ein freies Tibet, und eine Gruppe chinesischer Intellektueller und Aktivisten stellte in einem offenen Brief an die oberste politische Führung Chinas einen Katalog mit Forderungen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen zusammen, wie zum Beispiel eine Amnestie für chinesische Dissidenten im Ausland, damit diese zu den Spielen nach Peking reisen können, mehr Rechte und Sicherheit für die Wanderarbeiter, die mit dem Bau der Sportstätten betraut sind, sowie die Einsetzung eines Bürgergremiums zur Aufsicht über die Finanzausgaben im

Zusammenhang mit den Spielen.[1]

Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss der Führung klar geworden sein, dass die Spiele eine ideale Plattform dafür bieten, die in- und ausländische Aufmerksamkeit auf Missstände in China zu richten, seien es nun Menschenrechtsverletzungen, fehlende Rechtsstaatlichkeit oder Korruption. Die Sicherheitsprobleme, die sich vor und während der Spiele stellen, wurden damit ebenfalls augenfällig: Es könnten terroristische Anschläge drohen, oder unerwünschte Personen, wie zum Beispiel Anhänger der in China verbotenen Sekte Falun Gong, könnten versuchen, einzureisen und die Spiele zu stören. Auch das Unruhepotential in China selbst ist hoch: Wanderarbeiter, deren Unterkünfte abgerissen wurden, von ihrem Boden vertriebene Bauern, die als Bittsteller in Peking Gerechtigkeit suchen, und andere Gruppen in der Bevölkerung machen ihrem Unmut zum Teil Luft - nach offiziellen Angaben des Ministeriums für öffentliche Sicherheit in China finden im ganzen Land jährlich circa 80 000 (2005: 87 000) kleinere und größere Protestaktionen statt.

Aber auch zur Erledigung der konkreten Aufgaben, die von Peking im Vorfeld der Spiele zu bewältigen waren, wurden Mittel eingesetzt, die im Ausland Kritik hervorriefen, wie beispielsweise die Zwangsräumung von Wohnungen in Peking, um unter anderem Platz für neue Straßen und den Ausbau der U-Bahn zu machen. Die Umgesiedelten, über deren Zahl die Angaben erheblich schwanken, wurden teilweise gut entschädigt, teilweise offenbar nicht oder nicht ausreichend.[2] Das Heer der Wanderarbeiter, die den Hauptteil der Bauarbeiten im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen verrichten, wird gegenüber der Stadtbevölkerung durch verschiedene Maßnahmen benachteiligt. Insbesondere sind sie üblicherweise ohne Sozial-, Arbeitslosen- oder Krankenversicherung, und ihre Kinder haben kein Anrecht auf Zulassung in den Schulen. Bittsteller, die nach Peking gekommen sind, um durch Petitionen zu ihrem Recht zu kommen, und andere "unliebsame Elemente" wie Bettler, werden aus der Stadt entfernt; die Einreise von bekannten china-kritischen bzw. -feindlichen Personen, wie Anhänger von Falun Gong, soll durch Aufstellung einer "Schwarzen Liste" und durch striktere Handhabung von Visumsvorschriften möglichst verhindert werden. In den Landesteilen, in denen Tibeter demonstriert haben, wird versucht, möglichst schnell "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen - unter anderem durch eine Erziehungskampagne. Die hier zum Einsatz kommenden Mittel rufen im Westen Kritik hervor und bieten weitere Anlässe für Boykottforderungen.

Die chinesische Führung befindet sich im Dilemma, denn ihre Vorstellung von perfekten Olympischen Spielen lassen solche Maßnahmen in ihren Augen notwendig und gerechtfertigt erscheinen. Die Kritik von außen (und teilweise von innen, wie im oben erwähnten offenen Brief) kann China nicht von seinem Weg abringen. Es kann aber auch nicht den Erwartungen gerecht werden, die im Zusammenhang mit den Spielen an sie herangetragen werden. Ein positiver Schritt war das Inkrafttreten von neuen Vorschriften für die Arbeit ausländischer Journalisten in China am 1. Januar 2007. Die Regeln sahen vor, dass ausländische Medienvertreter sich frei in ganz China bewegen und ohne vorherige Genehmigung durch die Behörden Interviews führen können. Ihre Geltungsdauer sollte zwar auf den Zeitraum bis zum Abschluss der Olympischen Spiele begrenzt sein, jedoch gab es Andeutungen aus offiziellen Kreisen, dass sie in Kraft bleiben könnten, wenn sie sich bewähren. Im Westen, insbesondere in Europa und den USA, wurden die verbesserten Arbeitsbedingungen zwar begrüßt, jedoch erschienen auch umgehend Artikel, die ihre zeitliche Beschränkung kritisierten sowie die Tatsache, dass die chinesischen Kollegen nicht in ihren Genuss kommen sollten. Aus chinesischer Sicht konnte dies so interpretiert werden, dass durch Zugeständnisse lediglich neue Forderungen erzeugt werden. Ähnlich war die Erfahrung mit den Konflikten um Sudan (Darfur) und Birma/Myanmar: China ernannte für Darfur im Frühjahr 2007 einen Sonderbeauftragten, der sich in Khartum für die Zulassung einer UN-Friedenstruppe einsetzte, und es erwirkte nach den Unruhen und Protesten der Mönche in Birma, dass der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs in das Land reisen konnte. Aber die Kritik an Chinas außenpolitischem Verhalten - der Unterstützung für autoritäre Regime trotz massiver Menschenrechtsverletzungen - verstummte nicht. Das Wort von der "Genozidolympiade", mit dem China praktisch für die Situation in Darfur verantwortlich gemacht wurde, macht weiterhin die Runde.

Veränderungen durch Olympia

Eine ganze Reihe von Veränderungen haben im Vorfeld der Olympischen Spiele bereits stattgefunden - lokal, national und außenpolitisch. Einige davon werden nachhaltig sein, andere nicht oder nur vielleicht, einige sind als ungeschränkt positiv zu werten, andere nur bedingt. Veränderungen hat es auch bereits - durch die intensive Berichterstattung - in der Perzeption Chinas im Ausland gegeben, und umgekehrt haben die Proteste und Demonstrationen während des Fackellaufes, zum Beispiel in London, Paris und San Francisco, auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung Europas und der USA in China. Ziemlich klar dürfte sein, dass Peking seine Politik und Haltung nicht ändern wird, sofern es um Fragen geht, bei denen die Führung nationale Kerninteressen berührt sieht. Nationale Souveränität und territoriale Integrität Chinas betreffen nicht nur Tibet, sondern auch die Nordwestregion Xinjiang, die mehrheitlich von muslimischen Uiguren bewohnt wird, und natürlich die Insel Taiwan. Seine grundsätzlichen Ansprüche wird China um der Spiele willen sicher nicht wesentlich abschwächen.

Die finanziellen Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den Spielen getätigt wurden und werden, sind enorm - allein die Kosten für das neue Sportstadion ("Vogelnest") werden mit 350 Millionen Euro angegeben. Inwieweit die getätigten Investitionen eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität in Peking zur Folge haben, kann derzeit noch nicht für jeden Bereich mit Sicherheit gesagt werden. Fest steht bereits als positives Ergebnis der Spiele, dass die neu gebaute Verkehrsinfrastruktur eine Entlastung bringt. Dies gilt für das bereits in Betrieb genommene Terminal 3 des Pekinger Flughafens, vor allem aber für die neuen U-Bahn-Linien, die gebaut wurden. Diese bedeuten einen erheblichen Fortschritt angesichts der mittlerweile fast unerträglichen Verkehrssituation in Peking. Bislang waren nur wenige Stadtteile mit der U-Bahn erreichbar.

Während der Spiele sind auch Fahrbeschränkungen für Autos geplant, um das (übliche) Verkehrschaos zumindest zu vermindern. Ähnliches wurde bereits beim China-Afrika-Gipfel im November 2006 - und bei anderen Gelegenheiten auch in anderen Städten - mehr oder weniger erfolgreich getestet. Diese Maßnahme kann vielleicht einen relativ reibungslosen Verkehrsfluss gewährleisten, möglicherweise auch einen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität leisten. Aber nach den Spielen werden diese Beschränkungen nicht mehr gelten. Pekings Verkehrsprobleme werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach eher noch verstärken, denn der Besitz eines Autos gilt als Statussymbol, und die Stadtregierung von Peking hat - im Unterschied beispielsweise zu Schanghai - bislang keine finanziellen Anreize geschaffen, um auf die Anschaffung eines Privat-PKWs zu verzichten (zum Beispiel über die Anmeldegebühr). Ob die Qualität der Luft in Peking nachhaltig verbessert werden kann, ist unklar - viele Beobachter bezweifeln sogar, dass für die Spiele selbst eine Verbesserung erreicht werden kann.

Was den gesamten Bereich der Menschenrechte anbelangt, so fällt die Bilanz gemischt aus. Dass China für die Olympischen Spiele sämtliche Missstände beseitigt und für den umfassenden Schutz der Menschenrechte sorgt, konnte ohnehin niemand erwarten. Die Entwicklungen in diesem Bereich verlaufen in China nicht gradlinig und schon gar nicht schnell - jedenfalls nicht so schnell, wie dies im Westen gefordert wird. In den vergangenen Jahren gab es einige Fortschritte, die aber nicht unbedingt mit den Olympischen Spielen zusammenhängen. Der wichtigste ist das neue Arbeitsgesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft trat und das deutlich mehr Schutz für die Arbeiter, einschließlich der Migranten, vorsieht. Hier wird es davon abhängen, wie weit die neuen Regelungen tatsächlich auch zur Anwendung kommen. Ein weiterer, gerade aus europäischer Sicht wesentlicher Punkt betrifft die Todesstrafe, die in China für zahlreiche Vergehen verhängt wird, wobei auch die Prozessführung (Rechte der Verteidigung etc.) und das mangelhafte Berufungsrecht im Zentrum westlicher Kritik stehen. Seit 2007 müssen Todesurteile wieder vom Obersten Gericht bestätigt werden, was offenbar zu einem Rückgang der Todesurteile und Hinrichtungen geführt hat.[3]

Eine Reihe von Restriktionen, die im Vorfeld der Spiele eingeführt wurden, wie beispielsweise Einschränkungen bei der Visumsvergabe, wird möglicherweise wieder fallen, wenn die Spiele erst einmal vorüber sind. Dies gilt auch für die schärferen Kontrollen für Flüge nach China. Es geht den Veranstaltern hier zum Teil auch um legitime Sicherheitsanliegen und nicht in jedem Fall um repressive Maßnahmen. Das amerikanische Außenministerium hat am 25. April 2008 wegen der Gefahr

terroristischer Anschläge eine Reisewarnung für die Olympischen Spiele erlassen, die bis Ende Oktober gelten soll.

Was außenpolitische Aktivitäten mit Blick auf Sudan und Birma anbelangt, so wird sich China voraussichtlich weiter engagieren, allerdings von der bisherigen Vorsicht und ablehnenden Haltung gegenüber Sanktionen durch die Vereinten Nationen nicht abgehen. Auch in diesen beiden Fällen stellt sich die Frage, welche Rolle die Olympischen Spiele tatsächlich für Chinas Engagement gespielt haben. Denn Peking hat in den vergangenen zwanzig Jahren in seiner Haltung zur internationalen Ordnung und zu Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen einen Wandel von Ablehnung über Duldung hin zu aktiver Unterstützung durchlaufen und stellt mittlerweile von den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates die meisten Truppen, häufig Techniker und medizinisches Personal, bei UN-mandatierten Einsätzen weltweit.

Sehr viel schwieriger zu beurteilen sind die längerfristigen Wirkungen der gewandelten Wahrnehmung auf westlicher und auf chinesischer Seite. In Europa war die Medienberichterstattung zuletzt schon überwiegend negativ geprägt: Nachdem bis in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts vor allem die wirtschaftlichen Reformerfolge gepriesen und die Menschenrechtsverletzungen kritisiert wurden, erschienen seit 2004/05 gehäuft Artikel, die den Aufstieg Chinas zur Weltmacht, die Schattenseite der chinesischen Modernisierung (Energie- und Ressourcen hunger, Umweltzerstörung) und die Herausforderung westlicher Wettbewerbsfähigkeit und westlicher Werte durch China zum Thema hatten. Insofern trafen die Berichte über die Proteste der Tibeter und Chinas Umgang damit auf einen gut vorbereiteten Boden. Können die Olympischen Spiele in Peking diesem Negativimage, das sich mittlerweile zumindest in Europa verstärkt hat, das positive Bild eines modernen, weltoffenen und toleranten Landes entgegenstellen? Die chinesische Reaktion auf die westliche Kritik an seiner Tibet-Politik und die anti-chinesischen (und pro-tibetischen) Proteste am Rande des Fackellaufes bestand von offizieller Seite in der Zurückweisung jeder Einmischung in innere Angelegenheiten und Gegendarstellungen zu den teilweise wirklich verzerrten westlichen Berichten. Bei einem Teil der Bevölkerung kam es zu einer nationalistischen Gegenreaktion, die sich insbesondere im Internet Luft machte, aber auch beispielsweise in Boykottaktionen gegen die französische Ladenkette Carrefour.

Implikationen: Szenarien für das post-olympische China

Das Jahr 2008, in dem China mit den Olympischen Spielen die Erfolge von dreißig Jahren Reform- und Öffnungspolitik feiern wollte, erwies sich von Beginn an als ein sehr schwieriges: Schneekatastrophen zum chinesischen Neujahr, die höchste Inflation seit Jahren, gewaltsame Demonstrationen in Tibet, der Ausbruch einer bei Kindern tödlich verlaufenden Viruserkrankung und ein schweres Erdbeben im Südwesten des Landes. Die Vorzeichen deuten nicht unbedingt auf Spiele, die der Vision von "eine Welt, ein Traum" entsprechen. David Shambaugh hat in einem Artikel in der "International Herald Tribune" zwischen zwei Arten von Nationalismus in China unterschieden und die Frage gestellt, welche dieser beiden Varianten während der Spiele zum Vorschein kommen wird: ein engstirniger, xenophober, defensiver Nationalismus, der sich aus Chinas historischer Erfahrung der Erniedrigung durch die westlichen Kolonialmächte ("Jahrhundert der Erniedrigung") speist, oder ein selbstbewusster und kosmopolitischer, der stolz auf die in den vergangenen dreißig Jahren erreichten Fortschritte ist.[4] Die Antwort wird davon abhängen, wie es im Vorfeld der Spiele weitergeht, und vor allem natürlich davon, wie die Spiele selbst ablaufen werden. Es ist beispielsweise durchaus vorstellbar, dass die Kombination von einigen Demonstranten, etwa Anhängern der in China verbotenen Sekte Falun Gong, Ordnungskräften und internationalen Fernsehkameras zu einem Desaster eskaliert. Gelegenheiten und mögliche Auslöser für Zwischenfälle gibt es mehr als genug.

Neben der Variante einigermaßen erfolgreicher Spiele mit "normalen" Pannen sind im Wesentlichen zwei extremere Szenarien denkbar: erstens, die Olympischen Spiele werden tatsächlich noch zu dem von Peking erhofften großartigen Erfolg. Dies könnte entweder dazu führen, dass die Führung an Selbstsicherheit gewinnt und zum Beispiel weitere Lockerungen bezüglich Medienfreiheit einräumt bzw. solche weiter gelten lässt. Es ist aber auch denkbar, dass der dadurch ausgelöste Schub an

Selbstbewusstsein China zu einem noch schwierigeren Partner macht, der sich Kritik von außen verbittet und international weniger zur Kooperation bereit ist. Zweitens, sollten die Spiele von einzelnen westlichen Staaten boykottiert werden oder zu einem PR-Desaster für China werden, dann wäre dies für die chinesische Führung (und einen Teil der Bevölkerung) nicht nur eine gewaltige Enttäuschung, sondern könnte zur Folge haben, dass man sich in dem Verdacht bestätigt sieht, die westlichen Industrienationen (im Bunde mit ihren Medien) wollten China an seinem Aufstieg und Modernisierungserfolg hindern. Eine solche Interpretation klang im Zusammenhang mit der Störung des Fackellaufes und den Boykottdrohungen schon an. Wie die chinesische Führung damit dann umgeht, wird wesentlich davon abhängen, wie zum einen die eigene Bevölkerung - insbesondere in den urbanen Zentren - auf einen solchen Misserfolg reagiert und welche Signale zum anderen von außen (und nicht nur vom Westen!) kommen. Es ist nicht auszuschließen, dass die chinesische Führung dann durch eine harte Haltung oder gar einen riskanteren Kurs nach außen versucht, Legitimität nach innen wiederzugewinnen.

Fußnoten

1. Vgl. die deutsche Fassung des Briefes auf der Webseite der Chinese Human Rights Defenders, "Eine Welt, ein Traum" und allgemeine Menschenrechte, in: http://crd-net.org/Article/Class9/class97/200710/2007_1023031940_6077.html (7. 5. 2008).
2. Nach Angaben der chinesischen Seite sind 40 000 Menschen in Peking insgesamt umgesiedelt worden, davon 2000 für Olympiabauten (so der Direktor der Pekinger Baukommission) - Kompensation sei ausreichend gewährt worden, neue Wohnungen zur Verfügung gestellt. Dagegen gibt das Center on Housing Rights and Evictions (COHRE) in Genf die Zahl wesentlich höher an: 13 000 monatlich, bis zu 1,5 Millionen insgesamt im Zusammenhang mit den Spielen. Vgl. Associated Press, 5. 12. 2007.
3. Es gibt allerdings nach wie vor nur Schätzungen über die Zahl der Todesurteile, da die chinesische Seite keine Angaben dazu veröffentlicht.
4. Vgl. David Shambaugh, China's competing nationalisms, in: International Herald Tribune vom 5. 5. 2008.

Dieser Artikel ist zuerst in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 29-30/2008 (<http://www.bpb.de/apuz/31081/olympischer-moment-werden-die-spiele-china-veraendern>)) erschienen.

Randsportarten:

Am Tropf der Olympischen Spiele

Von Peter Penders

7.8.2008

Peter Penders ist Diplom-Sportwissenschaftler, 1989 wurde er als Spieler mit dem SC 1880 Frankfurt Deutscher Hockey-Meister. Seit 1990 ist er Mitglied der Sportredaktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt/M.
E-Mail: p.penders@faz.de.

Ohne Olympia ist alles nichts - das wissen vor allem die Verbände der Randsportarten. Während der Deutsche Fußball-Bund es verkraften kann, mal wieder nicht dabei zu sein, sieht es für die Kleinen ganz anders aus. Für sie ist "dabei sein" nicht nur olympisches Motto, sondern Überlebensversicherung.

Sein Saisonziel? Der Tennisprofi Nicolas Kiefer musste bei dieser Frage Anfang des Jahres nicht lange nachdenken. Im Fokus hatte er vor allem die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Peking, für die er sich zuvor im Herbst schon qualifiziert hatte. Kiefer hat vor vier Jahren in Athen die Silbermedaille im Doppel gewonnen und war damals nur knapp an der Erfüllung seines Kindheitstraumes gescheitert. Mit seinem Partner Rainer Schüttler hatte er sich im Finale vier Matchbälle erspielt, aber die beiden Deutschen hatten keinen nutzen können.

Die bitteren Tränen, die Kiefer damals weinte, sind längst getrocknet, und nun will der Hannoveraner unbedingt noch einmal zu Olympischen Spielen, "und wenn ich hin schwimmen müsste". Die ganze Atmosphäre habe ihn völlig begeistert, das Zusammentreffen mit den vielen anderen Sportlern. Als Tennisspieler wisse er schließlich, dass er zu den bevorzugten Sportlern gehöre, die bei der Ausübung ihres Sports viele Annehmlichkeiten wie Fahrdienste oder exzellente Hotels in Anspruch nehmen könnten. Auch deshalb sei es so besonders reizvoll, einmal den Alltag der anderen Sportler zu erleben.

Zwei Wochen Ausnahmezustand

Olympische Spiele - der Alltag der anderen Sportler? Nichts ist von der Realität wohl weiter entfernt als diese Annahme. In Wahrheit sind diese knapp zwei Wochen der absolute Ausnahmezustand, und je unbedeutender die Stellung der Sportart im wirklichen Alltag ist, desto größer ist dieser Ausnahmezustand. Für die meisten Randsportarten sind Olympische Spiele die einzige Möglichkeit, im Erfolgsfall mit hundertprozentiger Sicherheit auf sich aufmerksam zu machen und in eigener Sache zu werben. Während Olympischer Spiele geraten schließlich auch Judoka oder Sportschützen in den Fokus der Öffentlichkeit, sobald sie es schaffen, in die Medaillenränge zu kommen. Und kleine Helden für kurze Zeit werden gar geboren, wenn sie die erste Goldmedaille für Deutschland gewinnen. Denn je länger die ungeduldige Heimat auf diesen ersten Olympiasieg wartet, desto größer wird daheim das mediale Echo auf dieses große Ereignis ausfallen und desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass der mit dieser Goldmedaille verbundene Name einen Erinnerungswert besitzt, der über diese zwei Wochen hinausgeht.

Das allerdings bedeutet noch lange nicht, dass sich diese Medaille für jeden Einzelnen auch in klingende Münze umwandeln lässt, in Mannschaftssportarten verschärft sich diese Schwierigkeit noch. Bei den vergangenen Olympischen Sommerspielen in Athen etwa schrieben die deutschen Hockeydamen ein Sommermärchen, gegen das jede noch so erfolgreiche Geschichte deutscher Fußballspieler bei der

Weltmeisterschaft 2006 eigentlich hätte verblassen müssen. Den unmittelbaren Kontakt zur Weltspitze hatte die Mannschaft damals längst verloren, was sich ein Jahr zuvor trotz eines kurzfristigen Trainerwechsels vor der Europameisterschaft gezeigt hatte. Platz fünf war das Ziel aller Träume in Griechenland gewesen, weil das den Zugang zur höchsten Förderstufe ermöglicht hätte. Vor dem letzten Gruppenspiel indes hätten die deutschen Damen im ungünstigsten Fall bei einer Niederlage noch Letzte des Turniers werden können, was eine unweigerliche Etatkürzung des Verbandes zur Folge gehabt hätte. Der Sieg aber katapultierte die Mannschaft urplötzlich durch eine glückliche Fügung des Schicksals ins Halbfinale, und nach einem Erfolg im Siebenmeterschießen fanden sich die Deutschen plötzlich im Finale wieder. Dort hieß der Gegner Niederlande, und die Aussichten auf die Goldmedaille waren ähnlich vielversprechend wie ein deutscher Sieg im legendären Finale der Fußball-WM von 1954. Der Abend in Athen endete ähnlich wie jener 50 Jahre zuvor in Bern. Die deutschen Damen gewannen sensationell 2:1, tanzten bei der Siegerehrung voller Glückseligkeit Sirtaki und lieferten aus deutscher Sicht das Bild der Olympischen Spiele von 2004, das mit Abstand den höchsten positiven Erinnerungswert lieferte.

Das blieb nicht ohne Echo aus der Heimat, wo während Olympischer Spiele am Fernseher ohnehin alles verfolgt wird, was eine deutsche Medaille verspricht. Unglaubliche acht Millionen Zuschauer hatten beim Halbfinalsieg über China vor den Bildschirmen in Deutschland gesessen, knapp sechs Millionen[1] dann beim Finale - eine astronomische Zahl, wenn man bedenkt, dass es Länderspiele der Hockeydamen selten überhaupt ins Fernsehen schaffen und vor Ort in der Regel meistens nur ein paar hundert Fans zuschauen. Das Wunder von Athen hinterließ Eindruck auch bei denen, die sich sonst um Damen-Hockey eher wenig kümmern. Die Olympiasiegerinnen wurden von den Sportjournalisten zur Mannschaft des Jahres gewählt - wie zwölf Jahre zuvor die Hockey-Herren, die in Barcelona 1992 die Goldmedaille gewonnen hatten. Nach ihrer Rückkehr wurden die golddekorierten Damen kurz von Sender zum Sender gezerrt, aber dann war der Rausch schnell vorbei. Ein paar Wochen später beschwerten sich die desillusionierten Olympiasiegerinnen, dass nicht allzu viel dabei herausgesprungen sei.

Aus dem Rampenlicht in die Versenkung

Warum hätten Sponsoren plötzlich auch mit Werbeverträgen auf diese goldige Geschichte reagieren sollen? Schließlich verschwinden Randsportarten in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit trotz aller Erfolge meistens wieder so schnell in der Versenkung wie sie plötzlich aufgetaucht sind, und aus dem immer wieder erhofften Boom wird nichts. Das Fernsehen hat diese ungute Entwicklung in den vergangenen Jahren noch verschärft, seitdem sich auch die öffentlich-rechtlichen Sender in erster Linie um die populären Sportarten kümmern oder groß als Promoter ins Profibox-Geschäft eingestiegen sind. So steht auf manchen Sendungen zwar "Sportschau" drauf, aber in Wahrheit ist nur Fußball drin. Vor allem die Randsportarten des Sommers sind in erster Linie nur während Olympischer Spiele herzlich willkommen, weil dann alles Quote garantiert. Im Winter sieht es für die, die eigentlich im Schatten stehen, etwas besser aus, weil ARD und ZDF am Wochenende vom frühen Morgen bis in den Nachmittag hinein das Programm mit Wintersport füllen und sich dementsprechend viel Mühe geben, diese Sendezeit auch zu promoten.

Hockey ist beispielsweise zwar seit Jahrzehnten die erfolgreichste Sportart in Deutschland, taucht aber verlässlich im Fernsehen nur während Olympischer Spiele auf. Von der WM 1998 der Damen und Herren in den Niederlanden, die jeweils mit dritten Plätzen der deutschen Teams endete, gab es daheim überhaupt keine Fernsehbilder zu sehen. Vier Jahre später, als die deutschen Hockeyherren in Malaysia erstmals in der Geschichte sogar Weltmeister wurden, durften zumindest die Tore des Endspiels kurz bewundert werden. Bei Olympischen Spielen hingegen nimmt die Medienpräsenz rasant zu und auch die Stiefkinder werden interessant. 53,7 Millionen Zuschauer, das sind 75,4 Prozent der deutschen Bevölkerung, haben mindestens einmal die Olympia-Berichterstattung von ARD und ZDF während der Olympischen Spiele 2004 in Athen eingeschaltet. Das sind deutlich mehr als bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in Japan und Südkorea (42,92 Millionen/59,9 Prozent). Deshalb ist der Aufwand des Fernsehens schon vor Olympischen Spielen enorm. Die jeweiligen Reporter kümmern

sich schon mindestens ein halbes Jahr vorher um "ihre" Sportart, pflegen Kontakte und drehen Filme für die Vorberichterstattung. Und bereiten sich wie die Athleten vor allem auf ihren großen Einsatz vor.

Es gibt seltene Ausnahmen, wie etwa die Hockey-Weltmeisterschaft 2006 in Mönchengladbach, als die Begeisterung über die Fußball-WM immer noch durch das Land ging und auch die folgende Hockey-Veranstaltung noch in diesen Sog geriet. Die deutschen Herren verteidigten ihren Titel auf begeisternde Art und Weise, aber wenn die Protagonisten eine Wertigkeits-Rangliste aufstellen müssten, dann stünden Olympische Spiele auch wegen der Medienpräsenz und der öffentlichen Wahrnehmung weit an erster Stelle. "Meine Olympiamedaille würde ich nie gegen einen der beiden Weltmeister-Titel eintauschen", sagt etwa der Hockey-Rekord-Nationalspieler Philipp Crone - dabei hatten die Hockeyherren in Athen "nur" den dritten Platz belegt.

Das Schwungrad Olympische Spiele

Ohne Olympia ist alles nichts - das wissen vor allem die Verbände der Randsportarten. Natürlich kann es der Deutsche Fußball-Bund verkraften, in Peking mal wieder nicht dabei zu sein mit den Männern, natürlich ist es für einen Tennisprofi zwar möglicherweise ein ideeller, aber kein wirtschaftlicher Schaden, sich nicht zu qualifizieren. Für die, die aber am Tropf Olympischer Spiele und ihrer Bedeutung hängen, ist "dabei sein" schon deshalb alles, weil es teilweise von existenzieller Bedeutung ist. Denn schlechter, als eine Randsportart zu sein, die keine Gnade vor dem Internationalen Olympischen Komitee fand und nicht ins Programm aufgenommen wurde, ist nur noch, zwar eigentlich dazugehören, sich aber nicht für Olympische Spiele zu qualifizieren. Wer an Olympischen Spielen teilnimmt, ist auch ein kleiner Botschafter Deutschlands, und wird dementsprechend vom Bundesinnenministerium gefördert. Wer seine Chance zur Qualifikation aber verpasst, muss Etatkürzungen in Kauf nehmen.

Dementsprechend groß war die Aufregung beim Deutschen Hockey-Bund, als die Herren im vergangenen Jahr zwar als Weltmeister zur Europameisterschaft fuhren, dort aber als Vierter einen der drei direkten olympischen Startplätze überraschend verpassten. Über die letzte Chance auf Peking wurde ebenfalls in Asien entschieden - in einem japanischen Ort namens Kakamigahara fanden die vermutlich wichtigsten Spiele einer deutschen Hockey-Nationalmannschaft seit Jahren statt. Ein Scheitern in diesem Qualifikationsturnier wäre der sportliche GAU gewesen und hätte den Verband im Kampf um die öffentliche Wahrnehmung und im Werben um Verbandssponsoren um Jahre zurückgeworfen. Das Finale gegen Japan in Kakamigahara war deshalb vermutlich wichtiger als die beiden WM-Endspiele in Kuala Lumpur und Mönchengladbach, wofür auch die große Erleichterung nach dem Sieg spricht.

Olympia steht als Medienereignis für sich und gibt den Randsportarten für einen Moment eine extreme Bedeutung. Auch deshalb etwa ist Adidas Ausrüster von 27 der 28 Sportarten - ein Engagement, welches das Unternehmen nach Peking überdenken will, weil es auf Intervention der Konkurrenten nicht mehr mit den drei Streifen auf Hemd oder Hose werben darf. Treffen würde das wieder die "Kleinen", die sich während Olympischer Spiele im Fall von Medaillengewinnen für kurzfristige Anerkennung freuen dürfen - einerlei, ob es sich um Kanu, Rudern, Schießen oder Hockey handelt.

Wem etwa der Name von Andreas Dittmer geläufig ist, der wird vielleicht wissen, dass es sich um einen Kanu-Olympiasieger handelt. Genauer sagt um einen dreimaligen Goldmedaillengewinner - Dittmer hat 1996 in Atlanta, 2000 in Sydney und 2004 jeweils im Einer- oder Zweier-Canadier triumphiert. Das hat ihm einen gewissen Bekanntheitsgrad eingebracht, den er ohne Olympia trotz seiner sechs Weltmeistertitel nicht annähernd erreicht hätte. Deshalb werden bei den Randsportarten die Anstrengungen im Olympiejahr noch einmal deutlich erhöht und höhere Trainingsumfänge absolviert. Wer es sich leisten kann, lässt sich von seinem Arbeitgeber freistellen oder legt ein Freisemester ein, um sich ganz auf die Olympischen Spiele konzentrieren zu können. Für manchen geht die Rechnung mit einem Medaillengewinn auf, die wenigsten aber können davon wirtschaftlich profitieren. Für alle aber sind diese knapp zwei Wochen der absolute Ausnahmezustand, ehe wieder der vierjährige Alltag beginnt, in dem um jede Beachtung gekämpft werden muss - eine Olympiade

der besonderen Art.

Fußnoten

1. Nach Daten der AGF/GfK Fernsehforschung, vgl. Camille Zubayr/Stefan Geese/Heinz Gerhard, Olympia 2004 im Fernsehen, in: Media Perspektiven, (2004) 10, S. 466-471.

Der Beitrag erscheint zuerst in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 29-30/2008 (<http://www.bpb.de/apuz/31077/randsportarten-am-tropf-der-olympischen-spiele-essay>))

Chronik der chinesischen Geschichte

29.10.2008

Text über Zeitleiste

In seiner mehr als 5.000-jährigen Geschichte hat China viele kulturelle und wirtschaftliche Blütezeiten, aber auch Machtkämpfe und Niederlagen erlebt. Die Zeitleiste führt durch die wichtigsten Stationen des "Reichs des Mitte" bis zum Beginn der Olympischen Sommerspiele in Peking am 8. August 2008.

| | | | | | | | | |
|---------|------|-----|-----|------|------|------|------|------|
| 2100 BC | 1 AD | 500 | 750 | 1000 | 1250 | 1500 | 1750 | 2000 |
|---------|------|-----|-----|------|------|------|------|------|

Statistiken und Karten zu China

8.8.2008

Zahlen und Fakten VR China

26.3.2010

Die Volksrepublik China im statistischen Überblick, alle wichtigen Zahlen und Fakten zu Demographie, Politik und Wirtschaft auf einen Blick.

Fläche9.572.419 km² (Weltrang: 4)**Einwohner**1.325.716.000 = 139 je km² (F 2007, Weltrang: 1)**Hauptstadt**

Beijing (Peking)

Amtssprachen

Chinesisch (Putonghua)

Bruttoinlandsprodukt

4329 Mrd. US-\$

realer Zuwachs: 9,0%

Bruttonettoprodukt (BSP, pro Einwohner und Jahr)

2370 US-\$

Währung

1 Renminbi ¥uan (RMB.¥) = 10 Jiao

Botschaft

Botschaft der Volksrepublik China

Märkisches Ufer 54, 10179 Berlin

Telefon 030 275880, Fax 030 27588221

www.china-botschaft.de (<http://www.china-botschaft.de/det/>)**Regierung**

Staatspräsident: Hu Jintao, Regierungschef: Wen Jiabao, Äußeres: Yang Jiechi

Nationalfeiertag

1.10.

Verwaltungsgliederung

23 Provinzen (einschließlich Taiwan, von der VR China als 23. Provinz angesehen), 5 autonome Regionen, 4 Stadtbezirke
außerdem 147 territoriale Einheiten mit regionaler Autonomie

Staats- und Regierungsform

Verfassung von 1982

Volksrepublik

Parlament: Nationaler Volkskongress/NVK mit 2989 alle 5 J. von den Parlamenten der Provinzen, autonomen Regionen und Stadtbezirken sowie von der Volksbefreiungsarmee gew. Mitgl.

Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses mit 154 Mitgl. (134 Abgeordnete, der Präsident, 18 Vizepräsidenten und der Generalsekretär)

Vorsitzender: Wu Bangguo, seit 15.3.2003

Oberste Führung: Ständiger Ausschuss des Politbüros der KPCh

Vorsitzender: Hu Jintao, seit 15.11.2002

weitere Mitgl.: Wu Bangguo, Wen Jiabao, Jia Qinglin, Li Changchun, Xi Jinping, Li Keqiang, He Guoqiang, Zhou Yongkang

24-köpfiges Politbüro (Ständiger Ausschuss + 13 Vollmitgl. und 2 Kandidaten) sowie Sekretariat mit 7 Mitgl.

Zentralkomitee (189 Vollmitgl. und 130 Kandidaten)

Zentrale Militärkommission (9 Mitgl., Vors. Hu Jintao, seit 2005)

Wahl des Staatsoberhauptes durch das Parlament alle 5 J.

Wahlrecht ab 18 J.

Bevölkerung

Chinesen

F 2007: 1.325.716.000 Einw.

letzte Zählung 2000: 1.242.612.226 Einw.

56 nationale Minderheiten ("Nationalitäten"): 91,6% Han-Chinesen, 1,4% Zhuang, 0,8% Mandschu, 0,8% Hui, 0,7% Miao, 4,3% Sonstige: Mongolen, Koreaner, Turkvölker (u.a. 7.000.000 Uiguren, 1.000.000 Kasachen), Tibeter

Städte (mit Einwohnerzahl)

(F 2007, nach UN) Shanghai 14,987 Mio. Einw., Beijing (Peking) 11,106 Mio., Guangzhou (Kanton) 8,829 Mio., Shenzhen 7,581 Mio., Wuhan 7,243 Mio., Tianjin (Tientsin) 7,180 Mio., Chongqing 6,461 Mio., Shenyang 4,787 Mio., Dongguan 4,528 Mio., Chengdu 4,123 Mio., Xi'an (Sian) 4,009 Mio., Nanjing 3,679 Mio., Guiyang 3,662 Mio., Harbin 3,621 Mio., Changchun 3,183 Mio., Dalian 3,167 Mio., Zibo 3,061 Mio., Hangzhou 3,007 Mio., Kunming 2,931 Mio., Taiyuan 2,913 Mio., Qingdao 2,866 Mio., Jinan 2,798 Mio., Zhengzhou 2,636 Mio., Fuzhou 2,606 Mio., Changsha 2,604 Mio.

Religionen

100 Mio. Buddhisten, 30 Mio. Daoisten, 20 Mio. Muslime, 15 Mio. Protestanten, 4 (nach Schätzungen 13-14) Mio. Katholiken

Konfuzianismus weit verbreitet (Stand: 2006)

Sprachen

Chinesisch (Putonghua), versch. chines. Sprachen

Sprachen der nationalen Minderheiten (u.a. Tibetisch, Uigurisch, Mongolisch)

Erwerbstätige nach Wirtschaftssektor

keine Angaben

Arbeitslosigkeit (in % aller Erwerbspersonen)

Ø 2008: 4,2% in den Städten, hohe Zahl von Unterbeschäftigten u. Arbeitslosen auf dem Land

Inflationsrate (in %)

Ø 2008: 5,9%

Wichtigste Importgüter (Anteil am Gesamtimport in %)

24% Elektronik, 12% Rohstoffe, 11% chem. Erzeugnisse, 11% Brennstoffe/technische Öle, 9% Maschinen, 7% Elektrotechnik, 6% Mess- und Regeltechnik, 3% Eisen u. Stahl, 2% Kfz u. -Teile

Wichtigste Exportgüter (Anteil am Gesamtexport in %)

29% Elektronik (darunter 14% Nachrichtentech./Radio/TV, 12% Büromaschinen/EDV), 14% Textilien u. Bekleidung, 8% Elektrotechnik, 7% Maschinen, 5% chem. Erzeugnisse, 4% Eisen u. Stahl, 4% NE-Metalle, 4% Metallerzeugnisse

Quelle:

Der Fischer Weltalmanach (<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/fischer-weltalmanach/>). © Fischer Taschenbuch Verlag in der S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2010.

Zahlen und Fakten Taiwan

26.3.2010

Taiwan im statistischen Überblick, alle wichtigen Zahlen und Fakten zu Demographie, Politik und Wirtschaft auf einen Blick.

Fläche36.006 km² (Weltrang: 134)**Einwohner**22.958.000 = 638 je km² (F 2007, Weltrang: 49)**Hauptstadt**

T'aipei (Taipeh)

Amtssprachen

Chinesisch

Bruttoinlandsprodukt

392 Mrd. US-\$

realer Zuwachs: 0,1%

Bruttonettoprodukt (BSP, pro Einwohner und Jahr)

16.860 US-\$

Währung

1 Neuer Taiwan-Dollar (NT\$) = 100 Cents

Botschaft

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland

Markgrafenstr. 35, 10117 Berlin

Telefon 030 203610, Fax 030 20361101

www.roc-taiwan.de**Regierung**

Staatsoberhaupt: Ma Ying-jeou, Regierungschef: Wu Den-yih, Äußeres: Timothy Yang

Nationalfeiertag

10.10. (Tag des Aufstands von Wuchang 1911)

Verwaltungsgliederung

5 Stadtkreise, 16 Landkreise und 2 Sonderstadtkreise Taipeh und Kaohsiung

Staats- und Regierungsform

Verfassung von 1947

Parlamentarische Republik

Parlament. Legislativrat (Li Fa Yüan) mit 113 Mitgl., Wahl alle 4 J.

Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 4 J. (einmalige Wiederwahl)
Wahlrecht ab 20 J.

Bevölkerung

Taiwaner

Nat. Statistik F 2008: 22.978.000 Einw.

letzte Zählung 2000: 22.226.879 Einw.

überwiegend Han-Chinesen (70% Süd-Fujianesen, 15% Hakka, 13% nach 1949 eingewanderte sog. Festlandchinesen), 2% malaio-polynes. Ureinwohner (11 ethn. Gruppen: 38% Ami, 23% Atayal, 18% Paiwan u.a.)

Städte (mit Einwohnerzahl)

(F 2007) T'aipei (Taipeh) 2.629.269 Einw., Kaohsiung 1.520.555, T'aichung 1.055.898, T'ainan 764.658, Panchiao 547.625, Chungho 410.183, Hsinchu 399.035, Hsinchuang 396.337, Taoyuan 391.822, Chilung 390.397, Sanchung 383.621, Chungli 358.656, Fangshan 338.900

Religionen

35% Buddhisten, 33% Daoisten, 3,5% Yiguan-Daoisten, 2,6% Christen

Minderheiten von Muslimen

Konfuzianismus weit verbreitet (Stand: 2004)

Sprachen

Chinesisch (auf der Basis des Dialekts von Beijing), Min (Süd-Fujian-Dialekt), Hakka
Sprachen der Ureinwohner

Erwerbstätige nach Wirtschaftssektor

Landwirtsch. 5,8%, Industrie 33,1%, Dienstl. 61,1% (2005)

Arbeitslosigkeit (in % aller Erwerbspersonen)

Ø 2008: 4,1%

Inflationsrate (in %)

Ø 2008: 3,5%

Wichtigste Importgüter (Anteil am Gesamtimport in %)

19% Elektronik, 15% Erdöl u. -produkte, 13% chemische Erzeugnisse, 9% Maschinen, 5% NE-Metalle, 5% Rohstoffe, 5% Elektrotechnik, 4% Eisen u. Stahl, 4% Mess- u. Regeltechnik

Wichtigste Exportgüter (Anteil am Gesamtexport in %)

29% Elektronik, 12% chemische Erzeugnisse, 10% Elektrotechnik, 7% Mess- u. Regeltechnik, 5% Eisen u. Stahl, 4% Textilien u. Bekleidung, 4% Maschinen

Quelle:

Der Fischer Weltalmanach (<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/fischer-weltalmanach/>). © Fischer Taschenbuch Verlag in der S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2010.

Karten

8.8.2008

Verschiedene Karten von China.

Redaktion

7.8.2008

Hier finden Sie die Redaktion zum China-Dossier.

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2008.
ViSdP: Thorsten Schilling.

Redaktion bpb

Stefan Lampe (verantwortlich, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn).

Redaktion

Marcus Pawelczyk.

Autoren

Gregor Delvaux de Fenffe, Kai Filipiak, Uli Franz, Sven Güldenpfennig, Thomas Heberer, Sebastian Heilmann, Lena Henningsen, Thomas O. Höllmann, Heike Holbig, Thoralf Klein, Petra Kolonko, Wolfgang Kubin, Astrid Lipinsky, Christian Meyer, Peter Penders, Markus Rimmele, Helwig Schmidt-Glitzer, Hans-Wilm Schütte, Benedikt Voigt, Gudrun Wacker, Jens Weinreich.

Teile des Dossiers sind unter folgender Lizenz publiziert:

Lizenziert unter der Creative Commons-Lizenz by-nc-nd/2.0/de.

Lizenziert unter der Creative Commons-Lizenz by-nc-nd/3.0/de.

Weitere bpb-Angebote

1.9.2008

Online-Dossier

<http://www.bpb.de/internationales/asien/china/>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de